

~~7770~~
19322

Allerhöchste Befehle und Ukase 1872 Dirigirenden Senats.

Biblioth.
Cineson
Doppel.

nr 1-116 pd
4 Inhalten Verzeichnisse

Nr. 1. Ukas Cines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 23. November 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachtens des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers der Reichsdomainen betreffend die Ordnung für die Berechnung des Werthes von eigenmächtig gefällttem oder entwendetem Holze, in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers, Sentiment, für gut erachtet: I. In Ergänzung des Gesezes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen zu verordnen, daß der Werth von eigenmächtig in Privat- wie in Kronswäldern gefällttem oder entwendetem Holze, wie auch die durch die Art. 155, 156, 158, 159 und 161 festgesetzten Geldbußen für das Fällen, Hehlen und den Ankauf von wissentlich entwendetem Holze nach der auf Grundlage des Punktes 27 der Beilage zum Art. 1421 des Forstreglements (in der Fortsch. v. J. 1868) anzufertigenden Tage zu berechnen sind. II. Den Art. 822 des Strafgesetzbuchs (Ausg. v. J. 1866, durch folgende Anmerkung zu ergänzen: „Die Berechnung des Werthes des Holzes geschieht nach der auf Grundlage des Punktes 27 der Beilage zum Art. 1421 des Forstreglements (in der Fortsch. v. J. 1868) angefertigten Tage.“ III. In Ergänzung des Punktes 27 der Beilage zum Art. 1421 des Forstreglements (in der Fortsch. v. J. 1868) zu verordnen: „Durch die auf Grundlage dieses Punktes anzufertigende Tage ist der Preis der Holzmaterialien nicht in dem bereits gefällten Zustande, sondern nach dem Werthe der Bäume selbst auf dem Stamme, im Walde, festzusetzen.“ IV Die Artikel 1467—1471 des Forstreglements, sowie die Beilage zu dem letzten dieser Artikel aufzuheben.

Betreffend die Ordnung für die Berechnung des Werthes von eigenmächtig gefällttem oder entwendetem Holze.

Aus dem 1. Departement vom 24. Dec. 1871 Nr. 51172.

Nr. 2. Ukas Cines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Kriegsministers vom 15. December 1871, Nr. 18,685, bei welchem er behufs der erforderlichen Anordnung zur Publication ein Exemplar des Tagesbefehls im Militair-Resort vom 15. December 1871, Nr. 379 folgenden Inhalts vorstellt: der Herr und Kaiser hat am 2. November 1871 das am 18. October erfolgte Gutachten des Reichsraths bestätigt und Allerhöchst zu befehlen geruht:

1. In Abänderung der betreffenden Artikel des Rekruten-Reglements und der am 18. Juni 1868 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Ablösung des obligatorischen Militairdienstes durch Erlegung einer Freikaufsumme und durch private Anmietung von Freiwilligen zu Rekruten, zu verordnen, daß das

private Anmietthen von Freiwilligen zum Militairdienste hinfünftig verboten ist; für diejenigen Personen aber, die bereits bei früheren Aushebungen die Erlaubniß zu einer solchen Ablösung erhalten haben, wird als allendlicher Termin zur Vorstellung der Freiwilligen der 1. Mai 1872 festgesetzt.

2. Als temporaire Uebergangsmaßregel ist bei der bevorstehenden Rekrutenaushebung des Jahres 1872 allen Denjenigen, die bei dieser Aushebung als Rekruten eintreten müssen, zu gestatten, sich auf Wunsch durch Freikaufsquittungen für die unten (Pft. 3) festgesetzte Geldzahlung abzulösen, zu welchem Behufe diese Quittungen entsprechend der Menge, in der sie verlangt werden, auszureichen sind, ohne sich auf die Anzahl, die nach dem Art. 30. der am 18. Juni 1868 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Ablösung verabsolgt werden konnte, zu beschränken. Die Fortsetzung der Ordnung selbst für die Ausreichung der Quittungen auf dieser Grundlage, die Einzahlung des Geldes für dieselben und die Bewerksstellung der Abrechnung ist dem gegenseitigen Uebereinkommen des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Kriegsministers anheimzustellen.

3. Der Betrag der Geldzahlung für die Freikaufsquittungen bei der bevorstehenden Aushebung ist auf acht hundert Rubel festzusetzen, von denen 100 Rbl. zum Besten des Reichsschatzes für die Ausgaben bei der Domicilirung der verabschiedeten und auf unbestimmte Zeit beurlaubten Untermilitairs abzuziehen sind, die übrige Summe aber zu den Specialmitteln des Kriegsministeriums zu schlagen ist, behufs Verwendung zu Entschädigungszahlungen an die Ersahmänner (Verordnung v. 18. Juni 1868 Art. 22 und 50) und zu andern Ausgaben zu dem Zwecke, um Leute zum Eintritt in die Truppen und zum Verbleib bei denselben anzuziehen, deren freiwilliger Dienst dem Staate mit Nutzen den Dienst derjenigen ersetzt, die sich von der Rekrutenpflicht freigekauft haben.

Solches im Militair-Ressort bekannt machend und die nach Uebereinkunft der betreffenden Ministerien abgefaßten Regeln über die Ordnung für die Ausreichung von Freikaufsquittungen bei der Aushebung des Jahres 1872, für die Einzahlung des Geldes für dieselben und über die Controle über die Freikaufssummen anschließend, fügt der Kriegsminister noch hinzu: 1) daß in Bezug auf die Festsetzung der in der Anmerkung 1 zum § 5 der gedachten Regeln angegebenen Ordnung für die Zurüclieferung von Freikaufsquittungen an die Krone wegen Nichtbedarfs derselben und für den Zurüclmpfang der vollen für dieselben erlegten Freikaufszahlung, die Allerhöchste Genehmigung erfolgt sei, und 2) daß der Betrag der Geldentschädigung für die Ersahmänner, welche im künftigen Jahre 1872 freiwillig in den Dienst treten, gemäß dem Obigen auf sieben hundert Rubel festgesetzt sei, und zwar: auf dreihundert für je fünf Jahre im activen Dienste und auf hundert Rubel für dieselbe Dienstzeit in der Reserve. Befohlen: Ueber diesen Allerhöchsten Befehl unter Beifügung der Regeln, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung der privaten Anmietung von Freiwilligen, die Ausreichung einer unbeschränkten Anzahl von Freikaufsquittungen bei der bevorstehenden Aushebung im Jahre 1872 und die Erhöhung des Betrages der Freikaufssumme auf 800 Rubel.

Aus dem 1. Departement vom
4. Januar 1872 Nr. 175.

Regeln

über die Ordnung für die Ausreichung von Freikaufsquittungen bei der Aushebung des Jahres 1872 und für die Einzahlung des Geldes für dieselben, sowie über die Controle über die Freikaufssummen.

§ 1. Gemäß dem Allerhöchsten Befehl vom 2. November 1871 werden für die im Jahre 1872 bevorstehende Aushebung Freikaufsquittungen in unbegrenzter Anzahl bestimmt.

§ 2. Das Finanzministerium übersendet den Kameralhöfen zeitig nach annähernder Berechnung so viele Blankete dieser Freikaufsquittungen, daß Alle, welche sich freikaufen wollen, befriedigt werden können.

Anmerkung. Das Kriegsministerium theilt dem Finanzministerium rechtzeitig die nach den Gouvernements, auf Grund der Daten über den in denselben herrschenden Begehr nach Freikauf angefertigte Berechnung der Blankete mit und übersendet eine ebensolche Berechnung dem Ministerium des Innern.

§ 3. Die Vertheilung der Blankete unter die Rekruten-Sessionen eines jeden Gouvernements hängt von dem Ermessen der Gouverneure ab, welche, nachdem sie aus dem Ministerium des Innern die Auskunft über die Zahl der für das Gouvernement bestimmten Anzahl von Blankets zu Freikaufsquittungen erhalten haben, den Kameralhöfen mittheilen, in welcher Anzahl dieselben jeder einzelnen Rekruten-Session zu übersenden sind.

§ 4. Diejenigen, welche durch Freikaufsquittungen für den dafür festgesetzten Geldbetrag (800 Rbl.) ausgetauscht zu werden wünschen, stellen, von dem Tage der Publication des Allerhöchsten Manifestes über die Aushebung ab, die bezeichnete Summe der Kentei desjenigen Kreises vor, in welchem sich ihr Rekrutencanton befindet oder auch je nach ihrem Wunsche einer andern Kentei; worauf diejenige Kentei, welche das Geld empfangen hat, den Talon der Empfangsquittung unverzüglich derjenigen Rekruten-Session übersendet, zu welcher der Rekrutencanton derjenigen Person gehört, welche das Geld eingezahlt hat. Personen, welche bereits im Militäirdienste stehen, stellen die Freikaufssumme ihrer Obrigkeit vor, welcher alle weiteren Anordnungen hinsichtlich der Uebermittlung der Freikaufssumme an die dem Dienstorte der besagten Personen nächst belegene Kentei und hinsichtlich der Correspondenz mit der betreffenden Rekruten-Session obliegen.

Anmerkung. Bei der Einzahlung der Freikaufssumme bei der Kentei muß eine besondere schriftliche Bescheinigung: für Personen ländlichen Standes — von der Gemeinde-Verwaltung, für Personen städtischen Standes — von der Duma oder derselben entsprechenden Autorität, und für dienende Personen — von der nächsten Obrigkeit darüber beigebracht werden, daß derjenige, welcher seinen Austausch wünscht, hinsichtlich der für das Jahr 1872 angeordneten Aushebung thatsächlich sich an der Reihenfolge oder im Einberufungsalter oder im Dienste befindet.

§ 5. Der Producent der Kenteiquittung über die entrichtete Freikaufssumme erhält von der Rekruten-Session eine auf seinen Namen ausgestellte Freikaufsquittung, welche ihn berechtigt, sich selbst, seinen Sohn, Bruder, Stiefsohn oder

dasjenige Familienglied austauschen zu lassen, welches in den Listen der letzten Revision oder wenn die Familie sich getheilt hat, in den Listen der zuletzt bestätigten Abtheilung mit ihm unter einer Nummer verzeichnet steht.

Anmerkung 1. Eine solche Quittung kann nicht entäußert oder auf Fremde übertragen werden; wenn der Besitzer derselben aber ihrer nicht bedarf, so muß er sie nicht später als bis zum Ablaufe zweier Monate, gerechnet von dem Tage, an welchem die Rekruten-Sessionen die Ausreichung der Freikaufsquittungen einstellen (§ 7), d. h. bis zum Ablaufe von 4 Monaten nach Beendigung der Aushebung, der Krone vorstellen. Nachdem die Quittung der Krone vorgestellt worden ist, erhält der Inhaber derselben die von ihm für dieselbe erlegte Summe im vollen Betrage zurück.

Falls aus irgend einem triftigen Grunde die Quittung nicht während der viermonatlichen Frist der Krone zurückgeliefert werden konnte, darf die Rückzahlung der für dieselbe zustehenden Freikaufssumme nur mit Genehmigung des Finanzministers, nach vorgängiger Relation mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern, erfolgen. Diejenigen Freikaufsquittungen, welche bis zum 1. Januar 1873 nicht der Krone vorgestellt worden sind, verlieren ihre Geltung und werden die für dieselben erlegten Gelder nicht zurückgezahlt. Die Rekruten-Sessionen sind verpflichtet, Jedem, der eine Freikaufsquittung acquirirt, diese Bestimmungen über die Rückzahlung der für die fraglichen Quittungen gezahlten Summen bekannt zu machen.

Anmerkung 2. Wenn die Zahl der den Rekruten-Sessionen zugesandten Blankets sich als unzureichend zur Befriedigung aller derer, welche die Freikaufssumme erlegt haben, erweisen sollte, berichtet die Rekruten-Session darüber unverzüglich dem Gouverneur, der sodann die Absendung der erforderlichen Anzahl von Blankets aus dem bei ihm vorhandenen und bei dem örtlichen Kameralhose in Verwahrung befindlichen Vorrathe anordnet.

§ 6. Gemeinden, welche für alle oder einige ihrer, bei der bekannt gemachten Aushebung der Abgabe unterliegenden Glieder Quittungen erworben haben, müssen dieselben gegen diese Quittungen bei eben dieser Aushebung austauschen; — hat die Gemeinde nur für einen Theil der von ihr zu stellenden Rekruten-Quittungen acquirirt, so bestimmt sie durch einen Beschluß, wen namentlich von den der Rekrutirung Unterliegenden sie auszutauschen wünscht.

§ 7. Nach Ablauf der für die Beendigung der Aushebung angesetzten Frist werden die Freikaufsquittungen noch im Laufe der zwei folgenden Monate von den Rekruten-Sessionen ausgereicht, worauf die Ausreichung derselben für dieselbe Aushebung definitiv einzustellen ist. Drei Tage vor der Einstellung der Ausreichung der Freikaufsquittungen Seitens der Rekruten-Sessionen wird bei den Kenteien der Empfang der Freikaufsgelder eingestellt.

§ 8. Die Rekruten-Sessionen berichten dem Gouverneur über die Anzahl der ausgereichten Freikaufsquittungen, und übersenden, nachdem die Ausreichung der Freikaufsquittungen eingestellt worden, dem Kameralhof die unvertheilt gebliebenen Blankets zur Aufbewahrung.

§ 9. Die Gouverneure stellen eine allgemeine Zusammenstellung dieser Berichte dem Kriegsministerium vor, und eine Abschrift davon dem Ministerium des Innern.

§ 10. Jede Ausreichung einer Freikaufsquittung an Jemand, der eine Renteiquittung über Einzahlung der Freikaufssumme vorgestellt hat, ist in ein besonderes, zu diesem Behufe bei jeder Rekruten-Session zu führendes Buch einzutragen, wobei die Nummer der Freikaufsquittung, das Jahr, der Monat und das Datum der Ausreichung derselben anzugeben ist, desgleichen wenn namentlich sie ausgereicht worden ist, und auf die Quittung welcher Rentei, unter Anführung des Datums und der Nummer dieser Quittung.

§ 11. Der zum Austausch gegen einen Rekruten stattgehabte Empfang einer Freikaufsquittung wird in dem Journal der Rekruten-Session verschrieben und in das Buch für die Freikaufsquittungen eingetragen, gegenüber dem Vermerk über die Ausreichung der erhaltenen Quittungen. Die Quittung selbst ist kreuzweise zu durchstreichen und auf der Rückseite derselben, sowie auch in dem Buche zu verschreiben, wann und zum Austausch für wen sie in Anrechnung kommt.

§ 12. Die Privatpersonen oder Gemeinden, welche sich selbst oder die in dem Art. 39 und 40 der Verordnung über die Ablösung des Militairdienstes durch Freikaufsquittungen genannten Personen ausgetauscht haben, erhalten darüber von den Rekruten-Sessionen besondere Bescheinigungen.

§ 13. Nach Ablauf der für die Ausreichung von Freikaufsquittungen festgesetzten Frist sind alle an die Rekruten-Sessionen gelangten Renteiquittungen über den Empfang von Geldern für Freikaufsquittungen an den örtlichen Controlhof einzusenden, die zum Austausch für Rekruten empfangenen Freikaufsquittungen aber sind bei einem Register dem örtlichen Kameralhofe vorzustellen, welcher, nachdem er das Register mit den Quittungen verglichen hat, letztere vernichtet.

§ 14. Die Freikaufsquittungen, welche von ihren Besitzern, weil sie derselben nicht bedürfen, der Krone zurückgeliefert werden, sind derjenigen Rekruten-Session, welche dieselben ausgereicht hatte, vorzustellen; diese vermerkt sowohl in dem Buche für die Freikaufsquittungen als auch auf der Rückseite der Quittungen, wann, von wem und weshalb sie vorgestellt worden sind; hierauf werden solche Quittungen der örtlichen Rentei übergeben, damit diese das für dieselben zu erstattende Geld auszahle und zwar 700 Rbl. aus dem Credit laut § 22 Art. 2 des Budgets des Reichschatz-Departements pro 1872, und 100 Rbl. aus dem Credit laut § 19 desselben Budgets, im Ganzen 800 Rbl. Diejenigen, welche die Quittung vorgestellt haben, bescheinigen auf der Rückseite derselben den Empfang des Geldes, die Quittungen selbst aber werden kreuzweise durchstrichen und den Ausgabebelegen beigelegt, um sie der der Controle vorzustellenden Rechenschaft anzuschließen.

§ 15. Die Freikaufsgelder werden nach Maßgabe ihres Einfließens in die Kassen des Finanzministeriums zu den Reichseinkünften auf das Budget des Reichschatz-Departements eingetragen und zwar 100 Rbl. auf den § 4 Art. 2 „Zahlungen der Acquirenten von Freikaufsquittungen“, und 700 Rbl. auf den § 8 Art. 2 „aus diversen Quellen erstattete Ausgaben“ in einem besonderen Conto unter der Rubrik: „Rekrutenfreikaufssummen“

§ 16. Ueber alle in die Kassen des Finanzministeriums eingeflossenen Freikaufssummen stellen die Kameralhöfe gleichzeitig dem Reichschatz-Departement und dem Hauptstabe Auskünfte in der Form besonderer, von diesen Verwaltungen vereinbarten Vorschläge in zwei Terminen vor: a) unverzüglich nach dem Schluß der Aushebung, und b) nach Ablauf von 2 Monaten nach der Aushebung.

Unterschrieben: Chef des Hauptstabes, General-Adjutant Graf H e y d e n.

Art. 3. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 21. December 1871 Allerhöchst bestätigte Guachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern betreffend die Dienstrechte der Untermilitairs der städtischen Polizei- und Brand-Commandos, in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment, für gut erachtet: 1) Diejenigen Untermilitairs der städtischen Polizei- und Brand-Commandos, welche bis zur Emanirung der gegenwärtigen Gesezesbestimmung keinen Anspruch auf die ihnen durch den § 11 der am 8. November 1865 Allerhöchst bestätigten Regeln gewährten Vorrechte erworben haben, der Wirksamkeit der am 8. März 1869 Allerhöchst bestätigten Verordnung, welche für die Untermilitairs in den Heeren erlassen worden ist, zu unterwerfen, mit Ausnahme jedoch des Rechts auf Beförderung zum Militair-Offiziersrang. 2) Die im Militair-Ressort bestehenden Regeln, betreffend die Bewilligung von Pensionen und einmaligen Unterstützungen an die Wittwen und Familien der Untermilitairs auch auf die Wittwen und Familien der Untermilitairs der städtischen Polizei- und Brand-Commandos auszudehnen. 3) Die Pensionen für die städtischen Polizei- und Branddiener, wie auch die Pensionen und einmaligen Unterstützungen für ihre Wittwen und Familien sind zu einem Theil aus der Kronscasse und zum anderen aus den Stadteinnahmen, zu verabsolgen, wobei die Berechnung für die Vertheilung der zuständigen Summe nach der der Anzahl im Heeresdienste und im Stadtdienste zugebrachten Jahre zu machen ist.

Betreffend die Dienstrechte der Untermilitairs der städtischen Polizei- und Brand-Commandos.

Aus dem 1. Departement vom 17. Jan. 1872 Nr. 1487.

Art. 4. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Ministers des Innern vom 18. Januar 1872 Nr. 466, bei welchem derselbe Einem Dirigirenden Senate die auf Grundlage des Art. 591 der Verordnung über allgemeine Fürsorge, Bd. XIII. des Codex der Reichsgeseze, angefertigte Tabelle über die für das Jahr 1872 festgesetzte Zahlung für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den unter den Landschafts-Institutionen und den Collegien allgemeiner Fürsorge stehenden Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen vorstellt und um die erforderliche Anordnung zur Veröffentlichung dieser Tabelle behufs allörtlicher Erfüllung bittet, und 2) die Tabelle selbst. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Ministers des Innern, unter Beifügung der Tabelle, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den Civilkrankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung.

Aus dem 1. Departement vom 1. Februar 1872, Nr. 6556.

Tabelle

über die Zahlung, welche für das Jahr 1872 für die Pflege von Untermilitärs in den unter den Landschafts-Institutionen und den Collegien allgemeiner Fürsorge stehenden Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen festgesetzt worden ist.

| №. | Gouvernements, Provinzen und Stadtbefehlshaberschaften. | Für den täglichen Unterhalt eines Kranken. | Für die Beerdigung eines Gestorbenen. | |
|----|---|--|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | Rop. | Rbl. | Rop. |
| 1 | Gouvernement Archangel | 55 | 1 | 55 |
| 2 | " Astrachan | 58 | 1 | 45 ¹ / ₄ |
| 3 | Provinz Bessarabien | 62 | 2 | 3 ¹ / ₂ |
| 4 | Gouvernement Wilna | 47 ³ / ₄ | 1 | 20 |
| 5 | " Witebsk | 60 | 1 | 97 ³ / ₄ |
| 6 | " Wolhynien | 59 ³ / ₄ | 2 | 82 ¹ / ₄ |
| 7 | " Woroneß | 57 ³ / ₄ | 3 | 76 |
| 8 | " Wäzsa | 50 | 3 | 1 ¹ / ₄ |
| 9 | " Grodno | 47 ¹ / ₂ | — | 95 |
| 10 | " Jekaterinoslaw | 71 ¹ / ₄ | 3 | 79 |
| 11 | " Jemisseisk | 40 | 2 | 77 ¹ / ₂ |
| 12 | Provinz Transbaikalien | 58 | 1 | 28 ³ / ₄ |
| 13 | Gouvernement Irkutsk | 50 ³ / ₄ | 1 | 28 ³ / ₄ |
| 14 | Stadtbefehlshaberschaft Kertsch-Jenikale | 69 ¹ / ₂ | 5 | 80 |
| 15 | Gouvernement Kiew | 56 ¹ / ₄ | 2 | 85 ¹ / ₂ |
| 16 | " Kostroma | 56 ¹ / ₂ | 2 | 67 ¹ / ₂ |
| 17 | " Kurland | 56 ³ / ₄ | 3 | 67 ¹ / ₂ |
| 18 | " Kursk | 53 ¹ / ₄ | 2 | 52 |
| 19 | " Livland | 47 ¹ / ₂ | 3 | 53 |
| 20 | " Minsk | 47 ³ / ₄ | 1 | 22 ¹ / ₄ |
| 21 | " Mohilew | 78 ¹ / ₂ | 3 | 37 ³ / ₄ |
| 22 | " Moskau | 52 ¹ / ₄ | 3 | 48 ³ / ₄ |
| 23 | " Nischni-Nowgorod | 47 ¹ / ₂ | 1 | 73 ³ / ₄ |
| 24 | " Nowgorod | 55 ³ / ₄ | 3 | 28 ¹ / ₄ |
| 25 | " Oloneß | 62 ¹ / ₂ | 2 | 63 ¹ / ₄ |
| 26 | " Orel | 53 | 3 | 76 ³ / ₄ |
| 27 | " Penza | 50 ¹ / ₄ | 2 | 13 |
| 28 | " Perm. | 54 | 2 | 92 ¹ / ₄ |
| 29 | " Podolien | 49 ¹ / ₄ | 2 | 11 ³ / ₄ |
| 30 | " Poltawa. | 67 ¹ / ₂ | 2 | 20 ¹ / ₄ |
| 31 | " Pskow | 48 ¹ / ₄ | 2 | 9 ¹ / ₂ |
| 32 | " Rjasan | 47 ¹ / ₂ | 2 | 2 ¹ / ₂ |
| 33 | " Samara | 57 | 2 | 54 ³ / ₄ |
| 34 | " St. Petersburg | 57 ¹ / ₄ | 2 | 48 |

| №. | Gouvernements, Provinzen und Stadtbefehlshaberschaften. | Für den täglichen Unterhalt eines Kranken. | Für die Beerdigung eines Gestorbenen. | |
|----|---|--|---------------------------------------|--------|
| | | Rop. | Rbl. | Rop. |
| 35 | Gouvernement Saratow . . . | 60 | 2 | 3 1/2 |
| 36 | " Simbirsk | 48 3/4 | 2 | 34 3/4 |
| 37 | " Smolensk | 47 3/4 | 1 | 66 1/2 |
| 38 | " Taurien | 78 | 5 | 31 1/2 |
| 39 | Stadtbefehlshaberschaft Taganrog . | 73 | 4 | 80 |
| 40 | Gouvernement Tambow | 51 3/4 | 3 | 41 |
| 41 | " Iwer | 44 1/4 | 2 | 43 1/2 |
| 42 | " Tobolsk | 34 1/4 | 2 | 29 1/2 |
| 43 | " Tomsk . . | 42 1/4 | 3 | 8 1/2 |
| 44 | " Tula . | 57 1/2 | 2 | 58 |
| 45 | " Ufa | 39 3/4 | 2 | 55 1/2 |
| 46 | " Cherson . . | 81 1/4 | 4 | 25 |
| 47 | " Tschernigow . | 54 3/4 | 2 | 59 1/4 |
| 48 | " Estland | 46 1/4 | 4 | 2 |
| 49 | " Jaroslaw . | 46 | 3 | 61 |
| 50 | Provinz Jakutsk . | 48 1/4 | 1 | 28 3/4 |

Anmerkung. Für die übrigen Gouvernements wird die Zahlung nach Eingang der Berechnungen bestätigt werden.

Unterscriben: Minister des Innern, General-Adjutant Timaschew.

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Reussen etc. etc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 5. Se. Majestät der Herr und Kaiser hat auf den Beschluß des Minister-Comités am 14. Januar c. Allerhöchst zu befehlen geruht:

Von der Rekrutenpflicht bei der gegenwärtigen Rekrutenhebung die Gemeindeämter innehabenden Personen in den Baltischen Gouvernements in früherer Grundlage zu befreien.

Riga-Schloß, den 21. Februar 1872.

In Stelle des Livländischen Vice-Gouverneurs:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

11

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Russen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Art. 6. Zwischen dem 30. März und 12. April 1872 sind die reparationsmäßigen Beiträge zur Livländischen Ritterschafts-Casse zu erheben, als:

A. An Beiträgen zu den Landes-Abgaben:

a) zu denen die Kronsgüter beitragen:

| | |
|---|---|
| 1) Für den Chausséebau von der Jägelbrücke nach Engelhardtshof die Kosten im Jahre 1871 | 17,844 Rbl. 45 ³ / ₄ Kop. |
| 2) Für die Chaussée-Remonte die Kosten i. J. 1871 | 1580 " 70 " |
| 3) Für den Bau der Riga-Pleskau'schen Chaussée die Kosten im Jahre 1871 | 28,626 " 81 " |
| 4) Für die Kreis-Schuhblattern-Impfungs-Comitéen die Kanzelleigelder pro 1871 | 307 " 14 " |
| 5) Für die Livländischen Etappenstationen die Kosten im Jahre 1871 | 1398 " 82 " |
| 6) Für die Gefängnisse in den Städten Livlands die Kosten im Jahre 1871 zur Beheizung und Erleuchtung, zur Remonte und zum Unterhalt der Aufseher | 5772 " 4 " |
| 7) Für die Livländische Versorgungs-Commission die Kanzelleigelder pro 1871 | 285 " 71 " |
| 8) Für Wege-Reparaturen die Kosten im J. 1871 | 283 " 10 " |
| 9) Die Ausgaben während der Cholera-Epidemie im Jahre 1871 | 633 " 49 " |
| 10) Die Kosten bei Ausstellung von Inquisiten und für die Polizeidiener bei den Ordnungsgerichten im Jahre 1871 | 523 " 5 " |
| 11) Für den Transport der Inquisiten aus Livland nach Sibirien die Kosten im Jahre 1871 | 2233 " 45 " |
| 12) Für die Seelen-Umschreibung die Kosten im Jahre 1871 | 87 " 20 " |
| 13) Für den Unterhalt des Livländischen statistischen Comité die Kosten im Jahre 1871 | 1478 " 28 " |
| 14) Für den Unterhalt der Kanzelleien der Rekruten-Empfangs-Commissionen die Kosten im Jahre 1871 | 2057 " 29 " |
| 15) Die Bequartierungskosten des Rigaschen Militär-Bezirks-Stabes im Jahre 1871. | 588 " 90 ¹ / ₂ " |
| 16) Die Beheizungskosten der Häuser des Livländischen Herrn Gouvernements-Chefs pro 1871/72 | 1509 " 82 " |
| 17) Die Diäten an Beamte für deren Delegation in's Gouvernement in Amtsangelegenheit im J. 1871 | 164 " 70 " |
| 18) Für die Ausreichung der Handels- und Bundesbilletts pro 1871 | 50 " — " |

| | | |
|--|-------------|------|
| 19) Die Kosten für die Commission zur Abschätzung der lutherischen kirchlichen Reallasten im Jahre 1871 | 700 Rbl. — | Kop. |
| 20) Die Gagen und Kanzelleigelder für die 8 Ordnungsgesichte pro 1871 | 27,639 " 98 | " |
| 21) Den Antheil an den Druckkosten eines Entwurfes zum Friedensrichter-Gesetz für die Ostsee-Gouvernements | 67 " 17 | " |
| 22) Die Ausgaben während der Kinderpest in den Grenz-Provinzen Livlands im Jahre 1871 | 1086 " 5 | " |

b) zu denen die Kronsgüter nicht beitragen:

23) Die Ritterschafts-Stat oder Ladengelder bestehend in Landes-Repräsentations- und Delegationskosten, Rekruten-Begleitungskosten, Kosten verschiedener Commissionen, Quartiergeldern für die Hofgerichts-Mitglieder, Kosten für's Land-Schul- und Kirchenwesen, Pensionen und Beitrag zum ritterschaftlichen Armenfond und andern diversen Ausgaben, —

und sind solchemnach zu entrichten:

I. von sämmtlichen publicken Gütern und Pastoraten ad rationem der Zahlungen sub Nr. 1 bis 22, pro Haken 12 Rbl. 64 Kop.;

II. von sämmtlichen Privat-Pastoraten ad rationem der Zahlungen sub Nr. 1 bis 22, pro Haken 12 Rbl. 64 Kop.;

III. von sämmtlichen Privatgütern und Stadtgütern pro Haken 29 Rbl. S., zu obengenannten Zahlungen von Nr. 1 bis 23.

Der laut § 51 der Bauer-Verordnung vom Jahre 1860, an die Guts-Verwaltung zu zahlende Antheil der Eigenthümer von Bauer-Grundstücken zu den Landes-Prästandem beträgt auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 23. Februar 1862, Antrag 9, siehe Regierungs-Patent 1863, Nr. 120, im Jahre 1872, 12 Rbl. 64 Kop. vom Haken oder 15⁴/₅ Kop. vom Thaler.

B. An Beiträgen zu den Allerhöchst festgesetzten Gehalten von 1000 Rbl. jährlich für jedes Kirchspielsgericht und zwar:

I. den vom Hofe jeden publicken Gutes, jeden Pastorates und jeden Privat- und Stadtgutes zu entrichtenden gleichmäßigen Beitrag vom Haken 1 Rbl. 79 Kop.;

II. den von der Bauerschaft nämlich von jeder männlichen Revisionsseele obengenannter publicken und privaten Besitzlichkeiten und Pastorate zu entrichtenden gleichmäßigen Beitrag von 4 Kop.

C. An Kreisbeiträgen zu den auf den Landtagen im April 1869 u. Januar 1870 gemachten Bewilligungen betragend von jedem Haken der Privatgüter und Stadtgüter:

| | |
|----------------------------|----------------|
| I. im Rigaschen Kreise . | 7 Rbl. 24 Kop. |
| II. " Wolmarschen Kreise | 4 " 76 " |
| III. " Wendischen Kreise | 4 " 41 " |
| IV. " Walkschen Kreise | 4 " 62 " |
| V. " Dorpat'schen Kreise | 3 " 57 " |
| VI. " Werroschen Kreise . | 2 " 77 " |
| VII. " Pernauschen Kreise | 6 " 82 " |
| VIII. " Fellinschen Kreise | 5 " 52 " |

Solchemnach werden von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung auf Ansuchen des Livländischen Landraths-Collegii sämtliche Güter und Pastorate Livlands zur Entrichtung ihrer Beiträge hierdurch aufgefordert, dergestalt, daß solche vom lettischen Districte in Riga im Ritterhause und vom estnischen Districte in der Stadt Dorpat an den Herrn Ritterschafts-Cassa-Deputirten E. v. Dettingen im Locale der estnischen Districts-Direction des Livländischen adeligen Güter-Credit-Vereins, in der bestimmten Zeit unausbleiblich zu entrichten sind, mit dem Hinzufügen, daß nach der Bestimmung des Landtages vom Jahre 1860 vom Tage des festgesetzten letzten Zahlungstermins an, die rückständigen Ritterschafts-Abgaben mit $\frac{1}{2}$ pCt. monatlich von den säumigen Gütern für die Ritterschafts-Cassa zu verrenten sein werden.

Zugleich wird hierdurch bekannt gemacht, daß nach dem Landtagsbeschlusse vom Juni 1839 es jedem freistehe, Beiträge zur Mehrung des ritterschaftlichen Armenfonds zu steuern und daß solche, sowie die repartitionsmäßigen Zahlungen derjenigen Güter, welche für die eingegangenen Stationen Kirchholm, Uexküll, Jungfernhof, Römershof, Rokenhusen, Lips, Menzen und Lenzenhof ihre Fourage-Quantitäten und die Baulast in Geld abzulösen haben, — zugleich in den Abgaben-Terminen in Riga und Dorpat empfangen werden.

**Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen 2c. 2c. aus der Livl. Gouv.-Verwaltung, desmittelft fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.**

Nr. 7. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 30. Nov. 1871 Nr. 47,365, desmittelft der Allerhöchste Befehl vom 12. Nov. d. J. darüber, daß die zu den Gebieten zugeschriebenen Personen bis zur Aufstellung eines neuen Rekrutensystems nicht zu der Rekrutenprästation heranzuziehen sind und über die Streichung des bei den Aushebungen der letzten beiden Jahre sich gebildet habenden Rückstandes dieses Standes, publicirt wird.

Nr. 8. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 29. Nov. 1871 Nr. 46,998, desmittelft der Allerhöchste Befehl vom 12. Nov. d. J., betreffend die Streichung desjenigen Rekrutenrückstandes der Aushebung vom Jahre 1871, welcher sich in den Kantonen der ehemaligen Reichsbauern wegen Mangels an jungen Leuten in dem Einberufungsalter gebildet hat, publicirt wird.

Nr. 9. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 8. December 1871 Nr. 49 050, desmittelft das am 10. Nov. 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Ueberlassung der den Städten von der Krone eingewiesenen Weideplätze zum vollen Eigenthume derselben, nach Maßgabe der Einführung der am 16. Juni 1870 Allerhöchst bestätigten, Stadtverordnung, publicirt wird.

Nr. 10. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 15. December 1871 Nr. 50,902, desmittest die Erläuterung der Ordnung für die Versorgung der Waisen des Bauernstandes, deren Aeltern nicht zu den Landgemeinden, sondern zu den Gebieten angeschrieben waren, publicirt wird.

Nr. 11. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 31. Dec. 1871 Nr. 51,596, desmittest der Antrag des Justizministeriums, betreffend die Regeln über die Aufhebung des Urshumschen und des Glasowskischen adeligen Vormundschaftsgerichts, publicirt wird.

Nr. 12. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 31. Dec. 1871 Nr. 52,057, desmittest der Bericht des Ministers des Innern, betreffend die Forterhebung der Steuer für den Unterhalt der Schulen der Reichsbauern in denjenigen Gouvernements, in welchen die Landesinstitutionen nicht eingeführt worden sind, im Jahre 1872, publicirt wird.

Nr. 13. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Januar 1872 Nr. 3480, desmittest das am 28. Dec. 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths darüber, daß den Friedensrichter-Versammlungen gestattet werde, die Gesuche der Frauen von Personen, welche auf Gemeindegurtheile übersiedeln, um Belassung an ihrem Wohnorte wegen grausamer Behandlung Seitens des Mannes oder wegen seines ausschweifenden Lebenswandels zu beprüfien, publicirt wird.

Riga-Schloß, den 10. März 1872.

In Stelle des Livländischen Vice-Gouverneurs:

Aelterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Aelterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 14. Ukase Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers vom 9. November 1871, Nr. 12251 folgenden Inhalts: der College des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten habe mitgetheilt, daß nach gegenseitiger Uebereinkunft zwischen unserer und der österreichischen Staatsregierung im Jahre 1864 eine gemischte Commission constituiert worden sei, um die Flüsse Weichsel und San auf der Strecke, wo sie die Grenze zwischen beiden Reichen bilden, in einen normalen Zustand zu bringen. Seine Kaiserliche Majestät habe auf die allerunterthänigste Unterlegung des Reichskanzlers am 10. October 1869 Allerhöchst zu befehlen geruht: das von der gemischten Commission entworfene Project einer Convention zur Ausführung der Arbeiten betreffs der Correction der Flüsse Weichsel und San — durch Auswechslung einer ministeriellen, von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Gortschakow unterschriebenen Declaration gegen eine ebensolche von dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterschriebene Declaration zu bestätigen. In Erfüllung des gedachten Monarchischen Willens sei die ministerielle Declaration, welche die derselben beigelegte, bezüglich des genannten Gegenstandes zu Krakau am 8. (20. August) 1864 von der russischen und österreichischen Commission unterzeichnete Convention bestätigt, am 24. des verflossenen Octobers von dem Reichskanzler unterschrieben worden. Diese Declaration sei am 25. October gegen eine ebensolche des österreichisch-ungarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, welche zu Wien am 27. Mai neuen Styls 1871 unterschrieben worden ist, ausgewechselt worden. Obiges notificire er, der Justizminister, dem Dirigirenden Senate und übersende die von Seiten Rußlands erfolgte Declaration nebst Beilage in Abschriften und mit russischen Translaten, und 2) die Declaration selbst nebst Beilage. Befohlen: die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Declaration nebst Beilage abzudrucken und dieselben zur allörtlichen Publication bei Ukasen zu versenden.

Betreffend die Declaration und die Convention
bezüglich der Regulirung des Weichselstromes
und des Sanflusses in den Grenzstaaten
zwischen Rußland und Oesterreich.

Aus dem 1. Departement vom
13. Januar 1872, Nr. 1002.

Declaration.

Der Endesunterzeichnete Reichskanzler erklärt, nachdem er die gehörige Vollmacht dazu erhalten hat, hiemit im Namen der kaiserlichen Staatsregierung, daß die hier beigelegte, in Krakau am 8. (20.) August 1864 zwischen den Commissären der kaiserlich-russischen Staatsregierung und der kaiserlich-königlichen Staatsregierung der österreichisch-ungarischen Monarchie betreffs der Regulirung des Laufes des San und der Weichsel in denjenigen Theilen derselben, welche die

Grenze zwischen Rußland und Oesterreich bilden, abgeschlossene Correction von der Staatsregierung Seiner Kaiserlichen Majestät formell approbirt und bestätigt worden ist und von Ihrer Seite in ihrem ganzen Umfange genau erfüllt werden wird.

Zur Urkunde dessen hat der Endesunterzeichnete die gegenwärtige Declaration, welche gegen eine ebensolche von dem Reichskanzler des österreich-ungarischen Kaiserthums und Minister des kaiserlichen Hofes und der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Beust unterschriebene Declaration ausgewechselt werden soll, mit Beidrückung des Insignels seines Wappens unterschrieben.

So geschehen zu St. Petersburg, den 24. Oct. (5. Nov.) 1871.

(Unterz.) G o r t s c h a k o w.

(L. S.)

Diese Declaration ist gegen eine ebensolche, von dem Grafen Beust zu Wien am 27 (15.) Mai 1871 unterschriebene Declaration der österreich-ungarischen Staatsregierung ausgewechselt worden.

V e r t r a g

wegen Regulirung des Weichselstromes und des Sanflusses in den Grenzstrecken zwischen dem Kaiserthume Oesterreich und dem Königreiche Polen.

In Folge des zwischen der kaiserlich-russischen und kaiserlich-österreichischen Regierung im diplomatischen Wege erzielten Einverständnisses wurde im Zwecke der Regulirung des Weichselstromes und des Sanflusses eine internationale Commission eingesetzt und zwar:

von Seite der kaiserlich-russischen Regierung in Folge Beschlusses des Administrationsrathes des Königreichs Polen vom 20. August (1. September) 1863, Nr. 24,237, der Inspector und Mitglied der Communications-Verwaltung im Königreiche Polen Wilhelm v. Kolberg und der Sectionschef der technischen Abtheilung derselben Communications-Verwaltung Wladislaw v. Wierzbowski;

von Seite der kaiserlich-österreichischen Regierung im Grunde Decrets des kaiserlich-österreichischen Staatsministeriums vom 23. Januar 1864, Nr. 25,279, der kaiserl.-königliche Statthalterei-Rath Adolf Eckhardt und der kaiserl.-königliche Ministerial-Bau-Inspector Gustav Weg.

Die obgenannten Commissäre haben, in Gemäßheit der ihnen von ihren Leiberseitigen hohen Regierungen erteilten Instructionen in Ausführung des Eingangerwähnten Zweckes nachstehende Vertragsbestimmungen festgesetzt:

§ 1. Die beiden hohen Regierungen von Rußland und Oesterreich verpflichten sich hiermit gegenseitig, die als nothwendig erkannte, den beiderseitigen Uferstaaten wesentliche Vortheile in Aussicht stellende allgemeine Regulirung und Schiffbarmachung des Weichselstromes in den Grenzstrecken von Niepolomice bis Zawichost und des Sanflusses in der Grenzstrecke von Korylowka bis Kopti nach dem gegenwärtig vereinbarten einheitlichen Regulirungs- und Operations-Plane, während eines Zeitraums von 20 Jahren in Ausführung bringen zu lassen.

Sollte es eine der beiden hohen Regierungen für angemessen befinden, diesen Termin abzukürzen, so werden die beiden hohen Regierungen in dieser Beziehung sich in das gegenseitige Einvernehmen setzen.

§ 2. Mit der beabsichtigten Regulirung soll der Zustand der Weichsel- und des Sanflusses in den vorerwähnten Grenzstrecken, der Art verbessert werden, daß auch bei kleineren Wasserständen von ein Fuß unter Null des Krakauer (Podgorzer) Pegels, welche gegenwärtig einem Wasserstande von vier Fuß ober Null am Zawichoster Pegel entsprechen, die für die Schifffahrt nothwendige Wassertiefe in der Stromrinne von wenigstens drei Fuß österreichisches oder russisches Maß erzielt und zugleich die bisherigen bedeutenden Verheerungen der beiderseitigen Ufergebiete durch die zu hohen Hochwässeranschwellungen und häufigen Eisverstopfungen möglichst beseitigt oder doch vermindert werden.

§ 3. Die beabsichtigte Regulirung des Weichsel- und des San-Flusses soll nach den von den beiderseitigen technischen Commissären vereinbarten in den bezüglichen Situationsplänen mit blauen Linien eingezeichneten Normaltracen und mit den für die einzelnen Stromstrecken ermittelten Normalbreiten durchgeführt werden, mit dem Vorbehalte, daß bei wesentlichen Veränderungen des gegenwärtigen Stromlaufes und nach Maßgabe der Wahrnehmungen beim Fortschritte der Correctiionsarbeiten und ihrer Wirkungen, sowohl die Richtungen dieser Normaltracen, als auch ihre Entfernungen (Normalbreiten) in einzelnen Stromstrecken auf Grundlage specieller Vereinbarung der beiderseitigen technischen Organe entsprechend verändert werden können.

§ 4. Die vorangedeutete Weichsel- und San-Fluß-Regulirung soll im Allgemeinen, mittelst der nachstehenden Correctiionsarbeiten erzielt werden:

1) Bepflanzung aller Sandbänke und überbreiter Stromstrecken, welche außerhalb der eingezeichneten Normaltrace liegen, nebst der gleichzeitigen vollständigen Ausrottung aller jener Weidenpflanzungen, Gestrüppe oder Anflüge, welche innerhalb der vereinbarten Normalbreite fallen, so wie auch die Abstoßung jener, welche von den convergen Ufern, näher als 50 Klafter an der Regulirungstrace liegen, mithin auf das gegenüberliegende Ufer nachtheilig einwirken oder den Abzug der Hochwässer und Eisgänge hemmen.

2) Versicherung der außerhalb der Normaltrace liegenden im starken Abbruche befindlichen Uferstrecken mit entsprechenden Schutzbauten.

3) Beschränkung überbreiter Stromstrecken und Concentrirung des Stromes bis auf die vereinbarte Normalbreite nebst der Absperrung aller schädlichen Seitenarme.

Die Wahl des Baupsystems, der Uferversicherungen, Concentrirungs- und Absperrungs-Werke, bleibt den beiden hohen Regierungen für ihre Uferstrecken überlassen. Bezüglich der Art und Weise der Ausführung aller Correctiionsbauten, wie auch ihrer Dimensionen sollen alle jene Bestimmungen, welche in dem, dem Conferenz-Protokolle beiliegenden technischen Gutachten § 32 vereinbart worden sind, in der Folge beiderseits genau eingehalten werden.

4) Ausführung der zur Geradeleitung des Weichselstromes gegenwärtig als nothwendig erkannten Durchstiche bei Wola Watorska, an der Raba-Ermündung und bei Wola Przemykowska, so wie auch jener, welche nach Maßgabe der Wahrnehmungen beim Fortschritte der Regulirungsarbeiten und ihrer Wirkungen, in der Folge sich noch als nöthig herausstellen und von den beiden hohen Regierungen nach gemeinsamen besonderen Einverständnissen genehmigt werden.

5) Durchgrabung der innerhalb der Normaltrace gelegenen Inseln und Sandbänke, auf Grund der seiner Zeit gemeinsam zu vereinbarenden hydrotechnischen Detail-Projecte.

6) Herstellung der Bedämmungen (Bedeichungen), insoferne solche zum Schutze der niedrig gelegenen Ländereien gegen Ueberschwemmungen durch die Hochwässer und Eisverstopfungen von den Grundeigenthümern ausgeführt werden. Damit jedoch diese Bedämmungen den regelmäßigen Abfluß der Hochwässer und Eisgänge nicht hemmen und auf das gegenüberliegende Ufer keinen nachtheiligen Einfluß ausüben, sollen dieselben nach möglichst regelmäßigen dem Stromlaufe angepaßten Tracen, ohne vorspringende Ecken angelegt werden und die Entfernungen zwischen den beiderseitigen Dämmen dürfen nicht kleiner sein, als im technischen Gutachten für die einzelnen Stromstrecken ermittelt worden ist, oder bei einer nachfolgenden Zusammentretung bestimmt werden wird. Die in den früheren Jahren von den Gemeinden, Grundherrschaften oder sonstigen Interessenten auf den beiden Uferseiten hergestellten Bedeichungen sollen in jenen Abtheilungen, wo solche entweder nach unzweckmäßigen Tracen, oder nicht in genügender Entfernung von einander angelegt worden sind, an der oberen Weichsel bis zur Dunajec-Einmündung nach den von den Commissären vereinbarten, in den Situationsplänen mit grüner Farbe eingezeichneten Tracen und in der unteren Stromabtheilung nach den von den Strecken-Ingenieuren zur Genehmigung vorzulegenden Anträgen, im Verlaufe der nächsten 10 Jahre umgelegt werden.

§ 5. Jede der beiden hohen Regierungen wird die nothwendigen Regulirungsbauten, an dem eigenen Ufer auf eigene Kosten ausführen, oder durch ihre Unterthanen herstellen lassen, nur mit Ausnahme der Durchstiche, deren Ausführungskosten, nach dem in jedem speciellen Falle getroffenen beiderseitigen Uebereinkommen, zu bestreiten sein werden. Für die vorerwähnten Durchstiche wird die Vertheilung der Ausführungskosten nachstehend bestimmt:

a) Bei Wola Batorfska soll der Weichseldurchstich auf der rechten Galizischen Seite auf Kosten der kaiserl.-österreichischen Regierung, dagegen der zweite Durchstich auf der linken Uferseite auf Kosten der königlich-polnischen Regierung hergestellt werden.

b) Die Ausführungskosten des Doppeldurchstiches an der Weichsel bei der Ausmündung des Raba-Flusses sollen von den beiden hohen Regierungen zu gleichen Theilen getragen, dagegen die Correctionsarbeiten an der besagten fehlerhaften Raba-Ausmündung von der kaiserl.-österreichischen Regierung allein bewerkstelligt werden.

c) Bei der Ausführung des Doppeldurchstiches an der Weichsel bei Wola Przemyfowska, wird die kaiserl.-österreichische zwei Drittel und die königl.-polnische Regierung ein Drittel der Gesamtbaukosten beitragen. Die Kosten bei den als nothwendig sich zeigenden Durchgrabungen der innerhalb der ermittelten Normalbreiten gelegenen Inseln und Sandbänke sollen von den beiden hohen Regierungen zu gleichen Theilen getragen werden.

§ 6. Damit die besprochenen Regulirungsarbeiten an den beiderseitigen Ufern, in soweit es thunlich ist, gleichzeitig in vollständiger Uebereinstimmung, einander unterstützend, also mit dem sichersten Erfolge und dem geringsten Kostenaufwande in Ausführung gebracht werden, wird von den beiden hohen Regierungen hiefür das nachstehende Verfahren vorgezeichnet:

a) Die von den beiden hohen Regierungen hiezu delegirten Behörden werden in jedem Frühjahr nach vorhergegangener Festsetzung des Commissionstermins unter Buziehung der mit der Weichselregulirung betrauten beiderseitigen Ingenieure und der Stromanreiner, den Stromlauf in ihren Bezirken begeben an den beiden

Ufern, die in diesen Strecken in diesem Jahre nothwendigen Correctionsbauten einander vorweisen, die Zustimmung zur Ausführung derselben von den Abgeordneten der gegenüberliegenden Behörde einholen, sich über Modalitäten der Bauausführung verständigen, bei dieser Gelegenheit auch die im vorigen Jahre erbauten Wasserwerke untersuchen und constatiren, ob solche den getroffenen Vereinbarungen gemäß hergestellt worden sind, endlich die über die obige Verhandlung in duplo aufgenommenen Protocolle den beiderseitigen vorgesetzten Behörden zur Einsichtnahme und Genehmigung vorlegen.

b) Wenn die beiderseitigen Delegirten sich bezüglich der auszuführenden Bauten nicht einigen oder wenn deren vorgesetzte Behörden die im Protocolle beantragten Arbeiten nicht genehmigen sollten, so werden in diesen Fällen die beiderseitigen höheren Behörden das Einvernehmen pflegen.

c) Um die systematische Durchführung der beabsichtigten Stromregulirung zu überwachen und die Reihenfolge der herzustellenden Arbeiten nach Maßgabe der wahrgenommenen Wirkungen der in den Vorjahren ausgeführten Correctionsbauten näher zu bestimmen, wird der für die Vollendung der Weichsel- und Sanflus-Regulirung bestimmte 20-jährige Zeitraum in 5-jährige Perioden eingetheilt und am Schlusse einer jeden solchen Periode sollen von den beiden Uferstaaten gleichzeitig höhere Baubeamten entsendet werden, welche sich gemeinsam von dem Zustande des Stromes und der ausgeführten Bauwerke, dann von den Wirkungen der Letzteren zu überzeugen und hiernach die allgemeinen Anordnungen für die Art und Reihenfolge der Arbeiten in der nächsten Periode gleich an Ort und Stelle zu treffen oder die bezüglichlichen Anträge den vorgesetzten Behörden zu erstatten haben werden.

d) Wenn eine der beiden hohen Regierungen bei der Ausführung eines Regulirungsbaues (insbesondere der Durchstiche) die Herstellung eines Unterstützungsbaues an dem gegenüberliegenden fremden Ufer benöthigen sollte, so wird die andere Regierung hiezu ihre Bewilligung geben, vorausgesetzt, daß hiedurch weder ihr selbst, noch ihren Unterthanen ein Nachtheil erwächst.

e) Die beiden hohen Regierungen wollen auch noch die nöthigen Verfügungen treffen, damit zur Förderung und Erleichterung der Ausführung aller Regulirungsarbeiten an der Weichsel den damit betrauten Organen, Bauunternehmern und Arbeitern jede nur thunliche Erleichterung im Grenzverkehr zu Theil werde.

§ 7. Bezüglich der Ausgleichung der bereits schwebenden und der in der Folge neu erwachsenden Grenzregulirungsfragen, werden die nachstehenden Vereinbarungen getroffen:

Der bei der letzten gemeinschaftlichen Grenzbestimmung im Jahre 18¹⁸/₂₁ am Weichselstrom vorgefundene und mittelst der gesetzten Grenzsäulen und der Grenzbeschreibung fixirte Stand wird in soweit als Normalstand festgehalten, als solcher durch die nachgefolgten Grenzberichtigungen nicht geändert worden ist und durch die gegenwärtigen Stipulationen nicht modificirt wird. Bei dem gegenwärtigen Zustande des Weichselstromes, wird in allen jenen Strecken, wo keine Grenzstreitigkeiten in Verhandlung sind, der vorgefundene Thalweg, als die dermalige factische Landesgrenze, zwischen den beiden hohen Staaten anerkannt.

Es sollen ferner alle jene Grundparcellen, welche bei der Ausführung der Durchstiche vom rechten auf das linke, oder vom linken auf das rechte Stromufer zu liegen kommen, von der betreffenden Regierung oder ihren angrenzenden Unterthanen um den vollen Schätzungswerth eingelöst werden. Die Höhe dieser

Ablösungssumme, falls solche nicht auf dem Wege eines gütlichen Vergleiches erfolgt, wird nach den Grundsätzen des Verfahrens und der Gesetze jenes Landes, von dessen Territorium diese Grundstücke abfallen, ausgemittelt werden.

§ 8. Die beiden hohen Regierungen verpflichten sich dafür zu sorgen, daß nach der Bestimmung im Art. V Absatz 6 der zwischen Oesterreich und Rußland im Jahre 1818 abgeschlossenen Convention für die zur Erleichterung und Hebung der Schifffahrt auf der Weichsel unbedingt nothwendigen Hufschläge (Treppelwege) längst den beiderseitigen Ufern ein 15 polnische Ellen oder 28 russ. Fuß breiter Grundstreifen reservirt und dieser in den Wäldern, Auen und Weidenpflanzungen, in einer Breite von sechs Fuß, von Bäumen, Stöcken und Gesträuchen jederzeit freigehalten werde. Die Benützung dieser Hufschläge zum Ziehen der Schiffe stromaufwärts durch Menschen oder Thiere soll den beiderseitigen Unterthanen auf den beiden Ufern jederzeit ohne Anstand gestattet sein und dieselben sollen hiesfür gar keine Zahlung zu leisten haben, noch sonstigen Behelligungen durch die Grenzwächter ausgesetzt sein.

§ 9. Die kaiserl.-österreichische Regierung wird die Verfügung treffen, daß bis zur Durchführung der Weichsel- und Sanfluß-Regulirung, jährlich nach dem Abgange größerer Hochwässer, durch ihre bestellten Stromaufseher die Richtungen des besten Fahrwassers für die Schiffe mit Stöcken bezeichnet, so wie auch die Untiefen und sonstigen Schifffahrtshindernisse kenntlich gemacht werden.

§ 10. Die beiden Regierungen werden die Einleitung treffen, daß die an der Weichsel und an dem San-Flusse auf den beiden Uferseiten gesetzten Grenzsäulen, in die beiderseitigen hydrotechnischen Situationspläne genau eingetragen und die in der Folge allenfalls nothwendig werdenden Versehungen derselben, nur mit Buziehung der betreffenden Navigations-Ingenieure bewerkstelligt und die neuen Standpunkte der Grenzsäulen in den gedachten Plänen corrigirt werden.

§ 11. Alle Bestimmungen, welche in früheren Jahren bezüglich der an der Weichsel- und am Sanflusse auszuführenden Wasserbauten, bei den zwischen den beiderseitigen Localbehörden abgehaltenen Conferenzen vereinbart worden sind, werden in soweit, als dieselben mit den gegenwärtigen Vereinbarungen nicht übereinstimmen, hiemit aufgehoben.

§ 12. Bevor zur Befahrung des Weichselstromes mit Dampfschiffen in der Grenzstrecke, einem Unternehmer oder einer Actiengesellschaft die Concession verliehen wird, soll wegen der Sicherung der Ufer und der ausgeführten Regulirungsbauten, ferner wegen der Bezeichnung und Ausführung der Landungsplätze, endlich wegen der Stipulation aller sonstigen hiebei zu beobachtenden Maßregeln zwischen den beiden hohen Regierungen eine eigene Vereinbarung getroffen werden.

Krakau, ⁸/₂₀. August 1864.

(gez.) Kolberg; (gez.) C. Eckhardt; (gez.) Wierzbowski;
(gez.) Gustav Wex.

Mr. 15. Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Ordnung der Prüfungen zum ersten Classenrange und zum Grade eines Apothekerdiscipels Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterscrieben: Vorsitzer des Reichsraths C o n s t a n t i n.

Den 3. Mai 1871.

Entsachen des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journa-
len des Departements der Ge-
setze vom 23. Januar und der
allgemeinen Versammlung v.
12. April 1871.

Der Reichsrath hat im Departement der Ge-
setze und in der allgemeinen Versammlung, nach
Bepriifung der Vorstellung des Oberverwaltenden der
II. Abtheilung der Eigenen Canzellei Sr. Kaisers-
lichen Majestät betreffend die Ordnung der Prüfungen
zum ersten Classenrange und zum Grade eines

Apothekerdiscipels in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ober-
verwaltenden, Sentiment, für gut erachtet:

I. In Abänderung und Ergänzung der betreffenden Artikel der Verordnung
über den Dienst in Folge Anstellung von Seiten der Staatsregierung (Svod der
Reichsgesetze Bd. III) und der Medicinal-Verordnung (Bd. XIII) folgende Regeln
zu verordnen:

1) Alle Personen, welche im Civildienste stehen und keine Attestate über
wenigstens dem Umfange des Cursus einer Kreisschule oder einer ihr gleich-
stehenden Lehranstalt entsprechenden Kenntnisse besitzen (Verordn. über den Staats-
dienst Art. 605—607) unterliegen behufs Beförderung zum ersten Classenrange
einer Prüfung in dem Umfange des Cursus einer Kreisschule.

Anmerkung 1. Diejenigen Personen, welche vor Emanirung der gegen-
wärtigen Regeln die Zeit zur Beförderung zum ersten Classenrange bereits aus-
gedient haben, jedoch noch nicht zu demselben befördert worden sind, gehen nicht
der Rechte verlustig, die ihnen zugestanden haben. Alle übrigen Canzelleioffician-
ten aber werden nur auf Grundlage der in diesem Artikel angegebenen Regel zum
ersten Classenrange befördert.

Anmerkung 2. Durch die gegenwärtigen Regeln wird nicht die bestehende
Ordnung für die Beförderung zum Classenrange derjenigen Personen, welche das
Amt eines Hofofficianten bekleiden, sowie der Hofjäger und der Hofbereiterschü-
ler, abgeändert.

2) Diejenigen Personen, welche einer Prüfung zum ersten Classenrange unter-
liegen, werden derselben an ihrem beständigen Dienstorte oder an dem Orte, wo-
hin sie abcommandirt worden sind, wenn eine solche Abcommandirung mindestens
drei Monate währt, unterworfen. Die Prüfungen selbst werden vorgenommen:

a. in Städten, wo die Curatore der Lehrbezirke ihren Sitz haben, in be-
sonderen Prüfungs-Comité's (Verord. über den Staatsdienst, Beilage zum Art.
353, in der Fortf. v. Jahre 1869, Art. 4 Punkt 1);

b. in Städten, wo die Curatore der Lehrbezirke nicht ihren Sitz haben, wo
sich aber Gymnasien befinden, in den Gymnasien, in Städten aber, wo keine
Gymnasien, sondern nur Progymnasien sind, in diesen letzteren;

c. in Städten, wo weder Gymnasien noch Progymnasien sind, in den Kreis-
schulen und in Städten, wo auch keine Kreisschulen sind, in den diesen gleich-
stehenden Lehranstalten;

d. wenn in einer Stadt weder ein Gymnasium, noch ein Progymnasium,
noch eine Kreisschule, noch auch eine dieser gleichstehenden Lehranstalt vorhanden
ist, so wird die Prüfung in der nächsten Stadt, wo sich eine der gedachten An-
stalten befindet, vorgenommen, wenn aber eine solche Stadt weit entfernt ist, so
kann die Prüfung an Ort und Stelle von Personen vorgenommen werden, die
zu dem Zwecke von der Gouvernements- oder Provinzial-Obrigkeit ernannt wer-

den. Den Ministern des Innern und der Volksaufklärung ist es anheimgestellt, nach gegenseitiger Uebereinkunft zu bestimmen, in welchen Städten namentlich, wegen ihrer weiten Entfernung von Lehranstalten, die Prüfungen durch auf dieser Grundlage zu ernennende Personen vorgenommen werden können.

3) Die Ordnung für die Prüfung zum ersten Classenrange wird durch besondere Regeln festgestellt, welche für die Prüfungs-Comités und die Lehranstalten des Ressorts des Ministeriums der Volksaufklärung von dem Minister der Volksaufklärung und für die nicht zum Ressort des gedachten Ministeriums gehörenden Anstalten und Personen — von dem betreffenden Minister oder dem Oberverwaltenden, nach Uebereinkunft mit dem Minister der Volksaufklärung, bestätigt werden.

4) Der Termin für die Prüfung wird von der Lehrbrigade und an den Orten, wo keine Lehranstalten vorhanden sind, von der Gouvernements- oder der Provinzial-Obrigkeit bestimmt; über die Zeit der Vornahme der Prüfungen ergeht rechtzeitig Publication in den örtlichen Zeitungen.

5) Die Anwesenheit von nicht zum Lehr-Ressort gehörenden Delegirten bei den Prüfungen, als der Adelsmarschälle, der Procureure, der Polizeimeister u. A. wird aufgehoben.

6) Personen, die sich der Prüfung zum ersten Classenrange unterworfen, dieselbe aber nicht bestanden haben, werden zu einer neuen Prüfung nicht früher, als nach Ablauf eines Jahres, von dem vorhergegangenen Examen abgerechnet, zugelassen.

7) Untermilitairs, welche im Civilressort im Dienst stehen, unterliegen bei der Beförderung zum ersten Classenrange den im Militairressort bestehenden Regeln.

8) Personen, die Aemter zu bekleiden wünschen, für welche, um ihnen mit Erfolg vorstehen zu können, Specialkenntnisse erforderlich sind, können unabhängig von den Attestaten der Lehranstalten und von der allgemeinen Prüfung zum Classenrange, einer besonderen Prüfung für das Amt unterworfen werden. Die Festsetzung solcher Prüfungen in den verschiedenen Ressorts und die Bestätigung der Regeln über die Gegenstände, den Umfang und die Ordnung der Abhaltung dieser Prüfungen wird den Ministern und den Oberverwaltenden der abgetheilten Zweige, nach vorhergegangener Erwägung der desfallsigen Projecte in dem Rathe des betreffenden Ministeriums oder der Oberverwaltung, anheimgestellt.

9) Die Lehrgegenstände, der Umfang und die Ordnung für die Abhaltung von Prüfungen für den Eintritt als Apothekerdiscipel werden von dem Medicinalrathe unter Bestätigung Seitens des Ministers des Innern festgesetzt.

II. Der II. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserlichen Majestät anheimzustellen, die gegenwärtig bestehenden Bestimmungen über die Prüfungen zum ersten Classenrange und zum Grade eines Apothekerdiscipels mit den oben angegebenen Regeln in Uebereinstimmung zu bringen, folgende Artikel der Verordnung über den Dienst in Folge Anstellung von Seiten der Staatsregierung aber aus dem Swod der Reichsgesetze auszuschließen: 597, Anmerk. (in d. Fortf. v. J. 1863), 598, Ergänz. (in d. Fortf. v. J. 1868), 600 und die Ergänzung (in d. Fortf. v. J. 1868), 602, 603 (im Swod), 615 u. 616 (in d. Fortf. v. J. 1868), 617 (im Swod), 619 (in d. Fortf. v. J. 1868) und der Anmerk. 2 (im Swod), 623, 624, 625, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 646, 648, Anmerk. (in d. Fortf.

v. J. 1868), 756, 859, Anmerk., 911 und d. Anmerk. 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918 u. 951, Beilage zum Art. 616 (in d. Forts. v. J. 1868), 623, 628, 639, 700, 912 und 948.

Das Originalgutachten ist in den Journalen von den Vorsitzenden und den Gliedern unterschrieben.

Nr. 16. Ufraz Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das am 30. Dec. 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths nebst dem Verzeichniß der Verkaufspreise für Salz, sowie der Accise, der Pudgelder und der Zollgefälle von demselben für das Jahr 1872 wie folgt publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Verkaufspreise für Salz, sowie der Accise, der Pudgelder und Zollgefälle von demselben für das Jahr 1872, für gut erachtet: 1) das von ihm, dem Minister, entworfene Verzeichniß der Verkaufspreise für Salz, sowie der Accise, der Pudgelder und Zollgefälle von demselben für das Jahr 1872 der Allerhöchsten Beprüfung Seiner Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten und 2) dem Finanzminister anheimzugeben, das gedachte Verzeichniß, nach erfolgter Allerhöchster Genehmigung, in festgesetzter Ordnung in Kraft zu setzen.

Betreffend die Verkaufspreise für Salz, die Accise
Pudgelder und Zollgefälle von demselben für
das Jahr 1872.

Aus dem 1. Departement vom
24. Januar 1872, Nr. 4109.

Abchrift.

Auf dem Originale steht geschrieben: „der Herr und Kaiser hat dieses am 30. December 1871 zu St. Petersburg durchzusehen geruht“

Unterschrieben: Reichssecretair D. Solski.

Verzeichniß

der Verkaufspreise für Salz, der Accise, der Pudgelder und der Zollgefälle
von demselben pro 1872.

1. Preise für den Engrossverkauf von Kronsalz.

Aus den Kronsalzquellen.

In Astrachan

In der Krim.

An den inneren

An den äußeren

Im Gouvernement Irkutsk.

In den Salzstieberien:

Zu Irkutsk

Zu Ustjutsk

In allen Magazinen und Verkaufsläden des Gouvernements Irkutsk

Im Gouvernement Jenisseisk.

In der Troitzschen Salzstieberie

Der Pub.
Rel. Kop.

— 33

— 5

— 35

— 93

— 93

1 13

— 93

| | Der Rub. Hbl. Kop. |
|---|-----------------------|
| In dem Minussinskischen Engros-Magazinen: | |
| in großen Quantitäten | — 90 |
| in kleinen | — 95 |
| In dem Turuchanskischen Magazine für die örtliche Versorgung . | — 93 |
| In den Verkaufsläden: | |
| a) im Inbatschen und Dubinskischen und Tassejewschen . | — 93 |
| In den Korn-Vorraths-Magazinen im Turuchanskischen Gebiete: | |
| b) zu Blachinsk und Tolstonossowst . | — 93 |
| In allen übrigen Magazinen u. Verkaufsläden des Gouv. Jenisseisk | — 95 |
| In der Transbaikalischen Provinz: | |
| In den bei dem Vorsinskischen Salzsee errichteten Magazinen | — 51 |
| In allen übrigen Magazinen u. Verkaufsläden der Transbaikalischen Provinz | 1 25 |
| In der Provinz Jakutsk: | |
| Bei den Kempendeischen Salzquellen im Willuischen Bezirk | — 8 |
| In allen Magazinen und Verkaufsläden überhaupt in der Provinz Jakutsk . | 1 — |
| In der Amur- und der See-Provinz: | |
| In allen Magazinen und Verkaufsläden der Amur- und der See-Provinz | 1 10 |
| Im Gouvernement Tobolsk: | |
| Aus den Koräkowski Vorräthen | — 35 |
| In dem Tobolskischen Engros- und Vorraths-Magazine | — 45 |
| In den Magazinen der örtlichen Versorgung: | |
| Zu Beresowst | — 65 |
| Zu Turinsk | — 56 |
| Im Gouvernement Tomsk: | |
| Aus den Seen: | |
| Dem großen Tomowski | — 29 |
| Dem großen Tomowskhanstischen | — 27 |
| Dem Petschatotschnischen oder Kotschkowatschen . | — 32 |
| In dem Spirinskischen Engrosmagazin | — 40 |
| Anmerkung. Alle diese Salzpreise können vom Finanzminister entsprechend den im Privatverkauf sich herausstellenden Preisen während des Jahres 1872 ermäßigt werden. | |

2. Accise von inländischem Salz.

| | |
|---|------|
| Für alles inländische, sowol aus den Kronsalz- als auch aus den Privatsalzquellen gewonnene und von der Accisezahlung nicht befreite Salz ist eine gleichmäßige Accise zu entrichten im Betrage pro Pud von | — 30 |
| Mit Ausnahme des Salzes: | |
| a) welches im Gouvernement Archangel gewonnen wird, von welchem erhoben werden pro Pud | — 10 |
| b) welches im Gouvernement Wologda gewonnen wird, von welchem erhoben werden pro Pud | — 20 |
| c) welches aus dem Berge Tschaptschatschi im Jenotajewschen Kreise des Gouvernements Archangel gewonnen wird, von welchem erhoben werden pro Pud | — 25 |

- | | | |
|---|-----------------------|------|
| d) welches in dem Iseklischen Salzwerke gewonnen wird, von welchem erhoben werden pro Pud | Per Pud. Rbl. Kop. | — 23 |
| e) von Glauber- und dem ähnlichen bitteren Salzen, von welchen erhoben werden pro Pud | | — 10 |

Anmerkung. Von der Accisezahlung ist in Grundlage bestehender besonderer Regeln befreit: 1) das Salz, welches aus den inneren Salzseen der Krim zum Verbrauch innerhalb der Krim gewonnen wird; 2) das aus den Odeßaschen, Krimischen und Astrachanschen Krons-Salzquellen gewonnene Glauber- und andere Bittersalz, welches ausschließlich als Rutzat zum Viehfutter verwandt wird; 3) überall, sowol das Koch- als auch das Glaubersalz, das zur Bereitung von Soda verbraucht wird und 4) das inländische, auf den Salziedereien des Gouvernements Archangel gesottene, bei dessen Export nach der Murmanschen Küste, sowie das Salz, das aus der Meeres-Salzsohle an den Küsten des weißen Meeres und des nördlichen Oceans gesotten wird, zum Zweck der Benutzung am Productionsorte zum Einsalzen der Fische und bei dem Export desselben nach der Murmanschen Küste.

3. Budgetelder für die Berechtigung Salz zu gewinnen:

- | | | |
|--|--|------|
| a) Aus den Krons-Salzquellen in der Krim, im Gouvernement Astrachan und aus dem Elton-See zu | | — 1 |
| b) In den Salziedereien: | | |
| der Dedjuchinschen | | — 1½ |
| der Lebengschen | | — 3 |
| c) Im Iseklischen Salzwerke | | — 1½ |

Anmerkung. Wegen der im Jahre 1872 beabsichtigten Vergebung der Lebengschen Salziederei und des Iseklischen Salzwerkes in Arrende auf einen neuen Zeitraum kann der in diesem Verzeichnisse angegebene Betrag der Budgetelder für die Berechtigung Salz auf den gedachten Salzwerken zu gewinnen einer Abänderung unterliegen.

4. Zollgefälle.

- | | |
|---|-------|
| a) Von ausländischem Salz wird in allen Hafen- (außer im Archangelischen Gouvernement) und Land-Zollämtern, über welche die Einfuhr desselben erlaubt ist, ein gleichmäßiger Zoll erhoben, im Betrage pro Pud von | — 38½ |
| In den Häfen des Gouvernements Archangel sind zu erheben pro Pud | — 22 |
| b) Von dem Kirgisen-Salze wird bei der Ausfuhr desselben aus der Kirgisen-Steppe, an den Salz-Sastaven ein gleichmäßiger Zoll erhoben, im Betrage pro Pud von | — 20 |

Anmerkung. Alles ausländische Salz, das zur Soda-Fabrikation eingeführt wird, ist von den Zollgebühren befreit.

Nr. 17. Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths, welches in dem Einem Dirigirenden Senate vom Kriegsminister unter dem 12. Januar 1872 vorgestellten Tagesbefehle im Militairressort vom 6. Januar 1872 Nr. 4 ent-

halten ist. Betreffend die Ordnung der Versorgung der Untermilitairs mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör.

Der Reichsrath hat im Departement der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Kriegsministers, betreffend die Ordnung für die Versorgung der Untermilitairs mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichem Zubehör für gut erachtet:

Die Art. 318 und 423 des Reglements über die Landesprästanzen, Codey der Reichsgeetze Bd. IV in der Forts. v. J. 1863, welche die Ordnung für die Versorgung der Untermilitairs mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör bei ihrer Einquartirung in den Quartieren der Einwohner und in den Festungen der westlichen Gouvernements festsetzen, sowie die bestehenden Verordnungen über die Ablassung dieser Gegenstände im Warschauer Militairbezirke und für die Garde- und Lehr-Truppen in Kraft zu lassen und demnächst hinsichtlich der Versorgung der übrigen Truppentheile mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör folgende Regeln zu verordnen:

a. Bezüglich der Versorgung der Truppen mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör, wenn sie in Kasernen bequartirt sind.

1) Wenn die Truppen in Kasernen, städtischen, wie Krons-Kasernen, wie auch in Privathäusern, welche als Kasernen angemiethet werden, bequartirt sind, muß jeder Untermilitair mit einer Matratze und einem Kopfkissen, die mit Stroh gefüllt sind, versehen werden.

2) Für jede Matratze von 2 Arschin 12 Wersch. Länge und 1 Arschin Breite und für ein Kopfkissen von 12 Werschok Länge und 10 Werschok Breite werden 13 Arschin Sackleinwand (торбочного или хлящеваного холста) von der besten Qualität und 8 Wersch. Breite bestimmt.

3) Zur ersten Füllung der Matratzen und Kopfkissen werden einmalig zu 10 Pfund Stroh per Mann auf 2 Monate und zur Erneuerung dieser Füllung, nach Ablauf von zwei Monaten, je nach Erforderniß 3 bis 5 Pfund monatlich per Mann abgelassen.

4) Die Versorgung der Truppen mit diesen Gegenständen in den Kasernen des Civilressorts und in den Seitens dieses Ressorts angemietheten Kasernen-localen geschieht Seitens des gedachten Ressorts für Rechnung derjenigen Quellen, aus denen die Ausgaben für die Beheizung und Beleuchtung der gedachten Kasernen und Kasernenlocale bestritten werden, in den Kasernen des Militair-Ressorts aber für Rechnung der Summen der Gouvernements-Landessteuer, welche nach dem Anschlage der Haupt-Intendantur-Verwaltung berechnet und auf deren Anordnung verausgabt werden müssen.

5) Die Zeit, wie lange eine jede Matratze nebst Kopfkissen zu dienen hat, wird auf 3 Jahre festgesetzt, wobei nur die Zeit der wirklichen Benutzung dieser Gegenstände in Anschlag gebracht wird; deßhalb müssen die Ressorts, welche diese Ablassung zu überwachen haben, bei einer neuen Ablassung von Matratzen und Kopfkissen, darauf achten, daß die alten Matratzen und Kopfkissen nicht weniger als drei Jahre im Gebrauch gewesen sind.

6) Die Anfertigung und Reparatur der Matratzen und Kopfkissen geschieht durch die Truppen selbst, welche zu den bezuflüssigen Ausgaben 4 Kop. für jede

Matratze nebst Kopfkissen für die ganze Zeit, während welcher dieselben zu dienen haben, aus den im Art. 4 angegebenen Quellen erhalten.

7) Diejenigen Matratzen und Kopfkissen, welche ihre Zeit ausgedient haben, werden nirgend wohin abgeliefert, sondern zur Reparatur der im Gebrauch befindlichen Matratzen und Kopfkissen verwandt.

b. Bezüglich der Versorgung der Truppen mit dem zu ihren Schlafstätten erforderlichem Zubehör während der Lagerzeit:

1) Beim Beziehen des Lagers Seitens der Truppen sowohl zu Festungs- und Staatsarbeiten, als auch zu militairischen Uebungen, werden kurz vor dem Beginn der Beziehung des Lagers für jeden Untermilitair 10 Pfund Stroh zur Schlafstätte und $1\frac{1}{2}$ Kop. zum Ankauf von Bindfaden (стекляда) zur Anfertigung von Matten aus diesem Stroh abgelassen; wenn die Truppen aber länger als zwei Monate im Lager stehen, so werden auf's Neue 5 Pfund pr. Mann monatlich abgelassen.

2) Die desfalligen Ausgaben werden in den Fällen, wenn die Truppen zu Arbeitszwecken zusammengezogen sind, für Rechnung der diese Arbeiten ausführenden Ressorts, bei einer gewöhnlichen Dislocation der Truppen aber — für Rechnung der Reichs-Landessteuer bestritten.

Dieses Gutachten ist am 21. December 1871 Allerhöchst bestätigt worden.

Art. 18. Ufss Eines Dirigirenden Senats, desmittelft das folgende, am 11. Januar 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Oberverwaltenden der zweiten Abtheilung der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserlichen Majestät betreffend die Abänderung der Frist für Beurlaubungen der im Civilressort Dienenden mit Beibehaltung des Unterhalts (кодежание), in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Oberverwaltenden, Sentiment für gut erachtet: in Ergänzung und Abänderung der betreffenden Artikel des Codex der Reichsgeseze zu verordnen: 1) In allen Civilressorts überhaupt, sowohl im Kaiserreiche, als auch in den Gouvernements des Königreichs Polen, können die bei diesen Ressorts im Dienst Stehenden mit Beibehaltung des Unterhalts (кодежание) auf eine Zeit bis zu zwei Monaten incl. beurlaubt werden, mit der Bestimmung jedoch, daß ein Urlaub auf eine längere Zeit, als einen Monat, ein und derselben Person, auf dieser Grundlage, nicht öfter als ein Mal im Laufe von zwei Jahren ertheilt werden kann und daß bei der Ertheilung solcher Urlaube, wie auch bei der Vorstellung zu diesen Beurlaubungen, neben den übrigen Bestimmungen über Urlaube, auch die in dem Art. 1213 der Verordnung über den Staatsdienst (Cod. der Reichsgeseze Bd. III) enthaltene Regel zu beobachten ist. 2) Die bestehenden Regeln über Urlaube mit Beibehaltung des Unterhalts (кодежание) bleiben unverändert: 1) für Diejenigen, welche auf eine Zeit bis zu einem Monate beurlaubt werden; 2) für Dienende, welche auf Grundlage besonderer Gesezesbestimmungen Vacanzen genießen; 3) für die Beamten der Gesandtschaften, Missionen und Consulate und 4) für die in entfernten Gegenden Dienenden, welche besondere Vorrechte bezüglich des Urlaubs genießen, bis zur

Emanirung eines neuen Reglements über die besonderen Dienstvorrechte in den entfernten Bezirken des Kaiserreichs.

Betreffend die Abänderung der Frist für Beurteilungen der im Civil-Ressort Dienenden mit Beibehaltung des Unterhalts (содержание.)

Aus dem 1. Departement vom
15. Febr. 1872, Nr. 8588.

Nr. 19. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern vom 8. Januar 1872 Nr. 64 folgenden Inhalts: der Herr und Kaiser habe auf seine, des Ministers, allerunterthänigste Unterlegung am 7. Januar d. J. Allerhöchst zu befehlen geruht: bis zur Emanirung der Verordnung über die allgemeine Wehrpflicht den Artikel 1255 des Rekruten-Reglements aufzuheben und demnach die Ebräer des Kaiserreichs, welche den christlichen Glauben angenommen oder den Wunsch geäußert haben, denselben anzunehmen, zur Ableistung der Rekrutenprästation auf allgemeiner Grundlage heranzuziehen. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl berichte er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Aufhebung des Art. 1255 des Rekruten-Reglements bis zur Emanirung der Verordnung über die allgemeine Wehrpflicht.

Aus dem 1. Departement vom
24. Januar 1872, Nr. 3824.

Nr. 20. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft das folgende, am 28. December 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend den Betrag der den Einnahmen zu leistenden Zahlung für die Verpflegung von Rekruten und von durchmarschirenden Militair-Commandos, in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: 1) Vom 1. Januar 1872 ab die Zahlung für die Verpflegung von Rekruten und von durchmarschirenden Militair-Commandos den Einwohnern in demjenigen Betrage zu leisten, welcher für die Verpflegung der außeretatmäßigen Commandos auf dem Marsche auf Grundlage der am 31. Juli 1871 Allerhöchst bestätigten Verordnung des Kriegsraths über den Proviant, die Zukost- und die Fourage für das Militair festgesetzt ist. 2) Demgemäß die dem Art. 560 des Rekruten-Reglements beigelegte Tabelle über die tägliche Verpflegung der Rekruten und der durchmarschirenden Militair-Commandos aus dem Coder der Reichsgeseze auszuschließen.

Betreffend den Betrag der den Einwohnern zu leistende Zahlung für die Verpflegung von Rekruten und von durchmarschirenden Militair-Commandos.

Aus dem 1. Departement vom
1. Februar 1872, Nr. 5699.

Nr. 21. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern vom 26. Januar 1872 Nr. 171, bei welchem er dem Dirigirenden

Senate zur erforderlichen Anordnung eine Abschrift des am 14. Januar d. J. Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités folgenden Inhalts vorstellt: Vorgetragen: die Relation des Ministers des Innern vom 25. Dec. 1871 Nr. 940 (aus dem Depart. der execut. Polizei) betreffend die Befreiung derjenigen freien Zuhörer des St. Petersburger Technologischen Instituts, welche ihrer Herkunft nach zu den abgabepflichtigen Ständen sowohl des Kaiserreichs, als auch des Königreichs Polen gehören, von der Rekrutenprästation bei der Aushebung im Jahre 1872. Der Comité beschloß hierzu, gemäß der Vorstellung, die Allerhöchste Genehmigung Sr. Kaiserlichen Majestät zu erbitten. Der Herr und Kaiser hat am 14. Januar 1872 dieses Allerhöchst zu genehmigen geruht. — Befohlen: Ueber den gedachten Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Befreiung derjenigen freien Zuhörer des St. Petersburger Technologischen Instituts, welche ihrer Herkunft nach zu den abgabepflichtigen Ständen, sowohl des Kaiserreichs, als auch des Königreichs Polen, gehören, von der Rekrutenprästation bei der Aushebung im Jahre 1872.

Aus dem 1. Departement vom 10. Februar 1872, Nr. 8059.

Nr. 22. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 7. Januar 1872 Nr. 7 folgenden Inhalts: durch den Ukas Eines Dirigirenden Senats vom 1. Juni 1871 sei der am 11. Mai desselben Jahres Allerhöchst bestätigte Verschlagn über die Summen, welche im Jahre 1872 in jedem Gouvernement an Immobiliensteuer einfließen müssen und das die Erhebung dieser Steuer betreffende Gutachten des Reichsraths publicirt worden, in welchem gesagt sei: Punkt 2, die Vertheilung der in diesem Verschlagn für jedes Gouvernement festgesetzten Steuersummen auf die städtischen Ansiedelungen und die Repartition der für jede städtische Ansiedelung bestimmten Summe auf die Immobilien ist in genauer Grundlage der am 4. October 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung über die Immobiliensteuer und der gemäß dem Art. 31 dieser Verordnung vom Finanzminister erteilten Instruction zu bewerkstelligen. In der am 4. October 1866 Allerhöchst bestätigten Verordnung, betreffend die Erhebung der Immobiliensteuer sei bestimmt: Art. 5: die Summe, welche in Grundlage des Art. 4 dieser Verordnung für ein Gouvernement festgesetzt ist, wird auf die einzelnen Städte und Flecken desselben durch die Gouvernements-Landschafts-Versammlung repartirt. Diese Repartition der gedachten Summe auf die Städte und Flecken muß von der Gouvernements-Landschafts-Versammlung in einer Sitzung des Jahres bestätigt werden, welches Demjenigen, für das die Repartition bestätigt wird, vorhergeht. Anmerkung. In denjenigen Gouvernements, wo die landschaftlichen Institutionen noch nicht eröffnet sind, oder wo, obgleich sie eröffnet sind, es den Gouvernements-Landschafts-Versammlungen aus irgend welchen Ursachen nicht möglich sein sollte, rechtzeitig die Repartition der für das Gouvernement festgesetzten Steuersumme auf die Städte und Flecken zu entwerfen, wird die besagte Repartition durch die besondere Session für Landesprästande bewerkstelligt und nicht später als einen Monat vor Beginn des Jahres, für welches die Repartition festgesetzt wird, dem Finanzminister zur Be-

stätigung vorgestellt. In Folge dessen habe der Finanzminister, nachdem er von den besonderen Landesprästandens-Sessionen die desfalligen Vorstellungen für 15 Gouvernements erhalten, in Gemäßheit derselben den Betrag der Steuer für die Städte und Flecken dieser Gouvernements bestätigt, worüber er, der Colleege des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat berichte und zugleich den bezüglichen Verschlagn zur Publication vorstelle; 2) den Verschlagn selbst und 3) die Spramka. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Collegen des Finanzministers unter Beifügung des Verschlages, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in
Städten und Flecken für das Jahr 1872 für
15 Gouvernements.

Aus dem 1. Departement vom
24. Januar 1872, Nr. 3130.

V e r s c h l a g

über den Betrag der Steuer von den Immobilien in Städten und Flecken
für das Jahr 1872 für 15 Gouvernements, bestätigt vom Finanzminister
am 28. December 1871.

| Benennung der Gouvernements, Städte und Flecken. | | | | Betrag der Steuer. Rubel. |
|--|---|---|---|------------------------------------|
| 8) Livland. | | | | |
| Stadt Riga | | | | 33,409 |
| " Dorpat | . | . | . | 6,248 |
| " Pernau | | | . | 3,034 |
| " Arensburg | . | . | . | 1,527 |
| " Werden | | | . | 1,050 |
| " Fellin | . | . | . | 1,085 |
| " Werro | | | . | 700 |
| " Wolmar | . | . | . | 700 |
| " Lemsal | | . | . | 542 |
| " Walf | . | . | . | 824 |
| Flecken Schloß | . | . | . | 241 |
| in Summa | | | | 49,360 |

Unterzeichnet: Für den Finanzminister,
Colleege des Ministers, General-Adjutant G r e i g h.

Riga-Schloß, den 14. März 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur Baron Uexküll.

Älterer Secretair H. v. Stein.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Russen u. u. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 23. Von Sr. Erlaucht dem Herrn General-Gouverneur der Ostsee-Gouvernements ist die Genehmigung zur Eröffnung des in diesem Jahre in Riga abzuhaltenden ordentlichen Livländischen Landtages ertheilt worden, mit dem Hinzufügen, daß der Termin zum Zusammentritt des Landtages und der Glieder der Livländischen Adelligen Credit-Societät auf den 23. Mai 1872, die Eröffnung des Landtages aber auf den 24. Mai 1872 festgesetzt worden ist.

Indem die Livländische Gouvernements-Verwaltung Solches zur Kenntniß der Livländischen Ritter- und Landschaft bringt, fordert sie die Glieder der Ritterschaft zugleich auf, ihre etwaigen, auf die Bedürfnisse und Interessen der Adelscorporation bezüglichen Vorstellungen drei Wochen vor Eröffnung des in Rede stehenden Landtages wo gehörig einzureichen, sich unfehlbar am 23. Mai, als dem termino conveniendi zeitig in Riga einzufinden, bei dem Herrn Landmarschall sich zu melden und namentlich von dem Ritterschafts-Notairen verzeichnen zu lassen, auch vor dem Schlusse des Landtages sich nicht anders, als nach eingeholter specieller Erlaubniß, wie Solches die Art. 65—70 Thl. II des Prov.-Codex vorschreiben, fortzubeben. Wer solche Obliegenheiten verabsäumt und dafür keine gesetzliche Ursache zeitig vor Eröffnung des Landtages der Residierung anzeigen kann, hat im Falle seines gänzlichen Ausbleibens die vorschriftsmäßige Pön von 100 Rbl. zur Ritterschaftscasse zu erlegen, für den Fall seiner verspäteten Meldung dagegen 2 Rbl. S. für jeden Tag zu entrichten, sowie für jeden Tag seiner Entfernung vor dem Schlusse des Landtages resp. 6 oder 3 Rbl. an die Ritterschaftscasse zu zahlen. Außerdem hat jeder Abwesende Alles dasjenige genehm zu halten und zu erfüllen, was von der anwesenden Ritter- und Landschafts-Versammlung beschlossen werden wird.

Schließlich ergeht desmittelft die Weisung, daß jeder Hof eine Bescheinigung über den Empfang dieses Patents dem örtlichen Herrn Kirchspielsprediger zuzustellen und Letzterer die gesammelten Bescheinigungen an die Ritterschafts-Kanzellei einzusenden hat.

Riga-Schloß, den 16. März 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur Baron **Uexküll.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 24. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Justizministers vom 18. März 1872 Nr. 3825, bei welchem er dem Dirigirenden Senate das Originalschreiben des Ministers des Kaiserlichen Hofes vom 3. März d. J. Nr. 565, folgenden Inhalts übergiebt: der Herr und Kaiser hatte am 30. November 1871 Allerhöchst zu befehlen geruht, unter dem Vorstehe des Ministers des Kaiserlichen Hofes eine besondere Commission zur Beprüfung der Frage wegen Beschränkung des Rechts der Militärpersonen zur Bekleidung von Aemtern im Civil-Resort niederzusetzen. In Erfüllung des gedachten Allerhöchsten Willens hatte die Commission in Betreff dieser Frage folgende Vorschläge entworfen: I. Militärpersonen werden zu den untenbenannten Civilämtern zugelassen: a) zu denen der ersten drei Classen und zu solchen Aemtern der vierten, ungerechnet die Gouverneure und Stadtbefehlshaber, — für welche Seine Kaiserliche Majestät, in Abweichung von den allgemeinen Regeln, Militärpersonen zu ernennen belieben wird; b) in der Statthalterschaft Kaukasien und dem Großfürstenthum Finnland; c) zu den Polizeimeisterstellen in beiden Residenzen und der Stadt Warschau, in den Centren der General-Gouverneurs-Verwaltungen und in den Städten: Nischni-Romgorod, Zarskoje-Selo, Peterhof, Gatschina, Kronstadt, Sewastopol und Nikolajew (in den drei letzteren — aus der Zahl der Marinesoldaten); d) zu denen der Brand-Majore in beiden Residenzen und der Stadt Warschau; e) bei der äußeren Polizei der beiden Residenzen und der Stadt Warschau und zwar: zu denen der Bezirks-Präsidenten, deren Gehilfen, der Reserve der Polizei, der Stadttheils-Präsidenten, der Quartals-Aufseher und deren Gehilfen, in einem Verhältniß zu der Gesamtzahl der Polizeibeamten: für Petersburg von fünf und neunzig Personen, (wobei in der Reserve-Polizei die Gesamtzahl der Militär- und Civilbeamten nicht die nach dem Etat vom 27. Juni 1867 festgesetzten neunzehn Mann übersteigen darf); für Moskau — von sechs und sechzig Personen und für Warschau — von drei und zwanzig Personen; f) zu denen der Beamten für besondere Anträge: 1) bei den General-Gouverneuren zu zwei für jeden, ungerechnet die bei ihnen befindlichen Adjutanten; 2) bei den Polizei-Verwaltungen der beiden Residenzen und der Stadt Warschau — zu zwei für jede und 3) bei den Gouverneuren der Gouvernements des Königreichs Polen zu einem (im Stabs-Offiziers-Ränge); g) zu denen der Chef der Landwache im Königreiche Polen und der Reserve-Offiziere für dieselbe, im Ganzen fünf und neunzig Mann; h) zu denen der Verwaltenden des Winter- und des Kreml-Palastes, der Bau-Adjutanten und der Offiziere des Diener- und des Handwerker-Commandos; i) zu denen des Feld-Stallmeisters und des Feld-Chefs der Kaiserlichen Telegraphen; k) zu denen der Chef der Palast-Verwaltungen von Zarskoje-Selo, Peterhof und Gatschina; l) zu denen der Ehrencuratoren der Gymnasien und Ehren-Schul-

inspectore, wenn sie zugleich irgend ein Amt im Militairressort bekleiden, oder zu den Reservetruppen gezählt werden; m) bei ständischen- und Gemeindevahlen (für Personen, die bei den Reservetruppen stehen); n) zu denen der Docenten an den höheren Lehranstalten, jedoch dürfen ihre Beschäftigungen in diesen Aemtern nicht ihre directen Pflichten im Militairdienste beeinträchtigen; o) zu denen der Glieder des Conseils des Reichs-Geflüterwesens, der Verwaltenden der Stuterei-Bezirke, der Verwaltenden der Stutereien, der Verwaltenden der Landställe, des Aufsehers des St. Petersburger Auktions-Stalles und des Verwaltenden der Moskauer Reichsgestüte; p) zu denen der Docenten in den Schiffercursen. Zu allen übrigen Civilämtern ist es verboten, Militairpersonen zu ernennen. II. Die Generale, Stabs- und Oberoffiziere, welche gegenwärtig Aemter, die in dem ersten Punkte nicht genannt sind, bekleiden, behalten ihren gegenwärtigen Rang nicht nur in den inneren Gouvernements, im Königreiche Polen und in den westlichen Gouvernements, sondern auch in Sibirien, bis zu ihrem Austritt oder bis zu ihrer Beförderung zum nächsten Range, bei, d. h. ihre Beförderung zu einem höheren Militairrange ist fernerhin nicht zulässig und werden sie für Auszeichnung im Dienste durch Beförderung nicht zu einem höheren Militair- sondern zu einem entsprechenden höheren Civilrange belohnt. III. Die in dem zweiten Punkte genannten Personen behalten, wenn sie, auf ihren Wunsch, auf allgemeiner Grundlage zum entsprechenden Civilrange umbenannt werden, falls sie gegenwärtig an der Emeritalcasse des Militair- und Marine-Resorts Theil nehmen und auch fernerhin die festgesetzten Abzüge zur Cassa einzahlen wollen, das Recht der Theilhaberschaft an der Emeritalcasse desjenigen Resorts, aus welchem sie ausgetreten sind. Auf die allerunterthänigste Unterlegung dieser Beschlüsse der Commission Seitens des Ministers des Kaiserlichen Hofes haben der Herr und Kaiser am 1. März dieses Jahres Eigenhändig die Resolution „zu erfüllen“ zu treffen geruht. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Frage über die Beschränkung des
Rechts der Militairpersonen zur Bekleidung
von Aemtern im Civil-Resort.

Aus dem 1. Departement vom
28. März 1872, Nr. 15,518.

Nr. 25. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen die Vorstellung des Finanzministers vom 14. Mai 1870 Nr. 1649, folgenden Inhalts: auf Grundlage des Art. 21 des Cod. d. Reichsgesetze Bd. V Poschlin-Reglement muß die Geschäftsverhandlung bei jeder Behörde und jeder obrigkeitlichen Person auf Stempelpapier derjenigen Kategorie geführt werden, welche für diese Behörden und Personen zum Gebrauch für diesen Zweck festgesetzt ist; falls aber die Supplicanten oder deren Bevollmächtigte die zur Sachverhandlung nothwendige Quantität Stempelpapier nicht vorstellen, so ist durch den Art. 24 desselben Reglements gestattet, die Verhandlung auf gewöhnlichem Papier zu führen und von den Supplicanten die Stempelsteuer für soviel Bogen Stempelpapier des entsprechenden Werthes beizutreiben, als bei der Verhandlung der Sache wirklich verbraucht worden sind. Demnächst ist nach Pkt. 2 des Art. 118 des Poschlin-Reglements gestattet, Gesuche um Auszahlung einer erdienten Pension auf gewöhnlichem Papiere zu schreiben, ohne daß dieses jedoch auf Gesuche, in denen um

Bewilligung einer Pension erst gebeten, oder um eine Erhöhung derselben nachgesucht wird, ausgebeht ist, und ist ferner in den Gesetzen eine Erlaubniß Sachen, welche die Bewilligung einer Pension betreffen, auf gewöhnlichem Papier zu verhandeln, in den Gesetzen nicht enthalten. Gleichwohl ergiebt sich aus den im Finanzministerium vorhandenen Nachrichten, daß einige Ressorts bei der Verhandlung von Sachen, welche die Bewilligung von Pensionen betreffen, sich lediglich darauf beschränken, daß die Gesuche um Bewilligung einer Pension und die Beilagen zu denselben auf dem verordneten Stempelpapier geschrieben seien, oder daß anstatt dessen die entsprechende Stempelsteuer bezahlt werde; die Regeln in Betreff dessen, daß von den Supplicanten Stempelpapier zur Verhandlung derartiger Sachen einzuverlangen, oder anstatt dessen die Stempelsteuer beizutreiben ist, — werden von diesen Ressorts aber nicht beobachtet. In der Erwägung; daß dadurch, daß Sachen betreffend die Bewilligung von Pensionen auf gewöhnlichem Papier, ohne Beitreibung der für das Papier zu zahlenden Stempelsteuer, verhandelt werden, die Einnahme der Kronschasse an Stempelsteuern beträchtlich vermindert wird, berichtet er, der Finanzminister, Obiges Einem Dirigirenden Senate zur Kenntnißnahme bei dem Hinzufügen, ob derselbe es nicht für nothwendig erachte, allen Behörden und obrigkeitlichen Personen die genaue Beobachtung der im Poschlin-Reglement festgesetzten Regeln über den Gebrauch des gehörigen Stempelpapiers oder über die Beitreibung der Stempelsteuer für dasselbe, sowohl für die Gesuche um Bewilligung von Pensionen und für die Beilagen zu diesen Gesuchen, als auch bei der Verhandlung dieser Sachen, anzuzuführen. Befohlen: Der Finanzminister ist bei dem Dirigirenden Senate mit einer Vorstellung darüber eingekommen, daß den betreffenden Behörden die Regeln über die Beitreibung der Stempelsteuer in Sachen, betreffend die Bewilligung von Pensionen erläutert werden mögen. In Anbetracht dessen, daß auf Grundlage des Punkt 2 des Art. 118 Bb. V, Poschlin-Reglement es nur erlaubt ist, Gesuche um Auszahlung einer erdienten Pension auf gewöhnlichem Papier zu schreiben, welche Regel sich aber nicht auf Gesuche erstreckt, in denen um Bewilligung einer Pension erst gebeten, oder um eine Erhöhung derselben nachgesucht wird und da aus dem vorliegenden Berichte des Finanzministers sub Nr. 1649 zu ersehen ist, daß einige Ressorts die durch den Art. 24 des Poschlin-Reglements festgesetzte Ordnung bezüglich des Einverlangens von Stempelpapier von dem Supplicanten zur Verhandlung der Sachen, betreffend die Bewilligung von Pensionen oder bezüglich der Beitreibung der Stempelsteuer an Stelle dessen, nicht einhalten — hat Ein Dirigirender Senat verfügt: die genaue Erfüllung der im Poschlin-Reglement festgesetzten Regeln über den Gebrauch des gehörigen Stempelpapiers oder über die Beitreibung der Stempelsteuer für dasselbe, sowohl für die Gesuche um Bewilligung von Pensionen und für die Beilagen zu diesen Gesuchen, als auch bei der Verhandlung dieser Sachen, zur schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, einzuschärfen. Hierüber Ukase zu erlassen.

Betreffend den Gebrauch von Stempelpapier oder die Beitreibung der Stempelsteuer für dasselbe bei der Verhandlung von Sachen, betreffend die Bewilligung von Pensionen.

Aus dem 1. Departement vom 14. Februar 1872 Nr. 9165.

Nr. 26. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 23. November 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt

wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Civil- und geistlichen Angelegenheiten und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Festsetzung einer Geldbuße für die grausame Behandlung von Thieren, in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment, für gut erachtet: In Ergänzung zu dem Gesez über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen folgende Regel zu verordnen: „Für Qualen, welche Hausthieren unnöthiger Weise zugefügt werden, unterliegen die Schuldigen einer Geldbuße von nicht über zehn Rubel.“

Betreffend die Geldbuße für Qualen, welche
Hausthieren unnöthiger Weise zugefügt werden.

Aus dem 1. Departement vom
14. März 1872 Nr. 13,769.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 27. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird zur Erfüllung einer desfalligen Requisition der Commission in Livländischen Bauer-Sachen desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft bekannt gemacht, daß die in der Anmerkung zum § 16 der am 11. Juni 1866 Allerhöchst bestätigten Wohlfahrtsregeln enthaltene Bezeichnung „arme Rekrutenfrauen“, zufolge Antrags Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements in folgender Weise zu interpretiren ist:

Als „arme Rekrutenfrauen“, welche einen Anspruch auf die in der Anmerk. zu § 16 der Wohlfahrtsregeln näher bezeichnete Unterstützung haben, sind solche Rekrutenfrauen zu betrachten, welche vermögenslos sind und ohne eigenes Verschulden keinen genügenden Erwerb besitzen.

Riga-Schloß, den 24. April 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur Baron **Uexküll.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 28. Ukase Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Geheimraths Girs, in Stelle des Collegen des Finanzministers, vom 20. November 1871 Nr. 923, folgenden Inhalts: Auf Grundlage des Art. 9 des am 4. (16.) Juni d. J. Allerhöchst bestätigten Tabaksaccise-Reglements sei am 10. November d. J. von dem Herrn Finanzminister die Instruction zur Erläuterung und Ergänzung des gedachten Reglements bestätigt worden. In Stelle des Collegen des Finanzministers stelle er, der Geheimrath Girs, ein Exemplar der gedachten Instruction dem Dirigirenden Senate bei der Bitte vor, die erforderliche Anordnung zur Publication derselben zur allgemeinen Wissenschaft zu treffen und 2) die Instruction selbst. Befohlen: Ueber solchen Bericht des Geheimraths Girs, unter Beifuge eines Exemplars der Instruction, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung Derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Instruction zur Erläuterung und Ergänzung des am 4. (16.) Juni 1871 Allerhöchst bestätigten Tabaksaccise-Reglements.

Aus dem 1. Departement vom 4. Dec. 1871, Nr. 48,205.

Auf Grundlage des Art. 9 des Tabaksaccise-Reglements bestätigt vom Herrn Finanzminister den 10. November 1871.

Instruction

zur Erläuterung und Ergänzung des am 4. (16.) Juni 1871
Allerhöchst bestätigten Tabaksaccise-Reglements.

I. Von dem Tabaksbau.

§ 1. Im Kaiserreiche unterliegt der Tabaksbau keinerlei Einschränkungen; im Königreiche Polen aber ist er den in dem Art. 11 des Tabaksaccise-Reglements angegebenen Regeln unterworfen.

Bei der Erfüllung dieser Regeln ist Folgendes zu beobachten:

a) Die durch den Punkt c des Art. 11 des Reglements von den Tabakspflanzern geforderten Anzeigen sind auf gewöhnlichem Papiere in zwei Exemplaren unter Angabe dessen, in welchem Kreise, in welcher Stadt oder Ansiedelung die Pflanzung sich befindet und wieviel Dessätinen und Quadratsaden Landes sie einnimmt, einzureichen. Der Bezirksaufseher oder dessen Gehilfe retradirt, nach-

dem er auf den Anzeigen bemerkt hat, daß sie der Inspection vorgewiesen worden sind, ein Exemplar dem Besitzer der Pflanzung, das andere aber behält er in der Accise-Verwaltung.

b) Diese Verwaltung stellt aus allen, auf diese Weise erhaltenen Anzeigen besondere Verschläge über die in dem Rayon eines jeden Gemeinde-Ältesten oder Bürgermeisters befindlichen Pflanzungen zusammen; in diesen Verschlägen ist anzugeben, von wem, wo und von welcher Größe die Pflanzung aufgegeben worden ist. Die Gemeinde-Ältesten und Bürgermeister tragen, nach Empfang dieser Verschläge, in den betreffenden Rubriken derselben ein: 1) ob die aufgegebene Pflanzung mit Taback bepflanzt ist; 2) wenn sie bepflanzt ist, so ob in der Ausdehnung, wie es in dem Verschlage gemäß der Anzeige des Tabackspflanzer angegeben ist, und 3) ob nicht Pflanzungen vorhanden sind, über die keine Anzeige gemacht worden ist. Sodann stellen die Gemeinde-Ältesten und Bürgermeister diese Verschläge, nachdem sie ihre Bemerkungen auf denselben gemacht haben, im Juli der Bezirks-Accise-Verwaltung zurück.

Nach diesen Verschlägen und anderen in der Accise-Verwaltung vorhandenen Auskünften veranstaltet die Accise-Inspection im Laufe des Juli oder August eine Revision der Pflanzungen an Stelle und Ort, um Auskünfte über die Tabacksernte zu sammeln und nimmt über diejenigen Pflanzungen, auf welchen der Taback gar nicht oder theilweise nicht gewachsen, oder durch Hagel-Überschwemmung oder andere Ursachen vernichtet worden ist, Protocollen auf, welche von dem die Pflanzung revidirenden Accisebeamten, von dem Gemeinde-Ältesten oder Bürgermeister und dreien Zeugen unterschrieben werden müssen. Sodann stellt die Bezirks-Acciseverwaltung einen allgemeinen Verschlage über die factische Anzahl der Pflanzungen und den von ihnen eingenommenen Flächenraum zusammen, unter Angabe bei jeder Pflanzung, welche Menge guten, mittleren und schlechten Tabacks man erwarten kann. Zum 1. September wird dieser Verschlage nebst den gedachten Protocollen der Gouvernements-Acciseverwaltung vorgestellt.

c) Wenn Taback an die örtlichen Fabrikanten verkauft, oder nach anderen Theilen des Kaiserreichs oder in's Ausland ausgeführt worden ist, müssen die Tabackspflanzer über jede Partie des verkauften und versührten Tabacks eine Bescheinigung entweder von dem Fabrikanten, an den der Taback verkauft worden ist, unter Beglaubigung Seitens des Controleurs der Fabrik, oder von der Accise-Inspection des Orts des Kaiserreichs, nach welchem der Taback versührt oder von dem Zollamte, über welches der Taback ausgeführt worden ist, haben, um sie der Accise-Inspection vorzuweisen.

d) Wenn Taback, welcher bis zum 31. December nicht verkauft und nicht nach anderen Theilen des Kaiserreichs oder in's Ausland ausgeführt worden ist, in die nächste Stadt zur Aufbewahrung in einem besonderen Locale transportirt wird, so muß er unverzüglich der örtlichen Accise-Inspection vorgewiesen werden, welche, nachdem sie die Anzahl der Colli und deren Gewicht nach dem Transportscheine verglichen hat, letzteren bei sich behält und dem Tabackspflanzer eine Bescheinigung mit Angabe der Anzahl der Colli und des Gewichtes des zur Aufbewahrung abgelegten Tabacks ertheilt. Ein Schlüssel des Locals, in welchem der Taback liegt, muß sich bei der Accise-Inspection befinden.

e) Falls aus dem gedachten Locale Taback abgeführt wird, so ertheilt die Accise-Inspection für denselben einen Transportschein und nimmt die Bescheinigung zu.

rück oder macht auf derselben die erforderliche Notiz über die Menge des abgeführten Tabacks. Darüber, daß der Taback auch wirklich am Bestimmungsorte eingetroffen, oder daß er nach dem Kaiserreiche oder in's Ausland ausgeführt worden ist, hat der Tabackspflanzer später der örtlichen Accise-Inspection eine Bescheinigung, gemäß dem Obigen, vorzustellen.

f) Die örtliche Accise-Inspection muß nach Ablauf des Jahres den Tabackspflanzern die denselben ausgereichten Bescheinigungen über den Verkauf von Taback an die örtlichen Fabriken und über die Ausfuhr desselben nach dem Kaiserreiche und in's Ausland abnehmen.

II. Von der Berechnung des Tabacks in den Tabacksfabriken und Engrosniederlagen.

A. Von der Art und Weise, wie das Gewicht des Blättertabacks zu bestimmen ist.

§ 2. Zur Bestimmung des Gewichts des Rohtabacks beim Empfang desselben in den Vorrathskammern der Fabriken und auf den Fabriken selbst, sowie bei der Ablassung aus den Vorrathskammern, werden folgende Regeln zur Ergänzung und Erläuterung des Art. 26 und der Anmerkung zum Art. 116 des Reglements festgesetzt:

a) Der Accise-Inspection steht es frei, alle Behältnisse mit Taback, zur Bestimmung ihres factischen Gewichts, abzuwägen; wenn aber die Behältnisse eine gleiche Verpackung und ein annähernd gleiches Gewicht haben, so ist es mit Einwilligung des Fabrikanten erlaubt, anstatt alle Behältnisse abzuwägen, das mittlere Gewicht derselben nach einigen Behältnissen zu bestimmen. In diesem Falle wählen die Accise-Inspection und der Fabrikant, jeder nach seinem Ermessen, eine gleiche Anzahl von Behältnissen aus und wägen sie ab; das ermittelte Gewicht wird durch die Anzahl der gewogenen Behältnisse dividirt und erhält man auf diese Weise das mittlere Gewicht, durch dessen Multiplication mit der Anzahl aller Behältnisse das Gesamtgewicht des Tabacks mit der Verpackung erlangt wird. Es versteht sich von selbst, daß wenn in einer Partie Taback nicht alle Behältnisse eine gleiche Verpackung und ein annähernd gleiches Gewicht haben, das mittlere Gewicht, auf der angegebenen Grundlage, für jede Gattung und jedes Gewicht der Behältnisse gesondert, ermittelt werden muß.

b) Die Berechnung, wieviel sodann von dem Gesamtgewicht der Behältnisse für die Tara abgerechnet werden muß, geschieht auf Grundlage der hier beigefügten Normaltabelle, in welcher das Taragewicht in Procenten des allgemeinen Gewichts der Behältnisse angegeben ist; die Bestimmung des Taragewichts nach dieser Tabelle geschieht nur mit gegenseitiger Einwilligung sowohl der Accise-Inspection, als des Fabrikanten; wenn aber der eine oder andere Theil findet, daß in dem gegebenen Falle das nach der Tabelle berechnete Taragewicht, nach der Art der Behältnisse oder der Verpackung, nicht dem factischen entsprechen würde, so ist es gestattet, gemäß dem Obigen, das mittlere Taragewicht aller Behältnisse zu ermitteln. In diesem Falle hängt die Auswahl der Behältnisse, von denen die Tara um abgewogen zu werden, abgenommen werden muß, ausschließlich von der Accise-Inspection ab, dem Fabrikanten ist es indessen gestattet, falls er die Anzahl der zu diesem Zwecke genommenen Behältnisse für

nicht genügend hält, zu verlangen, daß die Tara von so vielen Behältnissen, als er es wünscht, abgewogen werde. Von den auf diese Weise ausgewählten Behältnissen wird die ganze Tara abgenommen und gewogen; das Gesamtgewicht wird durch die Anzahl der gewogenen Taren dividirt und darauf das gefundene Gewicht als das mittlere Taragewicht angenommen, durch dessen Multiplication mit der Anzahl aller Behältnisse das gesammte Taragewicht für die ganze Partie Taback erlangt wird. Es versteht sich von selbst, daß auch hier, wie im vorhergehenden Falle, wenn in einer Partie Taback nicht alle Behältnisse eine gleiche Verpackung haben, das mittlere Taragewicht, auf der gegebenen Grundlage für jede Gattung der Verpackung gesondert ermittelt werden muß.

§ 3. Alles hier Gesagte wird auch bei einer Generalrevision zur Bestimmung des Gewichts des Rohtabacks in den Vorrathskammern der Fabriken, in den Engrosniederlagen und auf den Fabriken, beobachtet, wenn dieser Taback in ganzen Behältnissen aufbewahrt wird und nicht ausgepackt ist; das Gewicht des ausgepackten Tabacks, sowie des zur weiteren Verarbeitung auf die Fabrik gelangten Tabacks aber wird, wenn er noch nicht in Behältnisse zum Banderoliren gelegt worden ist, durch Abwägen desselben bestimmt. In gleicher Weise wird die Bestimmung des mittleren Gewichts der Behältnisse und der Tara durch Abwägen einiger Behältnisse und Taren bei einer Generalrevision der besonderen Vorrathskammern mit geschnittenem und zerstoßenem Taback gestattet, wenn der Taback derart in gesonderte Säcke, Mattensäcke u. s. w. gelegt ist, daß eine Anwendung der oben angegebenen Methoden sich als möglich und bequem erweist; im entgegengesetzten Falle wird das Gewicht des geschnittenen und zerstoßenen Tabacks in den gedachten Vorrathskammern durch wirkliches Abwägen desselben bestimmt.

B. Von der Art und Weise wie das Gewicht des Tabacks in Cigarren und Pappros zu bestimmen ist.

§ 4. Zur Ermittlung des Gewichts des Tabacks, welcher für 1000 Stück Cigarren und Pappros einer jeden Form erforderlich ist, werden folgende Regeln festgesetzt:

a) Der Fabrikant ist verpflichtet, der Accise-Inspection seine vorhandenen Vorräthe von zubereiteten, jedoch nicht banderolirten Cigarren aller Formen (nach der Größe) vorzuweisen; aus diesen Vorräthen wählt die Inspection Proben im Betrage von 1000 Stück von jeder Sorte, wägt sie ab und fertigt ein genaues Verzeichniß aller Formen der Cigarren an, wobei sie einer jeden eine besondere Nummer giebt und bei jeder Form das Gewicht des zur Verfertigung von 1000 Stück erforderlichen Tabacks angiebt. Dieses Verzeichniß muß in zwei Exemplaren angefertigt und sowohl von dem Accisebeamten, als auch von dem Fabrikanten oder seinem Bevollmächtigten unterschrieben werden. Ein Exemplar des Verzeichnisses wird auf der Fabrik aufbewahrt, das andere aber an die Bezirks-Accise-Verwaltung gesandt.

Wenn ein Fabrikant keinen Vorrath von der einen oder anderen Form von Cigarren hat, so wählt die Accise-Inspection, nach Maßgabe der Anfertigung derselben, Proben aus, mit denen dann wie oben gesagt verfahren wird. Wenn sich aber in der Folge ergibt, daß diese Proben nicht dem Gewichte der auf der Fabrik angefertigten Cigarren entsprechen, z. B. wenn die Proben noch feucht

waren u. s. w., so ist die Accise-Inspection berechtigt, aus den sich gebildet
den Vorräthen neue Proben zu wählen.

b) Der Fabrikant muß der Accise-Inspection Hülfsen von allen Größen der
Pappros, die auf seiner Fabrik angefertigt werden und zwar 1000 Stück von
einer jeden vorlegen, darauf wird in Gegenwart der Inspection für jede Größe
der Hülfsen die erforderliche Menge von Taback abgewogen und nachdem sie mit
demselben vollgestopft worden sind, nach Abzug des Restes, die für 1000 Stück
Pappros einer jeden Größe erforderliche Menge Taback bestimmt. Ueber die
Pappros jeder Größe wird eine ebensolche Beschreibung angefertigt, wie über die
Cigarren.

C. Von der Berechnung der 10 und 30% für den Abgang (Minder-
betrag) im Gewichte des Blättertabacks bei der Aufbewahrung
in den Vorrathskammern der Fabriken und in den Engros-
Niederlagen.

§ 5. Der durch den Art. 47 des Reglements gestattete Minderbetrag im
Gewichte des Blättertabacks wird für jede Vorrathskammer oder Niederlage ein
Mal für die ganze Zeit der Aufbewahrung des Tabacks in derselben berechnet.
Die Berechnung dieses Gewichtsabganges geschieht bei der Generalrevision für die
ganze Menge des nach der vorhergegangenen Generalrevision hinzugekommenen
Tabacks; für den Taback, für welchen bereits ein Mal die Procente für den Ge-
wichtsabgang abgezogen worden sind, findet kein weiterer Abzug statt, wie lange
der Taback auch in der Vorrathskammer oder Niederlage aufbewahrt werden mag.
B. B. wenn in dem Buche der Vorrathskammer oder Niederlage verschrieben steht:

Zum 1. Januar des N N Jahres als Behalt übertragen . . 1000 Pud

darunter:

| | | |
|---|------|---|
| vor der letzten, im vorhergehenden Jahre stattgehabten General- revision empfangen | 300 | " |
| nach dieser Revision | 700 | " |
| darauf im Laufe des N N Jahres vom 1. Januar bis zum Tage der Generalrevision noch hinzugekommen . . . | 8000 | " |

— so darf bei der Generalrevision im Jahre N N der Procentabzug nur für
700 + 8000 Pud gemacht werden, da derselbe für 300 Pud bereits bei der
Generalrevision im vorhergehenden Jahre gemacht worden ist.

III. Von der Verpackung.

§ 6. Die Tabacksfabrikate müssen in folgende Behältnisse verpackt werden:

- a) geschnittener Rauchtack — zu $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 1, 2 und 3 Pfund in Pa-
pierhüllen (Cartusen), Schachteln, Kästchen und Blechdosen;
- b) Cigarren zu 5, 10 und 25 Stück — in Päckchen, Schachteln und Kästchen
und zu 50, 100 und 250 Stück — nur in Schachteln und Kästchen;
- c) Pappros zu 5, 10, 25, 50 und 100 Stück — in Päckchen, Schachteln
und Kästchen und zu 250 und 500 Stück — nur in Schachteln und
Kästchen, und

d) Gemahlener Schnupftaback — zu $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 1, 2 und 3 Pfund — in Papierhüllen (Cartusen), welche inwendig mit Staniol (Blattzinn) oder nur mit Papier ausgelegt sind, sowie in hölzernen Kästchen, Blechboxen, Glas- und Thongefäßen.

§ 7. Auf den Tabacksbehältnissen mit Cigarren und Papyros, welche aus den Tabacksfabriken abgelassen werden, muß, außer den durch den Art. 19 des Reglements geforderten Angaben, gemäß Art. 41 und 42 die jeder Sorte und Form derselben entsprechende Nummer aufgedruckt oder vermittelst eines Stempels bezeichnet sein.

§ 8. Bei der Verpackung von Tabacksfabrikaten in Glasgefäße und Gefäße mit Glasdeckeln ist es nicht verboten, dieselben mit einer Papierhülle zu umkleben (Anmerk. 2 zum Art. 23) so, daß die Hülle nicht den ganzen Deckel bedeckt.

§ 9. Wenn ein Tabacksfabrikant Tabacksfabrikate in irgend welche andere, im § 6 der Instruction nicht benannte Behältnisse zu verpacken wünscht, so muß er dazu die Genehmigung der örtlichen Gouvernements-Accise-Verwaltung einholen. Diese Genehmigung wird von der Accise-Verwaltung nur in dem Falle erteilt, wenn bei der Verpackung der Tabacksfabrikate in die gedachten Behältnisse alle im § 16 dieser Instruction angegebenen Regeln bezüglich der Umklebung mit Banderolen genau erfüllt werden können.

IV. Von den Banderolen.

A. Von dem Ausnehmen der Banderolen und von der Verabfolgung derselben auf Credit.

§ 10. Die über das jährliche obligatorische Quantum ausgenommenen Banderolen können den Fabrikanten in keinem Falle auf das Quantum des folgenden Jahres eingerechnet werden.

§ 11. Wenn eine Tabacksfabrik nicht am Anfange, sondern im Laufe des Jahres eröffnet wird, so muß der Besitzer derselben Banderolen für diejenige Hälfte des Jahres, in welcher die Fabrik eröffnet worden ist, ausnehmen, nach der Anzahl der Tage, soviel als von dem Tage ab, an welchem ihm der Accise-schein für diese Fabrik ausgereicht worden ist, zu berechnen sind.

§ 12. Banderolen werden den Tabacksfabrikanten auf Credit nur aus den Renteien verabfolgt.

§ 13. Ein Fabrikant, welcher Banderolen auf Credit zu empfangen wünscht, reicht darüber bei der örtlichen Gouvernements-Accise-Verwaltung eine Declaration mit der Angabe ein, aus welcher Rentei namentlich er die Banderolen zu empfangen wünscht und stellt zugleich die durch den Art. 58 des Reglements zur Annahme als Unterpfand gestatteten zinstragenden Papiere unter Ramhaftmachung derselben und Angabe ihrer Gesamtsumme vor. Die Accise-Verwaltung richtet sich bei der Entgegennahme dieser Unterpfänder nach den in den §§ 5—14 und 20—24 der am 5. August 1870 bestätigten Instruction über die Annahme und Befreiung der Unterpfänder bei Befristung der Accise für Branntwein u. s. w. festgesetzten Regeln. Nachdem die Accise-Verwaltung die Unterpfänder angenommen hat, übersendet sie direct von sich aus derjenigen Rentei, aus welcher der Fabrikant die Banderolen zu empfangen wünscht, einen Schein, in welchem an-

gegeben ist: 1) die Summe des von dem Fabrikanten vorgestellten Unterpfandes; 2) die Summe, für welche ihm auf diesen Schein hin Banderolen auf Credit abgelassen werden können; und 3) die Zeit, bis zu welcher er den Credit genießen kann, d. i. bis zum 31. December des laufenden Jahres, oder, wenn das Unterpfand nur auf eine kürzere Frist gemäß § 25 der Instruction vom 5. August 1870 als Sicherstellung dienen kann, so bis zu diesem letzteren Termin. Die Kentei reicht dem Fabrikanten, nachdem sie die Eingabe desselben über die Verabfolgung von Banderolen empfangen hat, diejenigen Sorten derselben, welche er wünscht, für den in dem Scheine angegebenen Creditbetrag aus, gegen Quittung des Fabrikanten auf der Eingabe selbst und mit einer Vermerkung darüber auf dem Pfandscheine.

§ 14. Wenn ein Fabrikant im Laufe des Jahres für die von ihm auf Credit genommenen Banderolen eine theilweise Abzahlung macht oder auch die ganze Zahlung entrichtet, so reicht ihm die Gouvernements-Accise-Verwaltung, nachdem er derselben die Quittung der Kentei über die Bezahlung des Geldes für die auf Credit verabfolgten Banderolen vorgewiesen hat, auf den oben angegebenen Grundlagen einen neuen Schein im Betrage der Quittung aus, damit ihm von der Kentei ein neuer Credit eröffnet werde. Sobald aber der Fabrikant die ganze Summe, für welche ihm Banderolen auf Credit gegen einen Pfandschein verabfolgt worden sind, bezahlt hat, retrabirt die Kentei diesen Schein unverzüglich der Gouvernements-Accise-Verwaltung, welche, wenn der Fabrikant nicht auf's Neue einen Credit auf diesen Schein hin beanspruchen will, Anordnung zur Befreiung des Unterpfandes in der in den §§ 36, 37 und 39 der Instruction über die Befristung der Accise für Branntwein angegebenen Ordnung trifft. Der Umtausch von Unterpfändern gegen andere wird auf den im § 35 derselben Instruction angegebenen Grundlagen gestattet.

§ 15. Falls ein Fabrikant das für Banderolen befristete Geld nicht pünktlich zahlt, so findet die Beitreibung desselben aus den Unterpfändern in der Ordnung statt, die im Punkte a des Art. 44 der Beilage zum Art. 242 des Getränkesteuer-Reglements im Kaiserreiche und im Punkte a des § 15 der Verordnung über die Unterpfänder zur Befristung der Accisezahlung für Branntwein im Königreiche Polen angegeben ist.

B. Von dem Anlegen der Banderolen an die Tabacksfabrikate.

§ 16. Beim Anlegen der Banderolen sind folgende Regeln zu beobachten:

a) Die Banderolen müssen derart aufgeklebt werden, daß man dieselben nicht abnehmen, oder das Behältniß nicht öffnen kann, ohne die Banderole zu zerreißen.

b) Zum Aufkleben der Banderolen muß Weizenstärke mit einem Zusatz von 6—7% Tischlerleim gebraucht werden.

c) Die Banderolen müssen oberhalb der Etiquette oder der Adresse der Fabrik aufgeklebt werden.

d) Dasjenige Ende der Banderole, auf welchem die Sorte, das Gewicht und der Preis derselben angegeben ist, darf durch Nichts verdeckt sein und von demselben nichts abgeschnitten werden; das andere Ende der Banderole kann abgeschnitten werden, wenn bei der Vereinigung desselben mit dem ersten Ende Papier nachbleibt.

e) Es ist verboten, Banderolen auf Glacé- oder Atlaspapier zu kleben.

f) Je nach der Art der Behältnisse müssen die Tabacksfabrikate banderolirt werden: 1) entweder mit einer Banderole; 2) oder mit einer Banderole und kreuzweiser Aufklebung des nachbleibenden Theils derselben, oder an Stelle dieses Restes, eines gewöhnlichen Papierstreifens; 3) oder mit zwei Banderolen, von denen die eine die Angabe des Preises trägt, die andere aber nicht; 4) oder mit zwei Banderolen, auf denen beiden der Preis angegeben ist:

1. Mit einer Banderole dürfen die weichen Behältnisse umklebt werden: Papierhüllen (Cartusen) mit Taback zu $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ und 1 Pfund und Päckchen mit Pappros zu 5, 10, 25 und 100 Stück und mit Cigarren zu 5, 10 u. 25 Stück; die Banderole muß hierbei fest in der Länge des Behältnisses auf die Fugen desselben geklebt werden und die Enden derselben müssen durchaus zusammentreffen.

2. Mit einer Banderole, wobei der übrigbleibende Theil derselben oder ein gewöhnlicher Papierstreifen in's Kreuz aufzukleben ist, müssen alle harten Behältnisse mit Taback zu $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ und 1 Pfund, mit Cigarren und Pappros zu 5 und 10 Stück und mit Pappros der 2. und 3. Sorte, sowie mit Cigarren aller Sorten zu 25 Stück umklebt werden. Hierbei ist zu beobachten, daß der nachbleibende Theil der Banderole oder der Papierstreifen in der Länge des Behältnisses, die Banderole selbst aber quer über dasselbe und zwar über den nachbleibenden Rest oder den Papierstreifen aufgeklebt werden muß, so daß keine Seite des Behältnisses unbanderolirt bleibt und daß die Enden des nachbleibenden Restes der Banderole oder des Papierstreifens unter der übergeklebten Banderole zusammentreffen müssen.

3. Mit zwei Banderolen, wovon eine mit der Angabe des Preises, die andere ohne dieselbe, werden alle harten Behältnisse mit Taback zu 3 Pfund, mit Pappros der 1. Sorte zu 25 Stück und mit Cigarren und Pappros aller Sorten zu 100 und 250 Stück umklebt. Hierbei ist zu beobachten, daß die unentgeltliche Banderole in der Länge des Behältnisses, diejenige aber, auf der der Preis angegeben ist, quer über das Behältniß und zwar über die unentgeltliche Banderole geklebt werden muß, damit keine Seite des Behältnisses unbanderolirt bleibe und daß die Enden der unentgeltlichen Banderole unter der übergeklebten Banderole, auf welcher der Preis angegeben ist, zusammentreffen müssen.

4. Die Behältnisse mit Taback zu 2 Pfund, mit Cigarren zu 50 Stück und mit Pappros zu 50 und 500 Stück werden kreuzweise mit zwei, die Preisangabe habenden Banderolen umklebt, wie sie für Behältnisse mit Taback zu 1 Pfund, mit Cigarren zu 25 Stück und mit Pappros zu 25 und 250 Stück festgesetzt sind. Beide Banderolen müssen zu einem und demselben Preise sein und müssen die zusammenstoßenden Enden der einen Banderole mit der anderen Banderole überklebt werden und zwar so, daß durch die obere Banderole nicht die auf der unteren angegebene Sorte, das Gewicht und der Preis derselben verdeckt wird.

g) Auf Rollen und Carotten müssen, entsprechend der Sorte und dem Gewichte, die für Rauch- und Schnupftaback festgesetzten Banderolen geklebt werden, wobei auf Behältnisse zu 4 Pfund zwei Banderolen zu 3 und 1 Pfund, unter Beobachtung der im Punkte 4 Lit. f § 16 angegebenen Regeln, angelegt werden müssen.

h) Bei allen harten Behältnissen muß auf die zusammenstoßenden Enden der Banderolen, unabhängig von der Stempelung derselben, gemäß der Anmerk. zum Art. 63 des Reglements, der Stempel der Fabrik derart aufgedrückt werden, daß die eine Hälfte des Stempels sich auf den Banderolen, die andere aber auf dem Behältnisse selbst befinde; diese Stempel müssen deutlich sein.

i) Die hölzernen Kästchen mit Schnupstabaß müssen vor Aufklebung der Banderolen mit heilen Papierbogen dicht umklebt und über diese dann die Banderolen geklebt werden.

k) In allen Fällen, wo harte Behältnisse vor Aufklebung der Banderolen in Papier eingeschlagen werden, darf dieses Papier kein Glacé-Papier sein.

l) Zur Versendung ins Ausland können die Behältnisse mit Tabacksfabrikaten auf Wunsch der Fabrikanten mit Papier, jedoch ausschließlich von weißer Farbe, ohne alle Verzierungen und nur mit den Aufschriften, welche die Fabrikanten als nothwendig für sich erachten, versehen, umklebt werden.

V. Von den Büchern der Fabriken und der Engrosniederlagen.

§ 17. Auf Grundlage der Anmerkung 2 zum Art. 35 und des Art. 89 des Reglements sind folgende hier beigelegte Schemata zu den Büchern festgesetzt worden:

1) Für Fabriken:

- a) über Einnahme und Ausgabe des Vorraths an Rohstabaß in der Vorrathskammer der Fabrik (Schema Nr. 1);
- b) über Einnahme und Ausgabe des in die Fabrik zur Verarbeitung gelangten Tabacks (Schema Nr. 2);
- c) über Einnahme und Ausgabe der Banderolen und banderolirten Fabrikate, in zwei Theilen (Schema Nr. 3);
- d) über Einnahme und Ausgabe des Vorraths an geschnittenem und gestoßenem Taback in einer besonderen Vorrathskammer außerhalb der Fabrik (Schema Nr. 4);
- e) über Einnahme und Ausgabe der verarbeiteten und verpackten, jedoch nicht banderolirten Tabacksfabrikate in einer besonderen Vorrathskammer (Schema Nr. 5.)

2) Für Niederlagen:

- a) über Einnahme und Ausgabe des Vorraths an Rohstabaß (Schema Nr. 6);
- b) über Einnahme und Ausgabe der verarbeiteten Tabacksfabrikate (Schema Nr. 7.)

Anmerkung 1. In die Bücher der Niederlagen über Einnahme und Ausgabe der verarbeiteten Tabacksfabrikate (Schema Nr. 7) müssen nur diejenigen Fabrikate eingetragen werden, welche mit den nach dem neuen Tarife festgesetzten Banderolen umklebt sind, über die mit alten Banderolen umklebten Fabrikate aber werden die früheren Bücher geführt.

Anmerkung 2. Die Ausgabe der banderolirten Fabrikate aus der Vorrathskammer der Fabrik und die Ausgabe, sowohl des Roh- als auch des verarbeiteten Tabacks aus den Engrosniederlagen, kann in die hiefür festgesetzten Bücher (Sch. Nr. 3 Thl. 2, wie auch Schemata Nr. 6 und 7) ein Mal täglich in der Gesamtsumme, mit Angabe der Nummern der ausgereichten Transportscheine, eingetragen werden.

Anmerkung 3. Damit bei jeder Generalrevision der revidirende Beamte wissen könne, für welche Quantität Taback die im Art. 47 des Reglements festgesetzten Procente für den Gewichtsabgang bei der Aufbewahrung des Tabacks abzurechnen sind, muß in den Büchern für die Vorrathskammern und Engrosniederlagen von Roh-taback, bei dem Uebertragen des Behalts von einem Jahre auf das andere, angegeben werden, wieviel von diesem zum 1. Januar des neuen Jahres im Behalt verbliebenen Taback nach der letzten im vorhergegangenen Jahre stattgehabten Generalrevision eingegangen ist.

§ 18. Wenn bei einer Fabrik, außer den in dem Hauptgebäude derselben eingerichteten Vorrathskammern zur Aufbewahrung von Roh-taback, auch noch außerhalb der Fabrik belegene Vorrathskammern vorhanden sind, so muß für jede Vorrathskammer ein besonderes Buch nach dem Schema Nr. 1 geführt werden. Eine jede Vorrathskammer muß eine besondere Nummer haben, wobei die in einem und demselben Gebäude oder auf einem und demselben Hofe befindlichen Räumlichkeiten mit Taback für eine Vorrathskammer gerechnet werden.

§ 19. Alle Bücher, sowohl der Fabriken, als auch der Niederlagen, haben die Tabacksfabrikanten und Inhaber von Niederlagen für eigene Kosten anzuschaffen und zeitig dem örtlichen Accise-Aufseher oder seinem Gehilfen vorzustellen zur blattweisen Nummerirung, Attestation und Beidrückung der Siegel nach den Regeln, die hiefür werden festgesetzt werden.

§ 20. Die durch den Art. 37 des Reglements festgesetzten Auszüge aus den Einnahme- und Ausgabebüchern müssen von den Fabrikanten nach denselben Schematen, nach denen die Bücher geführt werden, vorgestellt werden und nur die allgemeinen Monats-Abschlüsse (Totalsummen) enthalten. Nach eben diesen Schematen sind auch die nach Art. 89 des Reglements erforderlichen Auskünfte aus den Büchern der Engrosniederlagen vorzustellen und zwar über Roh-taback monatlich und über zubereiteten Taback ein Mal im Januar für das vorhergegangene Jahr.

§ 21. Die Einnahme- und Ausgabebücher der Fabriken und Niederlagen müssen von den Fabrikanten nach Ablauf des Jahres, spätestens bis zum 15. Januar der örtlichen Bezirks-Accise-Verwaltung vorgestellt werden, welche dieselben der Gouvernements-Accise-Verwaltung übersendet.

VI. Von den Controleuren der Fabriken.

§ 22. Die Hauptpflichten der Fabrik-Controleure bestehen in Folgendem:

a) Bei jeder Empfangnahme des in die Vorrathskammern gelangenden Roh-, geschnittenen und gestoßenen Tabacks müssen sie zugegen sein und darauf achten, daß für diesen Taback die vorschristmäßigen rechtfertigenden Documente vorhanden sind, daß er unverzüglich gewogen, nach den Gattungen, in gehöriger Ordnung und mit der Angabe des Gewichtes auf jedem Ballen oder Colli versehen, zusammengelegt und demnächst unverzüglich in dem betreffenden Buche in Einnahme gebucht werde.

b) Desgleichen müssen sie bei jeder Ablassung von Roh-, geschnittenem und gestoßenem Taback aus den Vorrathskammern in die Fabrik zur Verarbeitung zugegen sein und darauf achten, daß der Taback nach Gewicht abgelassen, unverzüglich in dem Vorrathskammerbuche (Nr. 1 oder 4) in Ausgabe und in dem Fa-

bristbuche (Nr. 2) in Einnahme gebucht werde und daß kein anderer Taback, als nur aus den Vorrathskammern, in die Fabrik gelange;

c) diese Vorrathskammern haben sie beständig unter ihrem Verschuß und Siegel zu halten, wie auch diejenigen Räume der Fabrik, in welchem sich Taback und unbanderolirte Tabacksfabrikate befinden, nach Beendigung der Arbeiten zu versiegeln;

d) sie haben darauf zu achten, daß die Umarbeitung des Rohtabacks zu geschnittenem und gestoßenem, behufs Aufbewahrung desselben in einer besonderen Vorrathskammer, vollständig getrennt von den übrigen, auf der Fabrik vorhandenen Vorräthen geschehe und daß dieser Taback aus der Fabrik in die Vorrathskammer in derselben Quantität, welche sich nach der Verarbeitung desselben ergeben, abgeführt werde.

Anmerkung. Der Transport des geschnittenen und gestoßenen Tabacks aus der Fabrik in die Vorrathskammer muß auf allgemeiner Grundlage, gemäß einem von dem Fabrikanten auszureichenden Transportschein, bemerktgestellt werden. Dieser Schein muß bei dem Vorrathskammerbuche als rechtfertigendes Document aufbewahrt werden;

e) sie haben darüber zu wachen, daß die Cigarren und Pappros auf der Fabrik nach den der Accise-Inspection vorgewiesenen Modellen angefertigt werden und daß auf die zur Fabrik gelangenden Banderolen, gleich am Tage ihres Empfanges, der Stempel vom Fabrikanten aufgedrückt, die Banderolen selbst aber unverzüglich im Buche (Nr. 3 Thl. 1) in Einnahme eingetragen werden;

f) darauf zu achten, daß die Verpackung der Tabacksfabrikate genau nach den Vorschriften des Tabacks-Reglements und gegenwärtiger Instruction geschehe und daß die Banderolen entsprechend dem Preise, dem Gewichte oder der Zahl, gemäß dem gesetzlichen Tarife und nach den dafür festgesetzten Regeln, aufgeklebt werden;

g) darauf zu sehen, daß im Gebrauch gewesene Behältnisse, von denen die Banderolen nicht abgenommen worden, gar nicht auf die Fabrik gebracht werden; daß keine unbanderolirten Tabacksfabrikate aus der Fabrik abgelassen werden; daß der Verkauf der Fabrikate nur aus der Vorrathskammer der Fabrik, wo die banderolirten Fabrikate aufbewahrt werden, stattfinde und zwar nicht in geringeren Quantitäten, als im Reglement bestimmt ist; daß die Verabfolgung und der Verkauf in dem Buche der Vorrathskammer (Nr. 3 Thl. 2) in Ausgabe gebucht werde und daß keine unbanderolirten Fabrikate in diese Vorrathskammer gebracht werden;

h) endlich haben sie darüber zu wachen, daß die Werkleute, Arbeiter und das Dienstpersonal keine unbanderolirten Tabacksfabrikate aus der Fabrik forttragen und müssen bei der Beschäftigung dieser Leute bei deren Fortgange aus der Fabrik gegenwärtig sein, falls ein Verdacht gegen dieselben entstehen sollte.

§ 23. Die Einräumung eines Locals für den Controleur geschieht nach Uebereinkunft mit dem Fabrikanten und nachdem dasselbe durch einen Beamten der Accise-Verwaltung in Augenschein genommen worden ist. Differenzen, welche

etwa zwischen den genannten Personen darüber entstehen, ob das eingeräumte Local den Erfordernissen entspricht oder nicht, werden in der in der Anmerkung zum Art. 70 des Getränksteuer-Reglements angegebenen Ordnung erledigt.

VII. Von der Schließung der Tabacksfabriken.

§ 24. Wird eine Tabacksfabrik geschlossen, so ist die Accise-Inspection gehalten, die auf der Fabrik vorhandenen Schneidemaschinen und andere, ausschließlich zur Verarbeitung von Taback dienenden Apparate zu versiegeln und darüber zu wachen, daß die Siegel unverletzt bleiben. Dem Fabrikanten ist es demnächst gestattet: 1) allen zur Verarbeitung auf die Fabrik gelangten Taback einem anderen Tabacksfabrikanten zu verkaufen, die zubereiteten Tabacksfabrikate aber, wenn er es wünscht, für seine Rechnung zu banderoliren; 2) den inländischen Blättertaback, der sich in den Vorrathskammern befindet, sowie alle banderolirten Tabacksfabrikate entweder selbst aus gesetzlichen Handelsetablissemments mit Lösung von Accisescheinen, oder auf ein Mal anderen Personen zu verkaufen; im Königreiche Polen darf jedoch Blättertaback inländischen Gewächses nur an Tabacksfabrikanten verkauft werden und 3) den ausländischen Blättertaback, sowohl im Kaiserreiche, als auch im Königreiche Polen an Tabacksfabrikanten oder an Besitzer von Engrosniederlagen, welche mit diesem Taback Handel zu treiben, das Recht haben, zu verkaufen. Die auf der Fabrik nachbleibenden Banderolen aber müssen versiegelt und der örtlichen Rentei bis zur Wiedereröffnung der Fabrik zur Aufbewahrung übergeben werden, jedoch nicht länger, als auf eine zehnjährige Frist, während welcher der Fabrikant, falls die Fabrik wieder eröffnet werden sollte, sie zurücknehmen kann.

VIII. Von dem Handel mit Taback.

§ 25. Da nach dem Tabacksaccise-Reglement der Detailhandel nicht auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist und nur für den Engroszhandel ein geringstes Maß festgesetzt ist (Art. 73), die Ausreichung der im Art. 103 verordneten Transportscheine Seitens der Händler selbst aber nach dem Art. 104 nur den Inhabern von Fabriken und Engrosniederlagen gestattet ist, so hat in dem Falle, wenn Taback in Quantitäten, für welche Transportscheine erforderlich sind, nämlich nicht weniger als 20 Pfund zubereiteten Taback, 1000 Stück Cigarren und 4000 Stück Pappros, Blättertaback aber nicht weniger als 3 Pud, in den im Art. 103 angegebenen Verhältnissen aus Buden und Boutiquen verkauft werden sollte, die Accise-Verwaltung auf desfallige Anzeige des Verkäufers, die Transportscheine für diesen Taback zu ertheilen. Für Blättertaback können solche Scheine gemäß Art. 104 aber auch von der Dorfobrigkeit ausgereicht werden.

§ 26. Im Königreiche Polen sind die Tabacksplanzer nicht verpflichtet, Accisescheine zur Aufbewahrung von Rohtaback in den im Punkte e Art. 11 des Reglements gedachten Localen, zu lösen.

§ 27. Die Inhaber von Engrosniederlagen und die Tabacksfabrikanten müssen, wenn sie ausländischen Blättertaback an ihnen unbekannte Personen verkaufen oder ablassen, von denselben die Vorweisung von Bescheinigungen der örtlichen Accise-Inspection oder der Polizei darüber verlangen, daß diese Personen in der That eine Tabacksfabrik halten oder eine Tabacksniederlage besitzen; diese Bescheinigungen müssen bei den Einnahme- und Ausgabebüchern der Niederlagen und Fabriken aufbewahrt werden.

§ 28. Der Besitzer einer Tabacksfabrik im Königreiche Polen, welcher Roh-taback im Kaiserreiche kaufen will, muß von dem nächsten Accisebeamten, unter dessen Aufsicht die Fabrik steht, eine Bescheinigung darüber, daß er wirklich eine Tabacksfabrik besitzt, mit genauer Angabe wo dieselbe belegen ist, ausnehmen, um diesen Schein dem Accisebeamten desjenigen Bezirks im Kaiserreiche, wo er den Taback gekauft hat, vorstellen. Dieser Letztere ertheilt ihm, gemäß Art. 104 des Reglements einen Schein zum Transport des Tabacks nach dem Königreiche Polen und benachrichtigt hiervon denjenigen Accise-Inspector, in dessen Bezirk sich die Fabrik befindet, damit dieser über den wirklichen Eingang des Tabacks auf derselben wachen kann.

IX. Von den Pflichten der Kameralhöfe und Renteien.

§ 29. Die Kameralhöfe führen, nachdem sie die Tabacks-Accisescheine, Marken und Vanderolen auf Anordnung des Departements der nichtstoffmäßigen Steuern empfangen haben, Rechnung über dieselben und versenden sie, nach Relation mit den örtlichen Verwaltenden der Accisesteuern, in der erforderlichen Zahl an die ihnen untergeordneten Renteien und wo solche nicht vorhanden sind, an die Stadtkämter, Dumen und Rathhäuser.

§ 30. Die Renteien richten sich bei der Ausreichung der Accisescheine, Marken und Vanderolen nach den in den Artt. 56, 57, 62, 68 und 70 des Tabacks-Reglements und im § 13 dieser Instruction angegebenen Regeln.

§ 31. Nach Maßgabe der Bezahlung des Geldes Seitens der Fabrikanten für auf Credit abgelassene Vanderolen, notiren die Renteien auf den von den Gouvernements-Accise-Verwaltungen ausgestellten Pfandscheinen die Summe des bezahlten Geldes und die Nummern der über den Empfang derselben ertheilten Quittungen, nach Bezahlung der ganzen Summe des gegen den Pfandschein gewährten Credits aber senden sie diesen Schein, wie im § 14 gesagt ist, an die Gouvernements-Accise-Verwaltung zurück.

§ 32. Die Renteien führen besondere Bücher über Einnahme und Ausgabe der Vanderolen nach den festgesetzten Schematen.

§ 33. Die Renteien und die übrigen Institutionen, welche Tabacks-Accisescheine ausreichen, müssen der Accise-Inspection über die im Laufe des Novembers und Decembers für das folgende Jahr ausgereichten Scheine und Marken — im Januar, über die für das laufende Jahr ausgereichten aber allmonatlich Mittheilung machen.

§ 34. Die Renteien ertheilen dem Verwaltenden der Accisesteuern monatlich Auskünfte über alle Tabackzeinnahmen, dem Kameralhofe aber stellen sie über dieselben Vorschläge und einen Rechenschaftsbericht in denjenigen Terminen vor, welche für die Rechenschaftsablegung über die übrigen Reichzeinnahmen festgesetzt sind.

§ 35. Die Rentei läßt die Beamten der Accise-Inspection, auf deren Verlangen, Einsicht in die Rentebücher über das Einfließen der Tabackzeinnahmen, behufs Vergleichung mit den bei jenen vorhandenen Auskünften, nehmen.

X. Von den Büchern und der Rechenschaftsablegung der Accise-Verwaltungen.

§ 36. Bei den Gouvernements-Accise-Verwaltungen müssen folgende Bücher geführt werden:

1) Ueber die Unterpfänder zum Erhalt von Banderolen auf Credit, wobei sie sich nach dem Schema desgleichen Buches für Befristung der Branntwein-Accise (Schema Nr. 2 der Beilage zu der am 5. August 1870 bestätigten Instruction) zu richten haben;

2) über diejenigen Personen, welche für Uebertretung des Tabacksaccise-Reglements Geldstrafen unterworfen worden sind, nach demselben Schema, nach welchem ein solches Buch über diejenigen Personen, welche für Uebertretung des Getränkesteuer-Reglements Geldstrafen unterworfen worden sind, geführt wird.

§ 37 Der Verwaltende der Accisesteuern muß dem Departement jährlich, spätestens bis zum 15. Februar folgende Auskünfte vorstellen:

1) Ueber die Tabacksfabriken unter Angabe: a) wieviel jede Fabrik im Laufe des Jahres Banderolen ausgenommen hat, wieviel darunter auf Credit ausgereicht worden sind und wieviel zum 1. Januar an Rückständen für diese letzteren verblieben ist und b) wieviel Tabacksfabrikate angefertigt und banderolirt worden sind (Schema Nr. 1.)

2) Ueber die Anzahl der im Gouvernement vorhandenen Etablissements für den Handel mit Taback (Schema Nr. 2.)

3) Ueber die Tabackspflanzungen und die in dem Gouvernement bestehenden Preise für Rohstaback (Schema Nr. 3 u. 4.)

Tabelle

zur Bestimmung des Normalgewichtes der Tara des Blättertabacks inländischen Gewächses, wie auch des ausländischen.

| Artikel des Tarifs. | Benennung der Waaren. | Procent für den Abzug bei | | | | |
|---------------------|--|----------------------------|---------|---------|-------------|------------|
| | | Verschiedene Verpackungen. | Kisten. | Säcken. | Flechtwerk. | |
| | | | | | Einfaches. | Doppeltes. |
| 74 | Taback: | | | | | |
| | a) in Blättern und Rollen | — | 20 | 15 | 6*) | — |
| | b) in Blättern, in Ballen aus wollenem Flechtwerk und grobem Gewebe, oder in Ballen aus Leinwand und grobem Gewebe, oder aus Matten mit Stricken | 4 | — | — | — | — |
| | c) in Blättern, in eben solchen Ballen, aber ohne Stricke **) | 3 | — | — | — | — |
| | d) in Blättern, in Ballen aus Leinwand | 3 | — | — | — | — |
| | e) in Blättern, in Ballen aus Leinwand und Baumrinde | 8 | — | — | — | — |
| | f) in Blättern, in Ballen aus Flechtwerk und Baumrinde mit und ohne Leinwand | 10 | ***) | | — | — |
| | g) in Blättern, in Ballen aus Häuten | 5 | — | — | — | — |
| | h) in Blättern, in Zibiken | 9 | — | — | — | — |
| | i) Tabackstengel | — | — | 10 | — | — |

*) Mit und ohne Leinwand.

**) Das Gewicht der Stücke, die um die Ballen mit Taback gelegt und der Stricke, mit denen diese Stücke befestigt sind, wird in allgemeiner Ordnung besonders bestimmt und nachdem dasselbe von dem allgemeinen Bruttogewichte abgezogen worden ist, erhält man das Bruttogewicht der Waare, von welchem die in der Tabelle über die Tara festgesetzten 3% in Abzug zu bringen sind.

***) Der Abzug von 8 und 10 Procent für Säcke und für Flechtwerk mit Baumrinde findet nur in dem Falle statt, wenn der Taback auf seiner ganzen Oberfläche mit Baumrinde belegt ist, im entgegengesetzten Falle wird das Taragewicht durch Abwägen desselben von einigen Behältnissen, gemäß Punkt b § 2 der Instruction, bestimmt.

9. 51193

für das Jahr 187

| G i n n a b u m e. | | | | M u s g a b e. | | | |
|--------------------|--|--------------------|--------------------|----------------|--------------|--------------------|--------------------|
| Nummer | Benennung des Tabacks und der Behältnisse desselben. | Menge der Colonne. | Menge der Colonne. | G e w i c h t. | | Menge der Colonne. | Menge der Colonne. |
| | | | | der Tara. | des Tabacks. | | |
| der Tara. | der Behältnisse. | der Tara. | der Behältnisse. | der Tara. | des Tabacks. | der Tara. | des Tabacks. |
| der Tara. | der Behältnisse. | der Tara. | der Behältnisse. | der Tara. | des Tabacks. | der Tara. | des Tabacks. |
| 1 | Vom Jahre 187 verbleib an Taback: | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 2 | Machorka in Ballen aus Matten mit Stricken. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3 | Machorka in Kisten u. f. w. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4 | Summa | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 5 | Tabakant N. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6 | Controleur N. | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7 | Vom Jahre 187 ging ein: | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 8 | Serebranka in Ballen aus Matten ohne Stricke | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 9 | Dübeck in Kisten | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 10 | Waska in Kisten | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 11 | Summa | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12 | Im Ganzen im Januar | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 13 | Zusatz | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Buch

über Einnahme und Ausgabe des Tabacks, welcher in die dem Kaufmann N. gehörige, in der Stadt N., im N. Stadttheile, Straße N., im Hause sub Nr. belegene Fabrik zur Verarbeitung gelangt ist, für das Jahr 187

Einnahme.

| Nr. der Rechnung und Datum. | Was für Taback, in welchen Verhältnissen und von wo eingegangen | Gewicht des Tabacks. | | |
|-----------------------------|---|----------------------|-----------|-------------------------------|
| | | Eingabe der Colitis | der Tara. | Ausländischer. Ausländischer. |
| | | Pud. Pfd. | Pud. Pfd. | Pud. Pfd. |
| Jan. 0 | Vom Jahre 187 verließ an Taback: | | | |
| | Blättertaback | — | 00 | 0 0 |
| | Gestopener | — | — | 0 0 |
| | Geschnittener | — | 00 | 0 0 |
| | u. f. w. | | | |
| | Summa | — | 00 | 0 0 |
| | Fabrikant N. | | | |
| | Controleur N. | | | |
| Jan. 0 | Im Jahre 187 ging ein: Machorfa aus der Vorrathskammer Nr. 1 der Fabrik, zum Zerschneiden, in Ballen aus Matten ohne Stricken | 00 | 0 0 | — |
| 0 | Dübeck aus der Vorrathskammer Nr. 2 der Fabrik, in Kisten u. f. w. | 0 | 0 | 00 |
| | Summa im Januar | 00 | 0 0 | 0 0 |
| | Salus | 00 | 0 0 | 0 0 |

Ausgabe.

| Nr. der Rechnung und Datum. | Benennung und Nummer der Fabrikate. | Gewicht des Tabacks. | | |
|-----------------------------|--|----------------------|---------|---------|
| | | Handtaback | Waffen. | Waffen. |
| | | Pfund. | Pfund. | Pfund. |
| Jan. 0 | Vom Jahre 187 verließ an zubereiteten aber nicht bandierten Taback: | 00 | — | — |
| | Blättertaback | — | 00 | — |
| | Gestopener | — | — | — |
| | Geschnittener | — | 000 | — |
| | Pappos Nr. 2 u. f. w. | — | — | 000 |
| | Summa | 00 | 00 | 000 |
| | Fabrikant N. | | | |
| | Controleur N. | | | |
| Jan. 0 | Im Jahre 187 An verarbeiteten Taback in die besondere zur Aufbewahrung desselben bestimmte Vorrathskammer Nr. abgelassen (Art. 0 der Einnahme) | — | — | — |
| 0 | Als Abgang, der sich gegen das ursprüngliche Gewicht dieses Tabacks ergeben, in Ausgabe gestellt | — | — | — |
| 0 | Handtaback | 00 | — | — |
| | Waffen Nr. u. f. w. | — | — | — |
| | Summa im Januar | 00 | 00 | — |
| | Salus | 00 | 00 | 000 |

Beilage zu § 17 der Instruction.

Schema Nr. 3 (Theil 1.)

Buch

über Einnahme und Ausgabe von Vanderolen und bandedrolirten Fabrikaten auf der dem Kaufmann N. gehörigen, in der Stadt N., Stadttheile N., Straße N., im Hause sub Nr. belegenden Fabrik,

für das Jahr 187

Theil 1.
Ueber Vanderolen.

| Einnahme der Vanderolen. | | Monat u. Datum. | | | | | | | | | | | | | | | Summe | | | |
|---|-------------|-----------------|----|----|----|----|----|----|----|----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------------|-------------------|--|--|
| Für welche Arten von Fabrikaten. | Zur Tabakf. | Sorten. | | | | | | | | | | | | | | | Zur Pappros. | für die Summe von | | |
| | | Sorten. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. | 11. | 12. | 13. | 14. | 15. | | | | |
| Vom Jahre 187 verließ an Vanderolen . . . | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Fabrikant N. Controleur N. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Im Jahre 187 gingen ein: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Für Cigaretten | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Für Rauchtabak | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Für Schnupftabak | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Für Pappros u. f. w. | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Summa im Jan. | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |
| Zatuz | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | | |

| Ausgabe der Vanderolen. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------------------------------|---------|---|--------------------|---|---|----|----|----|----|----|----|--|--|--|--|--|--|----------------|
| Monat u. Datum. | Tabakf. | | Cigaretten Pappros | | | | | | | | | | | | | | | Abbl. Kop. |
| | Sorten. | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. | | | | | | | |
| Für welche Arten von Fabrikaten. | | | | | | | | | | | | | | | | | | Summe von |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | für die |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | Abhandeln |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | und verbraucht |
| Für Cigaretten Nr. 5 | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Für Cigaretten Nr. 4 | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Für Schnupftabak. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Für Pappros Nr. 15 | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Für Rauchtabak. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Summa im Jan. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Zatuz | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| Einnahme der banderolirten Fabrikate. | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------------|---------------------------|----------|----|-----------|----------|----|-----------|----|----|----|----|----|
| Monat u. Datum. | Benennung der Fabrikate. | Taback. | | Cigarren. | Papyros. | | | | | | | |
| | | Sorten. | | | | | | | | | | |
| | | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. |
| | | Pfundes. | | | | | Hunderte. | | | | | |
| | Vom Jahre 187 verblieb: | | | | | | | | | | | |
| | Cigarren Nr. 5 u. f. w. | | | | | | 00 | | | | | |
| | Fabrikant N. Controleur N | | | | | | | | | | | |
| | Im Jahre 187 gingen ein: | | | | | | | | | | | |
| | Cigarren Nr. 12 | | | | | | 00 | 00 | 00 | | | |
| | Schnupftaback | 00 | 00 | | | 00 | 00 | | | | | |
| | Papyros Nr. 15 | | | | | | | | | 00 | 00 | 00 |
| | Rauchtaback u. f. w. | 00 | | | | | | | | | | |
| | Summa im Jan. | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 |
| | Latus | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 |

| Ausgabe der banderolirten Fabrikate. | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|---|----------|----|-----------|----------|----|-----------|----|----|----|----|----|
| Monat u. Datum. | Nummer der Transportscheine. | Taback. | | Cigarren. | Papyros. | | | | | | | |
| | | Sorten. | | | | | | | | | | |
| | | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. |
| | | Pfundes. | | | | | Hunderte. | | | | | |
| Jan. 0 | Laut d. Transportscheine von Nr. bis Nr. Cigarren Nr. 5 | | | | | | | | | 00 | 00 | 00 |
| | Rauchtaback . . | 00 | 00 | 00 | | | | | | | | |
| | Papyros Nr. 8 u. f. w. | | | | | | | | | | 00 | 00 |
| | Summa im Jan. | 00 | 00 | 00 | | | | | | 00 | 00 | 00 |
| | Latus | 00 | 00 | 00 | | | | | | 00 | 00 | 00 |

Beilage zu § 17 der Instruction.

Schema Nr. 4.

Buch

über Einnahme und Ausgabe des Vorraths an geschnittenem und gestoßenem Taback in der besondern Vorrathskammer Nr. der dem Kaufmann N. gehörigen, in der Stadt N., Straße N., im Hause sub Nr. belegenen Fabrik, für das Jahr 187

Die Vorrathskammer befindet sich in der Straße N., im Hause sub Nr.

| Einnahme. | | | | | | Ausgabe. | | | | | |
|-------------------------|-------------------------------|----------------|---------|-------------|---------|---|----------------|---------|-------------|---------|--|
| Es ging an Taback ein | | | | | | An die Fabrik wurde abgelassen | | | | | |
| Monat u. Datum. | Nummern der Transportscheine. | Geschnittener. | | Gestoßener. | | Monat u. Datum der Ablassung an die Fabrik. | Geschnittener. | | Gestoßener. | | |
| | | Pude. | Pfunde. | Pude. | Pfunde. | | Pude. | Pfunde. | Pude. | Pfunde. | |
| Vom Jahre 187 verblieb: | | | | | | Den 0 Januar. | 00 | 00 | — | — | |
| An Taback. | — | 00 | 00 | 00 | 00 | 0 | — | — | 00 | 00 | |
| Fabrikant N. | | | | | | u. f. w. | | | | | |
| Controleur N. | | | | | | Summa im Jan. | 00 | 00 | 00 | 00 | |
| Im Jahre 187 ging ein: | | | | | | | | | | | |
| Den 0 Januar | 00 | 00 | 00 | 00 | 00 | | | | | | |
| u. f. w. | | | | | | | | | | | |
| Summa im Jan. | — | 00 | 00 | 00 | 00 | | | | | | |
| Latus | — | 00 | 00 | 00 | — | Latus | 00 | 00 | 00 | 00 | |

Beilage zu § 17 der Instruction.

Schema Nr. 5.

Buch

über Einnahme und Ausgabe der verfertigten und verpackten, jedoch nicht bänderolirten Tabacksfabrikate in der besondern Vorrathskammer N. der dem Kaufmann N. gehörigen, in der Stadt N., Stadttheil N., Straße N., im Hause sub Nr. belegenen Fabrik, für das Jahr 187

| Einnahme. | | | | | Ausgabe. | | | | |
|---|--------------|----------------|----------|----------|---|--------------|----------------|----------|----------|
| Es gingen ein angefertigte und verpackte Fabrikate: | | | | | An die Fabrik zur Bänderolirung ausgegeben: | | | | |
| Monat u. Datum. | Rauchtaback. | Schnupftaback. | Cigaren. | Pappros. | Monat u. Datum. | Rauchtaback. | Schnupftaback. | Cigaren. | Pappros. |
| | Pfunde. | Pfunde. | Anzahl. | Anzahl. | | Pfunde. | Pfunde. | Anzahl. | Anzahl. |
| Vom Jahre 187 verblieb: | | | | | | | | | |
| | 00 | 00 | 000 | 000 | | | | | |
| Fabrikant N. | | | | | | | | | |
| Controleur N. | | | | | | | | | |
| Im Jahre 187 ging ein: | | | | | | | | | |
| 0 Januar. | 00 | 00 | — | 00 | 0 Januar | 00 | 00 | 00 | |
| 0 | 00 | 00 | 00 | — | 0 | 00 | — | — | |
| u. f. w. | | | | | u. f. w. | | | | |
| Summa im Jan. | 00 | 00 | 000 | 000 | Summa im Jan. | 00 | 00 | 00 | 00 |
| Latus | 00 | 00 | 000 | 000 | Latus | 00 | 00 | 00 | 00 |

Beilage zu § 17 der Instruction.

Schema-Nr. 7.

W u ch

über Einnahme und Ausgabe von verarbeiteten Tabaksfabrikaten in der dem Kaufmann N. gehörigen, in der Stadt N., Stadttheil N., Straße N., im Hause sub Nr. belegenden Engrosniederlage, für das Jahr 187

| E i n n a h m e | | | | | | | | | | A u s g a b e | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------|---|-----------------------|---|---|--|---------------|----|--------------|---------------------------|---------------|---|-----------------|---|-------------------------------|----|---------------|---|--------------|---------------------------|-----------|---|----------|---|
| Monat u. Datum. | | Nummern. | | Von wo und was für Fabrikate eingegangen sind. | | Ausländische. | | | Inländischer Zubereitung. | | | Monat u. Datum. | | Nummern der Transportscheine. | | Ausländische. | | | Inländischer Zubereitung. | | | | |
| | | der Transportscheine. | | | | Rauchtabak. | | Chnupftabak. | | Ölgarren. | | Kappros. | | | | Rauchtabak. | | Chnupftabak. | | Ölgarren. | | Kappros. | |
| | | | | | | Pfund. | | Hundert. | | | | | | | | Pfund. | | Hundert. | | | | | |
| Jan. 0 | 0 | | — | Aus der Fabrik des Kaufmanns N. in St. Petersburg | | — | — | — | — | — | — | — | — | Jan. 0 | 0 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 0 | 0 | 0 | 0 | Aus Hamburg | | — | — | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 0 | 0 | 0 | — | Aus Lüneburg von N. | | — | 00 | — | — | — | — | — | — | | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | | | | Aus der Fabrik des Kaufmanns N. in Moskau. | | — | — | — | — | — | — | — | — | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | | | | u. f. w. | | | | | | | | | | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | | | | Summa im Jan. | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| | | | | Status | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | | 00 | — | — | — | — | — | — | — | — |

Beilage zu § 37 der Instruction.

Schema Nr. 1.

V e r s c h l a g

über die Tabacksfabriken im Gouvernement N,
für das Jahr 187

| Nummer nach der Reihenfolge. | Stand-, Vor-, und Familienname der Besitzer der Tabacksfabriken. | Anzahl d. Fabriken. | | Banderolen sind ausgenommen für die Summe. | | Darunter sind auf Credit abgelassen für die Summe. | | Zum 1. Januar 187 betrug an Rückstand für auf Credit abgelassene Banderolen. | | Zubereitet und banderolirt. | | | | | | | |
|------------------------------|---|---------------------|------|--|------|--|------|--|------|-----------------------------|------|----------------|------|-----------|--------|----------|------|
| | | | | | | | | | | Rauchtaback. | | Schmupftaback. | | Cigarren. | | Pappros. | |
| | | Rbl. | Kop. | Rbl. | Kop. | Rbl. | Kop. | Rbl. | Kop. | Pud. | Pfd. | Pud. | Pfd. | Stück. | Stück. | Pud. | Pfd. |
| | In der Stadt N. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | Matwejew, Alexander, Kaufmann 2. Gilde | 1 | 000 | 00 | 000 | 00 | — | — | — | 000 | 00 | — | — | 0000 | 0000 | — | — |
| 2 | Iwanow, Kusma, Kaufmann 1. Gilde | 1 | 000 | 00 | 000 | 00 | 000 | 00 | 00 | 00 | — | 00 | 00 | — | 0000 | — | — |
| | In dem Flecken N. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | Pawlow, Iwan, auf einen Schein 2. Gilde Handel treibender Ehrenbürger | 1 | 000 | 00 | 000 | 00 | — | — | — | 000 | 00 | — | — | — | 0000 | — | — |
| | Im Ganzen im Gouvernement N. | 00 | 000 | 00 | 000 | 00 | 000 | 00 | 00 | 000 | 00 | 00 | 00 | 0000 | 0000 | — | — |

Beilage zu § 37 der Instruction.

Schema Nr. 2.

V e r s c h l a g

über die in dem Gouvernement N vorhandenen Etablissements für den Handel mit Taback für das Jahr 187

| Benennung der Etablissements. | Zum 1. Jan. 187 waren vorhanden. |
|---|----------------------------------|
| Tabacksbuden | 00 |
| Tabacksboutiquen | 00 |
| Niederlagen für den Engrosverkauf: | |
| a) von ausschließlich russischem Blättertoback | 00 |
| b) von Taback jeder Art, russischem und ausländischem, in rohem und zubereitetem Zustande | 00 |
| Etablissements, in denen ein Verkauf von Taback zum Rauchen an Ort u. Stelle stattfindet | 00 |

V e r s c h l a g

über die Tabackspflanzungen im Gouvernement N für das Jahr 187

| Benennung der Orte, an denen Taback gepflanzt wird. | Anzahl der Pflanzungen. | Flächenraum, der mit Taback bepflanzt wird. | | Quantität des geernteten Tabacks. | |
|--|----------------------------|--|--------------------|--------------------------------------|-------|
| | | Deffati- nen. | Quadrat- faden. | Pud. | Pfund |
| In dem Kreise N. | | | | | |
| In 9 Ansiedelungen | 00 | 00 | 000 | 000 | 00 |
| In dem Kreise B. | | | | | |
| In 5 Ansiedelungen | 00 | 00 | 00 | 000 | 00 |
| Im Ganzen im Gouvernement N. | 00 | 000 | 00 | 000 | 00 |

V e r s c h l a g

über die Preise für russischen Rohtaback in dem Gouvernement N. für das Jahr 187

| Benennung der Orte. | Preise für Rohtaback. | | | | | | | |
|---------------------|-----------------------------------|------|-----------------------------------|------|-----------------------------------|------|-----------------------------------|------|
| | Am Orte der Ernte. | | | | In den Handelsetablissemnts. | | | |
| | Im Engrosver- kauf f. das Pud. | | Im Detailver- kauf f. das Pud. | | Im Engrosver- kauf f. das Pud. | | Im Detailver- kauf f. das Pud. | |
| | Rbl. | Rop. | Rbl. | Rop. | Rbl. | Rop. | Rbl. | Rop. |
| In der Stadt A. | | | | | | | | |
| Machorka . | — | — | — | — | 0 | 00 | 0 | 00 |
| Serebränka | — | — | — | — | 0 | 00 | 0 | 00 |
| In dem Kreise A. | | | | | | | | |
| Machorka | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 |
| In der Stadt B. | | | | | | | | |
| Zepilowsky | — | — | — | — | 0 | 00 | — | 00 |
| In dem Kreise B. | | | | | | | | |
| Machorka . | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 |
| Serebränka | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 | 0 | 00 |

Riga-Schloß, den 1. Mai 1872.

In Stelle des Livländischen Vice-Gouverneurs:
Ältester Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Ältester Secretair R. v. Wilh.

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 29. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 29. Januar 1872 Nr. 5208, desmittelst die am 27. October 1871 der Allerhöchsten Ratification gewürdigte Convention, welche am 26. Juni (8. Juli) zu Königsberg über die Erbauung einer Eisenbahn zwischen Brest-Litowsk und Lyck abgeschlossen und deren Ratification am 9. (21.) November zu Berlin gegen eine ebensolche der preußischen Staatsregierung ausgetauscht worden ist, wie folgt publicirt wird.

Convention

über die Verbindung der Brest-Grajewoer mit der Königsberg-Lycker Eisenbahn,
 abgeschlossen zwischen

Rußland und Preußen,

am 26. Juni (8. Juli) 1871.

Von Gottes hilfreicher Gnade

Wir Alexander der Zweite,

Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Lwer, Jugorien, Perm, Wiätkä, Bulgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Kostow, Jaroslaw, Beloozersk, Udorien, Obdorien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherkessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Thun hiedurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Kaiser von Deutschland, König von Preußen, Namens des deutschen Reiches, betreffend die Verbindung der Brest-Grajewoer mit der Königsberg-Lycker Eisenbahn, Unsere Commissaire am 26. Juni (8. Juli) 1871 zu Königsberg eine Convention betreffs der Erbauung einer Eisenbahn zwischen Brest-Litowsk und Lyck abgeschlossen und unterschrieben haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen und Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen, Namens des deutschen Reichs, haben, von dem Wunsche beseelt, die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Kaiserreichen durch die Erbauung einer Eisenbahn zwischen Lyck und Brest-Litowsk zu befördern, zur Entscheidung aller aus diesem neuen Eisenbahnwege entstehenden Fragen durch gegenseitiges Uebereinkommen, zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen:

Andreas Iwerdiansky, Seinen wirklichen Staatsrath, den Baron Alexander Brewsky, Seinen Obrist vom Generalstabe, Nikolai Essaulow, Seinen Ingenieur-Obrist und Alexander Erdberg, Seinen Ingenieur-Obrist,

und Seine Majestät der Kaiser von Deutschland, König von Preußen:

Paul Ludwig Wilhelm Jordan, Seinen geheimen Legationsrath, Karl August Hermann Mebes, Seinen geheimen Regierungsrath, Johann Ernst Eduard Hitzigroth, Seinen geheimen Finanzrath,

welche unter Vorbehalt der Ratification folgende Artikel festgesetzt haben:

Artikel 1.

Die russische Staatsregierung hat einer Actiengesellschaft die Concession zur Erbauung und Exploitation einer Eisenbahn von Brest-Litowsk über Bialostock zur preussischen Grenze bei Grajewo ertheilt und die preussische Staatsregierung hat einer Actiengesellschaft die Concession zur Erbauung und Exploitation einer Eisenbahn ertheilt, welche von Lyck zur russischen Grenze geführt werden soll und sich dort mit der obgedachten russischen Eisenbahn verbindet.

Artikel 2.

Der Vereinigungspunkt beider Eisenbahnen, der russischen und der preussischen und die Verbindung dieser Bahnen, sowohl im Plan, als auch im Profile werden von beiden Staatsregierungen nach den im gegenseitigen Einvernehmen durch die Ingenieure der beiden Länder entworfenen Projecte festgesetzt werden. Alle übrigen Bedingungen bezüglich der Richtung der Bahn und der Bestimmung der Stationen innerhalb der Grenzen eines jeden Staats bleiben dem Ermessen und der Entscheidung eines jeden der hohen contrahirenden Theile anheingestellt.

Artikel 3.

Die Eisenbahnen und deren Zubehör, wie auch das rollende Material werden von dem einen wie dem anderen Theile derart hergerichtet, daß der Betrieb mit Locomotiven gesichert ist.

Artikel 4.

Die Breite der Geleise zwischen den inneren Rändern der Schienen wird auf russischem Territorium fünf Fuß englisches Maß und auf preussischen vier Fuß acht und einen halben Zoll englisches Maß betragen.

Artikel 5.

Die Expropriation der Ländereien und die künstlichen Bauten müssen sogleich für zwei Geleise stattfinden und ausgeführt werden; doch wird die Legung des zweiten Geleises so lange ausgesetzt, bis die respectiven Staatsregierungen es für nothwendig werden erachten.

Artikel 6.

Die hohen contrahirenden Theile werden dafür Sorge tragen, den Bau der in den Territorien eines jeden derselben befindlichen Theile der Brest-Litomsker Eisenbahn in möglichst kurzer Frist zu beenden und werden einander die von jedem von Ihnen bestätigte Concession mittheilen.

Die hohen contrahirenden Theile sind gegenseitig dahin übereingekommen, daß der Bahnbau in dem Territorium des einen und des anderen Theiles womöglich gleichzeitig beendigt werde.

Artikel 7.

Der Uebergang von einer Bahn auf die andere wird auf der Grenze in der Weise stattfinden, daß die russische und die preussische Eisenbahnverwaltung, jede ihrerseits und auf ihrem Territorium, in der Nähe der Grenze eine Station zu errichten haben und daß die russischen Züge auf dem breiteren russischen Geleise in die preussische Station und die preussischen Züge auf dem schmälern preussischen Geleise in die russische Station hineinfahren.

Artikel 8.

Die Errichtung und Unterhaltung des schmälern Geleises auf dem russischen Territorium, zwischen der russischen Station und der Grenze, sowie die Ueberwachung desselben wird der russischen Verwaltung, die Errichtung und Unterhaltung des breiteren Geleises auf dem preussischen Territorium, zwischen der Grenze und der preussischen Station, sowie die Ueberwachung desselben aber wird der preussischen Verwaltung obliegen. Für die Befahrung dieser beiden Theile der Eisenbahn und für die Abnutzung derselben zahlen die russische und die preussische Verwaltung einander keine Entschädigung.

Artikel 9.

Die hohen contrahirenden Theile werden dafür sorgen, daß auf den Grenzstationen alle nothwendigen Maßregeln ergriffen werden, damit das durch die verschiedene Breite der Geleise nothwendige Ab- und Umladen der Waarenwaggons mit dem möglichst geringsten Zeitverluste und den geringsten Kosten stattfinden kann.

Artikel 10.

In Bezug auf die Signale und die übrigen dienstlichen Details des Betriebes werden für die Grenzstationen gleichförmige Regeln nach gegenseitigem Uebereinkommen der Verwaltungen beider Eisenbahnen und unter Bestätigung der betreffenden Territorial-Autoritäten unterworfen werden.

Artikel 11.

Beide Staatsregierungen werden für die zweckmäßigste Art und Weise der Regelung des Betriebes sorgen und den nöthigen Einfluß bezüglich der Vertheilung und des Wechsels der Züge ausüben.

Artikel 12.

Der Tarif für die Beförderung der Reisenden und Waaren wird von jeder der beiden Verwaltungen auf ihrem Territorium festgesetzt und der anderen mitgetheilt werden.

Die hohen contrahirenden Theile werden dafür sorgen, daß* der Transporttarif auf den auf ihrem beiderseitigen Territorium befindlichen Theilen dieser Eisenbahn womöglich ein gleichförmiger sei, mit Ausnahme des aus der Verschiedenheit der Exploitation und des Handels entspringenden Unterschiedes.

Artikel 13.

Zwischen den Einwohnern des einen und des anderen Staates wird weder in Betreff der für den Transport zu leistenden Zahlung, noch in Betreff der Zeit der Abfertigung, mit Ausnahme des mit den Zollregeln verbundenen nothwendigen Aufenthalts, ein Unterschied gemacht werden; die Anwendung dieser Regeln wird für die Einwohner beider Länder die gleiche sein.

Artikel 14.

Alle polizeilichen und Zoll-Maßnahmen, welche durch die Eröffnung der den Gegenstand dieser Convention bildenden Eisenbahn hervorgerufen werden können, bleiben dem Ermessen jeder der contrahirenden Staatsregierungen anheimgestellt und müssen soviel als möglich nach vorgängigem gegenseitigem Uebereinkommen festgesetzt werden.

Anlangend die Formalitäten der Zollbesichtigung und des Durchlasses des Passagierguts und der ein- und ausgeführt werdenden Waaren, sowie die Untersuchung der Pässe, so verpflichten sich die beiden Staatsregierungen gegenseitig, die Brest-Litowsk-Lycker Eisenbahn nicht ungünstiger zu behandeln, als irgend eine andere die Grenze durchschneidende Eisenbahn und dieser Eisenbahn im Interesse des Handels alle Erleichterungen und Vereinfachungen in Bezug auf das Zollverfahren zu gewähren, welche mit den Gesetzen der beiden Staaten verträglich sind.

Artikel 15.

Die Brest-Litowsk-Lycker Eisenbahn wird auch zum Transport der Postcorrespondenzen, sowohl der Briefe, als auch der Pakete und zur Einrichtung von Telegraphenlinien dienen. Die hohen contrahirenden Mächte werden nicht unterlassen, den Concessionairen der Eisenbahn diejenigen Verpflichtungen aufzuerlegen, welche sie zur Sicherstellung des Interesses der Post- und Telegraphen-Verwaltung für nothwendig erachten.

Die Post- und Telegraphen-Verwaltungen beider contrahirender Theile werden nach gegenseitigem Uebereinkommen die Modalitäten des auf der gedachten Eisenbahn zu organisirenden Post- und Telegraphendienstes festsetzen.

Artikel 16.

In allen Fällen, wo die Eisenbahnverwaltungen beider Staaten sich über die verschiedenen, durch diese Convention festgesetzten Punkte und überhaupt über die Mittel zur Sicherstellung des ununterbrochenen Betriebes zwischen beiden Grenzen und des Gedeihens des Transit handels unter einander nicht verständigen können, werden die Staatsregierungen selbst die Entscheidung solcher Streitpunkte übernehmen und behufs Anordnung aller nothwendigen Maßregeln gegenseitig in Relation mit einander treten.

Artikel 17

Die gegenwärtige Convention wird ratificirt und werden die Ratificationen in Berlin im Verlaufe von zwei Monaten vom Tage der Unterzeichnung, oder wenn möglich früher, ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten dieselbe unterschrieben mit Beidrückung des Insigniels ihres Wappens.

So geschehen zu Königsberg, am 26. Juni (8. Juli) 1871.

(Unterz.) Twerdiansky.

(L. S.)

(Unterz.) Baron Bremeſky.

(L. S.)

(Unterz.) Gessauloff.

(L. S.)

(Unterz.) v. Erdberg.

(L. S.)

(Unterz.) Jordan.

(L. S.)

(Unterz.) Mebes.

(L. S.)

(Unterz.) Hitzigroth.

(L. S.)

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Bepriifung dieser Convention dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach hierdurch für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden soll.

Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenthändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsſiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu St. Petersburg, den 27. October im Jahre nach Christi Geburt 1871, Unserer Regierung aber im siebenzehnten.

Das Original ist von Sr. Kaiserlichen Majestät Eigenthändig also unterzeichnet:

(L. S.)

(Unterz.) **Alexander.**

(Contraſignirt) der Reichskanzler Fürst Gortschakow.

Art. 30. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelt das folgende, am 1. Februar 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geſetze und in der allgemeinen Versammlung, nach Bepriifung der Vorstellung des Oberverwaltenden der zweiten Abtheilung der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserlichen Majestät, betreffend die Verwendung von zu bestimmten, gemeinnützigen Zwecken (общественныя надобности) dargebrachten Vermögensobjecten und Capitalien und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Oberverwaltenden, Sentiment für gut erachtet: I. In Ergänzung des Art. 980 der Civilgeſetze (Bd. X Thl. 1) zu verordnen: „Wenn es unmöglich wird, Vermögensobjecte oder Capitalien, die zu einem bestimmten Zwecke der Krone, der Landschaft, einer Stadt oder irgend einer Geſellſchaft, Institution u. ſ. w. dargebracht worden ſind, gemäß der von dem Darbringer angegebenen Beſtimmung zu verwenden, weil die Umstände ſich verändert haben, ſo kann dieſen Vermögensobjecten und Capitalien eine andere Beſtimmung gege-

ben werden, jedoch nur, nachdem die Einwilligung des Darbringers dazu eingeholt worden ist; wenn derselbe aber nicht mehr am Leben ist und seinerseits bei seinen Lebzeiten keine besondere diesbezügliche Verfügung erfolgt ist, oder die Erfüllung der von dem Verstorbenen getroffenen Verfügung ebenfalls für unmöglich erkannt wird, so muß die Allerhöchste Genehmigung durch den Minister-Comité erbeten werden."

"Wenn die zu einem bestimmten Zwecke dargebrachten Vermögensobjecte oder Capitalien ohne Beobachtung der angegebenen Ordnung anders verwandt worden sein sollten, so steht dem Darbringer und nach seinem Tode, den Erben desselben das Recht zu, die Rückgabe des Dargebrachten zu verlangen."

II. Den Ministern und Oberverwaltenden der abgetheilten Zweige zur Pflicht zu machen, daß sie in den Fällen, wo sich nach dem Tode des Darbringers die Unmöglichkeit erweist, die gemachte Darbringung weiter seinem Willen gemäß zu verwenden, über die solches verhindernden Umstände und über die zur Abänderung der Bestimmung des dargebrachten ins Auge gefaßten Pläne wenigstens vier Monate vor der bezüglichlichen Vorstellung an den Minister-Comité, Publicationen zur allgemeinen Wissenschaft ergehen zu lassen haben, damit bei der allendlichen Beprüfung der Sache diejenigen Äußerungen, welche etwa von den Erben und Verwandten des Darbringers oder von fremden Personen gemacht werden, in Erwägung gezogen werden können.

Betreffend die Verwendung von zu bestimmten gemeinnützigen Zwecken dargebrachten Vermögensobjecten und Capitalien.

Aus dem 1. Departement vom
10. März 1872 Nr. 12,255.

Nr. 31. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelt das folgende, am 25. Januar 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat im Departement der Geseze und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Ordnung für die Ablassung von Vorspann- und Diätengeldern an Polizeibeamte, welche in Dienstangelegenheiten vor Gericht geladen werden und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: in Ergänzung des Artikels 978 der Criminal-Proceßordnung vom 20. November 1864 zu verordnen: Polizeibeamte, welche außerhalb ihres Dienstortes in Dienstangelegenheiten vor Gericht oder zu einer Untersuchung vorgeladen werden, erhalten Vorspann- und Diätengelder gleich den übrigen, in Dienstangelegenheiten abcommandirten Beamten.

Betreffend die Ordnung für die Ablassung von Vorspann- und Diätengeldern an Polizeibeamte, welche in Dienstangelegenheiten vor Gericht geladen werden.

Aus dem 1. Departement vom
28. Februar 1872, Nr. 10,246.

Nr. 32. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Justizministers vom 29. Februar 1872 Nr. 3304 folgenden Inhalts: In Anlaß mehrfach entstandener Zweifel in Betreff der Berechtigung der Personen der Procureur-Aufsicht zum ungehinderten Eintritt in die Gefängnißlocale ohne Vorweisung besonderer Bilette, habe der Herr und Kaiser auf seine, des Ministers, aller-

unterthänigste Unterlegung am 3. Februar dieses Jahres Allerhöchst zu befehlen geruht: zu erklären, daß die Personen der örtlichen Procureur-Aufsicht zu jeder Zeit ungehinderten Zutritt in die Gefängnisse des Civil-Resorts haben. Solchen Allerhöchsten Willen notificire er, der Justizminister, Einem Dirigirenden Senat zur gehörigen Erfüllung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung Derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend das Recht der Personen, der Procureur-Aufsicht zum ungehinderten Eintritt in die Gefängnißlocale ohne Vorweisung besonderer Bilette.

Aus dem 1. Departement vom
14. März 1872, Nr. 13,437.

**Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen 2c. 2c. aus der Civil. Gouv.-Verwaltung, desmittelst fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.**

Nr. 33. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Januar 1872 Nr. 2153, desmittelst der Antrag des Justizministers, betreffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen in dem Gouvernement Wilna — publicirt wird.

Nr. 34. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Januar 1872 Nr. 2589, desmittelst der Antrag des Justizministers, betreffend das temporaire Verzeichniß der 9 westlichen Gouvernements, in welchen die Friedensrichter-Institutionen, gesondert von den allgemeinen, bei den Gerichtspalaten eingeführt werden — publicirt wird.

Nr. 35. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Januar 1872 Nr. 4395, desmittelst die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den Civil-Krankenhäusern der Weichselgouvernements und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung — publicirt wird.

Nr. 36. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Januar 1872 Nr. 4633, desmittelst das am 21. December 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths darüber, daß nicht nur die Förster, sondern auch die Forst-Conducteure und Buschwächter Protocolle über Uebertretungen des Forstreglements aufnehmen können — publicirt wird.

Nr. 37. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 1. Februar 1872 Nr. 6325, desmittelst das am 11. Januar 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Fortdauer der Wirksamkeit der Allerhöchst bestätigten Tage über die Entschädigung der vereidigten Sachwalter für die Führung von Sachen — publicirt wird.

Nr. 38. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 11. Februar 1872 Nr. 7278, desmittelst der Antrag des Justizministers, betreffend die Regeln über die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Kiew, Wolhynien, Podolien, Minsk, Witebsk und Mähilew — publicirt wird.

Nr. 39. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements und des Heroldie-Departements Eines Dirigirenden Senats vom 16. Februar 1872 Nr. 359, desmittelst das am 30. November 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ausdehnung der Artikel 219—225 und 1236—1254 der Criminal-Proceßordnung vom 20. November 1864 auf einige Orte, in denen die Gerichtsordnungen noch nicht eingeführt worden sind — publicirt wird.

Nr. 40. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 22. Februar 1872 Nr. 9640, desmittelst der Bericht des Ministers des Innern, betreffend die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt und die Verpflegung von Untermilitairs, deren Familien und von Offizieren in den Civilkrankenhäusern der Gouvernements Kalisch, Lomsha und Suwalki und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung — publicirt wird.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 41. Die in dem Patente der Livländischen Gouvernements-Verwaltung vom 21. April 1867 sub Nr. 59 enthaltene Taxe über die von den Besuchern der Livländischen Land-Fahrmärkte zu entrichtenden Miethgelder für die Benutzung von Buden hat aus dem Grunde zu Meinungs-Differenzen Anlaß gegeben, weil in diesem Patente nicht zugleich angegeben worden, was unter einer großen und was unter einer kleinen Bude zu verstehen ist.

In Folge dessen wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung nach erfolgter Zustimmung des Livländischen Landraths-Collegii desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß unter einer großen Bude eine solche zu verstehen ist, die einen Flächeninhalt von mehr als zwei Quadratfaden einnimmt, unter einer kleinen aber eine solche, die an Flächeninhalt zwei Quadrat-Faden oder weniger umfaßt.

Riga-Schloß, den 22. Mai 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Hegfäll.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

Nr. 42. Ukas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 16. Mai 1872, Nr. 20175, desmittelst die Allerhöchst ratificirte Convention zwischen der Türkei und Rußland über die Legung eines submarinen Kabels zwischen Odessa und Constantinopel, in Betreff welcher Convention die Ratificationen bereits ausgetauscht worden sind — wie folgt, publicirt wird.

Convention

zwischen

Rußland und der Türkei

betreffend

die Legung eines submarinen Telegraphen-Kabels zwischen Odessa und Constantinopel.

Von Gottes hilfreicher Gnade

Wir Alexander der Zweite, Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Lwer, Jugorien, Perm, Wiätka, Wolgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Rostow und Jaroslaw, Belooferzk, Udorien, Otdorien, Kondien, Witebsk, Wstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherskessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Thun hiedurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Kaiserlichen Majestät dem Sultan Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 21. October 1871 zu Constantinopel eine Convention betreffend die Legung eines submarinen Telegraphen zwischen Odessa und Constantinopel abgeschlossen und unterschrieben haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Ruessen und Seine Kaiserliche Majestät der Sultan haben, von dem Wunsche geleitet, die Telegraphen-Verbindungen zwischen Ihren Staaten durch die Errichtung eines submarinen Kabels zwischen Odessa und Constantinopel zu erleichtern, den Entschluß gefaßt, vorher die Hauptbedingungen festzusetzen, unter denen die Concessionen hierzu solchen Unternehmern, oder einer solchen Compagnie zu ertheilen sind, welche nach gegenseitigem Einvernehmen der contrahirenden Staatsregierungen für die zuverlässigsten werden erachtet werden, und sind übereingekommen, eine desfallige besondere Convention abzuschließen, zu welchem Zwecke sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt haben:

Seine Majestät der Kaiser aller Ruessen Seinen General-Adjutanten, General-Lieutenant Nicolai Ignatjew, Ritter der Orden des heiligen Alexander-Newsky, des weißen Adlers, des heiligen Wladimir 2. Classe, der heiligen Anna 1. Classe mit der Kaiserlichen Krone, des heiligen Stanislaus 1. Classe, Inhaber der türkischen Orden Osmanie und Medjidie 1. Classe, Ritter verschiedener ausländischer Orden, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Gesandten bei Seiner Kaiserlichen Majestät dem Sultan, und

Seine Kaiserliche Majestät der Sultan, Server-Pascha, Inhaber der Kaiserlichen Orden Osmanie und Medjidie 1. Classe und des Kaiserlichen Ordens des heiligen Stanislaus 1. Classe, Ritter verschiedener ausländischer Orden, Seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten,

welche Bevollmächtigte, nach gegenseitiger Vorweisung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes festgesetzt haben:

Artikel 1.

Die Befestigungspunkte des submarinen Kabels an der russischen und türkischen Küste werden nach gegenseitigem Uebereinkommen der Telegraphen-Verwaltungen beider Staaten mit dem Concessionair oder der Compagnie bestimmt werden. Der an der türkischen Küste zu bestimmende Punkt kann nur auf der europäischen Küste des Schwarzen Meeres an der Mündung des Bosporus ausgewählt werden.

Artikel 2.

Das submarine Kabel wird nach dem erfahrungsmäßig als das beste anerkannten Systeme construirt werden und anfänglich nur einen Draht enthalten. Sobald die Anzahl der Depeschen sich in dem Grade vergrößert, daß zur Beförderung derselben ein Draht nicht genügen sollte, ist der Concessionair gehalten, ein Ergänzungs-Kabel von einem oder mehreren Drähten, je nach dem Bedürfniß und dem Verlangen der beiden Staatsregierungen, zu legen.

Artikel 3.

Der Concessionair wird verpflichtet werden, für seine Rechnung die Verbindung des submarinen Kabels mit den Telegraphenlinien der beiden Mächte auf dem Lande herzustellen, wie auch die Kabeldrähte in die von jeder Staatsregierung bestimmten Uferstationen hineinzuleiten. Er wird das Recht haben, auf den gedachten Stationen sein eigenes Dienstpersonal anzustellen.

Jede Telegraphen-Verwaltung behält sich das Recht vor, die erforderlichen Maßregeln zur Controle der Depeschen und zur Ernennung des Dienstpersonals zu treffen.

Falls der Concessionair es wünschen sollte, einer der contrahirenden Staatsregierungen den Telegraphenbetrieb auf der auf dem Territorium dieses Staates befindlichen Station zu übergeben, so wird die Entschädigung für diese Station durch gegenseitige Uebereinkunft zwischen dem Concessionair und der betreffenden Staatsregierung festgesetzt.

Artikel 4.

Die hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, die submarine Linie mit ihren Telegraphennezen zu verbinden und für die Beförderung der Depeschen sowohl innerhalb der Grenzen ihrer Staaten, als auch außerhalb derselben, Sorge zu tragen.

Artikel 5.

Alle Bestimmungen der internationalen Conventionen, sowohl der gegenwärtig bestehenden, als auch der hinkünftig abzuschließenden, werden auf die mittelst des unterseeischen Kabels zu befördernde telegraphische Correspondenz Anwendung finden.

Artikel 6.

Jeder der contrahirenden Staaten behält sich das Recht vor, von dem Concessionair eine Sicherheit durch Hinterlegung einer Caution betreffs der Beendigung der Arbeiten in der durch den folgenden Artikel festgesetzten Frist, zu verlangen. Diese Caution darf die Summe von fünfzig tausend (50,000) Francs für jede Verwaltung nicht übersteigen.

Sie verfällt derjenigen Staatsregierung, welche die Concession erteilt hat, sobald das Kabel nicht in der festgesetzten Frist fertig hergestellt worden ist.

Artikel 7.

Die zur Herrichtung des Kabels bestimmte Frist wird auf ein Jahr, gerechnet von dem Tage der Unterschrift der Concession, festgesetzt. Wenn die Beendigung der Arbeiten in der obgedachten Frist aus unvorhergesehenen und von dem Concessionair unabhängigen Umständen, für unmöglich erachtet wird, so kann diese Frist nach gegenseitiger Uebereinkunft der contrahirenden Staatsregierungen, noch um ein Jahr verlängert werden.

Artikel 8.

Der Tarif für die vermitteltst des Kabels zu befördernden Depeschen wird aus den durch die in Wien revidirte Pariser internationale Convention festgesetzten End- und Transittagen und der für die submarine Beförderung bestimmten Tage zusammengesetzt werden.

Die für die Beförderung der Depeschen vermitteltst des Kabels zu leistende Zahlung darf nicht 6 Francs übersteigen.

Somit wird die Zahlung für die zwischen dem europäischen Rußland und der europäischen Türkei auszuwechselnde Correspondenz auf 14 Francs festgesetzt.

Zur Erleichterung der Telegraphenverbindungen zwischen Odessa und Constantinopel wird diese Zahlung für die zwischen diesen beiden Städten auszuwechselnde Correspondenz auf 12 Francs ermäßigt. Dieser Rabatt von 2 Francs wird auf beide contrahirenden Staaten im Verhältniß der einem jeden derselben zustehenden Endzahlung fallen, und zwar wird die der Türkei zustehende Zahlung auf 2 Frchs. 25 Cent. und die Rußland zustehende auf 3 Fr. 75 C. reducirt, so daß die Zahlung für den Durchlauf durch den Kabel dieselbe bleibt, nämlich 6 Francs.

Wenn während der Zeit, die für die Dauer der Concession festgesetzt ist, eine allgemeine Ermäßigung der Tarife eintreten sollte, so wird die für die submarine Telegraphenlinie zu leistende Zahlung diejenigen Abänderungen erleiden, welche in Folge des neuen Tarifs erforderlich sein werden.

Artikel 9.

Als Entschädigung für die durch die Errichtung des Kabels verursachten Kosten wird die Concession auf 30 Jahre ertheilt werden.

Die hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, während dieser ganzen Zeit keinem Anderen die Erlaubniß zur Errichtung einer directen submarinen Telegraphenverbindung zwischen dem europäischen Rußland und der europäischen Türkei zu ertheilen.

Nach Ablauf der gedachten Frist aber erlischt das dem Concessionair gewährte Monopol. Er behält übrigens das Recht, das submarine Kabel zu exploitiren und zu unterhalten, wosern er die ihm gemäß dieser Convention auferlegten Bedingungen erfüllt hat und zu erfüllen fortfährt, und wosern die contrahirenden Staatsregierungen es nicht für gut befinden, nach gegenseitigem Uebereinkommen, die Concession einer anderen Person kraft des Artikels 11 dieser Convention zu ertheilen.

Artikel 10.

Die Concession erlischt, ohne daß der Concessionair irgend eine Entschädigung zu verlangen berechtigt ist, wenn er die obigen Bedingungen nicht erfüllt. Sie erlischt ebenfalls dann, wenn die Linie während eines Jahres in Folge von Ursachen, für welche der Concessionair als verantwortlich erachtet werden kann, unthätig bleibt.

Zu diesen Fällen wird auch derjenige gerechnet, wenn ein Riß des Kabels nicht ausgebessert wird, oder wenn einer der hohen contrahirenden Theile die Concession, wegen Nichterfüllung der Bedingungen Seitens des Concessionairen, demselben entzieht.

Artikel 11.

Jeder der hohen contrahirenden Theile behält sich das unbedingte Recht vor, eine neue Concession zu ertheilen, wenn die erste nach Ablauf der festgesetzten dreißigjährigen Frist erloschen ist. Falls dann zwischen den hohen contrahirenden Theilen eine neue Convention abgeschlossen wird, so wird, nachdem nach gegenseitigem Uebereinkommen die Bedingungen derselben festgesetzt worden sind, dem

Inhaber der kraft der gegenwärtigen Convention erteilten Concession ein Vorzugsrecht gewährt, falls er die von den hohen contrahirenden Theilen festgesetzten neuen Bedingungen anzunehmen gesonnen ist.

Artikel 12.

Jede Staatsregierung wird ihrerseits für die Festsetzung einer Ordnung der Berechnungen mit dem Concessionair oder der Compagnie für die Beförderung der Depeschen Sorge tragen. Die Zahlung der sich ergebenden Bilance geschieht in Francs in klingender Münze.

Artikel 13.

Vorausgesetzt, daß jeder der hohen contrahirenden Theile von sich aus gesondert die Concession erteilt, auf welche sich diese Convention bezieht, so verpflichten sie sich gegenseitig, einander eine beglaubigte Abschrift derselben zu übergeben; ebenso wird den Concessionairen eine beglaubigte Abschrift dieser Convention ausgereicht werden.

Artikel 14.

Der Concessionair wird das Recht haben, die Concession einer Privatperson oder Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten, die für ihn selbst bestehen, zu übertragen, jedoch kann eine solche Uebertragung nur mit Einwilligung der beiden Staatsregierungen stattfinden.

Artikel 15.

In allen Fällen, wo ein Zweifel bezüglich der Auslegung der Bedingungen, die kraft der gegenwärtigen Convention in die Seitens der contrahirenden Staatsregierungen zu erteilenden Concessionen aufgenommen werden müssen, entstehen sollte, ist der Concessionair verpflichtet, sich der von der betreffenden Staatsregierung getroffenen allendlichen Entscheidung zu unterwerfen.

Artikel 16.

Die gegenwärtige Convention soll ratificirt und sollen die Ratificationen in Constantinopel in der möglichst kürzesten Zeit ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieselbe unterschrieben mit Beidrückung des Insignels ihres Wappens.

So geschehen zu Constantinopel, den 21. October (a. St.) 1871.

(Unterz.) N. Ignatjew.

Server.

(L. S.)

(L. S.)

Um deswillen haben Wir, nach reiflicher Beprüfung dieser Convention, dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach hiernach für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden wird.

Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu St. Petersburg, den 19. November im Jahre nach Christi Geburt 1871, Unserer Regierung aber im 17. Jahre.

Das Original ist von Sr. Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterschrieben:

„Alexander“.

(L. S.)

Contrafignirt: Der Reichskanzler Fürst A. Gortschakow.

Nr. 43. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserl. Maj. ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen die Acte über den Bericht der Kiewischen Palate des Civilgerichts, in Betreff dessen, ob commerzielle Institute in ihren Angelegenheiten von dem Gebrauche des Stempelpapiers befreit werden können. Befohlen: Aus dem gedachten Berichte ist zu ersehen, daß die in Kiew bestehenden privaten commerziellen Institute und zwar: das Comptoir der Gesellschaft des gegenseitigen Boden-Credits, die Kiewer Privat-Handelsbank und die Gesellschaft des gegenseitigen städtischen Credits, die Verhandlungen mit der Civil-Palate in ihren Angelegenheiten, auf gewöhnlichem Papiere führen und zwar in der Form von officiellen Requisitionen, während doch in dem Poschlin-Ustav nicht gesagt ist, daß solche Anstalten in Bezug auf ihre Verhandlungen mit den Behörden von dem Gebrauche des Stempelpapiers befreit sein sollen, und auch in den Statuten dieser Anstalten von einer Befreiung derselben von dem Gebrauche des Stempelpapiers und von einem Rechte, Schreiben in der Form von officiellen Papieren ausgehen zu lassen, nichts erwähnt ist; die Civil-Palate ist deshalb des Dafürhaltens, daß die obgedachten Institute, gleich den Privatpersonen, verpflichtet sind, sich in ihren Angelegenheiten an die Palate mit Gesuchen auf den Allerhöchsten Namen zu wenden und der Zahlung der Stempelsteuer zur Kronscasse unterliegen müssen, und stellt daher Obiges Einem Dirigirenden Senate zur Entscheidung vor. Nach Beprüfung des Obigen und in Anbetracht dessen, daß weder im Geseze, noch in den Allerhöchst bestätigten Statuten der Gesellschaft des gegenseitigen Boden-Credits und der Kiewer Privat-Handelsbank, wie auch der städtischen Gesellschaft des gegenseitigen Credits eine Bestimmung bezüglich der Befreiung dieser Anstalten von dem Gebrauche des Stempelpapiers in ihren Angelegenheiten enthalten ist, findet Ein Dirigirender Senat in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Geheimraths Giers, daß sowohl diese, als auch ähnliche, an anderen Orten befindliche Anstalten, gleich den Privatpersonen, sich sowohl zu den an Regierungsbehörden und amtliche Personen einzureichenden Gesuchen, als auch zur Sachverhandlung in Betreff derselben des festgesetzten Stempelpapiers bedienen müssen, und verfügt daher: Hierüber zur erforderlichen Richtschnur und allgemeinen Kenntniß Ukase zu erlassen.

Betreffend: Die Frage, ob commerzielle Institute von dem Gebrauche des Stempelpapiers befreit werden können.

Aus dem 1. Departement vom 16. Mai 1872. Nr. 20544.

Nr. 44. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Antrag des Justizministers vom 30. März 1872, Nr. 4799, folgenden Inhalts: der College des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten habe mitgetheilt, daß in Berlin Seitens des Directors unserer Telegraphen, Geheimrath Lüders, mit dem Director der deutschen Telegraphen Verhandlungen, zum Zwecke der Vereinbarung eines für Rußlande vortheilhafteren Tarifs geführt worden seien und das Resultat dieser Verhandlung eine besondere Uebereinkunft mit der deutschen Direction gewesen sei, laut welcher als Ausnahme zum Besten Rußlands eine Zahlung von 2½ Francs für die Correspondenz Rußlands mit ganz Deutschland festgesetzt worden sei. Die gedachte Uebereinkunft sei auf Allerhöchsten Befehl mit der Regierung des deutschen Reiches durch eine Minister-Declaration ausgewechselt worden. Solches notificire er, der Justizminister, Einem Dirigirenden Senate und übergebe die ihm von dem Geheimrath Westmann über sandte Abschrift der gedachten Declaration zugleich mit einem russischen Translate, und 2) die Declaration selbst. Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Declaration abzu drucken und dieselben zur allörtlichen Publication bei Ukasen zu versenden.

Betreffend: Die Declaration bezüglich der Telegraphen-Correspondenz zwischen Rußland und dem deutschen Reiche.

Aus dem 1. Departement vom 10. Mai 1872. Nr. 19365.

Declaration.

Die am 18. (30.) Januar dieses Jahres zwischen den Repräsentanten der Kaiserlich Russischen Telegraphen-Verwaltung und der Kaiserlich Deutschen Reichs-Telegraphen-Verwaltung bezüglich der Telegraphen-Correspondenz zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Uebereinkunft lautet von Wort zu Wort also:

Verhandelt Berlin, den 30. Januar 1872.

Nachdem der Deutsch = Oesterreichische Telegraphen-Verein, späterhin „Telegraphen-Verein“ genannt, in Folge der Constituirung des Deutschen Reiches mit Ablauf des Jahres 1871 aufgelöst worden, ist es wünschenswerth erschienen, die bisherigen Verhältnisse und Beziehungen zwischen dem Telegraphen-Verein und der Kaiserlich Russischen Telegraphen-Verwaltung betreffend die Behandlung der wechselseitigen Telegraphen-Correspondenz aufs Neue zu reguliren und festzustellen.

Zu diesem Behufe ist zwischen den Vertretern:

- a. Der Kaiserlich-Russischen Telegraphen-Verwaltung, dem General-Telegraphen-Director Geheimrath von Lüders.
- b. der Kaiserlich-Deutschen Reichs-Telegraphen-Verwaltung, dem General-Telegraphen-Director General-Major von Chauvin, unterm heutigen Tage nachfolgende Uebereinkunft vorbehaltlich der Genehmigung ihrer hohen vorgesetzten Regierungen geschlossen worden.

1) Die von den Vertretern der Kaiserlich-Russischen, der Königlich-Preussischen und der K. K. Oesterreichischen Telegraphen-Verwaltung getroffene protocollarische Vereinbarung de dato Paris den 15. April 1865, betreffend den wechselseitigen Telegraphen-Verkehr zwischen dem Deutsch = Oesterreichischen Telegraphen-Verein und Rußland, wird als vom 1. Juli 1872 ab erloschen erachtet und es treten

an deren Stelle, so weit es die Telegraphen-Verwaltungen Rußlands und des Deutschen Reiches betrifft, die Festsetzungen der gegenwärtigen Uebereinkunft.

2) Für die wechselseitige Telegraphen-Correspondenz zwischen Rußland und Deutschland werden folgende Terminal-Lagen in Anwendung gebracht:

A. Für das Russische Reich:

| | | |
|----|------------------------------------|-----------|
| a. | für das europäische Rußland | 5 Francs. |
| b. | „ den Kaukasus | 8 „ |
| c. | „ das asiatische Rußland I. Region | 13 „ |
| d. | „ „ „ II. „ | 21 „ |
| e. | „ „ „ III. „ | 37 „ |

B. Für das Deutsche Reich 2½ Francs.

Diese Gebührenbeträge gelten für einfache Telegramme von 20 Worten und erhöhen sich um die Hälfte für jede ferneren 10 Worte.

3) Für den Grenzverkehr zwischen Rußland einerseits und Deutschland andererseits wird die Gesamtgebühr pro einfache Depesche auf 3 Francs festgesetzt. Die Gebühren für die bezügliche Telegraphen-Correspondenz verbleiben ungetheilt den Verwaltungen der Aufgabe-Stationen, daher eine wechselseitige Abrechnung darüber nicht stattfindet.

In den Grenzverkehr fallen alle diejenigen Stationen, welche auf jedem Gebiete von der resp. Landesgrenze in directem Abstände nicht weiter als 25 geographische Meilen entfernt sind.

4) Im Uebrigen sind die durch den revidirten internationalen Telegraphen-Vertrag de dato Rom den 14. Januar 1872 und des dazu gehörigen Reglements vereinbarten Bestimmungen für die obige Telegraphen-Correspondenz maßgebend.

5) Vorstehende Bestimmungen treten gleichzeitig mit dem in Rom revidirten internationalen Telegraphen-Vertrage de dato 14. Januar 1872 in Wirksamkeit und bleiben auf unbestimmte Zeit und bis zum Ablaufe eines Jahres, nach etwa erfolgter Kündigung von der einen oder von der anderen Seite, in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die eingangsgenannten beiden Vertreter die gegenwärtige Uebereinkunft eigenhändig unterzeichnet.

(gez.) L ü d e r s. (gez.) C h a u v i n.

Diese Uebereinkunft wird durch die gegenwärtige Declaration, welche gegen eine ebensolche der Kaiserlich Deutschen Staatsregierung auszuwechseln ist, im Namen der Kaiserlich-Russischen Staatsregierung in allen Punkten bestätigt.

St. Petersburg, den 13. (25.) März 1872.

Der Russische Reichs-Kanzler (gez.) G o r t s c h a k o w.
(L. S.)

Riga-Schloß, den 26. Juni 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Hegfäll.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 45. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1873 nebst dem Vorschlage über die Summen, welche im Jahre 1873 in jedem Gouvernement an besagter Immobiliensteuer einfließen müssen, publicirt wird.

Betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1873. Aus dem 1. Departement vom 27. Juni 1872, Nr. 23,526.

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1873 Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschrieben: Der Vorsitz der Reichsraths **Constantin**.

Den 21. Mai 1872.

Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journälen des Departements der Staats-öconomie vom 5. April und der allgemeinen Versammlung vom 1. Mai 1872.

Der Reichsrath hat im Departement der Staats-öconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1873 für gut erachtet:

1) Den beigegeführten Vorschlag über die Summen, welche im Jahre 1873 in jedem Gouvernement an Immobiliensteuer in Städten und Flecken einfließen müssen, Seiner Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Bestätigung vorzustellen.

2) Die Vertheilung der in diesem Vorschlage für jedes Gouvernement festgesetzten Steuersummen auf die städtischen Ansiedelungen und die Repartition der für jede städtische Ansiedelung bestimmten Summe auf die einzelnen Immobilien, in genauer Grundlage des Reglements über diese Steuer (Abgaben-Regl. Beilage zum Art. 2 Pkt. 3 in d. Forts. v. J. 1868) und der gemäß dem Art. 31 dieses Reglements vom Finanzminister erlassenen Instruction zu bewerkstelligen, und

3) die nach der Repartition der Stavropolschen besonderen Commission für Landespräsidenten für die Stadt Georgijewsk angelegten 870 Rbl. und die desgl. für den Flecken Gdissija angelegten 250 Rbl. aus der für das Gouvernement Stavropol für das Jahr 1872 festgesetzten Steuer auf die Provinz Terek zu übertragen.

Das Original-Gutachten ist in den Journälen von den Präsidenten und den Gliedern unterschrieben.

Auf dem Originale steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand geschrieben: „Dem sei also.“

Livadia, den 21. Mai 1872.

V e r s c h l a g

über die Summen, welche im Jahre 1873 in jedem Gouvernement an Immobiliensteuer in Städten und Flecken einfließen müssen.

| Benennung des Gouvernements. | Betrag der Steuer v. jedem Gouvernement. | Benennung des Gouvernements. | Betrag der Steuer v. jedem Gouvernement. |
|-------------------------------|--|------------------------------|--|
| | Rubel. | | Rubel |
| Archangel | 10,000 | Pensa | 25,130 |
| Astrachan | 27,080 | Podolien | 27,060 |
| Provinz Bessarabien | 65,000 | Perm | 21,500 |
| Wilna | 29,070 | Poltawa | 40,020 |
| Witebsk | 25,700 | Pskow | 13,600 |
| Wladimir | 21,020 | Käjan | 25,450 |
| Wologda | 10,630 | Samara | 21,050 |
| Wolhynien | 57,580 | St. Petersburg | 3 54,960 |
| Woronesch | 29,890 | Saratow | 68,470 |
| Wätkä | 14,200 | Simbirsk | 18,000 |
| Grodno | 30,250 | Smolensk | 18,020 |
| Katharinoslaw | 80,060 | Stawropol | 6,920 |
| Kasan | 37,910 | Provinz Terek: | |
| Kaluga | 29,030 | Stadt Kisliar | 3,700 |
| Kiew | 83,330 | „ Mosdok | 2,700 |
| Kowno | 23,500 | „ Georgijewsk | 870 |
| Kostroma | 16,110 | Flecken Edissija | 250 |
| Kurland | 20,330 | Laurien | 37,910 |
| Kursk | 33,070 | Lambow | 46,610 |
| Livland | 49,360 | Lwer | 43,740 |
| Minsk | 29,470 | Tula | 36,620 |
| Mohilew | 24,350 | Ufa | 13,230 |
| Moskau | 192,550 | Charkow | 59,530 |
| Nishegorod | 31,580 | Cherson | 111,070 |
| Nowgorod | 19,570 | Tschernigow | 36,180 |
| Olonez | 4,540 | Estland | 13,960 |
| Orenburg | 11,840 | Jaroslau | 26,840 |
| Orel | 58,120 | In Summa | 2,138,530 |

Unterschieden: Der Vorsitz der Reichsraths C o n s t a n t i n.

Mr. 46. Nach Uebereinkunft der Ministerien des Inneren, der Finanzen und der äußeren Angelegenheiten wurde für nothwendig erachtet, jede ausländische Affecuranzgesellschaft, welche ihre Operationen in Rußland auszuführen wünscht, folgenden Bedingungen zu unterwerfen: 1) bei dem Gesuche um Genehmigung der Ausführung von Operationen bezüglich der Affecuranz in Rußland sind die bestehenden Statuten der Gesellschaft und die Jahresrechnungen derselben für wenigstens die letzten drei Jahre (in russischer Uebersetzung) vorzustellen; 2) zur Sicherstellung der Entschädigung für Verluste der Affecuraten ist

bei der russischen Reichsbank in baarem Gelde oder in zinstragenden Staatspapieren ein Unterpfand in dem Betrage einzuzahlen, welcher nach gegenseitiger Uebereinkunft der Ministerien des Innern und der Finanzen festgesetzt werden wird, unabhängig von denjenigen Summen, welche die Gesellschaft zur unaufhältlichen Bewerkstellung der Auszahlungen auf die Policen besitzen muß; 3) für die genane Erfüllung der in Bezug auf die Versicherungen übernommenen Verpflichtungen muß die Gesellschaft, außer mit den in Rußland befindlichen Summen und dem Unterpfande, noch mit ihrem ganzen übrigen Vermögen haften; 4) in Bezug auf ihre Thätigkeit hat sie sich den in Rußland bestehenden und hinkünftig noch emanirt werdenden Gesetzesbestimmungen zu unterwerfen; 5) bezüglich der Bedingungen für die Affecuranz und der Ordnung der Auszahlung der Entschädigungen hat sie diejenigen Regeln zur Richtschnur zu nehmen, welche in den Statuten einer ähnlichen russischen Gesellschaft, die bei der Genehmigung der Operationen selbst angegeben sein muß, festgesetzt sind; 6) bei Streitigkeiten und Forderungsklagen der Asscuraten hat sie sich den Entscheidungen der russischen Gerichtsinstitutionen zu unterwerfen; 7) die Operationen sind durch besondere bevollmächtigte Agenten, deren Name und Domicil der Staatsregierung bekannt sein muß, auszuführen; 8) nach Ablauf eines jeden Jahres ist im Laufe der drei ersten Monate des neuen Jahres sowohl der vollständige Rechenschaftsbericht und die Bilance aller ihrer Operationen, als auch der specielle Rechenschaftsbericht und die Bilance der Operationen in Rußland durch den Staatsanzeiger zu publiciren und außerdem 9) muß der Gesellschaft zuvor kund gemacht werden, daß die ihr ertheilte Genehmigung zu jeder Zeit nach Ermessen der russischen Staatsregierung, ohne irgend welche Angabe der Gründe, zurückgenommen und für ungiltig erklärt werden kann.

Demnächst und in Folge der aufgeworfenen Frage, sowohl bezüglich der Abänderung der gedachten Regeln, als auch in Betreff der Festsetzung des Betrages des Unterpfandes, welches die ausländischen Affecuranzgesellschaften bei der Ertheilung der Genehmigung zur Ausführung von Operationen in Rußland, einzahlen müssen, war der Verwaltende des Ministeriums des Innern mit einer desfallsigen Vorstellung beim Minister-Comité eingekommen, auf dessen am 19. November 1871 Allerhöchst bestätigten Beschluß befohlen worden ist: 1) die nach gegenseitigem Einvernehmen der Ministerien des Innern, der Finanzen und der äußeren Angelegenheiten festgesetzten Regeln, bei der Ertheilung der Genehmigung an ausländische Affecuranzgesellschaften, die ihnen eigenthümlichen Operationen in Rußland auszuführen, unverändert zu lassen und 2) auf Grundlage des Punkts 2 dieser Regeln für diejenigen ausländischen Affecuranzgesellschaften, welche um eine Genehmigung zur Ausführung der ihnen eigenthümlichen Operationen innerhalb der Grenzen des Kaiserreichs nachsuchen, den Betrag des bei der Reichsbank obligatorisch einzuzahlenden Unterpfandes, nach dem Muster der einheimischen ähnlichen Affecuranz-Compagnien, auf die Summe von fünfhundert Tausend Rubel in baarem Gelde oder in Staatsfonds und von der Staatsregierung garantirten Papieren festzusetzen.

Betreffend die Ertheilung der Genehmigung an ausländische Affecuranzgesellschaften die ihnen eigenthümlichen Operationen in Rußland auszuführen und den Betrag des bei der Reichsbank obligatorisch einzuzahlenden Unterpfandes.

Nr. 47. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) die Vorstellung des Collegen des Finanzministers vom 12. Juni 1872 Nr. 5613 folgenden Inhalts: der Herr und Kaiser habe auf den Beschluß des Minister-Comités vom 29. Mai 1872, in Uebereinstimmung mit der Vorstellung des Finanzministers, Allerhöchst zu befehlen geruht: die am 19. März 1871 Allerhöchst festgesetzte Frist für den allendlichen Umtausch der Reichscreditbilleten des früheren Musters gegen Billeten der neuen Form auf sechs Monate zu verlängern und als letzten Termin für denselben für alle Gouvernements des europäischen Rußlands, mit Ausnahme des Mesenschen Kreises des Gouvernements Archangel, sowie für das Königreich Polen — den 1. Januar 1873, für die Bewohner des Mesenschen Kreises des Gouvernements Archangel aber und für Sibirien, das Turkestanische und Transkaukasische Gebiet — den 1. Juli desselben Jahres festzusetzen. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl berichte er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senat zur erforderlichen Anordnung bezüglich der Publication desselben und 2) die Spramka. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen. Betreffend die Verlängerung der Frist für den allendlichen Umtausch der Reichscreditbilleten des früheren Musters gegen Billeten der neuen Form. Aus dem 1. Departement vom 27. Juni 1872, Nr. 23,105.

Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruussen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 48. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung desmittelst bekannt gemacht, daß das seither zu dem im Fellinschen Kreise und Fellinschen Kirchspiele belegenen Gute Schloß-Fellin gehört habende und von dem Besitzer des Gutes Neu-Woidoma Theodor von Helmersen eigenthümlich erworbene Grundstück Musta Jaak, auf Bitte des Letzteren, vom Gute Schloß-Fellin ab- und dem Gute Neu-Woidoma zugetheilt worden ist und daß in Folge dessen das letztgedachte Gut fortan bei allen öffentlichen Abgaben und Leistungen mit $14\frac{2}{5}$ Haken, das Gut Schloß-Fellin aber mit $37\frac{1}{8}$ Haken zu repartiren sein wird.

Nr. 49. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß das seither zu dem im Dörptschen Kreise und Laisschen Kirchspiele belegenen und dem Kreisdeputirten G. von Brasch gehörenden Gütern Waimastfer mit Tirmast gehört habende Gut Rippoka, unter Vorbehalt des unverändert bleibenden Hypothekenstandes der genannten drei Güter, von den beiden erstgedachten Gütern dergestalt abgetheilt und als selbstständiges Rittergut constituirt worden, daß das Gut Rippoka fortan bei allen öffentlichen Abgaben und Leistungen mit $1\frac{3}{20}$ Haken, die Güter Waimastfer mit Tirmast aber mit $19\frac{3}{20}$ Haken zu repartiren sein werden, wodurch indeß die Waimastfer-Tirmast-Rippokasche Gemeinde keine Alteration erleidet.

Riga-Schloß, den 1. August 1872.

Für den Livl. Vice-Gouverneur: Älterer Reg.-Rath **M. Zwingmann.**

Älterer Secrétaire **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 50. Ukase Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 2. Juli 1872 Nr. 24,059, desmittelst das am 10. Juni 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Accise von inländischem und die Zollgefälle von importirtem Zucker, sowie die Allerhöchst bestätigte Abänderung der Artikel des Reglements über die Accise von Sandzucker inländischer Production, publicirt wird.

Seine Kaiserliche Majestät haben das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Accise von inländischem und die Zollgefälle von importirtem Zucker Allerhöchst zu bestätigen geruht und dasselbe zu erfüllen befohlen.

Unterschrieben: Der Vorsitz der Reichsraths **C o n s t a n t i n.**

Den 10. Juni 1872.

Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journälen des Departements der Staats-
öconomie vom 22. April und
der allgemeinen Versammlung
vom 8. Mai 1872.

Der Reichsrath hat im Departement der Staats-
öconomie und in der allgemeinen Versammlung,
nach Bepriifung der Vorstellung des Finanzmini-
sters, betreffend die Accise von inländischem und
die Zollgefälle von importirtem Zucker, für gut
erachtet:

1) Das Project über die Abänderung der Artikel 19—29 des Reglements über die Accise von Sandzucker inländischer Production der Allerhöchsten Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten.

2) Nach erfolgter Allerhöchster Bestätigung die neuen Regeln über die Accise von Zucker mit dem 1. August 1872 in Kraft treten zu lassen.

3) Von ausländischem Zucker, sowohl von dem zu Wasser, als auch von dem zu Lande importirten, vom 1. Januar 1873 ab die Zollgefälle in folgenden Beträgen zu erheben:

| | | Rohzucker. | | pr. Pud. | Raffinade. | |
|---------------|---|------------|---------|----------|------------|----------------|
| Im Jahre 1873 | . | 2 | Rbl. 50 | Kop. | — | 3 Rbl. 50 Kop. |
| " 1874 | | 2 | " 40 | " | — | 3 " 40 " |
| " 1875 | . | 2 | " 30 | " | — | 3 " 30 " |
| " 1876 | . | 2 | " 20 | " | — | 3 " 20 " |
| " 1877 | . | 2 | " 10 | " | — | 3 " 10 " |
| " 1878 | . | 2 | " — | " | — | 3 " — " |

Das Originalgutachten ist in den Journälen von den Vorstehern und den Gliedern unterschrieben.

Nr. 51. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 21. Mai 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staats-öconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Verwaltenden des Ministeriums der Reichsdomainen, betreffend die Regeln über das Löschen von Waldbränden in Kronsförsten und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Verwaltenden des Ministeriums Sentiment für gut erachtet: unter Aufhebung der Artikel 596, 597 u. 599 des Forstreglements zu verordnen, daß bezüglich des Löschens von Waldbränden in Kronsförsten die in den Punkten 9—15 der Beilage zum Art. 1421 des Forstreglements (in der Fortf. v. J. 1868) festgesetzten Regeln in Anwendung zu bringen sind, wobei zugleich Folgendes zu beobachten ist: die Anzeigen über Waldbrände sind dem örtlichen Förster zu machen, welchem, unter Mitwirkung der Polizei, alle Anordnungen hinsichtlich des Löschens des Waldbrandes überlassen werden (Pkt. 14), wobei sowohl der Förster selbst, als auch die Beamten der Polizei die Brandstätte erst dann verlassen dürfen, wenn sie sich überzeugt haben, daß das Feuer gelöscht worden ist und ein neues Ausbrechen desselben nicht zu erwarten ist. 2) das erste Aufgebot der Arbeiter geschieht durch die Beamten der Forstwache vermittelt der örtlichen Aeltesten und Sotski, und 3) denjenigen Personen, welche zum Löschen des Feuers weiter als fünfzehn Werst von ihrem Wohnorte herbeigerufen worden sind (Pkt. 15) wird eine Entschädigung für Rechnung der Kronscasse gezahlt. Ueber die Namen und die Anzahl der Leute, welche ein Recht auf Erhalt einer Entschädigung haben, werden von dem Förster unter Angabe der Anzahl Tage, für welche die Zahlung zu leisten ist und der Entfernung der Ansiedelungen, aus denen die Arbeiter herbeigerufen worden, auf der Brandstätte selbst Protocolle aufgenommen, welche durch die Unterschrift des Försters selbst, wie auch des Gliedes der Kreispolizei und der örtlichen Dorf-Vorgesetzten zu beglaubigen sind.

Betreffend Regeln über das Löschen von Waldbränden in Kronsförsten.

Aus dem 1. Departement vom 2. Juli 1872, Nr. 25,022.

Nr. 52. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelst das folgende, am 7. Juni 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Geseze und der Staats-öconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern, betreffend die Erläuterung dessen, welche von den den Lehranstalten gehörenden Gebäuden der Taxations-Steuer zum Besten der Stadt unterliegen und in Uebereinstimmung mit seinem, des Ministers Sentiment, für gut erachtet: zu erklären, daß diejenigen den Gymnasien, Progymnasien und anderen Lehranstalten gehörenden Gebäude oder Theile derselben, welche von Quartieren der Beamten eingenommen sind, der Taxations-Steuer zum Besten der Stadt auf allgemeiner Grundlage unterliegen.

Betreffend die Erläuterung dessen, welche von den den Lehranstalten gehörenden Gebäuden der Taxations-Steuer zum Besten der Stadt unterliegen.

Aus dem 1. Departement vom 11. Juli 1872, Nr. 26,017.

**Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen** 2c. 2c. aus der Civl. Gouv.-Verwaltung, desmittelst fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.

Nr. 53. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 4. März 1872 Nr. 10,976, desmittelst der Antrag des Justizministers, betreffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gouvernement Kiew, publicirt wird.

Nr. 54. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus der allgemeinen Ver-
sammlung der ersten drei Departements und des Heroldie-Departements Eines
Dirigirenden Senats vom 6. März 1872 Nr. 621, desmittelst das am 18. Octo-
ber 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths darüber, daß die Erb-
lasser Privattestamente über Erbgüter persönlich bei dem Vormundschaftsrathe und
anderen im Art. 1061 Bd. X Thl. 1 der Civilgesetze, Smod vom Jahre 1857
angegebenen Institutionen zur Aufbewahrung vorzustellen haben — publicirt wird.

Nr. 55. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 7 März 1872 Nr. 11,489, desmittelst der Antrag des Justizministers, be-
treffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gou-
vernement Witebsk, publicirt wird.

Nr. 56. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 14. März 1872 Nr. 12,886, desmittelst der Bericht der Expedition über ein
Versehen, welches sich in die dem Ukase Eines Dirigirenden Senats beigelegte
Tabelle über die für den täglichen Unterhalt und die Verpflegung von Unter-
militairs, ihrer Familien und von Offizieren in den Civil Krankenhäusern der
Gouvernements Kalisch, Lomscha und Suwalki, sowie für die Beerdigung von
Gestorbenen zu leistende Zahlung eingeschlichen hat, publicirt wird.

Nr. 57. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 14. März 1872 Nr. 13,193, desmittelst das am 23. Nov. 1871 Aller-
höchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Aufhebung des Punktes
11 des Art. 52 der Beilage zum Art. 4415 der allgemeinen Gouvernements-
Institutionen (Cod. der Reichsgesetze Bd. II Thl. 1, Ausg. v. J. 1857), publi-
cirt wird.

Nr. 58. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 14. März 1872 Nr. 14,142, desmittelst das am 22. Februar 1872 Aller-
höchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ergänzung des Art.
131 der Verordnung für die Gerichtsinstitutionen, publicirt wird.

Nr. 59. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 14. März 1872, desmittelst der Allerhöchste Befehl, betreffend die Ausschlie-
ßung der Wittve des General-Lieutenants Serschputowsky, des General-Majors

von der Suite Seiner Majestät Gerschputowsky und des Edelmanns Jaroschinsky von der Wirksamkeit des Allerhöchsten Befehls vom 10. December 1865, publicirt wird.

Nr. 60. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 20. März 1872 Nr. 14,630, desmittelft der Antrag des Justizministers, betreffend den Termin zur Einführung der Friedensgerichts-Institutionen in den Gouvernements Mohilew, Kowno und Podolien, publicirt wird.

Nr. 61. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 31. März 1872 Nr. 16,017, desmittelft der Antrag des Justizministers, betreffend den Termin zur Einführung der Friedensgerichts-Institutionen in den Gouvernements Minsk, Wolhynien und Grodno, publicirt wird.

Nr. 62. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 8. April 1872 Nr. 16,830, desmittelft der Antrag des Justizministers, betreffend die Aufhebung des Kirilowschen adeligen Vormundschaftsgerichts (im Gouvernement Nowgorod) publicirt wird.

Nr. 63. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 19. April 1872 Nr. 17,664, desmittelft der Bericht des Ministers des Innern, betreffend die für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den Civil-Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen in einigen Gouvernements zu leistende Zahlung, publicirt wird.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Rußsen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 64. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird zur Erfüllung einer desfalligen Requisition der Commission in Livländischen Bauersachen zur näheren Präcisirung des im Patent vom 11. December 1870 Nr. 138, betreffend die Interpretation des § 550 der Bauer-Verordnung von 1860, vorkommenden Ausdruckes „Schulbauten“, nach erfolgter Zustimmung des Herrn General-Gouverneurs desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß unter dem Ausdrucke „Schulbauten“ nur „Kirchspiels-Schulbauten“ zu verstehen sind.

Riga-Schloß, den 7. August 1872.

Für den Livl. Vice-Gouverneur: Älterer Reg.-Rath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 65. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 20. Juli 1872 Nr. 27,431, desmittelst die am 3. Juni 1872 der Allerhöchsten Ratification gewürdigte Additional-Postconvention zu der am 10. (22.) August 1865 zwischen Rußland und Preußen abgeschlossene Postconvention, welche Additional-Convention am 14. (26.) Mai 1872 zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossen und deren Ratification in der festgesetzten Ordnung am 15. Juni 1872 in St. Petersburg gegen die deutsche ausgewechselt worden ist, wie folgt, publicirt wird:

Von Gottes hilfreicher Gnade

Wir Alexander der Zweite, Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Twer, Jugorien, Perm, Wiätkä, Bulgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Kostow, Jaroslaw, Beloozersk, Udorien, Odborien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherskessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Thun hiedurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, Könige von Preußen, Unsern beiderseitigen Bevollmächtigten am 28. April (10. Mai) 1872 zu St. Petersburg einen Additional-Vertrag zu dem Russisch-Preussischen Postvertrage vom 10. (22.) August 1865 abgeschlossen und unterschrieben haben, welcher von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs, von dem Wunsche geleitet, den Postverkehr zwischen beiden Reichen durch Erleichterung des Correspondenz-Austausches zu fördern, haben die Vereinbarung eines Additional-Vertrages zu dem Postvertrage vom 10/22. August 1865 beschlossen und zu diesem Zwecke zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen Allerhöchst Ihren General-Adjutanten, General der Cavallerie, Minister des Innern, Mitglied des Reichsraths, Alexander Timaschew, Ritter des St. Alexander-Newsky-Ordens, des weißen Adler-Ordens, des St. Wladimir-Ordens zweiter Classe, des St. Annen-Ordens

erster Classe mit den Schwertern und des St. Stanislaus-Ordens erster Classe; Großkreuz des Königlich-Dänischen Danebrog-Ordens, des Königlich-Schwedischen Schwert-Ordens u.

und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen Allerhöchst Ihren Botschafter am Kaiserlich-Russischen Hofe, Seine Durchlaucht Heinrich VII. Prinzen Reuß, Allerhöchst Ihren General-Lieutenant und General à la suite, Ritter der Königlich-Preussischen Orden: des rothen Adlers erster Classe mit Eichenlaub, des Comthurkreuzes mit Schwertern vom Königlichen Hausorden von Hohenzollern, des Johanniter-Ordens; der Kaiserlich-Russischen: St. Vladimir zweiter Classe, St. Annen erster Classe, Großkreuz des Königlich-Bayerischen Civildienst-Ordens der Krone, Großkreuz des Churfürstlich-Hessenschen Wilhelms-Ordens, Großkreuz des Großherzoglich-Mecklenburgischen Ordens der Wendischen Krone u.

welche auf Grund ihrer, in gehöriger Form befundenen Vollmachten, sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Das Porto für die Briefe zwischen Rußland und Deutschland soll betragen:

1) Für den einfachen frankirten Brief 3 Groschen oder 10 Kop. S.

2) Für den einfachen unfrankirten Brief 5 Groschen oder 16 Kop. S.

Das Porto für die Local-Correspondenz zwischen den sich gegenüberliegenden Grenzpost-Anstalten wird auf 1 Groschen oder 3 Kop. S. für den einfachen frankirten Brief und 2 Groschen oder 7 Kop. S. für den einfachen unfrankirten Brief, festgesetzt.

Das Gewicht des einfachen Briefes beträgt 15 Grammen. Für Briefe von schwererem Gewichte wird für je 15 Grammen ein weiterer dem entsprechender Portosatz erhoben.

Für Drucksachen und Waarenproben wird das Porto mit $\frac{1}{2}$ Groschen oder 2 Kop. S. für je 50 Grammen erhoben.

Das gesammte Porto wird zwischen der Kaiserlich-Russischen und der Kaiserlich-Deutschen Postverwaltung halbscheidlich getheilt. Das etwaige Oesterreichisch-Ungarische Transitporto für die durch Oesterreichisch-Ungarisches Gebiet transittirenden Russisch-Deutschen Briefpakete wird von beiden contrahirenden Theilen gemeinschaftlich getragen.

Artikel 2.

Der Kaiserlich-Russischen Postverwaltung soll das Recht zustehen, im Transit durch Deutsches Post-Gebiet geschlossene Briefpakete mit fremden Ländern auszuwechseln.

Die Kaiserlich-Russische Postverwaltung wird für den Transit der Briefpakete über Deutsches Gebiet an die Deutsche Reichs-Postverwaltung folgende Vergütungen zahlen und zwar:

a) Für die Briefpakete nach und aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, Portugal und den Vereinigten Staaten Amerikas:

2 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe;

$\frac{1}{3}$ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben.

b) Für die Briefpakete nach und aus Norwegen und Schweden:

1½ Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe,

¼ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben.

Die obigen Sätze sollen auch, insofern die Kaiserlich-Königlich Oesterreichisch-Ungarische Postverwaltung ihr Einverständniß damit erklärt, auf diejenigen Briefpakete Anwendung finden, welche zwischen Süd-Rußland und fremden Staaten im Transit über Deutsches und Oesterreichisch-Ungarisches Gebiet gewechselt werden.

Die Transit-Vergütung für Briefpakete nach und aus Großbritannien und Irland wird vom 1. Januar 1873 ab, insoweit nicht zugleich der Transit über Oesterreichisch-Ungarisches Gebiet in Betracht kommt, auf den Satz von 1 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe und auf ¼ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben ermäßigt werden.

Der Kaiserlich-Deutschen Reichs-Postverwaltung soll das Recht zustehen, im Transit durch Russisches Gebiet geschlossene Briefpakete mit ihrem Postamte in Konstantinopel auszuwechseln, sowie mit allen denjenigen Ländern, wohin für die Beförderung der Correspondenz von dem Wege über Rußland mit Nutzen sollte Gebrauch gemacht werden können.

Die Deutsche Reichs-Postverwaltung wird für den Transit dieser Briefpakete über Russisches Gebiet:

2 Groschen für je 30 Grammen Nettogewicht der Briefe und ⅓ Groschen für je 50 Grammen Nettogewicht der Zeitungen, Drucksachen unter Band und Waarenproben, an die Kaiserlich-Russische Postverwaltung zahlen.

Für die Beförderung zur See, beziehungsweise auf ausländischen Strecken wird die Kaiserlich-Russische Postverwaltung keine höhere Entschädigung für die Deutschen Briefpakete in Anspruch nehmen, als sie selbst für die eigenen Posten zu zahlen hat.

Für die postdienstliche Correspondenz, für unbestellbare, nachgesandte oder irrig instradirte Briefpostsendungen, sowie für Postanweisungen ist beiderseits Transitporto nicht zu entrichten.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Additional-Vertrag, welcher die gleiche Dauer haben soll, wie der Hauptvertrag, wird vom 1/13. Juli 1872 ab, zur Ausführung kommen. Mit demselben Termine treten die Art. 10, 11, 13, 15 und 21 des Hauptvertrages vom 10/22. August 1865, insoweit außer Kraft, als durch gegenwärtigen Vertrag anderweite Vereinbarungen getroffen sind.

Die Ratifikations-Urkunden des gegenwärtigen Vertrages sollen, sobald als möglich, in St. Petersburg ausgetauscht werden.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu St. Petersburg, am 14/26. Mai 1872.

(gez.) Alexander Timaschew.
(L. S.)

(gez.) Heinrich VII. Prinz Reuß.
(L. S.)

Um deswillen haben Wir, nach reiflicher Beprüfung dieses Vertrages, denselben für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir ihn seinem ganzen Inhalte nach hierdurch für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in dem gedachten Vertrage stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden wird.

Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen.

Gegeben zu Zarskoje-Selo, den 3. Juni im Jahre nach Christi Geburt 1872, Unserer Regierung aber im achtzehnten Jahre.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterschrieben:

„**Alexander.**“

(L. S.)

(Contrasignirt:) der Reichskanzler Fürst Gortschakow.

Nr. 66. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 18. Juli 1872 Nr. 26,583, desmittelt das folgende, am 31. Mai 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Reorganisation der Quartierprästation für die Generale und Offiziere, nebst zwei Beilagen, publicirt wird.

Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten, betreffend die Reorganisation der Quartierprästation für die Generale und Offiziere Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

Unterschrieben: Der Vorsitzer des Reichsraths **C o n s t a n t i n.**

Den 31. Mai 1872.

Gutachten des Reichsraths.

Extrahirt aus den Journälen des Departements der Staatsöconomie vom 26. April und der allgemeinen Versammlung vom 8. Mai 1872.

Der Reichsrath hat im Departement der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers, betreffend die Reorganisation der Quartierprästation für die Generale und Offiziere für gut erachtet:

A. Bis zur allgemeinen Reorganisation der Militair-Einquartierungspflicht zu verordnen:

I. Die Anweisung von Quartieren in natura und die Verabfolgung von Quartiergeldern aus den Stadteinnahmen und Quartiersteuern an die Generale, Stabs- und Oberoffiziere und die Classenbeamten des Militair-Resorts wird in den Städten sämmtlicher Militairbezirke, mit Ausnahme des Kaukasischen, des Warschauer, Turkestanischen und Finnischen, sowie mit Ausnahme beider Residenzen, St. Petersburg und Moskau, vom 1. Januar 1873 ab aufgehoben.

II. An Stelle der Anweisung von Quartieren in natura und der Zahlung von Quartiergeldern aus den Stadtsteuern (Art. I) an diejenigen Generale, Offi-

ziere und Classenbeamten, welche nach dem Reglement über die Landesprästanben ein Recht auf Bequartierung haben, werden Quartiergelder aus den unten angegebenen Quellen in dem Betrage der in den Art. III u. IV dieser Regeln festgesetzten Normalsätze verabsfolgt.

III. Für die Berechnung der Quartier-Normalsätze werden alle Städte, in denen die Ableistung der Offiziers-Bequartierungspflicht aufgehoben wird, in vier Kategorien eingetheilt, gemäß dem diesem Artikel beigefügten Verzeichnisse. Die an Stelle der ordinairen und Zulage-Quartiergelder festzusetzenden Quartier-Normalsätze werden in jeder dieser Kategorien in folgenden Beträgen bestimmt:

| Benennung der Grade. | In den Städten. | | | |
|--|-----------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1. Kategorie. | 2. Kategorie. | 3. Kategorie. | 4. Kategorie. |
| | Rbl. | Rbl. | Rbl. | Rbl. |
| Einem vollen General | 1,500 | 1,000 | 750 | 500 |
| Einem General-Lieutenant | 1,200 | 800 | 500 | 400 |
| Einem General-Major | 800 | 500 | 400 | 300 |
| Den Stabsoffizieren, welche Regimenter, abgetheilte Bataillionen und Escadronen, Batterien, Parks commandiren und überhaupt denjenigen Personen, die die Rechte der Regiments-Commandeure genießen . . | 500 | 400 | 350 | 250 |
| Den übrigen Stabsoffizieren | 300 | 250 | 200 | 150 |
| Den Oberoffizieren, welche Compagnie, Escadrons und andere Theile mit den Rechten von Compagnie-Commandeuren commandiren, sowie den älteren Oberoffizieren in den Batterien (Divisionnaire) | 200 | 175 | 150 | 100 |
| Den übrigen Oberoffizieren | 150 | 125 | 100 | 70 |

Anmerkung 1. Die Quartiergelder werden nach Ablauf eines jeden Monats ausgezahlt.

Anmerkung 2. Diejenigen, welche Quartiergelder erhalten, haben kein Recht auf Erhalt von Beheizung und Beleuchtung.

Anmerkung 3. Die Classenbeamten des Militair-Resorts, welche gemäß Art. II. ein Recht auf Bequartierung haben, werden bezüglich des Normalsatzes der Quartiergelder den entsprechenden Militairpersonen gleichgestellt, die Beamten der V Classe aber — den Regiments-Commandeuren, wenn sie ein Amt dieser Classe bekleiden; im entgegengesetzten Falle werden sie gleich den übrigen Stabs-offizieren befriedigt.

IV Die Verabsfolgung der Quartiergelder nach dem gegenwärtig bestehenden Normalsätze wird, falls dieser den in dem Art. III der gegenwärtigen Regeln festgesetzten übersteigt, für diejenigen Personen, welche denselben bei der Publication dieser Regeln bezogen, bis zu ihrem Austritt fortgesetzt; allen an deren Stelle neu Eintretenden aber werden die Quartiergelder auf allgemeiner Grundlage (Art. III) gezahlt.

V Falls die Offiziere eines ganzen, in irgend einer Stadt stationirten Truppentheils nicht im Stande sind, Quartiere für das ihnen zu diesem Zwecke verabfolgte Geld zu finden, so übergeben die Militairchefs dieses Geld zum Vollen der örtlichen Stadtgemeinde-Institution, welche verpflichtet ist, Anordnung wegen Anweisung von Quartieren in natura zu treffen, wobei sie den Eigenthümern derselben eine Entschädigung im Betrage der Normalsätze der Quartiergelder zahlt. Hierbei sind die Quartiere mit Beheizung und Beleuchtung anzuweisen, wie bei der Naturalquartierleistung und mit Beobachtung der in den Art. 294, 295, 296 und 363 (in der Forts. v. J. 1868) des Reglements über Landesprästanzen, Bd. IV Cod. der Reichsgesetze, angegebenen Regeln.

VI. In denjenigen Städten, wo die auf Grundlage des vorhergehenden Artikels den Hausbesitzern für die Quartiere in natura zu zahlende Entschädigung bedeutend niedriger ist, als der wirkliche Miethpreis für diese Quartiere und die Ausgaben für Beheizung und Beleuchtung, kann den Hausbesitzern eine Zulage-Entschädigung aus den Stadtsummen in der für die Bewerfstellung von Ausgaben aus diesen Summen festgesetzten Ordnung bewilligt werden. Den Städten, in welchen den Hausbesitzern eine solche Beihilfe geleistet werden wird, bleibt es anheimgestellt, bei der Staatsregierung um ihre Ueberführung aus der niedrigeren in die höhere Kategorie bezüglich des Betrages der gegenwärtig festgesetzten Quartier-Normalsätze nachzusuchen.

VII. In denjenigen Städten, auf welche sich die Wirksamkeit gegenwärtiger Regeln erstreckt, bleibt die Anweisung von Quartieren in natura für Personen des Offiziersgrades, außer in dem im Art. V angegebenen Falle, bestehen:

1) Auf besondere deßfallige Anordnungen der Staatsregierung, sowohl in Kriegszeiten, als auch an den Orten, welche in Kriegszustand erklärt werden.

2) Bei der Dislocirung von Truppen und bei einem kurzen, drei Tage nicht übersteigenden Aufenthalte derselben.

3) In den ersten drei Tagen nach Ankunft der Truppen in den neuen Quartieren.

VIII. Die Ausgaben für die Offiziers-Bequartierungspflicht werden in den Budgets des Kriegsministeriums für Rechnung der Reichs-Landessteuer angewiesen und aus der Kronscasse bestritten, mit Refundirung aus der allgemeinen Masse dieser Steuer, nach der bestehenden Ordnung, im Betrage der wirklich stattgehabten Ausgaben.

IX. Als Zuschuß zu der Reichs-Landessteuer werden folgende neue Landessteuern festgesetzt:

1) Eine Ergänzungssteuer von dem Werthe der Handels- (Gilden) und Commis-Scheine, der Handelsbilletts und der die Pässe ersetzenden Kaufmanns-scheine, im Betrage von 10%, in denjenigen Militairbezirken, auf welche sich die Wirksamkeit dieser Regeln erstreckt.

2) Eine Ergänzungssteuer von den städtischen Immobilien im Betrage von 40% von der allgemeinen Summe der Krons-Immobiliensteuer in allen denjenigen Städten, auf welche sich die gegenwärtigen Regeln nach Art. I. erstrecken, mit Ausnahme der in dem diesem Artikel beigefügten Verzeichniß angegebenen: a) 31 Städte, in welchen besondere, Allerhöchst bestätigte Quartiersteuern bestehen und b) der 12 Städte, welche besondere Freiheiten bezüglich der Ableistung der Einquartierungspflicht genießen.

Anmerkung. In den Städten Sibiriens muß die gedachte Steuer gleichzeitig mit der Einführung der Kronsteuer von den städtischen Immobilien angeordnet werden.

X. Die Ergänzungssteuer von den Handelscheinen und Billeten, sowie von den Commissscheinen und den die Pässe ersetzenden Kaufmannscheinen wird nach denjenigen Regeln erhoben, welche für die Erhebung der Steuer von den Handelscheinen zu den Landespräständen festgesetzt sind, die Ergänzungssteuer von den städtischen Immobilien aber auf Grundlage der für die Erhebung der Kronsteuer von diesen Immobilien festgesetzten Regeln. Die Erhebung der Quartiersteuern, deren im Punkte 2 Art. IX. Erwähnung geschieht, verbleibt auf der bisherigen Grundlage.

XI. In denjenigen Städten, in denen mit dem kommenden Jahre 1873 die gegenwärtigen Regeln in Kraft treten werden, hören die aus den Summen der Reichs-Landessteuer zur Verabfolgung von Quartiergeldern an die Generale, Offiziere und Classenbeamten gezahlten Beihilfen auf.

B. Den Oberverwaltenden der II. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserlichen Majestät anheimzugeben, die gegenwärtig festgesetzten Regeln mit dem Reglement über die Landespräständen und den übrigen Theilen des Codex der Reichsgesetze, nach Relation mit wem gehörig, in Einklang zu bringen.

Das Original-Gutachten ist in den Journälen von den Präsidenten und Gliedern unterschrieben.

Beilage zu Art. III.

Eintheilung

der städtischen Ansiedelungen in Kategorien, nach dem Betrage der Normalsätze der Quartiergelder für die Generale, Stabs- und Oberoffiziere in den Militairbezirken: St. Petersburg, Moskau, Wilna, Kiew, Odessa, Charkow, Kasan, Drenburg, West- und Ost-Sibirien.

I. Kategorie.

| | | |
|----------------------|------------|------------|
| Wilna. | Saratow. | Jaroslaw. |
| Kasan. | Wolkawa. | Drel. |
| Kijew. | Woronesch. | Kursk. |
| Nischni-Nowgorod. | Kronstadt. | Kischinew. |
| Odessa. | Nowgorod. | Tomsk. |
| Charkow. | Pschow. | Pensa. |
| Riga. | Kaluga. | Cherson. |
| Mohilew (a. Dnjepr.) | Tula. | |
| Witebsk. | Kasan. | |

II. Kategorie.

| | | |
|------------------|------------------|--------------------------|
| Archangel. | Laganrog. | Pawlowsk (Gv. Petersb.) |
| Astrachan. | Drenburg. | Petrosawodsk. |
| Schitomir. | Kamenez-Podolsk. | Kostow (Gouv. Jaroslaw.) |
| Grodno. | Krementschug. | Peterhof. |
| Jekaterinoslaw. | Samara. | Dranienbaum. |
| Kostow (am Don.) | Barskoje-Selo. | Simbirsk. |

Lambow.
Koslow.
Iwer.
Nikolajew.
Jelisawetgrad.

Rybinsk.
Irkutsk.
Omsk.
Reval.
Mitau.

Wologda.
Uman.
Staraja-Russa.
Kostroma.
Ufa.

III. Kategorie.

Akferman.
Bender.
Wladimir.
Schuja.
Dünaburg.
Pologk.
Brest-Litowsk.
Bjelostok.
Marinpol.
Nachitschewan.
Verbitschew.
Kowno.
Libau.
Romny.
Skopin.
Gatschina.
Narwa.
Schlüsselburg.
Wolsk.
Barizyn.
Balaschew.
Syfrau.
Smolensk.

Wäsmä.
Simferopol.
Kertsch.
Murom.
Wätka.
Morschansk.
Borissoglebsk.
Lipezk.
Minsk.
Bobruisk.
Kolomna.
Serpuchow.
Troizk.
Selek.
Bolchow.
Mzensk.
Liwni.
Brjansk.
Perm.
Jekaterinenburg.
Irbis.
Balta.
Möhilew (a. Dnjestr.)

Wischni-Wolotschok.
Nischn.
Torschok.
Verdjansk.
Gupatoria.
Feodosia.
Sewastopol.
Neschn.
Korolewez.
Gluchow.
Klinz.
Tobolsk.
Krasnojarsk.
Jenisseisk.
Achtyrka.
Sjumi.
Tschernigow.
Troizkossawsk.
Semipalatsinsk.
Tjumen.
Barnaul.
Dorpat.
Bernau.

IV. Kategorie.

Die übrigen in den drei ersten Kategorien nicht genannten Städte, mit Ausnahme der beiden Residenzen St. Petersburg und Moskau. Zu dieser IV Kategorie werden auch gezählt: a) die Flecken: Wosnessensk (im Gouvernement Wladimir), Ssergijewsk, Pawlowsk (im Gouvernement Moskau) und Solzi (im Gouv. Pskow) und b) die Flecken: Korez (im Gouv. Wolhynien), Schlow (im Gouv. Möhilew), Belaja-Berkow, Nischnischew und Smela (im Gouv. Kiew.)

Unterschieden: der Vorsitzer des Reichsraths Constantin.

Beilage zu Pkt. 2 Art. IX.

Verzeichniß

derjenigen Städte, in welchen keine neuen Steuern von den städtischen Immobilien für die Offiziers-Bequartierungspflicht festgesetzt werden.

a) Städte, in denen besondere Allerhöchst bestätigte Quartiersteuern bestehen:

Archangel.
Astrachan.
Wilna.
Witebsk.
Wologda.
Woronesh.
Kaluga.
Kasan.
Kischinew.
Kostroma.
Krementschug mit dem
Flecken Krjukow.

Kronstadt.
Kursk.
Möbilew.
Nikolajew.
Nowgorod.
Drel.
Pensa.
Poltawa.
Pskow.
Kostom (Goub. Jaroslaw.)
Käsan.
Saratow.

Simferopol.
Tobolsk.
Tomsch.
Tula.
Uman.
Cherson.
Jaroslaw.
Staraja-Russa.

b) Städte, welche Freiheiten von der Einquartierungspflicht genießen:

Brest-Litowsk.
Kertsch.
Nischni-Nowgorod.
Ufa.

Sewastopol.
Drenburg.
Feodosia.
Barskoje-Selo.

Peterhof.
Pawlowsk.
Gatschina.
Lipezk.

Unterschieden: Der Vorsitz der Reichsraths Constantin.

Nr. 67. Ukas eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Justizministers vom 30. April 1872 Nr. 6957 folgenden Inhalts: Der Fischfang in dem Grenzflusse Torneo sei im Jahre 1791 auf Anordnung der Staatsregierung auf hundert Jahre den Uferbewohnern beider Flussseiten in Pacht vergeben worden und diese Vergebung durch Artikel 5 des in Torneo am 8. (20.) November 1810 zwischen Rußland und Schweden abgeschlossenen Grenztractats bestätigt worden. Zur Regulirung dieses Fischfanges sei im Jahre 1870 durch eine aus schwedischen und finnländischen Commissairen und den Uferbesitzern des Flusses Torneo gebildete Conferenz ein Project über die beßfälligen Regeln zusammengestellt worden. Nachdem das Project dieser Regeln von der Oberverwaltung des Großfürstenthums Finnland approbirt und dieselben von der schwedisch-norwegischen Staatsregierung bestätigt worden, habe sich letztere an uns mit dem Antrage gewandt, diese Regeln anzunehmen und ihnen durch Auswechselung von Minister-Declarationen für beide Theile obligatorische Kraft zu geben. Der Herr und Kaiser habe auf die beßfällige allerunterthänigste Unterlegung des Reichskanzlers am 13. April 1871 Allerhöchst zu befehlen geruht: die von der schwedischen Staatsregierung bestätigten Regeln über den Fischfang im Flusse Torneo zur Erfüllung Seitens der Uferbewohner des Großfürstenthums Finnland anzunehmen und ihnen durch Auswechselung von Minister-Declarationen mit dem schwedisch-norwegischen Gesandten Generalen Björnstjerna, unter Beifügung des Textes der Regeln eine für beide Staaten obligatorische Kraft zu verleihen. In Erfüllung des gedachten Monarchischen Willens sei von dem Reichskanzler und dem schwedisch-norwegischen Gesandten bei dem Allerhöchsten Hofe am 25. März (6. April) dieses Jahres eine Minister-Declaration in zwei gleichlautenden Exemplaren unterzeichnet worden, durch welche die ihr beigefügten allgemeinen Regeln über den Fischfang im Flusse Torneo bestätigt werden. Obiges notificire er, der

Justizminister, Einem Dirigirenden Senate unter Anfüge einer von dem Collegien des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrath Westmann übergebenen Abschrift der gedachten Minister-Declaration nebst russischem Translate, sowie der Regeln über den Fischfang im Flusse Torneo in schwedischer Sprache. — Befohlen: Die erforderliche Anzahl von Exemplaren der gedachten Declaration und der Regeln abzudrucken und dieselben zur allörtlichen Publication bei Älsen zu versenden.

Betreffend die Declaration und die Regeln über
den Fischfang im Flusse Torneo.

Aus dem 1. Departement vom
2. Juli 1872, Nr. 25,315.

Declaration.

Nachdem die Kaiserlich-Russische und die Königlich-Schwedische und Norwegische Staatsregierung nach gegenseitiger Uebereinkunft beschlossen, wirksame Maßregeln zum Schutze und zur Regelung des Fischfanges im Flusse Torneo und seinen Zuflüssen zu ergreifen, haben sie Folgendes vereinbart:

„Das hier beigelegte Reglement über den gedachten Fischfang, welches von den finnländischen und schwedischen Fischerei-Inspectoren auf den nach gegenseitigem Uebereinkommen auf einer in ihrer Gegenwart in Torneo am 28. Juli (9. August) 1870 abgehaltene internationale Conferenz der Uferbesitzer und der die Fischereiberechtigung in den gedachten Flüssen innehabenden Personen, festgesetzten Grundlagen zusammengestellt worden ist, ist gleichmäßig zur Anwendung in dem Großfürstenthum Finnland einerseits und in dem Königreiche Schweden andererseits angenommen worden.“

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten, in gehöriger Vollmacht, diese Declaration unterzeichnet mit Beidrückung des Insignels ihres Wappens.

So geschehen in zwei Exemplaren zu St. Petersburg, den 25. März (6. April) 1872.

(Unterz.) Gortschakow.
(L. S.)

(Unterz.) D. M. Björnstjerna.
(L. S.)

Reglement

über den Fischfang im Fischereibezirke des Flusses Torneo.

Für den Fischfang in dem Fischereibezirke des Flusses Torneo müssen die hier festgesetzten Regeln zur Richtschnur dienen:

§ 1. Der gedachte Bezirk umfaßt die Flüsse Torneo und Muonio nebst ihren Zuflüssen auf die Entfernung, bis zu welcher der Lachs, die Lachsforelle oder irgend ein anders benannter lachsartiger Fisch in jedem der genannten Flüsse und Zuflüsse erwiesenermaßen hinaufgeht, wie auch die ganze Wasserfläche in den Scheeren vor der Mündung des Flusses Torneo innerhalb der Grenzen des schwedischen und finnländischen Nieder-Torneoschen Kirchspiels; die nachstehenden Regeln finden jedoch keine Anwendung auf die an der Mündung des Flusses Remi auf der Grenze des finnländischen Nieder-Torneoschen und des Remischen Kirch-

spiels belegene und den Bewohnern der Dörfer Kalamo und Kuottola gehörige, für den Lachsfang privilegierte Wehr (Pata), welche Kalamoniemenpato genannt wird.

§ 2. Der Fang der Lächse, Lachsforellen und anders benannter lachsartiger Fische ist vom 1. September bis zum Ausgang des Eises im Frühjahr verboten; daher dürfen während dieser verbotenen Zeit die für den Fang der gedachten Fische bestimmten Geräthe, gleichviel was sie für Namen führen und welcher Art sie sein mögen, nicht in den Fischereigewässern bleiben, geschweige denn ausgestellt oder auf eine andere Weise benutzt werden.

Die kleinen Fische der obgedachten Gattung von weniger als acht Decimal-Zoll drei und ein drittel Linien (10 gewöhnliche Zoll) Länge zu angeln oder auf eine andere Art vorsätzlich zu fangen, ist zu jeder Zeit verboten.

§ 3. Während der Zeit wo der Fang von Lächsen, Lachsforellen und anders benannten lachsartigen Fischen verboten ist, dürfen diese Fische weder verkauft, noch gekauft, noch entgegengenommen, noch von einem Orte zum anderen verführt werden, falls nicht ein rechtsgiltiges Beweisdocument darüber vorgewiesen wird, daß sie zur erlaubten Zeit gefangen oder auf eine andere erlaubte Weise erworben worden sind. Die kleinen Fische der gedachten Gattung von weniger als 8 Decimal-Zoll $3\frac{1}{3}$ Linie (10 gewöhnliche Zoll) Länge dürfen zu keiner Zeit verkauft, gekauft, entgegengenommen oder von einem Orte zum anderen verführt werden.

§ 4. Während der im § 2 angegebenen verbotenen Zeit darf der Fang der Seeforelle in den Flüssen mit keinen anderen Geräthen, als mit dem Seghamen und dem Neke stattfinden.

Der sogenannte Kullet (ein Art Bugnetz mit welchem die Fische indem man mit einer Stange in's Wasser schlägt gefangen werden) darf sogar dann, wenn der Fang von Lächsen, Lachsforellen oder anders benannten lachsartigen Fischen gestattet ist, in den Flüssen nur im Frühjahr, vor dem Beginn des Fanges in den verpachteten permanenten Kronsfischereieinrichtungen, oder den sogenannten Paten, gebraucht werden.

§ 5. Das Fangen der Fische bei der Kienfackel (oder das Stechen mit der Fischgabel) ist gänzlich verboten. Wer in den Fischereigewässern mit einer Kienfackel oder mit anderen zum Fischfange Fische bei einer solchen Fackel dienenden Vorbereitungen fahrend angetroffen wird, wird so betrachtet und bestraft, wie Einer, der diese Art Fischfang bereits ausgeübt hat.

§ 6. Die aus Fäden gestrickten Maschen der Fischereigeräthe dürfen nicht kleiner als zwei Decimalzoll fünf Linien (3 gewöhnliche Zoll) von Knoten zu Knoten bei denjenigen Geräthen sein, welche zum Fang von Lächsen, Lachsforellen oder anders benannten lachsartigen Fischen bestimmt sind und nicht kleiner als ein Decimalzoll fünf Zwölftel Linie ($1\frac{1}{4}$ gewöhnliche Zoll) bei den Geräthen zum Fange der Seeforelle.

§ 7. Die aus Fäden gestrickten Geräthe, welche zur Benutzung bei dem Fange von Barsen, Sander, Brassen, Plöken, Hechten, Quappen, Rothaugen und Anschen am Ufer gestattet worden, dürfen nicht mehr als zehn Reihen Maschen auf einen Fuß des Netzes haben.

§ 8. Zum Fange von Stinten, Maränen, Perlfischen, Weißfischen und Breitlingen dürfen an denjenigen Orten, wo dieser Fischfang bis hiezu stattgefunden hat, auch fernerhin zwirnene Geräthe mit Maschen von der zu diesem Zwecke

erforderlichen Größe gebraucht werden. Desgleichen ist auch fernerhin der Fang von Neunaugen in den Wasserschnellen zu derselben Zeit und in derselben Art, wie er bis hiezu gewöhnlich ausgeführt wurde, gestattet.

§ 9. Alle zum Fang von Lachsen, Lachsforellen oder' anders benannten lachsartigen Fischen, sowie der Seeforellen bestimmten beständigen Fischereieinrichtungen, oder sogenannten Paten, müssen mit dem 1. September jedes Jahres zum freien Durchzuge der Fische geöffnet werden. Die Netze mit den die Wehr bildenden Hölzern, welche in den Paten zum Versperren benutzt werden (finnisch sarjat oder varvat) müssen spätestens am 5. desselben Monats aus dem Wasser genommen werden; die beständigen, sogenannten Hauptpfähle (valtavajat) der Wehren können jedoch stehen bleiben, bis der Fluß sich mit Eis bedeckt hat, alsdann aber müssen auch diese Pfähle, wie auch alle bei der Errichtung der Wehren benutzten Steine auf's Ufer gebracht werden.

Falls der Besitzer einer Pata (einer Wehr) es unterläßt, die obige Vorschrift zur festgesetzten Zeit zu erfüllen, so hat der Kronsfiscal oder der Aufseher über den Fischfang, wo ein solcher ernannt ist, das Recht, Anordnung zur Bewerthstellung der versäumten Arbeit gegen eine von dem Schuldigen in gesetzlicher Ordnung heizutreibende Zahlung zu treffen.

§ 10. Jeder, der die in diesem Reglement enthaltenen Verbote übertritt, oder die in demselben erlassenen Vorschriften nicht erfüllt, wird mit einer Strafe von acht und zwanzig bis zu siebenzig Mark belegt. Einer gleichen Verantwortung unterliegt Derjenige, welcher bei der Abnahme der Paten (Wehre) die Steine in's Wasser wirft. Der Gebrauch verbotener Fischereigeräthe, gleichwie auch während der verbotenen Zeit die Betreibung desjenigen Fischfanges, der dann nicht gestattet ist, zieht außer einer Geldstrafe, noch den Verlust der Geräthe und der gefangenen Fische nach sich.

Die Fische, wie auch die kleinen Fische der genannten Gattungen, welche gegen die im § 3 enthaltene Bestimmung verkauft, gekauft, entgegengenommen oder von einem Orte zum anderen versührt werden, unterliegen ebenfalls der Confiscation.

§ 11. Der Kronsfiscal und der Aufseher über den Fischfang, wo ein solcher ernannt ist, hat die Uebertretungen der in diesem Reglement zum allgemeinen Besten ertheilten Vorschriften zu verfolgen, wobei er den Schutz und die Glaubwürdigkeit genießt, welche den die Aufträge des Herrn und Kaisers, Seiner Beamten oder Gerichtsbehörden erfüllenden Personen nach dem Gesetzbuche und den verschiedenen Verordnungen zugesichert sind.

Im Uebrigen steht es Jedem frei, Klage über derartige Vergehen zu führen.

§ 12. Falls der Kronsfiscal, der Aufseher über den Fischfang oder ein Theilnehmer an demselben Jemanden auf der That ertappt, der zur verbotenen Zeit unerlaubten Fischfang betreibt oder bei dem Fischfange verbotene Geräthe gebraucht, so hat er das Recht, ihm außer den gefangenen Fischen auch die Fischereigeräthe abzunehmen und sie so lange bei sich zu behalten, bis das Gericht die Sache entschieden hat.

Dem Kronsfiscal und dem Aufseher über den Fischfang ist es auch gestattet, die durch dieses Reglement verbotenen oder überhaupt gesetzwidrigen Fischereigeräthe, welche er im Fischereigewässer, im Boote, in einer offenen Scheune auf

dem Ufer oder an einem anderen Orte in der Nähe der Fischereigewässer findet, zu confisciren.

§ 13. Die bei den Fischfangstellen oder zum Zweck der Fischzucht angestellten amtlichen Personen haben über die Erfüllung der in diesem Reglement enthaltenen Vorschriften zu wachen. Sie sowohl, als auch die Aufseher über den Fischfang und die Kronsfiscale müssen außerdem alle in den Grenzen des Fischereibezirks im Gebrauch befindlichen Fischereigeräthe revidiren, wie auch die Fischernetze versiegeln, falls dieses zur Verhütung des Gebrauchs derselben während der verbotenen Zeit nothwendig erscheint.

§ 14. Falls es sich darum handelt, während der verbotenen Zeit zu einem gelehrten Zwecke oder für die Fischzucht Fische zu fangen, so ist dem Gouverneur des Aleaborgschen und dem Königlichen Befehlshaber des Norbottenschen Gouvernements anheimgestellt, einen solchen Fischfang zu gestatten, jedoch unter der Bedingung, daß zugleich auch die erforderlichen Vorschriften zur Verhütung von Mißbräuchen erteilt werden.

§ 15. Die alten aus Fäden gestrickten Geräthe, welche den Bestimmungen dieses Reglements in Bezug auf die Größe der Maschen nicht entsprechen, dürfen während der erlaubten Zeit auch fernerhin bis zum Ende des Jahres 1873 benutzt werden.

Nr. 68. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen, den Antrag des Heroldmeisters vom 12. Mai 1872 Nr. 1688, in welchem es heißt, daß durch das am 12. Juni 1867 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths (welches bei dem Ukase des Senats vom 15. Juni desselben Jahres publicirt worden ist) dem Justizminister anheimgestellt worden sei, für jede Art von Acten und Documenten, welche vom Heroldie-Departement ausgereicht werden, von Zeit zu Zeit Taxen über die Kosten der künstlerischen Verzierungen dieser Acten und Documente zu entwerfen und zu veröffentlichen, wobei die bestehenden Preise für künstlerische Arbeiten und für die dazu erforderlichen Materialien leitend sein müssen und die Bedürfnisse der Wappenabtheilung des Heroldie-Departements zur Verstärkung der Mittel zur Ausführung dieser Arbeiten zu berücksichtigen sind. In Uebereinstimmung hiemit sei bei dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 5. Juli 1868 eine auf Grundlage des obgedachten Gutachtens des Reichsraths entworfene und von Seiner Erlaucht dem Herrn Justizminister bestätigte Taxe für die von dem Heroldie-Departement des Dirigirenden Senats auszureichenden Acten und Documente publicirt worden. Gegenwärtig habe Se. Erlaucht der Herr Justizminister, weil sich die Preise einiger Materialien geändert, wie auch mit Rücksicht auf die gewonnene Erfahrung hinsichtlich der Ausführung selbst der Arbeiten bei der Anfertigung der Acten und Documente, für nothwendig erachtet, einige Abänderungen in der gedachten Taxe zu treffen und folgende Preise für die Anfertigung der Urkunden festzusetzen und zwar: 1) für Fürsten mit dem Titel Durchlaucht — 1150 Rbl.; 2) für Fürsten mit dem Titel Erlaucht — 1120 Rbl.; 3) für Grafen mit dem Titel Erlaucht — 1100 Rbl.; 4) für den Baron-Titel — 800 Rbl.; 5) für ein Adelsdiplom — 190 Rbl.; 6) für ein Adelsdiplom, welches ein Wappen mit fürstlichen Emblemen hat — 210 Rbl.;

7) für ein von einer Urkunde gesondert ausgereichtes Wappen über den Barontitel — 100 Rbl.; 8) für ein von einem Diplom gesondert ausgereichtes Adelswappen — 50 Rbl.; — 9) für ein ebensolches Adelswappen mit Schildhaltern — 55 Rbl.; 10) für ein ebensolches Adelswappen mit fürstlichen Emblemen — 70 Rbl.; 11) für eine Copie von einem Stammbaum und Wappen für Barone — 50 Rbl.; 12) für eine Copie von einem Stammbaum und Wappen für Edelleute, mit Schildhaltern — 40 Rbl.; 13) für ebensolche Wappen mit fürstlichen Emblemen — 45 Rbl.; 14) für eine Copie von einem Wappen, das sich in den Allerhöchst bestätigten Theilen des Wappenbuchs befindet und von einem Allerhöchst bestätigten Wappen für Barone — 40 Rbl.; 15) für Wappen von Edelleuten mit Schildhaltern — 30 Rbl.; 16) für ebensolche mit fürstlichen Emblemen — 40 Rbl. und 17) bei der Ausreichung einer Copie von einem Stammbaum sowohl mit dem Wappen, als auch gefordert von demselben, werden, falls in demselben mehr als 50 Namen enthalten sind, außer den angegebenen Geldern — zu 5 Rbl. erhoben. Für die Ausreichung der übrigen Documente bleibt die in dem Ukase Eines Dirigirenden Senats v. J. 1868 angegebene Zahlung bestehen. Obiges notificire er, der Heroldmeister, in Folge der Vorschrift Seiner Erlaucht des Herrn Justizministers vom 28. April d. J. Nr. 6626, Einem Dirigirenden Senate behufs der erforderlichen Anordnung zur Publicirung der obgedachten Abänderungen der Lage für die von dem Heroldie-Departement auszureichenden Acten und Documente; und — die Sprawka, nach welcher sich ergeben, daß in dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 5. Juli 1868 die Zahlung für die Ausreichung von Documenten, welche in dem gegenwärtigen Antrage des Heroldmeisters nicht genannt sind, in folgendem Betrage angegeben ist: für Urkunden über die Würde eines erblichen Ehrenbürgers, welche an Personen, die diese Würde durch ihren Verbleib in Kaufmannsgilden erlangt haben (Pft. 4 Art. 582 Bd. IX Cod. der Reichsgesetze), auf Glanzpapier nach der am 20. Februar 1867 Allerhöchst bestätigten Form ausgereicht werden — 25 Rbl.; für ein von einer Urkunde und einem Diplom gesondert ausgereichtes Wappen: für Fürsten mit dem Titel Durchlaucht — 120 Rbl.; für Fürsten mit dem Titel Erlaucht — 115 Rbl.; für Grafen mit dem Titel Erlaucht — 110 Rbl.; für eine Copie von einem Stammbaum — 15 Rbl.; für eine Copie von einem Stammbaum und Wappen: für Fürsten mit dem Titel Durchlaucht — 68 Rbl.; für Fürsten mit dem Titel Erlaucht — 57 Rbl.; für Grafen mit dem Titel Erlaucht — 52 Rbl.; für Edelleute — 25 Rbl.; für eine Copie von einem Wappen, das sich in den Allerhöchst bestätigten Theilen des Wappenbuchs befindet und von einem Allerhöchst bestätigten Wappen: für Fürsten mit dem Titel Durchlaucht — 55 Rbl.; für Fürsten mit dem Titel Erlaucht — 50 Rbl.; für Grafen mit dem Titel Erlaucht — 45 Rbl.; für Edelleute — 16 Rbl. Außerdem ist in dem gedachten Ukase (in den Anmerkungen) gesagt, daß 1) Schnur, Troddeln und Kapsel für den Abdruck des Reichsfiegels von dem Bittsteller bei der Einreichung des Gesuchs um Ausstellung einer Urkunde oder eines Diploms in natura vorzustellen sind und II) die Urkunden über den Barontitel, auf Wunsch der Bittsteller, in der Form von Adelsbriefen und nach der für diese letzteren festgesetzten Lage auszufertigt werden können. Befohlen: Ueber die obigen, von dem Herrn Justizminister getroffenen Abänderungen in der durch den Ukas Eines Dirigirenden Senats vom 5. Juli 1868 publicirten Lage für die

von dem Heroldie-Departement auszureichenden Acten und Documente, zur Wissenschaft Ukase zu erlassen.

Betreffend einige Abänderungen in der Taxe für die von dem Heroldie-Departement auszureichenden Acten und Documente.

Aus dem Heroldie-Departement vom 4. Juli 1872, Nr. 3178.

Nr. 69. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Verwesers des Justizministeriums vom 10. Juli 1872 Nr. 10,140, bei welchem er dem Dirigirenden Senat ein von dem stellvertretenden Oberverwaltenden der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät übergebenes Exemplar der in der Typographie der II. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Sr. Kaiserlichen Majestät gedruckten und am 29. Juni 1872 der Allerhöchsten Approbation gewürdigten neuen Ausgabe des Tabacksaccise-Reglements vorstellt. Befohlen: Ueber die Herausgabe des Tabacksaccise-Reglements Ukase zu erlassen.

Betreffend die Herausgabe des Tabacksaccise-Reglements.

Aus dem 1. Departement vom 20. Juli 1872 Nr. 27,036.

Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Civl. Gouv.-Verwaltung, desmittelft folgende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur Wissenschaft bekannt gemacht werden.

Nr. 70. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements und des Heroldie-Departements des Dirigirenden Senats vom 1. Mai 1872 Nr. 1150, desmittelft das am 22. Februar 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Erläuterung des wirklichen und buchstäblichen Sinnes des Art. 1035 Thl. 1 Bd. X des Civilcodex, Ausgabe v. J. 1857, publicirt wird.

Nr. 71. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 4. Mai 1872 Nr. 18,344, desmittelft der Allerhöchste Befehl, betreffend die Ausschließung des Obristen Dranski und des Stabs-Rittmeisters Elisen von der Wirksamkeit des Allerhöchsten Befehls vom 10. Dec. 1865, publicirt wird.

Nr. 72. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements und des Heroldie-Departements des Dirigirenden Senats vom 24. April 1872 Nr. 914, betreffend die Frage über den Verkauf von im Kreise befindlichen bäuerlichen Gebäuden von geringem Werthe.

Nr. 73. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 10. Mai 1872 Nr. 19,036, desmittelft das am 27. März 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Expropriation der Ländereien und übrigen Appertinentien der Jesuiten-Güter zu Staats- und Gemeindezwecken, publicirt wird.

Nr. 74. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. Mai 1872 Nr. 20,880, desmittlest das am 25. April 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Abänderung einiger Artikel des Reglements über die Immobilienabgaben in Städten und Flecken, publicirt wird.

Nr. 75. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 1. Februar 1872 Nr. 5967, desmittlest das am 21. December 1871 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Beschränkung des Verkaufs von bäuerlichem Eigenthum zur Deckung von Rückständen und Zahlungen, publicirt wird.

Nr. 76. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 7. Juni 1872 Nr. 21,626, desmittlest das am 2. Mai 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Berechnungen und Repartitionen der Landesprästandten für das Triennium vom Jahre 1872 ab, publicirt wird.

Nr. 77. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 23. Juni 1872 Nr. 22,759, desmittlest das am 21. Mai 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ergänzung des Artikels 256 der Bestimmungen der Gerichtsordnung vom 20. Nov. 1864, publicirt wird.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Russen rc. rc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 78. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß den gemeinschaftlichen Eigenthümern des im Rigaschen Kreise belegenen Gutes Schloß-Neuermühlen gestattet worden, das in Rede stehende Gut Neuermühlen derartig in zwei getrennte selbstständige Rittergüter unter dem Namen Mahof und Bellenhof zu theilen, daß das erstere fortan bei allen öffentlichen Abgaben und Leistungen mit $7\frac{6}{20}$ Haken, das letztere aber mit $3\frac{16}{20}$ Haken zu repartiren sein wird, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte jedoch der fortdauernden gemeinsamen Verhaftung der beiden neu constituirten Rittergüter für die ursprünglich auf dem Gute Schloß-Neuermühlen ruhenden Pfandbriefs- und anderweitigen Schulden und zwar bis die Theilung solcher Schulden bei der Oberdirection der Livländischen adligen Güter-Creditsocietät und dem Livländischen Hofgerichte vollständig vollzogen sein wird.

Riga-Schloß, den 30. August 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Hefküll.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 79. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Verwaltenden des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 7 August 1872 Nr. 5296 folgenden Inhalts: Bei dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 18. Januar 1850 sei die von dem Reichs-Kanzler Grafen Nesselrode am 3. October 1849 unterschriebene Declaration, bezüglich der gegenseitigen Aussendung flüchtiger Gebräuer aus Rußland und Oesterreich, welche Declaration am 30. October (11. November) desselben Jahres gegen eine ebensolche, am 8. November neuen Stils 1849 von dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterschriebene Declaration ausgewechselt wurde, publicirt worden. Der Verwaltende des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten berichte Einem Dirigirenden Senate, daß die gedachte Declaration mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät und in Folge einer zwischen Rußland und Oesterreich getroffenen Uebereinkunft, ihre Wirksamkeit mit dem $\frac{3}{15}$. October 1872 verliert. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung Derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend das Aufhören der Wirksamkeit der Declaration bezüglich der gegenseitigen Aussendung flüchtiger Gebräuer aus Rußland u. Oesterreich.

Aus dem 1. Departement vom
22. August 1872, Nr. 28,908.

Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Rußen 2c. 2c. aus der Civl. Gouv.-Verwaltung, desmittelst fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.

Nr. 80. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 2. Juli 1872 Nr. 24,664, desmittelst die Allerhöchst bestätigte neue Fassung der zweiten Abtheilung des dritten Buches der Criminal-Proceßordnung, der Art. 1030—1061, betreffend das Gerichtsverfahren bei Staatsverbrechen, publicirt wird.

Nr. 81. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 2. Juli 1872 Nr. 24,426, desmittelst das am 21. Mai 1872 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, betreffend die Ergänzung des Artikels 83 der am 16. Juni 1870 Allerhöchst bestätigten Städteordnung, publicirt wird.

Nr. 82. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 9. August 1872 Nr. 28,677, desmittelst die Verfügung desselben, betreffend die Frage über die Zusammensetzung der Gouvernements-Commission in städtischen Angelegenheiten, publicirt wird.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 83. Behufs Inkräftigung des mittelst Patents vom 31. December 1871 Nr. 151 publicirten Allerhöchst bestätigten Reichsrathsgutachtens vom 18. October 1871 wird in Folge desfalliger Requisition der Commission in Livländischen Bauer-Sachen, mit Genehmigung Sr. Erlaucht des Herrn General-Gouverneurs der Ostsee-Gouvernements, von der Livl. Gouvernements-Verwaltung hierdurch bekannt gemacht, daß die Wahlen der von den Kirchspielsältesten aus ihrer Mitte zu erwählenden Glieder der Kreis-Landschulbehörden auf die Anordnung dieser Behörden, unter Leitung eines Gliedes derselben, sowie in dem von der betreffenden Kreis-Landschulbehörde zu diesem Zweck anzuweisenden Locale und von derselben Behörde zu bestimmenden Termine stattzufinden haben, — und daß diese Wahlen, bei etwa eintretender Vacanz, in vorstehender Weise in Zukunft zu vollziehen sind.

Deht spehka liščanas tašs ar patentī no 31. Dezember 1871 Nr. 151 fluddinatas Wišsagstaki aptiprinatas walšs-rahtes labb'turreščanas no 18. Oktober 1871 teef peepildiščanā tašs palihga luhgščanas tašs Kommissiōnes eefš Wišsemmes semneeka leetahm ar Sw. Erl. ta Rihta juhras guberniju Generalgubernatora Kunga pataušchanu no Wišsemmes gubernijas waldišchanas ar šcho fluddinahts, ka tee no draudšes wezzakeem iš wiņnu wiđbus wehlejamee semju Kreis-školhas teefas lohžekti uš šcho teefu pawehleščanu, appašš topašču teefu weena lohžekta waddišchanas, tai no peekristdamas semju Kreis-školhas teefas preešš tam norahdamā weeta, un tai no tašpaščas teefas noleekamā terminnā išwehlejami, — un ka šchahm išwehleščanahm, kađ kađda weeta waķa nahtuse šchinnī norahditā wišš turpmak janoteek.

Et se 31. Detsembril 1871 Nr. 151 trūkitub patentī lābbi wāļjaķulutub Reigelörgemalt finnitub Rigrabilt heakšarwaminne sešt 18. Oktobrist 1871 saaf-
dīgelt ārratāitetub, annab Liwima Kubbernemangu Wallišus, Liwima tallorahw
ašjada tallitaja Kommissiōni nūdmišse kirja ja Rindral-Kubberneri herra lubba-
mišse jārrele se lābbi teada, et nende Kreis-ma-ķolide Komitēde liiķmete wāļja-
wallišemišse, ķedda ķihķelķonna-wannemad ennešte seast nende komitēde tarwiš
wallišewad, peawad sama ārrapetub nende komitēde ķāšsu. ja ūhķe nende liiķme
juhķatamišse jārrele selle tarwiš ķohķalistest komitēdest ķāetud ķohķades ja tārmi-
niķel, — ja et ķeif nišugguseš wāļjawallišemišseš eddešpidiķel aeal, ķui ūhķe
wallaliķseķs šanud liiķme aķemele tulleš tarwiš uut liiķmet wallišeda, peawad ķel
etteķirjutub wiķil ārrataļitub sama.

Riga-Schloß, den 18. September 1872.

Für den Livländischen Vice-Gouverneur:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 84. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich in der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements und des Heroldie-Departements vortragen: das von dem Verweser des Justizministeriums, dem Geheimrath und Ritter Otto Wassiljewitsch Essen zur gehörigen Erfüllung übergebene Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths, aus welchem unter Anderem ersichtlich ist, daß in Folge einer an den Reichsrath zur Beprüfung gelangten Sache die allgemeine Frage entschieden worden ist, ob die in dem Art. 621 des Handels-Reglements enthaltene Gesetzesbestimmung, nach welcher ein Indossant von der Bezahlung des Wechsels befreit wird, sobald der Wechselinhaber mit Uebergehung dieses Indossanten sich mit der Forderung der Zahlung an einen anderen, jenem vorausgehenden Indossanten gewandt hat, — sich auch auf den Fall erstreckt, wo der Wechselinhaber, ohne zuvor sich an den Indossanten zu wenden und ohne ihn zur rechten Zeit von der Nichtbezahlung des Wechsels zu benachrichtigen (Handels-Reglement Art. 616), zur Beitreibung von dem Wechselaussteller selbst in formeller Ordnung geschritten ist? Nach Beprüfung der in dieser Frage vorgestellten Erwägungen der II. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät hat der Reichsrath gefunden, daß zur Entscheidung derselben vor Allem der von dem Gesetze aufgestellte Unterschied zwischen einfachen und trassirten Wechseln in's Auge zu fassen ist. Ein einfacher Wechsel ist ein solcher, den der Wechselaussteller auf sich selbst, ein trassirter dagegen ein solcher, den er auf einen anderen Zahler ausstellt; ein einfacher Wechsel unterscheidet sich folglich von einem trassirten dadurch, daß bei dem ersten die Verpflichtung zur Bezahlung auf dem Wechselaussteller selbst, bei dem zweiten aber auf einer anderen Person, dem Acceptanten ruht (Art. 540 des Handels-Reglements). Sowohl der einfache, als auch der trassirte Wechsel kann mittelst Indossaments auf der Rückseite des Wechsels, einem Anderen, von diesem einem Dritten und so weiter übertragen werden (Artikel 555 und 556). Der Wechselaussteller und die Indossanten sind für die Zahlung der Wechselschuld solidarisch, Alle für Einen und Einer für Alle verantwortlich (Art. 565 und 566) und nur derjenige der Indossanten wird von jeglicher Verantwortlichkeit für die Bezahlung der Wechselschuld befreit, welcher seiner Unterschrift die Worte: „ohne Regreß an mich“ hinzufügt (Art. 568). Demnächst ist bezüglich der Ordnung für die Befriedigung von Wechseln sowohl aus einfachen, als auch aus trassirten Wechseln, festgesetzt, daß, wenn der Wechsel von dem ersten Zahler nicht zum Termin bezahlt wird, der Inhaber des Wechsels zur Bewahrung seines Rechts einen Protest erheben muß (Art. 615), welcher an den Wohnort desjenigen gesandt wird, gegen den der Inhaber des Wechsels seine Zahlungsforderung zu richten gesonnen ist (Art. 619). Durch die Unterlassung des Protestes verliert der Inhaber des Wechsels, wenn derselbe ihm als Eigenthum gehört, jedes Recht zur Klage gegen Denjenigen, von welchem der Wechsel an ihn gediehen ist und gegen alle ihm vorausgehenden Indossanten

und gegen den Wechselfauststeller selbst, wenn der Zahler insolvent wird und der Wechselfauststeller beweist, daß der Zahler zur Verfallzeit des Wechsels Capitalien oder Waaren von ihm zu seiner Disposition hatte oder ihm nicht weniger schuldig war, als die Summe, auf welche der Wechsel ausgestellt war, betrug. Wenn aber der Wechselinhaber nur in Vollmacht gehandelt hat, so muß er seinen Vollmachtgeber für alle Verluste, die demselben aus dieser Unterlassung erwachsen sind, entschädigen (Art. 617). Um sein Recht allen Indossanten gegenüber zu wahren, hat der Wechselinhaber sich mit seiner Zahlungsforderung zuerst an den letzten Indossanten und wenn er von diesem innerhalb 24 Stunden keine Zahlung erhält, nach Erhebung eines Protestes gegen ihn, an den vorhergehenden Indossanten zu wenden, nachdem er diesen zuvor mit der ersten Post davon benachrichtigt hat; falls auch dieser die Zahlung länger als 24 Stunden verzögert, wendet sich der Wechselfauststeller in derselben Weise an den diesem Voraufgehenden und so weiter (Art. 620). Wenn der Wechselinhaber mit Uebergabe eines oder mehrerer der letzten Indossanten sich mit seiner Forderung direct an einen der Vormänner wendet, so werden alle Nachmänner, die er übergangen hat, dadurch von der Zahlung befreit, alle Vormänner desjenigen aber, gegen den die Beitreibung gerichtet worden ist, bleiben für die Zahlung verpflichtet, so lange der Wechsel nicht vollständig bezahlt worden ist (Art. 621). Der Wechselinhaber, welcher verabsäumt hat zur gehörigen Zeit einen Protest zu erheben und abzusenden, verliert, wenn der Wechsel ihm als Eigenthum gehört, das Recht, die Forderung von den Indossanten und dem Wechselfauststeller nach Wechselrecht beizutreiben und kann die Bezahlung nur im gewöhnlichen Gerichtswege fordern (Art. 622). Durch den Inhalt dieser Artikel der Wechselordnung wird die Frage über die Anwendung des Art. 621 des Handels-Reglements in folgender Weise entschieden: 1) Bei einem einfachen Wechsel muß der Inhaber des Wechsels sich mit seiner Zahlungsforderung zuerst an den Wechselfauststeller wenden und befreit eine solche von dem Wechselinhaber an den Wechselfauststeller gerichtete Forderung die Indossanten nicht von der Beitreibung; 2) bei einem trassirten Wechsel muß der Inhaber des Wechsels sich Allem zuvor an den in dem Wechsel genannten Zahler (Trassanten) und falls dieser den Wechsel nicht acceptirt oder bezahlt, an die Indossanten oder den Wechselfauststeller (Trassanten) wenden, wobei, falls der Wechselinhaber mit Uebergabe der Indossanten sich mit seiner Forderung direct an den Trassanten wendet, alle Indossanten von der Zahlung befreit werden und 3) der Trassant und die Indossanten haften nach Wechselrecht nur dann, wenn Seitens des Wechselinhabers die in den Art. 616, 620—622 geforderten Bedingungen eingehalten werden, nämlich, wenn letzterer rechtzeitig Protest erhebt und darüber die gehörige Mittheilung macht. Da der Art. 621 des Handels-Reglements in der Praxis verschiedenartigen Auslegungen unterliegt, so hat der Reichsrath für nothwendig erachtet, daß die obigen Erwägungen zur allgemeinen Kenntniß und Richtschnur publicirt würden. In diesen Erwägungen hat der Reichsrath für gut erachtet: dem Dirigirenden Senate anheimzustellen, die erforderliche Anordnung zur Publication der oben angegebenen Erwägungen des Reichsraths, bezüglich der Anwendung des Art. 621 des Handels-Reglements, zur allgemeinen Kenntniß und Richtschnur zu treffen. Auf diesem Gutachten steht geschrieben: Seine Kaiserliche Majestät hat das in der allgemeinen Versammlung des Reichsraths erfolgte Gutachten Allerhöchst zu bestätigen geruht und dasselbe zu erfüllen befohlen. Unterzeichnet: der Vorsitzer des Reichsraths Constantin. Den

14. März 1872, und die Sprawa. Befohlen: Ueber solches Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths zur Wissenschaft und Richtschnur für die Zukunft Ukase zu erlassen.

Betreffend die genaue Anwendung des Art. 621 des Handels-Reglements, Bd. XI des Codex der Reichsgesetze, Ausg. vom Jahre 1857.

Aus der allgemeinen Versammlung der ersten 3 Departements u. des Heraldie-Departements des Dirig. Senats vom 28. August 1872 Nr. 1821.

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen *и. и.* aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 85. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß dem Eigenthümer des im Rigaschen Kreise belegenen Gutes Neu-Kempenhof, Sigismund Baron Wolff und den Erben des weiland Besitzers des im Wendenschen Kreise belegenen Gutes Dubinsky, des Baron Theophil Campenhausen gestattet worden, das zum Gehorchslande des Gutes Dubinsky gehörige Wiedegefinde, groß 28 Thaler 89 Groschen, gegen das zum Gehorchslande des Gutes Neu-Kempenhof gehörige Almenlaus-Gefinde, gleichfalls 28 Thaler 89 Groschen groß, mit Ausnahme des zu Lekterem gehörigen und bei demselben auch in Zukunft verbleibenden Kalksteinbruchs von 9 Lofstellen 2 Rappen nebst zu demselben hinführenden Wege, dergestalt auszutauschen, daß das seitherige Dubinskysche Wiedengefinde fortan einen Theil des Gutes Neu-Kempenhof, das seitherige Neu-Kempenhofsche Almenlausgefinde aber fortan einen Theil des Gutes Dubinsky bilde.

Nr. 86. Zur Beseitigung entstandener Zweifel hinsichtlich der im Punkte V der in der Livländischen Gouvernements-Zeitung vom Jahre 1871 Nr. 124 und mittelst Patents vom 19. Mai 1871 Nr. 132 publicirten Verordnung über die Wegebeaufsichtigung in Livland den Kirchenvorstehern als Wege-Revidenten eingeräumten Amtsgewalt, wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung, mit Genehmigung des Herrn Livländischen Gouverneurs, an Stelle des abwesenden Herrn General-Gouverneurs, nachstehender Zusatz zu dem Punkte V der besagten Verordnung zur allgemeinen Kenntnißnahme und erforderlichen Richtschnur veröffentlicht: „Die von den Kirchenvorstehern den Ordnungsgerichten, resp. den Gemeindeältesten über die bei der Wegerevision constatirten Unordnungen und Veräußerungen zu machenden Mittheilungen haben einen officiellen Charakter, in Folge dessen die von den Wegerevidenten remarquirten Ungehörigkeiten keiner weiteren Untersuchung zu unterliegen haben.“

Nr. 87. In Anlaß eines entstandenen Zweifels über das Recht der Livländischen Bauern lutherischer Confession, ihre Kinder in die griechisch-orthodoxen ländlichen Volksschulen zu schicken, ohne hierfür der Geldstrafe zu unterliegen, welche P. 3 § 516 der Livländischen Bauer-Verordnung von 1819 für die Unterlassung des Besuches der lutherischen Gemeindeschule verhängt, hat Se. Majestät der Kaiser am 31. Juli 1872 Allerhöchst zu befehlen geruht: In Erläuterung des P. 3 § 516 der am 26. März 1819 Allerhöchst bestätigten Bauer-Verordnung zu eröffnen, daß zu der Kategorie der Bauerkinder, welche, wie in jenem Punkte gesagt wird, vom Besuche der lutherischen Gemeindeschulen nament-

lich befreit sind, auch die Kinder gehören, welche nach dem Willen ihrer Eltern oder Vormünder in anderen von der Regierung concessionirten Lehranstalten, darunter auch in den örtlichen griechisch-orthodoxen Landvolkschulen unterrichtet werden.

Hierbei versteht es sich von selbst, daß die Kinder, welche griechisch-orthodoxe Landschulen besuchen, nicht von jener Prüfung in der Kenntniß der Religion befreit sind, welcher alle Kinder des lutherischen Bekenntnisses vor der Confirmation unterliegen.

Vorstehender Befehl wird von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung desmittelft zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

Deht isjechlufšas ſchaubifſchanahs pah̄r to rekti to Wiðsemmes ſeemneeku no Lutteriſſas tižžibas, ſamūs behrnūs Grekiſſas pareiſtižžibas (Kremu tižžibas) ſemju tautas-ſkohlās ſuhtih̄t, beſ ka par to tai naudas ſtrahpē eekriht, kaſ p. 3 § 516 to Wiðsemmes ſemneeku liſſumu no 1819 pah̄r neſuhtifſchanu Lutteriſſas tižžibas draudſes ſkohlā nolikta, irr S. Keiſeriſſa Mažeſtete Wiſſaugſtafi pawehlejuſe: Geſiſch iſſſaidroſchanas ta p. 3 § 516 to 26. Merz 1819 Wiſſaugſtafi apſtiprinatu ſemneeku liſſumu iſſluddinaht, ka pee teem ſemneeku behrneem, kaſ ka wiññā punkte noſažžibis, no ſuhtifſchanas Lutteriſſas draudſes ſkohlās ſwabbinati, arri tee behrni peederr, kaſ peh̄ž ſamū wežžaku jeb ſehrminderu gribbefſchanas žittās no waldiſchanas paſautās ſkohlās, appaſſch ko arri tašs weetās Grekiſſas pareiſtižžibas ſemju tautas ſkohlās mah̄žiti teef.

Pee ta no ſewis ſaprohtams, ka tee behrni, kaſ Grekiſſas pareiſtižžibas ſemju tautas ſkohlās eei, nam ſwabbinati no tašs pah̄rjautafſchanas tižžibas mah̄žibā, appaſſch ko wiſſi behrni no Lutteriſſas tižžibas preekſch kiiſtibas apſtiprinaſchanas (peewefſchanas pahtarōs) ſtahw.

Preekſchā ſtahwedama pawehle teef no Wiðsemmes gubernijas waldiſchanas ar ſcho wiſſeem un wiſſur par ſinnaſchanu un peepiidiſchanu ſluddinata.

Selle ſeggaduſe jārrele, miš on ettetulnūd Liwima Lutteruſſe uſſu tallo-rahwa žiguſſe mōiſtimisſes ſellepoleſt — kaſ Lutteruſſe uſſu rahwal on žiguš omma lapſi krefa-žige-uſſu tallorahwa ma-ſolideſſe ſata ja ſe eelt mitte ſelle rahha trahwi alla langeba, miš 1819 aas̄ta Tallorahwa Seaduſſe § 516 punkti 3 jārrele neile on arwatud, keſ omma lapſi mitte Lutteruſſe uſſu walla-ſoli ei ſada, — Keiſri-Herra on ſel 31. Julil 1872 aas̄tal heaſs wōtnūd ſedda kās̄kida: Selle 26. Mārtſil 1819 aas̄tal finnitud Tallorahwa Seaduſſe § 516 punkti 3 ārraſelletamiſſeſs peab ſama wāljaſulutud, et nende tallorahwa laſte arwu (kate-gori) ſekka, keſ, kuidaſ ſelleſ punktiſ on ūtteldub, nimmelt Lutteruſſe uſſu walla-ſolideſſe kāmiiſſeſt on wabbafſ lubbatud, tulleb ka neid arwata, keſ omma wanemate eh̄k wōōrmūndride tahtmiſſe jārrele ōppimas kāiwað teiſte niſugguſte ſolideſſe, miš rigi-wallitiſuſſe poleſt ōppetamiſſe tarwiſ on lubbatud ja ſelle jure tulleb ſiis ka neid lapſi arwata, keſ koſhaliſte krefa-žige-uſſu tallorahwa walla-ſolideſſe ōppimas kāiwað. Siin jures muidogi on ſedda mōiſta, et need lapſed, keſ krefa-žige-uſſu tallorahwa walla-ſolideſſe ōppimas kāiwað, ei ſa wabbafſ arwatud ſelleſt luggemiſſeſe (pea-ſoliſ) kāmiiſſeſt, miš ſeige Lutteruſſe uſſu laſte kohta mōjub.

Sedda ſeigefōrgemalt kās̄ku Liwima Kubbernemangu Wallitiſuſ ſulutab ſe lābbi ūllelūdiſſeſs teadaſwōtmiſſeſs ja juh̄hatamiſſeſs wālja.

Riga-Schloß, den 19. October 1872.

Für den Livl. Vice-Gouverneur: Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 88. Ukase Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 7. October 1872 Nr. 32065, desmittlest die zwischen Rußland und Schweden vereinbarte, am 5. (17.) August dieses Jahres von unserem Gesandten in Stockholm und dem Verwaltenden des königlichen Ministeriums der äußeren Angelegenheiten unterschriebene und ausgewechselte Ministerdeclaration, betreffend die Ordnung der Benutzung von Lootsen Seitens der finnischen und schwedischen Fahrzeuge und Böte bei ihrem Besuche der Häfen des Königreichs Schweden und des Großfürstenthums Finnland behufs Ankaufs oder Verkaufs von Fischen und Landesproducten — publicirt wird.

Declaration.

Die Kaiserlich-Russische und die Königlich-Schwedische und Norwegische Staatsregierung von dem Wunsche beseelt, die Handels- und Schifffahrtsverbindungen zwischen dem Großfürstenthum Finnland und dem Königreiche Schweden zu erleichtern, haben nach gegenseitiger Uebereinkunft Folgendes vereinbart:

Die finnländischen Fahrzeuge, welche 13 finnländische Lasten und die schwedischen, welche 8 neue schwedische Lasten und weniger halten, zwischen dem Stockholm oder anderen schwedischen Häfen im Alandschen Meere oder dem Botnischen Meerbusen einerseits, und den Alandsinseln oder den Scheren der Gouvernements Åbo und Björneborg oder anderen finnländischen Orten im Botnischen Meerbusen andererseits fahren und nur Fische und Producte der ländlichen Industrie — darunter auch Brennholz — laden oder loschen, brauchen in den ausländischen Gewässern nur bei dem Eingange in die Durchfahrten, wo sich Lootsen befinden, Lootsen zu nehmen, welche sie zur ersten Zollstation führen, wo die Zollformalitäten vorgenommen werden müssen.

Diese Stipulationen werden von der einen und der anderen Seite vom 1. October d. J. ab während sechs Jahre und darüber Anwendung finden, sobald nicht sechs Monate vor dem Termine von einem der hohen contrahirenden Theile der Wunsch erklärt wird, die Wirksamkeit derselben aufzuheben.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten, in gehöriger Vollmacht, diese Declaration unterzeichnet mit Beidrückung des Insigniels ihres Wappens.

So geschehen zu Stockholm in zwei Exemplaren, den 5. (17.) August 1872.

(Unterz.) Giers.

(Unterz.) Axel Adlercreutz.

(L. S.)

(L. S.)

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Rußen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 89. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird das folgende, in Nr. 198 und 199 des Staatsanzeigers vom J. 1872 enthaltene Allerhöchst am 7. Juni d. J. bestätigte Reichsraths-Gutachten zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht: Der Reichsrath hat

in den vereinigten Departements der Geseze und der Staatsöconomie und in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung der Vorstellung des Finanzministers betreffend den Entwurf einer Verordnung über die beratenden Institutionen für Handel- und Manufactur-Industrie und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet:

I. Den Entwurf der Verordnung über die beratenden Institutionen für Handel- und Manufactur-Industrie Seiner Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Bestätigung zu unterbreiten.

II. Dem Finanzminister anheimzugeben:

- a) in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der gedachten Verordnung neue Verzeichnisse der Glieder des Handels- und Manufactur-Raths und der Moskauischen Abtheilung desselben anzufertigen und sie zur Allerhöchsten Bestätigung vorzustellen, demnächst aber den bestehenden Manufactur- und Handels-Rath und die Moskauischen Abtheilungen derselben aufzuheben und einen Handels- und Manufactur-Rath und eine Abtheilung desselben in Moskau zu eröffnen,
- b) nach Einziehung eines Gutachtens von der örtlichen Kaufmannschaft der Städte Odessa, Riga, Archangel, Taganrog und Rostow am Don, die erforderliche Anordnung dahin zu treffen, daß die in diesen Städten bestehenden Abtheilungen des Handels-Conseils in Handels- und Manufactur-Comités, unter Anwendung der Regeln der gegenwärtig zu erlassenden Verordnung auf dieselben, umgestaltet oder die gedachten Abtheilungen aufgehoben werden.

III. Die aus dem Reichsschatze und aus den Einnahmen der Stadt Moskau, nach besonderen Allerhöchst bestätigten Etats, für die Unterhaltung des Manufactur- und des Handels-Raths und der Moskauischen Abtheilungen derselben angewiesenen Summen auch hinkünftig in das Budget des Handels- und Manufactur-Departements für den Unterhalt derjenigen Personen, welche bei dem Handels- und Manufactur-Rathe und seiner Abtheilung in Moskau sich befinden werden, aufzunehmen. Dem Chemiker, Mechaniker und Technologen bei dem gedachten Rathe ein Gehalt von Tausend Rubeln jährlich für jeden auszusetzen und die Ergänzungssumme zu den gegenwärtig für diesen Gegenstand abgelassenen Summen aus dem Reichsschatze anzuweisen, wobei dieselben dem betreffenden Paragraphen des Budgets des Handels- und Manufactur-Departements hinzuzufügen sind; die im laufenden Jahre hiefür erforderlichen Geldmittel aber, nach Verhältniß der Zeit, durch einen über budgetmäßigen Credit für Rechnung der Ueberschüsse der abgeschlossenen Budgets abzulassen.

IV Die Glieder des Handels- und Manufactur-Raths, sowie der Moskauischen Abtheilung desselben hinsichtlich des Amts in die VI. Classe und hinsichtlich der Uniform in die VI. Kategorie, den Präsidenten der Moskauischen Abtheilung aber hinsichtlich des Amts in die V Classe und hinsichtlich der Uniform in die V Kategorie zu stellen.

V Die bestehenden Gouvernements-Manufactur-Comités aufzuheben, mit Ausnahme des Warschauer und des Lubliner, welche bis auf Weiteres in ihrem gegenwärtigen Bestande zu verbleiben haben. Die Personen, welche als Manufactur-Correspondenten in den Gouvernements functioniren von den mit dieser Charge übernommenen Verpflichtungen zu entbinden.

VI. Bis zur Aufhebung des den Regierungs-Institutionen gewährten Rechts der portofreien Beförderung von Packeten über die Post, dieses Recht in den in

den Artikeln 424 und 803 der Verfass. der Ministerien (Cod. der Reichsges., Bd. I.) und in dem Artikel 26 des Industrie-Reglements (Bd. XI, Thl. 2) angegebenen Grenzen, je nach der Zugehörigkeit, der Moskauer Abtheilung des Handels- und Manufactur-Raths und dem Warschauer und Lublinschen Gouvernements-Comité zu bewahren.

Seine Kaiserliche Majestät hat dieses Gutachten des Reichsraths am 7. Juni 1872 Allerhöchst zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

V e r o r d n u n g

über die berathenden Institutionen für Handel- und Manufactur-Industrie.

(Allerhöchst bestätigt am 7. Juni 1872).

1. Um die Staatsregierung in der Auffindung von Maßnahmen zum Nutzen des Handels und der Manufactur-Industrie, entsprechend den allgemeinen und örtlichen Bedingungen und Erfordernissen derselben, zu unterstützen, wie auch um Fragen, die in Angelegenheiten der Verwaltung dieses Faches entstehen, zu erläutern, besteht bei dem Finanzministerium ein Handels- und Manufactur-Rath in St. Petersburg und eine Abtheilung desselben in Moskau, in anderen Städten aber, wo es sich als nothwendig erweist, bestehen Handels- und Manufactur-Comités.

1. Von dem Handels- und Manufactur-Rath.

2. Der Handels- und Manufactur-Rath besteht unter dem Vorsitz des Collegen des Finanzministers aus vier und zwanzig Gliedern, welche aus Gelehrten, Technikern und überhaupt aus Personen, die Kenntnisse im Handels- und Industriefache besitzen, sowie aus Fabrikanten und Negocianten, die durch ihre Handelsumsätze und ihren öffentlichen Credit bekannt sind, gewählt werden.

3. Die Glieder des Raths werden vom Finanzminister gewählt und auf seine Vorstellung in dieser Würde, die sie vier Jahre lang bekleiden, durch die Allerhöchste Gewalt bestätigt. Alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der Glieder aus, das erste Mal durch das Loos, später aber nach der Anciennetät des Eintritts; die Ausgeschiedenen können aufs Neue gewählt werden.

4. Dem Rathe ist es anheimgestellt, an Stelle der ausgeschiedenen Glieder Candidaten vorzustellen, und zwar nicht weniger als drei für jede Vacanz. Als Candidaten werden Diejenigen angesehen, welche nicht weniger als zwei Drittel der Stimmen der in der Sitzung anwesenden Glieder erhalten haben.

5. Personen, die in Handelsinsolvenz gerathen sind, können nicht Glieder des Raths sein. Außerdem können nicht zwei oder mehr Compagnons eines und desselben Handlungshauses oder einer und derselben Firma, und ebensowenig zwei oder mehr Glieder der Verwaltung einer und derselben Actiengesellschaft gleichzeitig Glieder des Raths sein.

6. Die Directoren und Vice-Directoren des Handels- und Manufactur-Departements, des Bergdepartements und des Departements der Zollgefälle sind durch ihr Amt permanente Glieder des Raths. Auf Vorstellung des Finanzministers aber können mit Allerhöchster Genehmigung auch Ehrenmitglieder aus der Zahl der Personen, die durch besondere Verdienste auf dem Gebiete des

vaterländischen Handels und der Industrie bekannt sind, in den Rath ernannt werden.

7. Die Glieder des Raths vertheilen unter sich die Geschäfte mit Bestätigung des Präsidenten und benutzen alle in den Acten des Handels- und Manufactur-Departements vorhandenen Auskünfte. Die Sitzungen des Raths werden vom Präsidenten je nach Bedürfniß anberaumt.

8. Zu den Versammlungen des Raths können nach Ermessen des Präsidenten, Sachverständige (Experten) zur Abgabe von Erklärungen hinzugezogen werden. Mit Genehmigung des Finanzministers aber können zur Theilnahme an den Berathungen mit Stimmrecht die Glieder der Moskautschen Abtheilung des Raths, sowie auch die Glieder der örtlichen Handels- und Manufactur-Comités eingeladen werden.

9. Die Verwaltung der Angelegenheiten des Raths wird dem Director des Handels- und Manufactur-Departements übertragen, welcher im Falle der Abwesenheit des Präsidenten dessen Stelle vertritt. Die Geschäftsführung des Raths liegt den Geschäftsführern des Handels- und Manufactur-Departements, je nach der Hingehörigkeit, ob.

10. Dem Rathe ist ein Chemiker, ein Mechaniker und ein Technolog beigegeben, welche vom Finanzminister ernannt werden. Sie werden zu den Sitzungen mit beratender Stimme eingeladen.

11. Dem Finanzminister ist es anheimgestellt, bei dem Rathe, nach Wahl und Vorstellung desselben, correspondirende Glieder aus der Zahl der Industriellen und Gelehrten sowol in Rußland, als auch im Auslande, zu bestätigen.

12. Dem Handels- und Manufactur-Rath wird übertragen:

- a) die Bepfückung, auf Antrag des Finanzministers, von Fragen, welche sich auf die Manufactur-Industrie und den Handel beziehen, wie auch von Fragen bezüglich der Errichtung von Manufacturanstalten, der Vertheilung derselben in Kategorien, je nach ihrem Einfluß auf das öffentliche Wohl und die Sicherheit; ferner bezüglich der Aufsicht über die Instandhaltung der Dampfkessel und der Erlaubniß zur Eröffnung von Fabriken, Betriebs- und Gewerbe-Anstalten in St. Petersburg, welche den Nachbarn Unruhe oder irgend welche Gefahr bringen können, und
 - b) die Bepfückung von Gesuchen bezüglich der Ertheilung von Privilegien auf neue Erfindungen und Vervollkommnungen (mit Ausnahme der in der Anmerkung zum Punkte 5, Art. 994, Verfass. der Minist. in der Forts. vom Jahre 1871 angegebenen) und die Fällung von Gutachten in diesen Angelegenheiten auf genauer Grundlage der bestehenden Gesetzesbestimmungen.
13. Dem Rathe wird es anheimgestellt in Fragen, die von seinen Gliedern und zwar von nicht weniger als dreien, angeregt worden sind, die von der Majorität angenommenen Vorschläge Betreffs von Maßregeln, welche die Verbesserung und Entwicklung der Industrie und des Handels bezwecken, wie auch Betreffs der die Beseitigung irgend welcher desfallsiger Hindernisse, dem Finanzminister vorzustellen. Bei Verschiedenheit der Meinungen bezüglich solcher Maßregeln wird dem Minister auch stets das Gutachten der Minorität der Glieder zum weiteren Ermessen vorge stellt.

14. Ueber jede Sitzung des Raths wird ein Journal aufgenommen, welches auch als Grundlage für die Seitens des Handels- und Manufactur-Departements in Angelegenheiten des Raths zu führenden Correspondenzen dient. Auszüge aus

diesen Journälen über Gegenstände, die besondere Beachtung verdienen, werden mit Genehmigung des Finanzministers zur allgemeinen Kenntniß gedruckt.

15. Falls Glieder des Rathes abreisen, haben sie sowol von ihrer Abreise, als auch von ihrer Rückkehr das Handels- und Manufactur-Departement zu benachrichtigen.

II. Von der Moskaischen Abtheilung des Handels- und Manufactur-Raths.

16. Die Moskaische Abtheilung des Handels- und Manufactur-Raths besteht aus zwei und dreißig Gliedern, welche in der oben in den Artikeln 3—5 angegebenen Ordnung aus den bedeutendsten Fabrikanten, Negocianten, Technikern und überhaupt Personen, die durch ihre Kenntnisse im Handels- und Industriesache bekannt sind, gewählt werden.

17. Der Präsident der Abtheilung wird von ihr aus der Zahl ihrer Glieder auf vier Jahre gewählt und in dieser Würde vom Finanzminister bestätigt. Im Falle einer kurzen Abwesenheit oder Krankheit des Präsidenten vertritt ein Glied nach Bestimmung des Präsidenten seine Stelle.

18. Zu den Sitzungen der Abtheilung können Sachverständige (Experten) durch den Präsidenten behufs abzugebender Erklärungen eingeladen werden.

19. Der Moskaischen Abtheilung des Handels- und Manufactur-Raths wird übertragen:

- a) die Bepfückung, auf Antrag sowol des Finanzministers, oder des Rathes, oder des Handels- und Manufactur-Departements, als auch des General-Gouverneurs und der Gouvernements-Obrigkeit, von Fragen in Bezug auf Handel und Industrie, sowie von Fragen bezüglich der Errichtung und Unterhaltung von Fabrik- und Handelsanstalten,
- b) die Bepfückung von die Industrie und den Handel betreffenden Fragen, welche von den Gliedern der Abtheilung selbst (und zwar von nicht weniger als dreien) angeregt worden sind, und die Vorstellung der von der Majorität angenommenen Vorschläge bezüglich dieser Fragen an den Finanzminister, wobei im Falle einer Meinungsverschiedenheit auch das Gutachten der Minorität anzuführen ist,
- c) die Vorstellung eines Rechenschaftsberichtes im Januar eines jeden Jahres an den Finanzminister über die Lage des Handels und der Industrie in Moskau und dem Moskaischen Gouvernement.

20. Die Geschäfte vertheilen die Glieder unter sich mit Bestätigung des Präsidenten. Die Sitzungen werden vom Präsidenten je nach Bedürfniß anberaumt. Durch ihn finden auch alle Relationen der Abtheilung mit dem Finanzministerium und anderer Institutionen und Personen statt.

21. Zur Führung der Geschäfte besteht bei der Abtheilung ein Secretair und eine Kanzellei.

22. Ueber jede Sitzung der Abtheilung wird vom Secretair ein Journal aufgenommen, aus welchem Auszüge in den Zeitungen abgedruckt werden können.

23. Die Glieder der Abtheilung haben, falls sie sich aus Moskau entfernen, sowol von ihrer Abreise, als auch von ihrer Rückkehr den Präsidenten oder seinen Stellvertreter zu benachrichtigen.

III. Von den Handels- und Manufactur-Comités.

24. In denjenigen städtischen Ansiedelungen, wo der Handel und die Manufactur-Industrie bedeutend entwickelt sind, können auf Wunsch der Gemeinden und mit Genehmigung des Finanzministers Handels- und Manufactur-Comités errichtet werden.

25. Die Aeußerungen über den Wunsch, einen Handels- und Manufactur-Comité zu errichten, müssen entweder von der Stadtgemeinde (in Städten, wo die Städteordnung v. J. 1870 eingeführt ist, von der Stadt-Duma), oder von der örtlichen Kaufmannschaft ausgehen, welcher letzteren gestattet ist, zur Theilnahme an solchen Aeußerungen auch Personen aufzufordern, die obgleich nicht zur örtlichen Kaufmannschaft verzeichnet, doch Fabriken, Betriebsanstalten, Bergwerke, u. s. w. besitzen, oder sich mit dem Engroshandel auf einen Schein erster Gilde in der Stadt oder deren Umgegend beschäftigen. Sowol die Verfügungen der Stadt-Dumen und die Beschlüsse der Stadtgemeinden, als auch die Aeußerungen der Kaufmannschaften gelangen an den Finanzminister nur durch die Vermittelung des Gouverneurs mit seinem desfalligen Gutachten.

26. In den in dem vorhergehenden Art. 25 gedachten Verfügungen, Beschlüssen und Aeußerungen muß die Zahl der Glieder des projectirten Comité's, welche nicht weniger als sechs und nicht mehr als zwölf betragen darf, sowie die Vertlichkeit, auf welche der Comité seine Wirksamkeit erstrecken wird, angegeben sein. Die Bestimmung bezüglich dieses letzten Gegenstandes kann durch den Finanzminister aus eigener Machtvollkommenheit abgeändert werden.

27. Nach Seitens des Ministers, ertheilter Genehmigung zur Eröffnung eines Handels- und Manufactur-Comité's wird die Wahl der Glieder desselben vorgenommen: wenn der Comité auf Verfügung der Stadt-Duma oder auf Beschluß der Stadtgemeinde errichtet wird, so von der Stadt-Duma oder der Stadtgemeinde in derselben Ordnung, wie die Wahlen zu den Stadttämtern vollzogen werden; wenn er aber auf die Aeußerung der örtlichen Kaufmannsgemeinde errichtet wird, so durch die Versammlung dieser Gemeinde unter Theilnahme der von ihr aufgefoderten, zu ihrem Bestande nicht gehörigen Personen, wenn solche sich an der Aeußerung betheiligt hatten (Art. 25).

28. Personen, welche auf Grundlage der Städteordnung v. J. 1870 das Stimmrecht in den städtischen Wahlversammlungen verloren haben, haben weder das Recht an den Wahlen Theil zu nehmen, noch Glieder des Handels- und Manufactur-Comité's zu sein. Diese Regel erstreckt sich auch auf diejenigen städtischen Ansiedelungen, wo die Städteordnung noch nicht eingeführt ist.

29. Zu Gliedern des Comité's werden solche Besitzer von Manufacturanstalten und Bergwerken, wie auch Engroshändler und überhaupt Personen, die durch ihre Kenntnisse im Handels- und Manufacturwesen bekannt sind, gewählt, welche ihr beständiges Domicil in der Stadt oder dem dem Comité angewiesenen Bezirke haben.

30. Zwei oder mehr Compagnons irgend eines Handlungshauses oder einer Firma, wie auch zwei oder mehr Glieder der Verwaltung irgend einer Actiengesellschaft können nicht gleichzeitig Glieder eines und desselben Comité's sein.

31. Die Glieder des Comité's werden auf vier Jahre gewählt; alle zwei Jahre scheidet die Hälfte der Glieder aus, das erste Mal durch das Loos, später aber nach der Anciennetät des Eintritts, und wird durch Neugewählte, welche auch die Ausgeschiedenen sein können, ersetzt.

32. Der Präsident des Comités und der seine Stelle, im Falle seiner Abwesenheit oder Krankheit, vertretende Substitut werden auf zwei Jahre durch den Comité selbst aus seiner Mitte vermittelst Ballotements gewählt; über die gewählten Personen wird das Finanzministerium in Kenntniß gesetzt.

33. Zu den Verpflichtungen der Handels- und Manufactur-Comités gehört:

- a) die Beprüfung auf Antrag des Finanzministeriums, des Handels- und Manufactur-Raths und der Gouvernements-Obrigkeit, von den Handel und die Industrie betreffenden Fragen, wie auch von Fragen Betreffs der Errichtung und Unterhaltung von Handels- und Manufactur-Anstalten,
- b) die Beprüfung von auf den örtlichen Handel und die örtliche Industrie bezüglichen Fragen, welche von dem Comité selbst angeregt worden sind, und die Vorstellung der von der Majorität angenommenen Vorschläge bezüglich dieser Fragen an das Finanzministerium, wobei im Falle einer Meinungsverschiedenheit zugleich auch das Gutachten der Minorität anzuführen ist, und
- c) die Vorstellung einer Uebersicht im Januar eines jeden Jahres an das Finanzministerium über die Lage und den Gang des Handels und der Industrie im Bereich der Dertlichkeit, auf welchen sich die Wirksamkeit des Comités erstreckt.

34. Zu den Sitzungen der Comités können durch den Präsidenten Sachverständige (Experten) eingeladen werden.

35. Ueber jede Sitzung des Comités wird ein Journal aufgenommen, aus welchem Auszüge in den Zeitungen abgedruckt werden können. Die Geschäfte vertheilen die Glieder selbst unter sich mit Bestätigung des Präsidenten, welcher je nach Bedürfniß Versammlungen anberaumt und alle Relationen des Comités mit den Behörden und Personen auf Grundlage der Journalverfügungen desselben mit seiner Unterschrift führt.

36. Die Glieder des Comités haben, falls sie sich entfernen, sowol von ihrer Abreise, als auch von ihrer Rückkehr den Präsidenten zu benachrichtigen. Der Präsident des Comités übergiebt, falls er sich aus der Stadt entfernt, seine Obliegenheiten seinem Substituten, und wenn auch dieser sich entfernen muß, einem der Glieder.

37. Die Ausgaben für den Unterhalt der Kanzlei bei dem Comité werden, falls solche erforderlich sind, für Rechnung der Summen der Stadtgemeinde oder freiwilliger Beiträge der Kaufmannschaft und der Fabrikanten bewerkstelligt; hierüber muß in der Verfügung, dem Beschlusse oder der Aeußerung, auf Grundlage deren die Vorstellung bezüglich der Errichtung des Comités gemacht wird, Bestimmung getroffen sein.

Nr. 90. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hierdurch zur allgemeinen Wissenschaft bekannt gemacht, daß die zwischen dem Verwaltungenden des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten dem Herrn Geschäftsträger Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preußen in St. Petersburg im Einvernehmen beider Staatsregierungen am 18./19. August c. ausgetauschte Note bezüglich der Ordnung der Aussendung beiderseitiger Unterthanen, deren Rücksendung in's Vaterland wegen Mangels an Subsistenzmitteln, Vagabondirens oder Paßlosigkeit, folgende Bestimmungen enthält:

1. Russische Unterthanen, welche sich auf preußischem Gebiete befinden und aus den zehn an der Weichsel und ihren Nebenflüssen belegenen Gouvernements

(Warschau, Radom, Kielze, Siedlitz, Lublin, Petrikau, Kalisch, Ploetz, Lomsha und Suwalki), sowie aus den Gouvernements Kowno und Kurland gebürtig sind oder herkommen, wie auch preussische Unterthanen, die in den obgenannten 12 Gouvernements leben, werden aus den obenangegebenen Gründen, zufolge unmittelbarer Correspondenz zwischen den preussischen Grenzautoritäten (Landrätthen) und den Chefs der russischen Grenzkreise, welche als Grenzcommissäre fungiren, ausgewiesen werden.

Ueber die der Aussendung unterliegende Person wird zuvor in Preussen dem Landrathe, und in Rußland dem Chef des betreffenden Kreises, innerhalb dessen Grenzen die Entgegennahme stattfinden soll, Mittheilung gemacht, und giebt der Letztere nach Erwägung der Umstände und Durchsicht der Papiere seine Einwilligung zur Entgegennahme der auszufsendenden Person an dem bezeichneten Orte.

2. Wenn die der Aussendung unterliegende Person die gehörigen, oder noch nicht länger als ein Jahr abgelassenen Papiere besitzt, so bedarf es keiner vorhergehenden Relation zwischen dem Landrathe und dem Chef des Kreises. Der Landrath und der Kreischef sind verpflichtet, die ausgesandte Person ohne weitere Formalitäten entgegenzunehmen, sobald nur durch ihre Papiere ihre Geburt oder Herkunft unbestreitbar constatirt wird und die Papiere keinen Zweifel hinsichtlich ihrer Authenticität erwecken.

3. Die nächsten Grenzzollämter werden als diejenigen Orte dienen, wo die Auslieferung und Entgegennahme der ausgesandten Person stattfinden hat.

4. Es wird eine Correspondenz auf diplomatischem Wege bezüglich aller russischer Unterthanen stattfinden, welche nicht aus den genannten 12 russischen Gouvernements gebürtig sind oder herkommen, sowie bezüglich der preussischen Unterthanen, welche in dem übrigen Theil des russischen Reiches, außerhalb jener Gouvernements leben.

5. Beide Staatsregierungen treffen unverzüglich die erforderlichen Anordnungen, daß den betreffenden Autoritäten die Vorschrift ertheilt werde, die gegenwärtigen Regeln zu erfüllen und bei der Anwendung derselben alle möglichen Erleichterungen zu gewähren.

6. Die gegenwärtige Stipulation wird während zweier Jahre, vom Tage der Auswechselung dieser Note ab gerechnet, in Kraft bleiben. Nach Ablauf dieser Frist behalten sich beide Staatsregierungen das Recht vor, sie aufzukündigen, so daß sie in Kraft bleibt, so lange keine Bekanntmachung über die Aufhebung ihrer Wirksamkeit erfolgt ist,

Riga-Schloß, den 30. October 1872.

Für den Livl. Vice-Gouverneur:

Älterer Regierungsrath M. Zwingmann.

Älterer Secretair H. v. Stein.

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 91. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht der Astrachanschen Gouvernements-Regierung vom 18. December 1870 Nr. 6433 betreffend die Frage, wie lange Arrestanten, welche zur Abgabe in die Arrestanten-Compagnien verurtheilt worden sind, im Gefängniß gehalten werden sollen, wenn in den Arrestanten-Compagnien kein Platz ist. Befohlen: Nach Vergleichung dieser Frage mit den betreffenden Gesetzesbestimmungen befindet Ein Dirigirender Senat, daß durch die in dem Ewod v. J. 1857 in der Beilage zum Art. 358 (Anmerkung) Buch 2, Bd. XV enthaltenen temporairen Regeln vom 23. November 1853 unter Anderem, in Anbetracht der außerordentlichen Anhäufung der Inhaftirten in allen Detentionslocalen überhaupt, die Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien nach den ersten vier Graden, des Art. 35 des Strafgesetzbuches, Ausgabe v. J. 1857 in die Verschickung nach Sibirien zur Niederlassung mit vorübergehender Bestrafung mit Ruthen und kurzer Detention in den Arrestanten-Compagnien, oder im Falle der Untauglichkeit zu den Arbeiten in den Compagnien oder des Mangels an Raum in denselben, in den Arbeitshäusern oder den Gefängnissen auf dieselbe Zeit (Pkt. 1, § V der Beilage zum Art. 358 (Anmerkung 1) Buch 2, Bd. XV des Cod. d. Reichsges. v. J. 1857) angeordnet wurde. Hieraus folgt, daß bis zur Emanirung des Allerhöchsten Ukases vom 17. April 1863 die Abgabe in die Arrestanten-Compagnien, nach den ersten vier Graden des Art. 35 des Strafgesetzbuches, auf Grundlage der temporairen Regeln v. J. 1853 nicht in Detention im Arbeitshause oder Gefängnisse, sondern in Verschickung nach Sibirien zur Niederlassung umgewandelt wurde, und daß nur die hervorgehende kurze Detention (von 6 Monaten bis zu 2 Jahren), im Falle eines Mangels an Raum in den Compagnien oder der Untauglichkeit zu den Arbeiten, auf dieselbe Zeit in den Arbeitshäusern oder Gefängnissen verbüßt werden durfte. Mit Emanirung des Allerhöchsten Ukases vom 17. April 1863, durch welchen die Detentionszeit sowol in den Arrestanten-Compagnien, als auch an anderen Orten verkürzt worden ist, wurde alsdann die durch die Regeln v. J. 1853 angeordnete Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in Verschickung nach Sibirien zur Niederlassung durch den Artikel IX des angeführten Allerhöchsten Ukases aufgehoben (Fortsetzung zum Cod. der Reichsgesetze v. J. 1863), und ist deshalb der Punkt 1 des § V dieser Regeln nicht in die Beilage zum Art. 70 des Strafgesetzbuches, Ausgabe v. J. 1866, welche alle diejenigen temporairen Regeln v. 23. November 1853, welche auch bis hiezu noch in Kraft verblieben sind, enthält, aufgenommen worden. Solchergestalt kann gegenwärtig die Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in eine andere Strafe nur in der Art und unter den Bedingungen, welche im Art. 77 des Strafgesetzbuches, in der Fortf. v. J. 1868 angegeben sind, gestattet werden. Auf Grundlage des Art. 77 kann die Detention in den Arrestanten-Compagnien, unter bestimmten, in diesem Artikel genau angegebenen, Bedingungen nur in Detention im Arbeitshause, nicht aber im Gefängnisse umgewandelt werden. Obgleich nun zwar die gerichtliche Praxis, nach Analogie des folgenden Artikels 78

des Strafgesetzbuches, an Stelle der Arrestanten-Compagnien sogar Gefängniß treten läßt, so kann eine solche Auslegung des Gesetzes doch nicht für richtig erkannt werden. Wollte man die Annahme gelten lassen, daß die im Art. 78 festgesetzte Umwandlung der Detention im Arbeitshause in Gefängnißhaft auch auf diejenigen Verurtheilten angewandt werden könne, welche der Abgabe in's Arbeitshaus an Stelle der Arrestanten-Compagnien unterliegen, so würde man weiter gestatten müssen, daß auf diese zu den Arrestanten-Compagnien Verurtheilten auch die durch denselben Art. 78 festgesetzte Umwandlung der Detention im Arbeitshause oder Gefängnisse in Ruthenstrafen angewandt werden könne, und auf diese Weise in dem Gesetze selbst eine offenbare Inconsequenz und Ungleichmäßigkeit in den Strafen für Verbrechen und Vergehen zugelassen werden. Auf Grundlage des angezogenen Art. 77 des Strafgesetzbuches ist aber die Umwandlung der Detention in den Arrestanten-Compagnien in Einsperrung im Arbeitshause nur in zwei Fällen zulässig: 1) mit einer Verlängerung der Detentionszeit um die Hälfte, — für Personen, welche zu den Arrestanten-Compagnien nach dem 4. und 5. Grade des Art. 31 des Strafgesetzbuches verurtheilt sind, im Falle großer Entfernung von dem Orte, wo Arrestanten-Compagnien eingerichtet sind, und 2) ohne Verlängerung der Detentionszeit, — für Frauenzimmer, welche zu der Strafe gleichviel nach welchem Grade des Art. 31 des Strafgesetzbuches, verurtheilt worden sind, und für diejenigen zu dieser Strafe verurtheilten Personen männlichen Geschlechts, welche wegen hohen Alters, Hinfälligkeit oder aus anderen Ursachen für untauglich zu den Arbeiten der Arrestanten-Compagnien befunden worden sind. Da Ein Dirigirender Senat auf Grundlage der angeführten Gesetzesbestimmungen befindet: 1) daß obgleich im Gesetze der Fall, daß es in den Arrestanten-Compagnien an genügendem Raum mangelt, nicht direct vorhergesehen ist, diese Schwierigkeit in der Erfüllung des gerichtlichen Urtheils, ihrem Wesen nach dennoch dem im Art. 77 des Strafgesetzbuches erwähnten Falle einer großen Entfernung von den Orten, an welchen solche Compagnien eingerichtet sind, dennoch vollständig gleich ist, da, wenn sich auch in irgend welchen Compagnien einer anderen Vertlichkeit Raum für die Verurtheilten fände, diese Verurtheilten doch auch in diesem Falle wegen der Entfernung dieser Compagnien, nach dem genauen Sinne des Art. 77 des Strafgesetzbuches, der Detention im Arbeitshause mit Verlängerung der von dem Gerichte festgesetzten Detentionszeit um die Hälfte, unterliegen müßten; 2) daß deshalb die im Art. 77 festgesetzte Umwandlung der Detention in den Arrestanten-Compagnien in Detention im Arbeitshause auch im Falle eines Mangels an Raum in den Arrestanten-Compagnien, jedoch nur auf diejenigen Verurtheilten Anwendung finden muß, welche vom Gerichte nach dem 4. und 5. Grade des Art. 31 des Strafgesetzbuches verurtheilt worden sind; 3) daß von den zur Abgabe in die Arrestanten-Compagnien nach den ersten 3 Graden des Art. 31 verurtheilten Personen nur Frauenzimmer und diejenigen Personen männlichen Geschlechts, welche wegen hohen Alters, Hinfälligkeit oder aus anderen Ursachen für untauglich zu den Arbeiten in den Compagnien befunden werden, anstatt dessen der Detention im Arbeitshause unterzogen werden können, wobei die Dauer ihrer Detention nicht verlängert wird; 4) daß die Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in Detention im Gefängnisse nach dem Gesetze durchaus nicht zulässig ist, hat Ein Dirigirender Senat in Anbetracht dessen, daß eine der vorliegenden ähnliche Frage auch an anderen Orten aufgeworfen werden kann, verfügt: von obiger Erläuterung der Ordnung der An-

wendung des Art. 77 des Strafgesetzbuches den Gouvernements- und Provinzial-Regierungen zur gehörigen Richtschnur und Erfüllung mittelst Ukase zu wissen zu geben und mittelst ebenmäßigen Ukases den Minister des Innern zu benachrichtigen.

Betreffend die Frage in Betreff der Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in Detention im Gefängnisse.

Aus dem 1. Departement vom 23. October 1872 Nr. 33378.

Nr. 92. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen: 1) den Bericht des Verwaltenden des Ministeriums des Innern vom 10. August 1872 Nr. 13054, in welchem es heißt: nach der im vorigen Jahre erfolgten Herausgabe des ersten Supplements zum Postwegweiser (v. J. 1871) sei die Eröffnung neuer Eisenbahnlinien und Posttracte erfolgt, haben sich die Richtungen seitheriger Tracte und die Entfernungen zwischen den Stationen, sowie auch die Pferdestämme, die gehalten werden, verändert und seien einige der früheren Stationen aufgehoben worden. In Folge dessen sei vom Postdepartement ein zweites Supplement zum Postwegweiser zusammengestellt und herausgegeben worden, in welchem sowol die neu eröffneten Wege, als auch überhaupt alle bis zum 15. Mai v. J. stattgehabten Veränderungen in den Postverbindungen, die bei den über die Vorspanngelder zu machenden Berechnungen zur Richtschnur genommen werden müssen, enthalten sind. Bei Vorstellung eines Exemplars des zweiten Supplements zum Wegweiser, Ausg. v. J. 1871, bitte er, der Verwaltende des Ministeriums des Innern, den Dirigirenden Senat dahin Anordnung zu treffen, daß alle Behörden, Institutionen und Personen, die auf Grundlage der Anmerkung zum Art. 494, Bd. III des Cod. der Reichsgesetze (Ausgabe v. J. 1857) und des Art. 544, Bd. X, Thl. 1 des Militaircodex verpflichtet sind, den Wegweiser bei Festsetzung der Vorspanngelder zur Richtschnur zu nehmen, sich behufs gehöriger Burechstellung des Wegweisers, das zu diesem Zwecke herausgegebene zweite Supplement zu demselben anschaffen. Dieses Supplement wird zu 15 Kop. das Exemplar ausschließlich in der Executor-Abtheilung des Postdepartements (въ Исполнительной части Почтового Департамента) verkauft, wohin auch die auswärtigen Behörden und Personen sich mit ihren Forderungen, unter Beifügung des für die Ausgabe zu zahlenden Geldes, zu wenden haben, da ohne dasselbe das Supplement nicht übersandt werden wird, und 2) die Sprawka. Befohlen: Ueber diesen Bericht des Verwaltenden des Ministeriums des Innern, zur entsprechenden Anordnung bezüglich der Anschaffung des in demselben gedachten Supplements zum Postwegweiser Seitens der betreffenden Gerichtsbehörden und amtlichen Personen, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Herausgabe des zweiten Supplements zum Postwegweiser.

Aus dem 1. Departement vom 28. August 1872 Nr. 29429.

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 93. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß auf des-

falliges geziemendes Ansuchen des früheren Eigenthümers des im Dorpat-Werro-
schen Kreise belegenen Gutes Waimel, Eduard von Richter, welcher das genannte
Immobil dem Herrn Carl Loewen mittelst am 7. September 1870 sub Nr. 150
corroborirten Kaufcontracts unter der ausdrücklichen Verpflichtung verkauft hat,
die obrigkeitliche Genehmigung zur Ab- resp. Zutheilung einer 3 Quadrat Werst
großen Waldparcelle nebst der dazu gehörigen Buschwächterstelle Soe-Kaserna
von dem Gute Bentenhof zum Gute Waimel zu erwirken, die in Rede stehende
Abtheilung des qu. Waldstückes nebst der auf Hofesland fundirten Buschwächter-
stelle von dem Gute Bentenhof und Zutheilung zu dem Gute Waimel, unter
Vorbehalt des unveränderten Hypothekenstandes des Gutes Bentenhof, Seitens
der Gouvernements-Obrigkeit genehmigt worden ist.

Riga-Schloß, den 10. November 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Uexküll.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allenhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 94. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 19. September 1872 Nr. 30785, desmittelft die am 1. (13.) Juni 1872 zwischen Rußland und Belgien abgeschlossene Postconvention, welche am 13. Juni d. J. der Allenhöchsten Ratification gewürdigt und in Betreff welcher solche Ratification am 12. (24.) Juli 1872 in der festgesetzten Ordnung gegen die Belgische ausgetauscht worden ist — publicirt wird.

P o s t - C o n v e n t i o n

abgeschlossen zwischen

Rußland und Belgien

am 1. (13.) Juni 1872.

Wir Alexander der Zweite,

Von Gottes hilfreicher Gnade

Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Twer, Jugorien, Perm, Wjätka, Bulgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Polozk, Rostow, Jaroslaw, Welosersk, Udorien, Obdorien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherkessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w., thun hierdurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Könige von Belgien Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 1. (13.) Juni 1872 zu St. Petersburg eine Postconvention abgeschlossen und unterzeichnet haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König von Belgien von dem Wunsche geleitet, die Ordnung des Austausches der Correspondenz zwischen ihren beiden Staaten zu verbessern, haben beschlossen, eine Postconvention abzuschließen und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland Seinen General-Adjutanten, General der Cavallerie, Minister des Innern, Mitglied des Reichsraths Alexander Timaschew, Ritter der russischen Orden: des heilg. Alexander Newsky, des weißen

Adlers, des heilg. Wladimir 2. Cl., der heilg. Anna 1. Cl. mit den Schwertern über dem Orden und des heilg. Stanislaus 1. Cl., sowie der ausländischen: des Großkreuzes des Dänischen Danebrog-Ordens, des Großkreuzes des Schwedischen Schwertordens u. s. w., und

Seinen Geheimrath den Director des Postdepartements Baron Iwan Welho, Ritter der russischen Orden: des weißen Adlers, des heilg. Wladimirs 2. Cl., der heilg. Anna 1. Cl. und des heilg. Stanislaus 1. Cl., Commandeur der ausländischen: des sächsischen Albert des heldenmüthigen, des belgischen Leopold, des türkischen Medjidie u. a., und

Seine Majestät der König von Belgien Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Kaiserlich-Russischen Hofe Grafen Errembault de Dubzele, Commandeur des belgischen Leopold-Ordens, des türkischen Medjidie-Ordens 2. Cl., des österreichischen Ordens der eisernen Krone 2. Cl. und des sächsischen Ernestinen-Ordens, welche nach gegenseitiger Auswechslung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über Folgendes geeinigt haben: .

Artikel 1.

Einleitung
des Austausch-
sches der Corre-
spondenz.

Zwischen der Postverwaltung Rußlands und der Postverwaltung Belgiens soll ein periodischer und geregelter Austausch der Correspondenz stattfinden, welche sowohl aus diesen Staaten, als auch aus denjenigen Ländern kommt, denen die Postverwaltungen der contrahirenden Theile als Vermittlerinnen dienen können.

Artikel 2.

Mittel des
Transports.

Dieser Austausch kann zu Lande transito durch andere Staaten in geschlossenen Postpacketen oder zur See stattfinden. Jede Correspondenz soll nach ihrem Bestimmungsort auf dem Wege, der für den kürzesten gehalten wird, abgefertigt werden. Falls der Absender die Richtung bezeichnet, in welcher er die Correspondenz befördert wissen will, so muß sie, in so weit solches möglich, auf diesem Wege befördert werden.

Artikel 3.

Ausdeh-
nung der An-
wendung der
Convention.

Die Stipulationen der gegenwärtigen Convention werden auf alle integrirenden Theile des russischen Kaiserreichs mit Einschluß des Großfürstenthums Finnland und auf das ganze Territorium des Königreichs Belgien angewandt werden.

Artikel 4.

Begriff der
Correspondenz

Unter Correspondenz versteht man Briefe, Drucksachen aller Art und Waarenproben.

Das Gewicht einer jeden Sendung soll nicht 250 Grammen übersteigen und darf der Werth nicht auf derselben angegeben sein.

Artikel 5.

Grundlage
der Taren.

Die Zahlung für die Correspondenz wird berechnet nach der Anzahl der Gewichtseinheiten, wobei als Gewichtseinheit gerechnet wird: für Briefe — 15 Grammen oder Theile von 15 Grammen,

für Drucksachen und Waarenproben — 50 Grammen oder Theile von 50 Grammen.

Artikel 6.

Gewöhnliche Briefe.

Die Zahlung für einen aus Rußland nach Belgien oder aus Belgien nach Rußland zu befördernden Brief wird festgesetzt:

auf 40 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn er frankirt ist,

auf 60 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn er nicht frankirt ist.

Mit nicht vollständig frankirten Briefen ist wie mit garnicht frankirten Briefen zu verfahren und müssen sie wie diese letzteren, mit Abzug jedoch des Werthes der gebrauchten Postmarken und Stempelcouverts, bezahlt werden.

Artikel 7.

Drucksachen und Waarenproben.

Drucksachen aller Art und Waarenproben, welche aus einem Staate nach dem anderen befördert werden, unterliegen einer Zahlung von 10 Centimes für die Gewichtseinheit und ist die Francation für sie obligatorisch. Unter der Benennung „Drucksachen“ werden verstanden alle gedruckten, lithographirten, metallographirten oder auf eine andere mechanische Art reproducirten Gegenstände, mit Ausnahme jedoch derjenigen, die vermittelst der Copiermaschine oder des Abzuges (Widerdruck — décalque) erzeugt worden sind.

Die Drucksachen und Waarenproben müssen derartig verpackt sein, daß der Inhalt bequem controlirt werden kann. Die Drucksachen dürfen keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, die Unterschrift des Absenders, die Angabe des Orts und die Zeit der Abgabe und auf Correcturbogen — die Correcturbemerkungen.

Die Waarenproben dürfen keinen Handelswerth haben und keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, das Fabrikzeichen oder die Handelsfirma des Absenders, die Nummern und die Preise, der höchste Betrag ihres Gewichts, sowie ihr Umfang, muß den Zollbestimmungen entsprechen.

Diejenigen Drucksachen und Waarenproben, welche nicht erlaubte handschriftliche Vermerke tragen oder nicht frankirt oder nicht vollständig frankirt sind und überhaupt nicht den verlangten Bedingungen entsprechen, werden wie unfrankirte oder nicht vollständig frankirte Briefe bezahlt, und wird mit ihnen wie mit diesen letzteren verfahren.

Artikel 8.

Recommandation.

Jeder aus Rußland nach Belgien oder aus Belgien nach Rußland zu befördernde Brief kann recommandirt werden und kann der Absender außerdem verlangen, daß ihm eine Empfangsbcheinigung des Adressaten zugestellt werde.

Die Recommandation verpflichtet den Absender, außer der Zahlung für einen frankirten Brief gleichen Gewichts, noch die festgesetzte Gebühr

von 25 Centimes für einen Brief in Rußland und von 20 Centimes in Belgien zu entrichten.

Wenn ein recommandirter Brief noch von einer zurückzusendenden Empfangsbcheinigung begleitet ist, so muß der Absender, unabhängig von den obgedachten Zahlungen, noch eine besondere Gebühr von 25 Centimes in Rußland und von 20 Centimes in Belgien entrichten. Die Empfangsbcheinigung muß in der aller kürzesten Zeit unentgeltlich zurückgesandt werden.

Die Recommandation wird nach Möglichkeit auch für Briefe gestattet werden, die nach Ländern adressirt sind, für welche die Postverwaltungen der contrahirenden Staaten als Vermittlerinnen dienen.

Artikel 9.

Gilbriefe.

Ein Brief auf dessen Umschlag der Absender geschrieben hat: „à remettre par exprès“ (durch einen Gilboten zu übersenden) muß unverzüglich nach seiner Ankunft auf der Postbehörde des Bestimmungsortes durch einen Gilboten dem Adressaten zugestellt werden.

Die Bestellung eines Gilboten verpflichtet den Absender, außer der festgesetzten Zahlung, noch eine besondere Gebühr von 50 Centimes zu entrichten.

Artikel 10.

Unrichtig
infradite
und nicht
ausgereichte
Correspondenz.

Eine nicht richtig adressirte oder nicht richtig infradite Correspondenz oder eine, deren Adressat sein Domicil verändert hat, muß unverzüglich auf dem kürzesten Wege an den richtigen Bestimmungsort gesandt werden und soll für diese Weiterbeförderung keiner Zahlung zum Besten des einen oder anderen der contrahirenden Staaten unterliegen. Eine nicht ausgereichte Correspondenz wird gegenseitig zurückgesandt.

Artikel 11.

Transit.

Jede Correspondenz ohne Rücksicht auf ihren Ursprung und ihre Bestimmung wird beiderseits transito durch die Territorien der contrahirenden Staaten befördert.

Offen — darf der Gesamtpreis für den Durchgang durch die Territorien beider contrahirenden Staaten nicht die oben in Art. 6 und 7 festgesetzte russisch-belgische Tage übersteigen.

In geschlossenen Postpaketen wird der Transit zu folgenden Preisen zugestanden:

30 Centimes für 30 Grammen bei Briefen und 1 Francs für ein Kilogramm bei Drucksachen und Waarenproben für den Durchgang durch das ganze Gebiet des Russischen Kaiserreichs; 15 Centimes für 30 Grammen bei Briefen und 50 Centimes für ein Kilogramm bei Drucksachen und Waarenproben für den Durchgang durch das ganze Territorium des Königreichs Belgien (mit Einschluß des Transports über den Canal la Manche zwischen Belgien und England).

Für die Weiterbeförderung zur See oder auf ausländischen Landwegen werden beide Verwaltungen gegenseitig nur diejenige Zahlung

zurückerstatten, welche jede für einen eben solchen Transport ihrer eigenen Correspondenz entrichtet.

Die obgedachten Preise werden nach dem NettoGewichte der Correspondenz berechnet, mit Ausnahme der dienstlichen Correspondenz, der Rechnungsdocumente, der unrichtig instradirten und nicht ausgereichten Correspondenz. Eine transito durch beide Staaten gehende Correspondenz, offen oder in geschlossenen Postpaketen, muß allen für die russisch-belgische Correspondenz festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Artikel 12.

Verantwort-
lichkeit.

Der Verlust eines recommandirten Briefes verpflichtet diejenige Postverwaltung, welche den Brief abgesandt hat, dem Absender eine Entschädigung von 50 Francs zu zahlen, wobei sie ihren Regreß gegen die Postverwaltung zu nehmen hat, deren Agenten die Sorge für den Brief in dem Augenblicke des Verlustes anvertraut war.

Wenn der Verlust im Ressort der Verwaltung eines der dazwischenliegenden Staaten stattgefunden hat, so müssen die Postverwaltungen der contrahirenden Theile die Entschädigung zur Hälfte zahlen.

Die Entschädigung muß dem Absender oder, bei seiner Abwesenheit, dem Empfänger ausgezahlt werden, sobald der Verlust gehörig constatirt ist. Der Absender kann dem Empfänger vermittelt einer einfachen geschriebenen Vollmacht das Recht auf die Entschädigung übertragen. Die Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung cessirt:

- a) wenn die Anzeige über den Verlust nicht im Laufe eines Jahres von dem Tage, an welchem der Brief auf der Post gegeben war, gemacht worden ist, und
- b) wenn der Verlust außerhalb des Territoriums der beiden contrahirenden Theile und der dazwischenliegenden Staaten stattgefunden hat. In diesem Falle verpflichten sich die Postverwaltungen der contrahirenden Theile jedoch unentgeltlich alle möglichen Schritte im Interesse des Klägers zu thun.

Artikel 13.

Repartition
der Ausgabe
n und des
Erlöses.

Die Ausgaben für den dazwischenliegenden Transit tragen beide Verwaltungen zu gleichen Theilen. Die Berechnung dieser Ausgaben und die Bezahlung derselben wird jedoch von derjenigen Postverwaltung bewerkstelligt, welche von den dazwischenliegenden Verwaltungen die günstigsten Transitbedingungen ausgemittelt hat. Der Verwaltung, welche diese Kosten bezahlt hat, wird die andere Verwaltung die Hälfte derselben zurückerstatten.

Die zu erzielende Einnahme aus der Zahlung für die Correspondenz wird im Betrage von drei Fünfteln zum Besten der Russischen Postverwaltung und von zwei Fünfteln zum Besten der belgischen repartirt werden. Die Zahlung für die Uebersendung durch einen Eilboten wird zum Vollen derjenigen Verwaltung ausgekehrt, unter deren Administration der Ausgabeort steht. Die übrigen Gebühren werden derjenigen Verwaltung, die sie erhoben hat, überlassen.

Artikel 14.

Rechnungs-
ablegung.

Die Postverwaltung Rußlands und diejenige Belgiens werden alle drei Monate eine Berechnung der auf Grundlage dieser Convention übersandten Correspondenz aufmachen.

Diese Berechnungen, welche in Francs und Centimes geschehen, werden nach gegenseitiger Durchsicht bestätigt und wird der Unterschied unverzüglich in der Münze desjenigen Staates, an den die Zahlung zu erfolgen hat, entrichtet werden.

Jeder der contrahirenden Staaten wird die Taxen und Gebühren in seiner eigenen Münze erheben und desgl. die Entschädigungen in seiner eignen Münze bezahlen, wobei ein Francs gleich einem Viertel Rbl. Slb. und ein Centimes gleich einem Viertel Kop. Slb. gerechnet werden und der Bruchtheil eines Kopakens für einen vollen Kopaken gelten wird. Wenn jedoch die für eine ungenügend frankirte Correspondenz von dem Empfänger zu entrichtende Nachzahlung einen Theil eines Decimes ausmacht, so wird die belgische Postverwaltung einen ganzen Decime für einen Theil desselben erheben.

Artikel 15.

Gegensei-
tige Mit-
theilungen.

Die Postverwaltungen der contrahirenden Staaten werden sich gegenseitig in kürzester Zeit, zur gegenseitigen Richtschnur, die in jedem Staate bestehenden Bestimmungen, welche die Erfüllung der gegenwärtigen Convention betreffen, mittheilen, als: die Gesetzesbestimmungen und Anordnungen, bezüglich der Zulassung und Circulation von Drucksachen aller Art, die Angabe der Orte, wo die Ausgabe von Briefen durch Eilkoten zulässig ist, u. s. w.

Artikel 16.

Instruction
bezüglich
der Erfül-
lung der
Convention.

Die Postbehörden, bei denen der Austausch stattfindet, die Direction der Correspondenz, wie auch alle Details der Geschäftsführung, der Rechenschaftsablegung und der Beförderung der officiellen Correspondenz die Ausnahmefälle, in denen beide Verwaltungen, unabhängig von der gegenwärtigen Convention, den jetzt bestehenden Modus des Austausches der offenen Correspondenz durch Vermittelung anderer Staaten, anwenden können, die Fristen für die Zurücksendung der nicht ausgereichten Correspondenz, die besonderen Bedingungen des Transits u. s. w. werden in einer von den Postverwaltungen der contrahirenden Staaten nach gegenseitigem Einvernehmen angefertigten Instruction festgesetzt werden, welchen Verwaltungen es gestattet ist, zu jeder Zeit, wenn sie es für nothwendig erachten, die Mittel des Austausches zu erweitern und die Ordnung der Geschäftsführung abzuändern.

Artikel 17.

Besondere
Instruccio-
nen.

Den Postverwaltungen der contrahirenden Staaten steht das Recht zu, sobald sie es für nützlich erachten, ein Abonnement auf periodische Schriften einzuführen und Post-Transferte, einen Austausch von offenen Briefen und Correspondenzen jeder anderen Art, wie auch Packet-Sen-

dungen u. s. w. einzurichten und die Bedingungen dieser Operationen in besonderen Instructionen festzusetzen.

Artikel 18.

Sprache. Alle Relationen zwischen den Postverwaltungen beider Staaten müssen in französischer Sprache stattfinden.

Die Adressen und Aufschriften auf den Correspondenzen, wenigstens in den Hauptsachen, wie auch auf den Postpaketen, Säcken und Felleisen müssen in französischer Sprache sein.

Der ausschließliche Gebrauch der Sprachen beider Staaten wird nur auf den Postmarken, den Stempelcouverts, den Stempeln und Siegeln, wie auch für die Zeichen auf den zum Transport der Correspondenz dienenden Gegenständen gestattet.

Artikel 19.

Dauer der Convention. Die gegenwärtige Convention tritt in Kraft von der Zeit ab, über welche beide Postverwaltungen übereinkommen werden, und soll so lange verbindlich bleiben, bis einer der contrahirenden Theile dem anderen ein Jahr im Voraus seinen Wunsch ankündigt, die Wirksamkeit derselben aufzuheben.

Artikel 20.

Erfüllung. Die gegenwärtige Convention wird ratificirt und werden die Ratificationen in St. Petersburg im Verlauf von sechs Wochen nach Unterzeichnung derselben ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention unterschrieben und derselben das Insigne ihres Wappens beigedrückt.

So geschehen zu St. Petersburg am 1. (13.) Juni im Jahre 1872 nach Christi Geburt.

(Unterz.) Alexander Timaschew.

Graf Errembault de Dudzele.

(Unterz.) Baron Swam Welho.

(L. S.)

(L. S.) (L. S.)

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Bepfischung dieser Convention dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach hierdurch für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden soll. Zur Urkunde dessen haben wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen. Gegeben zu Zarskoje-Selo, den 13. Juni im Jahre 1872 nach Christi Geburt, Unserer Regierung aber im achtzehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterzeichnet:

(L. S.)

„Alexander.“

(Contrafignirt) Verwaltender des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten
Westmann.

**Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen zc. zc. aus der Livl. Gouv.-Verwaltung, desmittelst fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.**

Nr. 95. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 12. September 1872 Nr. 30242 desmittelst der Bericht des Ministers des Innern betreffend die Ergänzung des Pkt. 7 der am 26. Mai 1867 Allerhöchst bestätigten Regeln über die Ordnung der Bewerfstellung abermaliger Wahlen der Landschafts-Deputirten durch die Hinweisung auf den Art. 96 des Reglements über die Landesinstitutionen — publicirt wird.

Nr. 96. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 16. October 1872 Nr. 32574 desmittelst der Antrag des Verräfers des Justizministeriums betreffend die Ergänzung des Art. 31 der Regeln über die Rechnungsführung in den Friedensgerichts-Institutionen, — publicirt wird.

Nr. 97. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 20. October 1872 Nr. 33206 desmittelst der Bericht des Chefs der Hauptverwaltung des Statthalters von Kaukasien betreffend die für den Unterhalt eines Kranken in den Krankenhäusern der Collegien allgemeiner Fürsorge auf $45\frac{1}{2}$ Kop. und für die Beerdigung eines Gestorbenen, je nach den Erkundigungspreisen festgesetzte Zahlung in Transkaukasien, und die für den Unterhalt eines Kranken auf $60\frac{3}{4}$ Kop., und für die Beerdigung eines Gestorbenen auf 3 Rbl. $72\frac{1}{2}$ Kop. festgesetzte Zahlung im Gouvernement Stavropol, für das Jahr 1873, publicirt wird.

**Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruessen zc. zc. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.**

Nr. 98. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hierdurch zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß auf Ansuchen des Erbbesizers des Gutes Haynasch, des Pernauschen Kaufmanns 1. Gilde Wilhelm Ludwig Sternberg die Abtheilung des von demselben käuflich acquirirten, im Ganzen eine Flächenausdehnung von 69 Quadratwerste, 56 Loostellen und 11 Rappen umfassenden und darunter an steuerpflichtigem Lande 109 Thlr. $4\frac{11}{128}$ Gr. enthaltenden nördlichen Theiles des Gutes Alt-Salis nebst Gebäuden und sonstigen Appertinentien von diesem letzteren Gute und die Zuthheilung solchen Grundstückes zum Gute Haynasch von der Gouvernements-Obrigkeit unter dem Vorbehalte genehmigt worden, daß der in Rede stehende nördliche Theil des Gutes Alt-Salis, sowohl für die Pfandbriefschuld dieses Gutes, als auch für die noch ungetilgten 600 Rbl. S. des der Alt-Salischen Gemeinde im Jahre 1869 von der Livländischen Gouvernements-Versorgungs-Commission erteilten Vorschusses von 1000 Rbl. S. in so lange mit verhaftet bleibt, bis vom Gute Alt-Salis die entsprechenden Beträge abgelöst sein werden und daß fortan bei allen öffentlichen Zahlungen und Leistungen das Gut Haynasch mit einem Landeswerth von $1\frac{16}{20}$ Haken, das Gut Alt-Salis aber mit einem Landeswerth von $11\frac{3}{20}$ Haken zu repartiren sein wird.

Riga-Schloß, den 1. December 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Hefküll.**

Älterer Secretair **H. v. Stein.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Cines Dirigirenden Senats.

Nr. 99. Ukase Cines Dirigirenden Senats. Ein Dirigirender Senat ließ sich vortragen: 1) das Allerhöchste Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät vom 16. November c., betreffend die Bewerkstellung einer Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Kaiserreichs und in den Gouvernements des Königreichs Polen, und 2) Seiner Kaiserlichen Majestät Namentlichen Allerhöchsten Ukase an den Dirigirenden Senat von demselben 16. November, betreffend die gedeihliche Ausführung und Beendigung dieser Aushebung in der festgesetzten Zeit. Befohlen: Gedachtes Allerhöchstes Manifest Seiner Kaiserlichen Majestät zu Jedermanns Kenntniß zu bringen und zu dem Ende von demselben und dem erwähnten Allerhöchsten Ukase die erforderliche Anzahl von Exemplaren drucken zu lassen und dieselben zur allgemeinen Bekanntmachung und genauen Erfüllung derer, die es irgendwie betrifft, an alle Gouvernements, Provinzial- und Heeresregierungen, Kameralhöfe und Gouverneure bei Ukasen zu versenden, wobei den Gouverneuren aufs Strengste vorzuschreiben und sie selbst dafür verantwortlich zu machen, daß die Rekrutenaushebung innerhalb der durch das Allerhöchste Manifest und den Allerhöchsten Ukase bestimmten Frist aufs Genaueste in Grundlage des Rekrutenreglements und des gedachten Allerhöchsten Manifestes begonnen und beendet werde und daß nach Beendigung alles Vorgeschiedenen, im Verlauf von sechs Wochen, dem Dirigirenden Senat Vorschläge über die ausgehobenen Rekruten eingesandt werden; — zur Wissenschaft aber und erforderlichen Falls zur gebührenden Erfüllung ebensolche Exemplare an die Minister und Oberdirigirenden der abgetheilten Zweige zu versenden, resp. bei Ukasen und durch Uebergabe von Abschriften der Senats-Verfügung zu den Acten des Oberprocurators des 1. Departements Cines Dirigirenden Senats, und unter Anschluß einer gleichen Abschrift auch dem Departement des Justizministers Mittheilung zu machen; ferner ebensolche Exemplare an Seine Kaiserliche Hoheit den Statthalter von Kaukasien, den Statthalter im Königreich Polen, die Generalgouverneure, Kriegsgouverneure, dem Heeresataman des donischen Kosakenheeres und die übrigen unter den Dirigirenden Senat ressortirenden Behörden und amtlichen Personen bei Ukasen zu versenden, dem Heiligst Dirigirenden Synod, allen Departements des Dirigirenden Senats und deren allgemeinen Versammlungen bei Communicaten mitzutheilen und zum Behufe des Abdrucks in festgesetzter Ordnung dem Comptoir der Senats-Typographie eine Ratification zu übergeben.

Betreffend die Bewerksstellung einer Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Kaiserreichs und in den Gouvernements des Königreichs Polen im Jahre 1873.

Aus dem 1. Departement vom
18. Nov. 1872. Nr. 36774.

Von Gottes Gnaden

Wir Alexander der Zweite,

Kaiser und Selbstherrscher aller Rußsen,

König von Polen, Großfürst von Finnland,

u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Zur gewöhnlichen Completirung Unserer Armee und Flotte befehlen Wir:

In dem kommenden Jahre 1873 eine Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Kaiserreichs und in den Gouvernements des Königreichs Polen auf Grundlage des besonderen, gleichzeitig hiemit an den Dirigirenden Senat erlassenen anordnenden Ukases zu bewerkstelligen.

Diese Aushebung ist an allen Orten des Kaiserreichs und des Königreichs überhaupt mit sechs Mann von jedem tausend Seelen zu bewerkstelligen, mit Ausnahme nur der Karelen, welche den Kemischen Kreis des Gouvernements Archangel und den Powenezschen Kreis des Gouvernements Olonez bewohnen, von denen zu vier Mann von tausend Seelen zu nehmen sind.

Unabhängig von der Aushebung in der obenbezeichneten Anzahl von Seelen ist zur Verrechnung auf den Rückstand ein halber Rekrut von jedem tausend Seelen auszuheben in den Gouvernements: Kiew, Wolhynien, Podolien, Wilna, Grodno, Kowno, Minsk, Mohilew und Witebsk, welche bei der Aushebung vom 1. November bis zum 1. December 1863 von der Rekrutenstellung befreit waren, wie auch in den Gouvernements des Königreichs Polen, wo im Jahre 1869 die Rekrutenaushebung, welche in dem gleichen Betrage mit der in demselben Jahre vom 15. Januar bis zum 15. Februar in beiden Hälften des Kaiserreichs stattgehabten Aushebung hätte bewerkstelligt werden müssen, abgestellt worden war.

Die Aushebung hat überall mit dem 15. Jan. zu beginnen und ist bis zum 15. Februar 1873 zu beendigen. Angesichts der bevorstehenden radicalen Reorganisation der Ordnung für die Ableistung der Militairpflicht ist diese Aushebung auf derselben Grundlage zu bewerkstelligen, wie die Aushebung, welche in diesem Jahre 1872 stattgehabt hat, nur mit einigen Abweichungen, welche durch die Nothwendigkeit hervorgerufen werden. Demgemäß sind in denjenigen Gouvernements und Provinzen des Kaiserreichs, in denen das Rekruten-Reglement Geltung hat, die Bestimmungen dieses Reglements mit den in Unserem Manifeste vom 25. October 1868 und angegebenen Ergänzungen Abänderungen und unter Beobachtung des Nachfolgenden zur Richtschnur zu nehmen:

1. Da die abgabepflichtigen Gemeinden von den in dem Art. 204 des Rekruten-Reglements festgesetzten Kosten für Uniformirung, Proviant und Sold für die Rekruten befreit worden sind, so sind diese Kosten auf Rechnung der Reichs-Landessteuer zu setzen.

2. Der in dem Artikel 22 Unseres Manifestes vom 25. October 1868 festgesetzte niedrigste Betrag der Belohnungsgelder für die Rekruten ist aufgehoben und ist sowohl die Bewilligung dieser Gelder, als auch die Festsetzung des Betrages derselben dem eigenen Ermessen der Gemeinden anheimzustellen.

3. Leute, welche bis zum 1. Januar 1873 das einundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet haben, sind nicht zu Rekruten zu bestimmen und vorzustellen, ausgenommen wenn ein Bruder für den anderen, oder ein Verwandter für ein Glied derselben Revisionsfamilie freiwillig in den Dienst tritt. In diesem Falle ist die in dem Artikel 14 des Manifestes vom 25. October 1868 festgesetzte Regel zu erfüllen.

4. Die Zahl der Rekruten, welche von den Cantonen der ehemaligen Reichsbauern zu stellen sind, ist unter ihnen nicht nach der Zahl der Revisionsseelen, sondern nach der Anzahl der der Einberufung unterliegenden jungen Leute des festgesetzten Alters in folgender Ordnung zu vertheilen:

- a) Um zu bestimmen, wieviel Rekruten die gedachten Cantone in jedem Gouvernement zu stellen haben, ist die Gesamtzahl der von allen Cantonen der ehemaligen Reichsbauern im Kaiserreiche zu stellenden Rekruten, mit Zuschlag der Rekrutenschuldtheile, welche von der vergangenen Aushebung nachgeblieben sind, durch die Gesamtzahl der in allen gedachten Cantonen der Einberufung in allen drei Classen unterliegenden jungen Leute, welche bis zum 1. Januar 1872 das 21. Lebensjahr zurück gelegt haben, zu dividiren und der Quotient mit der Gesamtzahl aller dieser Leute in jedem Gouvernement zu multipliciren.
- b) Um zu bestimmen, wieviel jeder Canton von der Zahl der nach dem vorhergehenden Punkt für das Gouvernement bestimmten Rekruten zu stellen hat, ist die Gesamtzahl dieser für das Gouvernement bestimmten Rekruten durch die Gesamtzahl der im vorhergehenden Punkte gedachten, der Einberufung unterliegenden Leute zu dividiren und der Quotient mit der Gesamtzahl dieser Leute in jedem Canton zu multipliciren.
- c) In dem Falle, daß bei der Multiplication des nach der im Punkte b festgesetzten Regel sich ergebenden Quotienten mit der Anzahl der der Einberufung in jedem Canton unterliegenden Leute, ganze Zahlen mit Bruchtheilen sich ergeben, sind diese Bruchtheile zu streichen; die fehlende Anzahl von Rekruten aber ist auf diejenigen Cantone, auf welche die größten Bruchtheile gefallen sind, zu je einem Rekruten zu vertheilen. Wenn hierbei ein, zwei oder mehr Rekruten auf einen, zwei oder mehrere Cantone, die gleiche Bruchtheile nachbehielten, fallen, so sind die fehlenden Rekruten, zu je einem aus denjenigen Cantonen zu bestimmen, in denen mehr der Einberufung unterliegende Leute vorhanden sind, bei einer Gleichheit in dieser Hinsicht aber aus denjenigen, für welche das Loos entscheidet.
- d) Die Repartition der Rekruten auf die Gouvernements hat das Ministerium des Innern, die Vertheilung auf die Cantone eines jeden Gouvernements aber haben die örtlichen Cameralhöfe unter Leitung der Gouverneure und unter der Aufsicht dieser zu bewerkstelligen.

5. In Anleitung der im Art. 4 angegebenen Ordnung ist auch die Anzahl der von den Cantonen der Bürgerfamilien mit vielen Arbeitern (Rekrutenreglement Art. 811) zu stellenden Rekruten nach der Zahl der der Einberufung unterliegenden jungen Leute zu vertheilen.

6. Von der Rekrutenpflicht sind diejenigen Personen zu befreien, welche im Amte eines Lehrers an den Elementar-Volksschulen stehen, wenn diese Personen vorher eine Prüfung auf die gedachte Würde in festgesetzter Ordnung (Gutachten des Reichsraths vom 22. April 1868) bestanden, oder mit Erfolg den

wissenschaftlichen Cursus in denjenigen Lehranstalten beendet haben, welche das Recht auf die Würde eines Lehrers der Elementar-Volksschulen verleihen.

7. Von den in den Punkten 1 und 3 des Artikels 27 des Manifestes vom 25. October 1868 gedachten Personen sind diejenigen von der Rekrutirung nicht zu befreien, die einen arbeitsfähigen Bruder haben, auch wenn dieser Letztere abgetheilt lebt oder sogar zu einer anderen Gemeinde gehört, es sei denn, daß dieser arbeitsfähige Bruder in den Militärdienst getreten, oder verschollen, oder in Folge Erkenntnisses eines Gerichtes verschickt worden ist.

8. Die im Artikel 907 des Rekruten-Reglements bei dem Nichtvorhandensein eines Bruders, dem im Alter folgenden Verwandten oder einer anderen, zu derselben Familie gehörenden Person, welche in der Familienliste unter derselben Nummer verzeichnet steht, gewährte Befreiung vom Loose ist auf den Fall zu beschränken, wo dieser Verwandte oder die zu derselben Familie gehörende Person zu demjenigen Theile der Familie gehört, aus welchem der das Recht auf die Befreiung gebende Rekrut in den Dienst eingetreten ist.

9. Da die in den Punkten 10 und 14 des Artikels 1030 des Rekruten-Reglements für die Gouvernements Kurland, Livland und Estland festgesetzten Exemptionen der Postknechte, Ofenseher, Zimmerleute, Wagenbauer und Schmiede von der Einberufung zur Rekrutirung aufgehoben worden sind, so sind dieselben der Aushebung in allgemeiner Grundlage zu unterwerfen.

10. In Ergänzung der Artikel 25 und 30 Unseres Manifestes vom 25. October 1868 wird verordnet, daß falls die Cantonal- und Gebiets-Versammlungen (участковые и волостные сходы) unrechtfertige Beschlüsse betreffs der Befreiung junger, der Einberufung unterliegender Leute vom Loose oder Ueberführung derselben, wegen ihrer Familienlage, aus höheren Classen in niedrigere, fassen und diese Versammlungen die Weisungen, welche ihnen die Friedensvermittler über diesen Gegenstand auf Grundlage des Punktes 2 des von Uns bestätigten Reglements vom 10. October 1866 ertheilen, nicht annehmen, — die Friedensvermittler unverzüglich der Friedensversammlung wegen Aufhebung solcher Beschlüsse Vorstellung zu machen haben, und ist bis zur Entscheidung dieser Versammlung die Erfüllung der Beschlüsse zu beanstanden.

11. Auf genauer Grundlage des von Uns am 2. November 1871 bestätigten Gutachtens des Reichsraths ist bei der bevorstehenden Aushebung die private Anmietung von Freiwilligen zu Rekruten nicht zu gestatten; der Betrag der Geldeinzahlung aber für diejenigen Personen, welche sich von der Rekrutenprästation zu befreien wünschen, wird auf achthundert Rubel festgesetzt, wobei hinsichtlich der Ordnung für die Ausgabe von Freikaufsquittungen und der Vertheilung des für dieselben zu zahlenden Geldes die in den Artikeln II und III des Gutachtens des Reichsraths vom 2. November 1871 enthaltenen Regeln zu beobachten sind.

Bei Bewerfstellung der Aushebung in den Gouvernements des Königreichs Polen sind die von Uns am 3. (15.) März 1859 bestätigte Verordnung über die Rekrutenprästation, Unser Manifest vom 26. Juni (8. Juli) 1863 nebst den demselben beigefügten Regeln betreffend die Stände und Personen, welche der Rekrutenprästation nicht unterliegen oder von derselben zeitweilig zu befreien sind, sowie das Manifest vom 2. November 1869 mit folgenden Abänderungen und Ergänzungen zur Richtschnur zu nehmen.

1. Die Einberufung zur Loosung ist mit den Conscriptirten, die am 20. December 1872 (1. Januar 1873) das einundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, zu beginnen.

2. Von den Conscriptirten der 2. Classe sind soviel Altersclassen zur Ableistung der Rekrutenprästation einzuberufen, als nach dem in den Artikeln 13 und 14 des Manifestes vom 26. Juni (8. Juli) 1868 festgesetzten Regeln erforderlich sind.

Anmerkung. Auf Grundlage Unseres Befehls vom 23. Februar 1871 ist die Einberufung der Bevölkerung der Hüttenwerke im Königreich Polen zur Ableistung der Rekrutenprästation nur auf das 21. Lebensjahr zu beschränken.

3. Unter Aufhebung des Art. 24 desselben Manifestes ist bei der bevorstehenden Aushebung der Ersatz von Rekruten durch Miethlinge nicht zu gestatten.

4. Die Wirksamkeit der Unserem Manifeste vom 26. Juni (8. Juli) 1868 beigefügten Regeln, nach welchen es gestattet war, zu jeder Zeit für die Befreiung, von der Militairpflicht eine Freikaufs-Zahlung im Betrage von 1000 Rubeln zu leisten, wird aufgehoben und für diejenigen Personen, welche sich von dem Militairdienste zu befreien wünschen, auf derselben Grundlage, wie im Kaiserreiche, die Freikaufssumme auf achthundert Rubel festgesetzt, wobei es nur denjenigen Conscriptirten gestattet ist, dieselbe zu erlegen, welche nachdem sie das Loos gezogen haben, der Abgabe in den Militairdienst unterliegen. Die durch dieselben Regeln festgesetzte Geldeinzahlung im Betrage von vierhundert Rubeln, anstatt der Stellung von Rekruten zur Tilgung des auf den Einwohnern des Königreichs für die frühere Zeit vor dem Jahre 1865 ruhenden Rückstandes, wird, da der gedachte Rückstand bereits vollständig gedeckt ist, aufgehoben.

5. Die Strafgeelder von den Gliedern der Rekrutenempfangs-Commissionen für die Annahme von zum Militairdienste untauglichen Personen zu Rekruten, sind nach der in den Artikeln 781—791 des im Kaiserreiche geltenden Rekruten-Reglements angegebenen Ordnung zu bestimmen.

6. Für die Einreichung von Beschwerden über unrechtfertige Abgabe zu Rekruten wird eine sechsmonatliche Frist, gerechnet vom Tage der Beendigung der Aushebung, festgesetzt.

7. Die Aufsicht über die Rechnungsführung in Betreff der Loskaufsscheine wird dem Ministerium des Innern übertragen.

8. Außer den in der Beilage zu Unserem Manifeste vom 26. Juni (8. Juli) 1868 und im Manifeste vom 2. November 1869 bezeichneten, von der Rekrutenprästation zeitweilig befreiten Personen, sind zu denselben nicht hinzuzuziehen:

- a) während des Befindens in Lehranstalten: die in den höchsten Special-Lehranstalten des Kaiserreichs dem Studium Obliegenden;
- b) während der Ausübung der Pflichten ihres Amtes: die Lehrer der Elementarschulen im Königreiche.

9. Die in den Artikeln 8, 13, 14, 19, 20 und 22 der Unserem Manifeste vom 26. Juni (8. Juli) 1868 beigefügten Regeln festgesetzte Exemption von der Rekrutenprästation, welche folgenden Personen gewährt war:

- a) den Gebrütern, welche den christlichen Glauben angenommen haben;
- b) den etatmäßigen Postknechten;
- c) den in die Krons- und Privat-Hüttenwerke eingetretenen Personen und deren Söhnen;

d) den nicht im Staatsdienste stehenden Ingenieuren, Architekten, Landmessern, Bildhauern, Malern und Mechanikern;

e) den Künstlern der Warschauer Theater, — ist aufgehoben.

Gegeben in Barskoje Selo am 16. November im Jahre 1872 nach Christi Geburt, Unserer Regierung aber im achtzehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

(L. S.)

„Alexander“.

Gedruckt in St. Petersburg beim Senat am 18. November 1872.

Ukas an den Dirigirenden Senat.

Nachdem Wir durch das am heutigen Tage erlassene Manifest eine Rekrutenaushebung in beiden Hälften des Kaiserreichs und in den Gouvernements des Königreichs Polen angeordnet haben, befehlen Wir:

Die Aushebung überall mit dem 15. Januar des kommenden Jahres 1873 zu beginnen und bis zum 15. Februar desselben Jahres zu beendigen.

Die Anordnungen im Militair-Kessort haben Wir dem Kriegsminister anheimgestellt, die gedeihliche Ausführung und Beendigung dieser Aushebung innerhalb der festgesetzten Frist aber übertragen Wir der Fürsorge des Dirigirenden Senats.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigener Hand unterschrieben:

Barskoje Selo, den 16. November 1872.

„Alexander“.

Nr. 100. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Collegen des Finanzministers vom 21. Oktober 1872 Nr. 763 folgenden Inhalts: Nachdem der Finanzminister allerunthänigst dem Herrn und Kaiser wegen Abänderung der Fassung der Anmerkung zum Art. 24 des Reglements über die Accise vom Sandzucker bezüglich der Größe der in die Pressen zu legenden Zwischenbretter Unterlegung gemacht, habe Seine Kaiserliche Majestät am 10. October dieses Jahres Allerhöchst zu befehlen geruht: den in der gedachten Anmerkung zum Art. 24 enthaltenen Satz: „nicht mehr als 18 Quadrat-Werschof“ durch die Worte: „nicht mehr als 18 Werschof im Quadrat“ zu ersetzen. Ueber solchen Allerhöchsten Befehl berichte er, der Colleague des Finanzministers, Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Anordnung. Befohlen: Ueber solchen Allerhöchsten Befehl zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Abänderung der Fassung der Anmerkung zum Art. 24 des Reglements über die Accise vom Sandzucker.

Aus dem 1. Departement vom 3. November 1872 Nr. 34774.

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 101. Im Interesse einer gleichmäßigeren Vertheilung der von dem Grund und Boden der Livländischen Privat-, Ritterschafts- und Stiftsgüter, sowie der Pastorate bisher erhobenen Abgaben hat der letztversammelte ordinaire Landtag den Beschluß gefaßt, das bisher nicht eingeschätzte Hofesland der bezeichneten Güter, genau in derselben Weise, wie solches bei dem Bauerlande üblich, nach Haken, Thalern und Groschen einschätzen zu lassen.

Demnach werden von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung auf desfallige Requisition der Livländischen Landraths = Collegii nachstehende, auf die Ausführung der von dem Landtage beschlossenen Arbeiten bezügliche Bestimmungen zur allgemeinen Wissenschaft und erforderlichen Nachachtung des- mittelst bekannt gemacht:

1. Alles cultivirte Hofesland (d. h. die Gärten, die Aecker, Wiesen), sowie das Hofesbuschland, der Privat-, Ritterschafts- und Stiftsgüter, sowie der Pastorate, ist, sofern dasselbe bisher noch nicht gemessen worden oder aber die bisherigen Messungen dem gegenwärtigen status quo nicht mehr entsprechen, einer Messung, resp. einer Emendirung der bisherigen Messungen, auf Kosten der Eigenthümer zu unterziehen, zur Karte zu bringen und sodann auf Landeskosten in landesüblicher Weise in Haken, Thaler und Groschen einzuschätzen.

Anmerkung: In der Anlage begriffene Ansiedelungen, welche weder durch Pachtzahlung, noch durch irgend welche Leistungen zur Zeit Erträge abwerfen, sind vorläufig nicht aufzumessen.

2. Die Grenzen der sub 1 bezeichneten Hofsländereien gegenüber der Quote und dem Bauerlande sind, wo solches nicht bereits geschehen, auf der Karte zu verzeichnen.
3. Die sämmtlichen Messungen der sub 1 bezeichneten Hofsländereien sind von den betreffenden Eigenthümern bis spätestens zum 1. Januar 1874 auszuführen, resp. die bisherigen Messungen bis zu diesem Termin zu vervollständigen und werden für den Fall, daß auf einzelnen Gütern bis zum 1. Januar 1874 keine genügenden Vermessungen vorgefunden werden sollten, die vom Landtage dazu designirten Katastrirungs-Organen berechtigt, diese Vermessungen auf Kosten des Eigenthümers ausführen zu lassen.
4. Die Katastrirung der genannten Ländereien auf Landeskosten muß von den hiezu ausdrücklich von den Katastrirungs-Organen bezeichneten Revisoren ausgeführt werden.
5. Zur Leitung und Ueberwachung der Messung und Katastrirung, sowie zur Erhebung der zu diesem Zweck erforderlichen statistischen Angaben sind nachstehende Organe bestimmt worden:

- a) die Central-Commission, bestehend aus dreien vom Landtag erwählten Gliedern, welchen die oberste Leitung der Arbeiten übertragen worden;
- b) acht von den Kreisversammlungen für jeden Ordnungsgerichtsbezirk zu erwählenden Kreisdirectoren, welchen die Vermittelung zwischen der Central-Commission und den Bezirks-Commissionen überwiesen worden; und

- c) 27 für jeden Kirchspielsgerichtsbezirk aus 2 Gliedern bestehende Bezirks-Commissionen.

Das eine Glied derselben ist von sämmtlichen Gutsbesitzern des Kirchspielsgerichtsbezirks zu erwählen und functionirt in diesem Bezirk als Präses;

Das zweite Glied derselben ist je für die einzelnen Kirchspiele vom örtlichen Kirchspielsconvent zu erwählen und functionirt nur auf den Gütern des Kirchspiels, von dessen Convent es erwählt wurde. Behufs Ermittlung des Thalerwerths der Bauerländereien, sowie der Quote eines jeden Gutes und des Pächtertrages der einzelnen Grundstücke ist der örtliche Gemeindeälteste hinzuziehen.

6. Die Bekanntmachung derjenigen Personen, welche zu den vorstehend bezeichneten Functionen berufen worden, wird nach vollendeter Wahl erfolgen, und soll hiemit einer jeden Guts- und Gemeinde-Verwaltung vorgeschrieben sein, den von jenen Personen und Commissionen, behufs Ausführung der ihnen obliegenden Verpflichtungen, getroffenen Anordnungen unweigerlich Folge zu leisten, wie auch die resp. Ordnungs- und Kirchspielsgerichte solchen Falls betreffenden Requisitionen nachzukommen verpflichtet sein sollen.

Nr. 102. Von der Livländischen Gouvernements-Verwaltung wird hiermit zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht, daß auf Grund des Landtagbeschlusses vom 13. December 1869, gemäß Art. 612, Bd. III Prov. Cod. mit Genehmigung des Livländischen Herrn Gouverneurs, in Stellvertretung des zur Zeit abwesenden Herrn General-Gouverneurs dem Eigenthümer des auf der Insel Desel belegenen Gutes Carmel oder Carmelhof, dimitt. Landrath Ludwig von Gildenslabbe gestattet worden, aus der zu dem benannten Gute gehörigen Hoflage Neu-Carmel ein selbständiges Rittergut unter der Benennung Neu-Carmel zu fundiren, dergestalt, daß fortan bei allen öffentlichen Leistungen und Abgaben das neu zu constituirende Rittergut mit einem Landeswerthe von 368 Dessätinen 1785 Quadratsfaden, das Gut Carmel oder Carmelhof aber nach seiner um diesen Betrag verminderten Größe repartirt werde, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte jedoch der fortbauernenden solidarischen Verhaftung der Güter Carmelhof und Neu-Carmel für die auf dem ersteren Gute ruhenden Pfandbriefschulden, sowie für dessen sonstige Verpflichtungen.

Riga-Schloß, den 4. December 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Nexfäll.**

Älterer Secretair von Picardt.

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 103. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 23. September 1872 Nr. 31144, desmittelt die am 17. (29.) Juni 1872 zwischen Rußland und den Niederlanden abgeschlossene Postconvention, welche am 1. Juli d. J. der Allerhöchsten Ratification gewürdigt und in Betreff welcher solche Ratification in St. Petersburg am 26. Juli (7 August) 1872 in der festgesetzten Ordnung gegen die Niederländische ausgewechselt worden ist, — publicirt wird.

P o s t - C o n v e n t i o n

abgeschlossen zwischen

Rußland und den Niederlanden

am 17. (29.) Juni 1872.

Wir Alexander der Zweite,

Von Gottes hilfreicher Gnade

Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grusien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelien, Lwer, Jugorien, Perm, Bjätka, Bulgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Pologz, Rostow, Jaroslaw, Belosersk, Udorien, Obdorien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Iberischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherssessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.,

Thun hierdurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Könige der Niederlande Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 17. (29.) Juni 1872 zu St. Petersburg eine Postconvention abgeschlossen und unterzeichnet haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König der Niederlande, von dem Wunsche geleitet, die Ordnung des Austausches der Correspondenz zwischen ihren beiden Staaten zu verbessern, haben beschlossen, eine Postconvention abzuschließen und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland Seinen General-Adjutanten, General der Cavallerie, Minister des Innern, Mitglied des Reichsraths Alexander Timaschew, Ritter der russischen Orden: des heilig. Alexander Newsky, des weißen

Adlers, des heil. Wladimir 2. Cl., der heil. Anna 1. Cl. mit den Schwertern und des heil. Stanislaus 1. Cl., der ausländischen: des Großkreuzes des dänischen Dannebrog-Ordens, des Großkreuzes des schwedischen Schwertordens u. a., und

Seinen Geheimrath den Director des Postdepartements Baron Swan Welho, Ritter der russischen Orden, des weißen Adlers, des heil. Wladimir 2 Cl., der heil. Anna 1. Cl. und des heil. Stanislaus 1. Cl., Commandeur der ausländischen: des sächsischen Albert des heldenmüthigen, des belgischen Leopold, des türkischen Medjidie u. a. und

Seine Majestät der König der Niederlande Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Kaiserlich-Russischen Hofe Kammerherrn Otto Wilhelm Johann Berg de Middelburg, Ritter des niederländischen Löwen-Ordens, Commandeur des Ordens der Eichenkrone, des türkischen Großkreuzes des Ordens Medjidie, des Großkreuzes des hannoverschen Welfen-Ordens, Commandeur des Ordens Adolf XV von Nassau, Offizier des Ordens der Ehrenlegion, welche nach gegenseitiger Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über Folgendes geeinigt haben:

Artikel 1.

Zwischen der Postverwaltung Rußlands und der Postverwaltung der Niederlande soll ein periodischer und geregelter Austausch von Briefen, Zeitungen und Drucksachen aller Art, Waarenproben und anderen Gegenständen der Correspondenz stattfinden, welche sowol aus diesen Staaten, als auch aus denjenigen Ländern kommen, für welche die Postverwaltungen der contrahirenden Theile als Vermittlerinnen dienen.

Artikel 2.

Der Transport der in dem vorhergehenden Artikel gedachten Correspondenz kann zu Lande transito durch andere Staaten in geschlossenen Postpacketen oder zur See stattfinden.

Jede aus Rußland nach den Niederlanden oder aus den Niederlanden nach Rußland adressirte Correspondenz muß auf demjenigen Wege befördert werden, auf welchem sie ihren Bestimmungsort am schnellsten erreichen kann, mit Ausnahme des Falles, wenn der Absender auf der Adresse eine andere Richtung angegeben hat.

Artikel 3.

Die Stipulationen der gegenwärtigen Convention werden auf alle integrirenden Theile des russischen Kaiserreichs (mit Einschluß des Großfürstenthums Finnland) und des Königreichs der Niederlande (mit Ausnahme seiner Colonien) angewandt werden.

Artikel 4.

Das Gewicht einer jeden Correspondenz soll nicht 250 Grammen übersteigen. Die Angabe des Werths auf den Umschlägen der Correspondenz ist nicht gestattet.

Artikel 5.

Die Zahlung für die Correspondenz wird nach Gewichtseinheiten berechnet, als welche festgesetzt worden:

für Briefe — 15 Gramme oder Theile von 15 Grammen;
für Drucksachen und Waarenproben — 50 Gramme oder Theile von 50 Grammen.

Die Postverwaltungen der contrahirenden Theile behalten sich jedoch das Recht vor, auf die gedachten Correspondenzen, nach gegenseitigem Einvernehmen, auch andere Gewichtseinheiten anzuwenden.

Artikel 6.

Die Zahlung für einen zwischen Rußland und den Niederlanden zu befördernden gewöhnlichen Brief wird festgesetzt:

auf 40 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn der Brief frankirt ist;
auf 60 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn der Brief nicht frankirt ist.

Artikel 7.

Wenn der Werth der aufgeklebten Postmarken oder der benutzten Stempelcouverts geringer ist, als der, welcher für das Frankiren eines Briefes bis zu seinem Bestimmungsorte festgesetzt ist, so wird ein solcher Brief als unfrankirt betrachtet und als unfrankirter bezahlt, wobei jedoch der Werth der Postmarken oder des Stempelcouverts in Anrechnung gebracht wird.

Artikel 8.

Drucksachen aller Art und Waarenproben, welche aus einem Staate nach dem anderen befördert werden, unterliegen einer Zahlung von 12 Centimes für die Gewichtseinheit und ist die Francation für sie obligatorisch.

Unter der Benennung „Drucksachen“ werden verstanden alle gedruckten, lithographirten, metallographirten oder auf eine andere mechanische Art reproducirten Gegenstände, mit Ausnahme jedoch derjenigen, die vermittelt der Copirmaschine oder des Wiederdrucks (décalque) erzeugt worden sind. Die Drucksachen und Waarenproben müssen derartig verpackt sein, daß der Inhalt bequem controlirt werden kann.

Die Drucksachen dürfen keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, die Unterschrift des Absenders, die Angabe des Orts und die Zeit der Abgabe und auf den Correcturbogen die Correcturbemerkungen.

Die Waarenproben dürfen keinen Handelswerth haben und keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, das Fabrikzeichen oder die Handelsfirma des Absenders, die Nummern und die Preise. Diese Sendungen müssen den Zollvorschriften beider Staaten entsprechen.

Diejenigen Drucksachen und Waarenproben, welche den eben angegebenen Bedingungen nicht entsprechen, werden als unfrankirte oder nicht genügend frankirte Briefe betrachtet und wie solche bezahlt.

Artikel 9.

Zwischen Rußland und den Niederlanden wird die Beförderung von recommandirten Briefen gestattet.

Für jeden recommandirten Brief muß, außer der Zahlung wie für einen gewöhnlichen frankirten Brief desselben Gewichts, noch eine besondere Gebühr von 25 Centimes in Rußland und von 20 Centimes in den Niederlanden entrichtet werden.

Der Absender eines recommandirten Briefes kann, außerdem bei der Abgabe des Briefes verlangen, daß ihm eine Empfangsbcheinigung des Adressaten zugestellt werde.

In diesem Falle muß der Absender im Voraus für die Uebersendung der Empfangsbcheinigung eine besondere Gebühr von 25 Centimes in Rußland und von 20 Centimes in den Niederlanden entrichten.

Die Beförderung von recommandirten Briefen wird nach Möglichkeit auch nach denjenigen Ländern gestattet werden, welche die Postverwaltungen der contrahirenden Theile als Vermittlerinnen dienen.

Artikel 10.

Jede nicht richtig adressirte oder nicht richtig instradirte Correspondenz muß unverzüglich vermittelt der betreffenden Postbehörden, die den Austausch bewerkstelligen, für denselben Preis, für welchen die Correspondenz absendende Verwaltung sie der dieselbe empfangenden übergeben hat, zurückgesandt werden. Eine Correspondenz, deren Adressat sein Domicil verändert hat, muß gegenseitig für denjenigen Preis, welchen der Adressat zu zahlen gehabt hätte, nachgesandt oder zurückgesandt werden.

Für eine solche Weiterbeförderung der obgedachten Correspondenz ist keine Ergänzungszahlung zum Besten derjenigen Verwaltung, welche bereits die ihr zukommende Zahlung erhalten oder auf Rechnung gestellt hat, zu leisten.

Artikel 11.

Eine aus irgend einem Grunde nicht ausgereichte Correspondenz, welche zwischen russischen und niederländischen Postverwaltungen offen befördert worden ist, muß gegenseitig in einer von beiden Verwaltungen zu bestimmenden Frist zurückgesandt werden.

Diejenige nicht ausgereichte Correspondenz, welche der empfangenden Verwaltung auf Rechnung gestellt worden war, muß für denselben Preis, für welchen sie zuerst befördert worden ist, zurückgesandt werden.

Bei der Rücksendung einer nicht ausgereichten Correspondenz aber, welche bis zum Bestimmungsorte oder bis zur Grenze des den Austausch bewerkstelligenden Staates frankirt befördert worden ist, wird keine Zahlung in Rechnung gestellt.

Artikel 12.

Die russische und niederländische Postverwaltungen werden bezüglich der Bedingungen übereinkommen, unter welchen eine offene Beförderung derjenigen Correspondenz vermittelt dieser Verwaltungen gestattet ist, welche zwischen ausländischen Staaten oder Colonien und den Niederlanden, vermittelt der russischen Postverwaltung oder zwischen denselben und Rußland, vermittelt der niederländischen Postverwaltung, ausgetauscht wird.

Jedenfalls dürfen die Zahlungen für die auf diese Weise ausgetauschte Correspondenz nicht die für die russisch-niederländische Correspondenz festgesetzte Zahlung, mit Zuschlag nur der zum Besten der ausländischen oder Colonial-Postverwaltungen zu entrichtenden Zahlung, übersteigen.

Der Transit in geschlossenen Postpaketen wird gegen folgende Zahlung gestattet: 40 Centimes für 30 Gramme bei Briefen und 1 Francs für ein Kilogramm Drucksachen und Waarenproben, für den Durchgang durch das ganze Gebiet

des russischen Kaiserreichs, und 20 Centimes für 30 Gramme bei Briefen und 50 Centimes für ein Kilogramm Drucksachen und Waarenproben, für den Durchgang durch das niederländische Territorium.

Diese Zahlung wird nach dem Nettogewichte der Correspondenz berechnet, mit Ausschluß der dienstlichen Correspondenz, der Rechnungsdocumente, der unrichtig instruirten und nicht ausgereichten Correspondenz.

Eine transito durch beide Staaten gehende Correspondenz, offen oder in geschlossenen Postpacketen, muß allen für die russisch-niederländische Correspondenz festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Artikel 13.

Falls ein recommandirter Brief verloren gegangen ist, muß diejenige Postverwaltung, in deren Ressort solches stattgefunden hat, dem Absender eine Entschädigung von 50 Francs auszahlen, sobald der Verlust gehörig constatirt ist. Die Anzeigen über den Verlust werden während eines Jahres, gerechnet von dem Tage der Abgabe des Briefes auf die Post, angenommen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Postverwaltungen von jeder Verantwortlichkeit befreit.

Der Absender kann dem Adressaten vermittelst einer einfachen schriftlichen Vollmacht sein Recht auf die Entschädigung übertragen.

Wenn der Verlust im Territorium eines dazwischenliegenden Staats stattgefunden hat, so haben die Postverwaltungen der beiden contrahirenden Theile die Entschädigung zur Hälfte zu leisten.

Wenn der Verlust außerhalb des Territoriums der beiden contrahirenden Theile und der dazwischenliegenden Staaten stattgefunden hat, so verpflichten sich die Postverwaltungen der contrahirenden Theile unentgeltlich alle möglichen Schritte im Interesse des Klägers zu thun.

Artikel 14.

Die Postverwaltungen der contrahirenden Staaten werden sich gegenseitig in kürzester Zeit alle zur Erfüllung der gegenwärtigen Convention nothwendigen Auskünfte zur betreffenden Richtschnur mittheilen.

Artikel 15.

Die russische und niederländische Postverwaltung bestimmen nach gegenseitigem Einvernehmen in einer die Erfüllung der gegenwärtigen Convention zum Gegenstande habenden Instruction diejenigen Postbehörden, durch welche der Austausch der Correspondenz zu geschehen hat; sie setzen auch die Richtung der Correspondenzen und alles Dasjenige fest, was die beiderseitige Rechnungsablegung betrifft, sowie die Ordnung der Geschäftsführung zur genauen Erfüllung der Bedingungen der gegenwärtigen Convention. Die obgedachte Ordnung der Geschäftsführung kann jedes Mal, sobald beide Verwaltungen es für nöthig erachten, abgeändert werden.

Artikel 16.

Den Postverwaltungen der contrahirenden Theile wird das Recht eingeräumt, sobald sie es für nützlich erachten, einen Austausch von Post-Transferten und offenen Briefen (Correspondenzkarten) einzuführen.

Die Taxen und Bedingungen für diesen Austausch werden nach gegenseitigem

Uebereinkommen beider Verwaltungen festgesetzt und sind von demjenigen Termine ab obligatorisch, welcher von ihnen bestimmt wird.

Das Oben gesagte erstreckt sich auch auf das Abonnement von Zeitungen und anderen periodischen Schriften.

Artikel 17.

Die Kosten für den dazwischenliegenden Transit in geschlossenen Postpaceten zwischen den russischen und niederländischen Postbehörden, welche den Austausch bewerkstelligen, fallen zu gleichen Theilen auf die russische und niederländische Postverwaltung. Die Zahlung dieser Kosten wird jedoch von derjenigen Postverwaltung bewerkstelligt, welche von den dazwischenliegenden Staaten die günstigsten Bedingungen bezüglich der Preise erlangt hat. Der diese Kosten bezahlt habenden Verwaltung wird die andere Verwaltung die Hälfte derselben zurückerstatten.

Die zu erzielende Einnahme aus der durch die gegenwärtige Convention für Briefe, Drucksachen und Waarenproben festgesetzten Zahlung wird zwischen der russischen und niederländischen Postverwaltung im Betrage von zwei Dritteln zum Besten der russischen und einem Drittel zum Besten der niederländischen Postverwaltung repartirt.

Die besonderen Gebühren für recommandirte Briefe und für die Empfangsbescheinigungen über dieselben kommen nicht in Rechnung. Diese Gebühren verbleiben zum Vollen derjenigen Verwaltung, welche sie erhoben hat.

Artikel 18.

Die russische und niederländische Postverwaltung werden alle drei Monate eine Berechnung der auf Grundlage dieser Convention übersandten Correspondenz aufmachen. Nach gegenseitiger Durchsicht dieser Rechnungen werden die nach denselben zu machenden Zahlungen von derjenigen Verwaltung geleistet, welche sich bei der anderen in der Schuld befindet.

Die Zahlungen nach den in Francs und Centimes aufgemachten Rechnungen müssen in der Münze desjenigen Staates, an den dieselben zu leisten sind, gemacht werden.

Die Erhebung der durch die gegenwärtige Convention festgesetzten Zahlungen für die Correspondenz, wie auch die Auszahlung der Entschädigungen für den Verlust von recommandirten Briefen, wird von jedem der contrahirenden Staaten in seiner eigenen Münze geschehen.

Bei der Berechnung der Münzen wird ein Franc gleich einem Viertel Rubel Slb. und einem halben niederländischen Florin, und ein Centimes gleich einem Viertel Kopfen Silber und einem halben niederländischen Cents gerechnet. Die Bruchtheile eines Kopfens und eines Cents werden für einen vollen Kopfen und einen vollen Cents gerechnet. Wenn jedoch die von einem Empfänger für eine nicht genügend frankirte Correspondenz zu machende Zahlung einen Bruch von 5 Cents ausmacht, so wird die niederländische Postverwaltung 5 Cents für die Theile von 5 Cents erheben.

Artikel 19.

Alle Relationen zwischen den Postverwaltungen beider Staaten müssen in französischer Sprache stattfinden. Die Adressen und Aufschriften auf den Corre-

spendenzen, wenigsten in ihren wesentlichen Theilen, wie auch auf den Postpacketen, Säcken und Felleisen, müssen in französischer Sprache geschrieben oder gedruckt sein.

Der ausschließliche Gebrauch der Nationalsprache eines jeden Staates ist nur auf den Postmarken der Stempelcouverts, den Stempeln und Siegeln, wie auch für die Zeichen auf den zum Transport der Correspondenz dienenden Gegenstände zulässig.

Artikel 20.

Die gegenwärtige Convention tritt in Kraft von dem Tage an, über welchen beide Postverwaltungen übereinkommen werden, und soll so lange in Gültigkeit bleiben, bis einer der contrahirenden Theile dem anderen zwölf Monate im Voraus seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit derselben aufzuheben.

Artikel 21.

Die gegenwärtige Convention wird ratificirt und werden die Ratificationen in St. Petersburg im Verlauf von sechs Wochen nach Unterzeichnung derselben ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention unterschrieben mit Beidrückung des Insignels ihres Wappens.

So geschehen zu St. Petersburg am 17 (29.) Juni im Jahre 1872 nach Christi Geburt.

(Unterz.) Alexander Limaschew.

Berg de Middeldburg.

(Unterz.) Baron Iwan Welho.

(L. S.)

(L. S.) (L. S.)

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Beprüfung dieser Convention dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach hierdurch für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden soll. Zur Urkunde dessen haben wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen. Gegeben zu Peterhof, den 1. Juli im Jahre nach Christi Geburt 1872, Unserer Regierung aber im achtzehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterzeichnet:

(L. S.)

„Alexander.“

(Contrafignirt) Verwaltender des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten
Westmann.

Nr. 104. Ulas Cines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 26. October 1872 Nr. 34273, desmittelst die am 25. Juni (7. Juli) 1872 zwischen Rußland und Dänemark abgeschlossene Postconvention, welche am 8. Juli d. J. in Krasnoje Selo der Allerhöchsten Ratification gewürdigt und in Betreff welcher solche Ratification am 18. (30.) August 1872 in der festgesetzten Ordnung gegen die dänische ausgewechselt worden ist — publicirt wird.

Post-Convention

abgeschlossen zwischen

Rußland und Dänemark

am 25. Juni (7. Juli) 1872.

Wir Alexander der Zweite,

von Gottes hülfreicher Gnade

Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen,

von Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod; Zar von Kasan, Zar von Astrachan, Zar von Polen, Zar von Sibirien, Zar des Taurischen Chersones, Zar von Grussien, Herr von Pskow und Großfürst von Smolensk, Lithauen, Wolhynien, Podolien und Finnland; Fürst von Estland, Livland, Kurland und Semgallen, Samogitien, Bjalostock, Karelilien, Iwer, Jugorien, Perm, Wjätka, Bulgarien und anderer Länder, Herr und Großfürst von Nischni-Nowgorod, Tschernigow, Kasan, Pologz, Rostow, Jaroslaw, Welosersk, Udorien, Odborien, Kondien, Witebsk, Mstislaw und der ganzen nördlichen Gegend Gebieter; Herr der Ikerischen, Cartalinischen und Kabardinischen Lande und der Provinz Armenien; der Tscherkessischen und Berg-Fürsten und anderer erblicher Herr und Gebieter; Thronerbe von Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein, Stormarn, Ditmarsen und Oldenburg u. s. w., u. s. w., u. s. w.

Thun hierdurch kund, daß in Folge gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Uns und Seiner Majestät dem Könige von Dänemark, Unsere beiderseitigen Bevollmächtigten am 25. Juni (7. Juli) 1872 zu St. Petersburg eine Post-Convention abgeschlossen und unterzeichnet haben, welche von Wort zu Wort also lautet:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland und Seine Majestät der König von Dänemark, von dem Wunsche geleitet, die Ordnung des Austausches der Correspondenz zwischen ihren Staaten zu verbessern, haben beschloffen, eine Post-convention abzuschließen und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland Seinen General-Adjutanten, General der Cavallerie, Minister des Innern, Mitglied des Reichsraths Alexander Timaschem, Ritter der russischen Orden: des heilg. Alexander Newsky, des weißen Adlers, des heilg. Wladimir 2. Cl., der heil. Anna 1. Cl., mit den Schwertern über dem Orden und des heil. Stanislaus 1. Cl., sowie der ausländischen: des Großkreuzes des dänischen Dannebrog-Ordens, des Großkreuzes des schwedischen Schwertordens u. s. w., und

Seinen Geheimrath den Director des Postdepartements Baron Iwan Welho, Ritter der russischen Orden: des weißen Adlers, des heil. Wladimir 2. Cl., der heil. Anna 1. Cl. und des heil. Stanislaus 1. Cl., Commandeur der ausländischen: des sächsischen Albert des heldenmüthigen, des belgischen Leopold, des türkischen Medjidie u. a., und

Seine Majestät der König von Dänemark Seinen außerordentlichen Ge-

sandten und bevollmächtigten Minister bei dem Kaiserlich-Russischen Hofe, Kammerherrn de Wind, Ritter des dänischen Dannebrog-Ordens und des Ehrenkreuzes desselben Ordens, des russischen Ordens der heil. Anna 2. Cl., des griechischen Erlöser-Ordens und des belgischen Leopold-Ordens, welche nach gegenseitiger Auswechslung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten sich über Folgendes geeinigt haben:

Artikel 1.

Einleitung
des Austausch-
sches der Corre-
spondenz.

Zwischen der Postverwaltung Rußlands und der Postverwaltung Dänemarks soll ein periodischer und geregelter Austausch der Correspondenz stattfinden, welche sowol aus diesen Staaten, als auch aus denjenigen Ländern kommt, für welche die Postverwaltungen der contrahirenden Theile als Vermittlerinnen dienen können.

Artikel 2.

Mittel des
Transports.

Dieser Austausch kann zu Lande transito durch andere Staaten in verschlossenen Postpaceten oder zur See stattfinden.

Jede Correspondenz soll auf dem Wege, abgefertigt werden, von welchem anzunehmen ist, daß sie auf ihm am schnellsten ihren Bestimmungsort erreichen kann. Falls der Absender die Richtung bezeichnet, in welcher er die Correspondenz befördert wissen will, so muß sie, in so weit solches möglich, auf diesem Wege befördert werden.

Artikel 3.

Ausdeh-
nung der An-
wendung der
Convention.

Die Stipulationen der gegenwärtigen Convention werden auf alle integrirenden Theile des russischen Kaiserreichs (mit Einschluß des Großfürstenthums Finnland) und des Königreichs Dänemark (mit Ausnahme Islands, Grönlands und der dänischen Colonien) angewandt werden.

Artikel 4.

Begriff der
Correspondenz

Unter Correspondenz sind zu verstehen Briefe, Drucksachen aller Art und Waarenproben.

Das Gewicht einer jeden der obgedachten Sendungen soll nicht 250 Grammen übersteigen und darf der Werth nicht auf derselben an gegeben sein.

Artikel 5.

Grundlagen
der Taxen.

Die Zahlung für die Correspondenz wird berechnet nach der Anzahl der Gewichtseinheiten, wobei als Gewichtseinheit gerechnet wird:
für Briefe — 15 Grammen oder Theile von 15 Grammen,
für Drucksachen und Waarenproben — 50 Grammen oder Theile von 50 Grammen.

Die Postverwaltungen der contrahirenden Theile behalten sich jedoch das Recht vor, auf die gedachten Correspondenzen, nach gegenseitigem Uebereinkommen, auch andere Gewichtseinheiten in Anwendung treten zu lassen.

Artikel 6.

Gewöhn-
liche Briefe.

Die Zahlung für einen aus Rußland nach Dänemark oder aus Dänemark nach Rußland zu befördernden Brief wird festgesetzt:

auf 40 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn er frankirt ist,
auf 60 Centimes für die Gewichtseinheit, wenn er nicht frankirt ist.

Mit nicht vollständig frankirten Briefen ist wie mit gar nicht frankirten zu verfahren und müssen sie wie diese letzteren bezahlt werden, mit Abzug jedoch des Werthes der gebrauchten Postmarken und Stempelcouverts,

Artikel 7.

Drucksachen
und Waaren-
proben.

Drucksachen aller Art und Waarenproben, welche aus dem einen Staate nach dem anderen befördert werden, unterliegen einer Zahlung von 12 Centimes für die Gewichtseinheit und ist die Francation für sie obligatorisch. Unter der Benennung „Drucksachen“ werden verstanden alle gedruckten, lithographirten, metallographirten oder auf eine andere mechanische Art reproducirten Gegenstände, mit Ausnahme jedoch derjenigen, die mittelst der Copiermaschine oder des Widerdrucks (dècalque) erzeugt worden sind.

Die Drucksachen und Waarenproben müssen derartig verpackt sein, daß der Inhalt bequem controlirt werden kann.

Die Drucksachen dürfen keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, die Unterschrift des Absenders, die Angabe des Orts und die Zeit der Abgabe und auf Correcturbogen — die Correcturbemerkungen.

Die Waarenproben dürfen keinen Handelswerth haben und keinen anderen handschriftlichen Vermerk tragen, als die Adresse des Empfängers, das Fabrikzeichen oder die Handelsfirma des Absenders, die Nummern und die Preise. Der höchste Betrag ihres Gewichts, sowie ihr Umfang, muß den Zollvorschriften entsprechen.

Diejenigen Drucksachen und Waarenproben, welche nicht erlaubte handschriftliche Vermerke tragen oder nicht frankirt oder nicht vollständig frankirt sind und überhaupt nicht den verlangten Bedingungen entsprechen, werden wie gewöhnliche Briefe bezahlt, und wird mit ihnen wie mit diesen letzteren verfahren.

Artikel 8.

Recommandation.

Jeder aus Rußland nach Dänemark oder aus Dänemark nach Rußland zu befördernde Brief kann recommandirt werden und kann der Absender außerdem verlangen, daß ihm eine Empfangsbcheinigung des Adressaten zugestellt werde.

Die Recommendation verpflichtet den Absender, außer der Zahlung für einen frankirten Brief gleichen Gewichts, noch die festgesetzte Gebühr von 25 Centimes zu entrichten.

Wenn ein recommandirter Brief noch von einer zurückzusendenden Empfangsbcheinigung begleitet ist, so muß der Absender, unabhängig von der obgedachten Zahlung, und der Gebühr, noch eine besondere Gebühr von 25 Centimes entrichten. Die Empfangsbcheinigung muß in der aller kürzesten Zeit unentgeltlich zurückgesandt werden.

Die Recommandation wird nach Möglichkeit auch für Briefe gestattet werden, die nach Ländern adressirt sind, für welche die Postverwaltungen der contrahirenden Staaten als Vermittlerinnen dienen.

Artikel 9.

Unrichtig
instradirte
und nicht
ausgereichte
Correspondenz.
Eine nicht richtig adressirte oder nicht richtig instradirte Correspondenz oder eine, deren Adressat sein Domicil verändert hat, muß unverzüglich auf dem kürzesten Wege an den richtigen Bestimmungsort gesandt werden und soll für diese Weiterbeförderung keiner Nachzahlung zum Besten des einen oder anderen der contrahirenden Staaten unterliegen.

Eine aus irgend welchen Ursachen nicht ausgereichte Correspondenz wird gegenseitig zurückgesandt.

Artikel 10.

Transit.

Jede Correspondenz, ohne Rücksicht auf ihren Ursprung und ihre Bestimmung, wird beiderseits transito durch die Territorien der contrahirenden Staaten befördert.

Offen — darf der Gesamtpreis für den Durchgang durch die Territorien beider contrahirenden Staaten nicht die oben in Art. 6 und 7 festgesetzte russisch-dänische Lage übersteigen.

In geschlossenen Postpaketen wird der Transit zu folgenden Preisen zugestanden:

40 Centimes für 30 Grammen bei Briefen und 1 Francs für ein Kilogramm bei Drucksachen und Waarenproben für den Durchgang durch das ganze Gebiet des russischen Kaiserreichs; 20 Centimes für 30 Grammen bei Briefen und 50 Centimes für ein Kilogramm bei Drucksachen und Waarenproben für den Durchgang durch das ganze Territorium des Königreichs Dänemark.

Die obgedachten Preise werden nach dem Nettogewichte der Correspondenz berechnet, mit Ausnahme der dienstlichen Correspondenz, der Rechnungsdocumente, der unrichtig instradirten und nicht ausgereichten Correspondenz. Eine transito durch beide Staaten gehende Correspondenz, offen oder in geschlossenen Postpaketen, muß allen für die russisch-dänische Correspondenz festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Artikel 11:

Haftpflicht.

Der Verlust eines recommandirten Briefes verpflichtet diejenige Postverwaltung, welche den Brief abgesandt hat, dem Absender eine Entschädigung von 50 Francs zu zahlen, wobei sie ihren Regreß gegen die Postverwaltung zu nehmen hat, deren Ressort die Sorge für den Brief in dem Augenblicke des Verlustes anvertraut war.

Wenn der Verlust im Ressort der Verwaltung eines der dazwischenliegenden Staaten stattgefunden hat, so müssen die Postverwaltungen der contrahirenden Theile die Entschädigung zur Hälfte zahlen.

Die Entschädigung muß dem Absender oder, bei seiner Abwesenheit, dem Empfänger ausgezahlt werden, sobald nur der Verlust gehörig constatirt ist. Der Absender kann dem Empfänger mittelst einer

einfachen schriftlichen Vollmacht das Recht auf die Entschädigung übertragen.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Entschädigung cessirt:

- a) wenn die Anzeige über den Verlust nicht im Laufe eines Jahres von dem Tage, an welchem der Brief auf die Post gegeben war, gemacht worden ist, und
- b) wenn der Verlust außerhalb des Territoriums der beiden contrahirenden Theile und der dazwischenliegenden Staaten stattgefunden hat. In diesem Falle verpflichten sich die Postverwaltungen der contrahirenden Theile jedoch unentgeltlich alle möglichen Schritte im Interesse des Reclamanten zu thun.

Artikel 12.

Repartition
der Kosten
und der Ein-
nahmen.

Die Einnahmen aus der Zahlung für die Correspondenz wird zwischen der Postverwaltung Rußlands und derjenigen Dänemarks zur Hälfte getheilt werden.

Die festgesetzten Gebühren werden derjenigen Verwaltung, welche sie erhoben hat, überlassen.

Die Kosten für den dazwischenliegenden Transport verpflichtet sich die dänische Postverwaltung ohne Rückerstattung zu bezahlen.

Artikel 13.

Rechnungs-
ablegung.

Die Postverwaltung Rußlands und diejenige Dänemarks werden alle drei Monate eine Berechnung der auf Grundlage dieser Convention übersandten Correspondenz aufmachen.

Diese Berechnungen, welche in Francs und Centimes geschehen, werden nach gegenseitiger Durchsicht bestätigt und wird der Unterschied unverzüglich entrichtet werden.

Jeder der contrahirenden Staaten wird die Taxen und Gebühren in seiner eigenen Münze erheben und desgl. die Entschädigungen in seiner eignen Münze bezahlen, wobei ein Francs gleich einem Viertel Rbl. Slb. und gleich vier und dreißig Schilling Rigsmonst, und ein Centimes gleich einem Viertel Kop. Slb. und einem Drittel Schilling Rigsmonst gerechnet werden und der Bruchtheil eines Kopkens und eines Schillings für einen vollen Kopken und einen vollen Schilling gelten wird.

Artikel 14.

Gegensei-
tige Mit-
theilungen.

Die Postverwaltungen der contrahirenden Staaten werden sich beiderseits in kürzester Zeit, zur gegenseitigen Richtschnur, die in jedem ihrer Staaten bestehenden Bestimmungen, welche die Erfüllung der gegenwärtigen Convention betreffen, mittheilen, als: die Gesetzesbestimmungen und Anordnungen, bezüglich der Zulassung und Circulation von Drucksachen aller Art u. s. w.

Artikel 15.

Instruction
bezüglich
der Erfül-
lung der
Convention.

Die Postbehörden, bei denen der Austausch stattfindet, die Direction der Correspondenz, wie auch alle Details der Geschäftsführung, der Rechenschaftsablegung und der Beförderung der officiellen Correspondenz, die Ausnahmefälle, in denen beide Verwaltungen, unabhängig von der gegenwärtigen Convention, den jetzt bestehenden Modus des Austausches der offenen Correspondenz, durch Vermittelung anderer Staaten, anwenden können, die Fristen für die Zurücksendung der nicht ausgereichten Correspondenz, die besonderen Bedingungen des Transits u. s. w. werden in einer von den Postverwaltungen der contrahirenden Staaten nach gegenseitigem Einvernehmen angefertigten Instruction festgesetzt werden, welchen Verwaltungen es auch gestattet ist, zu jeder Zeit, wenn sie es für nothwendig erachten, die Mittel des Austausches zu erweitern und die Ordnung der Geschäftsführung abzuändern.

Artikel 16.

Besondere
Instructionen.

Den Postverwaltungen der contrahirenden Staaten steht das Recht zu, sobald sie es für nützlich erachten, ein Abonnement auf periodische Schriften einzuführen und Post-Transferte und Präsentationen von Schuldverschreibungen zur Einzahlung, einen Austausch von offenen Briefen und Correspondenzen jeder anderen Art, wie auch Packet-Sendungen u. s. w. einzurichten und die Bedingungen dieser Operationen (d. h. die Tagen u. A.) in besonderen Instructionen festzusetzen.

Artikel 17

Sprache.

Alle Relationen zwischen den Postverwaltungen beider Staaten müssen in französischer Sprache stattfinden.

Die Adressen und Aufschriften auf den Correspondenzen, wenigstens in den Hauptsachen, wie auch auf den Postpaketen, Säcken und Felleisen müssen in französischer Sprache sein.

Der ausschließliche Gebrauch der Nationalsprache eines jeden Staates wird nur auf den Postmarken, den Stempelcouverts, den Stempeln und Siegeln, wie auch für die Zeichen auf den zum Transport der Correspondenz dienenden Gegenständen gestattet.

Artikel 18.

Dauer der
Convention.

Die gegenwärtige Convention tritt in Kraft von dem Zeitpunkte ab, über welche beide Postverwaltungen übereinkommen werden, und soll so lange verbindlich bleiben, bis einer der contrahirenden Theile dem anderen ein Jahr im Voraus seinen Wunsch ankündigt, die Wirksamkeit derselben aufzuheben.

Artikel 19.

Erfüllung.

Die gegenwärtige Convention wird ratificirt und werden die Ratificationen in St. Petersburg im Verlauf von sechs Wochen nach Unterzeichnung derselben ausgetauscht werden.

Zur Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Convention unterschrieben und derselben das Insignel ihres Wappens beigebrückt.

So geschehen zu St. Petersburg am 25. Juni (7 Juli) im Jahre 1872 nach Christi Geburt.

(Unterz.) Alexander Timaſchew.

(Unterz. G. Wind.

(Unterz.) Baron Iwan Welho.

(L. S.)

(L. S.) (L. S.)

Um deswillen haben Wir nach reiflicher Beprüfung dieser Convention dieselbe für gut befunden, bestätigt und ratificirt, wie Wir sie ihrem ganzen Inhalte nach hierdurch für gut befinden, bestätigen und ratificiren, indem Wir mit Unserem Kaiserlichen Wort für Uns, Unsere Erben und Nachfolger versprechen, daß Alles, was in der gedachten Convention stipulirt ist, unverbrüchlich beobachtet und erfüllt werden soll. Zur Urkunde dessen haben Wir diese Unsere Kaiserliche Ratification Eigenhändig unterzeichnet und sie durch Unser Reichsiegel zu bekräftigen befohlen. Gegeben zu Krasnoje-Selo, den 8. Juli im Jahre 1872 nach Christi Geburt, Unserer Regierung aber im achtzehnten.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Eigenhändig also unterzeichnet:

(L. S.)

„Alexander.“

Contraſignirt: der Verwaltende des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten
Westmann.

Nr. 105. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf den dem Dirigirenden Senate am 30. September d. J. unter Eigenhändiger Unterschrift Seiner Majestät ertheilten Kamentlichen Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, in welchem es heißt: „Der Kriegsminister hat Uns die im Kriegsministerium ausgearbeiteten Bücher des Militaircodex der Ausgabe vom Jahre 1869: des XII. — über die Intendantur-Anstalten, des XIII. — über die Artillerie-Anstalten, und des XIV. — über die Ingenieur-Anstalten, zur Bestätigung vorgestellt. Diese Bücher bilden den ersten Band des vierten Theils (Militair-Anstalten) dieses Codex und eine Fortsetzung der Arbeiten zur Herausgabe eines neuen Codex der Militairverordnungen. Indem Wir dem Dirigirenden Senate die von Uns bestätigten Bücher übersenden befehlen Wir: 1) Von der Zeit der Publication dieses Unseres Ukases und des Empfanges der obgedachten Bücher, des XII., XIII. und XIV., des Militaircodex der Ausgabe vom Jahre 1869 in jeder Behörde und Verwaltung, je nach der Hingehörigkeit, — sind in den Acten alle Bezugnahmen und Hinweisungen auf die Geseze, in Betreff der in den gedachten Büchern enthaltenen Gegenstände, auf die betreffenden Artikel in diesen Büchern des Codex der neuen Ausgabe zu machen, an Stelle der Artikel des Militaircodex der Ausgabe vom Jahre 1859 und der Fortsetzungen zu diesem letzten Codex, welche in einem hier beigelegten besonderen Verzeichniß angegeben sind, sowie an Stelle der einzelnen Verordnungen und Bestimmungen bezüglich derselben Gegenstände, die in letzter Zeit im Militairressort erlassen und daher noch nicht in den Codex vom Jahre 1859 aufgenommen worden sind. 2) Bezüglich der Ordnung der Hinweisungen und Bezugnahmen auf diese Bücher des Militaircodex, der Her-

ausgabe von Fortsetzungen zu denselben und des Gebrauchs dieser Bücher hat man sich nach den Punkten 2, 3 und 4 Unseres, dem Dirigirenden Senate am 30. Juni 1869 ertheilten, diesbezüglichen Ukases zu richten. Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Erfüllung des Obigen die erforderliche Anordnung zu treffen“, — hat Ein Dirigirender Senat Befohlen: Ueber den gedachten Namentlichen Allerhöchsten Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät, unter Beifügung des in demselben erwähnten Verzeichnisses, zur Wissenschaft und schuldigen Erfüllung derer, die es betrifft, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Herausgabe des neuen Militaircodex.

Aus dem 1. Departement vom 24. October 1872 Nr. 33621.

Auf dem Original steht geschrieben: „Allerhöchst bestätigt“. In Livadia, am 30. September 1872.

Unterscriben: der Kriegsminister, General-Adjutant Miljutin.

Verzeichniß

der Artikel des Militaircodex, Ausgabe v. J. 1859, welche durch das zwölfte, dreizehnte und vierzehnte Buch der neuen Ausgabe des Militaircodex aufgehoben werden.

Band II.

Artikel:

Beilagen:

zu Artikel 113 (in der Fortsetz. IV).

Pft. 1—13.

" 21—28.

Band IV

1—22 I—III.

38—238 VII.

240—271 VIII.

310—420 XII—XVII.

432 XXII—XXVII.

434—440 XXXII—XXXVI.

442—556 zu Artikel 2 (in d. Forts. VI.) ^{I.}/_{II.}

558—563 " " 3 (" " V.)

565—627 " " 334 (" " VI.)

691—701 " " 404 (" " VI.)

Pft. 62—110.

703 729 zu Artikel 437 (in d. Forts. I.)

826—834 " " 591 (" " II.)

847—890 " " 703—729 (" " I.)

928—940 " " 952 956 (" " II.)

952—956 " " 965 (" " V.)

Pft. 1—10.

" 11 außer d. Anm.

" 22—61.

" 64—73.

zu Artikel 965 (in d. Forts. VI.)

Pft. 1—45.

" 47.

" 48.

" 50.

B a n d V I I I.

| Artikel: | Beilagen: |
|--------------------|-----------------------------------|
| 379—437 | XXI. |
| 456—560 | XXII. |
| 989—1000 | XXV—XXXVIII. |
| | zu Artikel 418 (in d. Forts. VI.) |
| | Pft. 1—23. |
| | " 27—33. |

B a n d I X.

| | |
|---------------------|------------------------------------|
| 115—263 | II. |
| 265—599 | III. |
| 602—1182 | X—XLIV |
| 1184—1194 | XLIX—LI. |
| 1196—1292 | LIV—LXIV |
| 1302—1328 | zu Artikel 838 (in d. Forts. III.) |
| 1331 | " 973 (" " II.) |
| 1333—1341. | |
| 1344—1379. | |
| 1381—1460. | |
| 1468—1471. | |
| 1473—1476. | |
| 1478. | |
| 1482—1489. | |
| 1613—1643. | |
| 1648—1666. | |
| 1713—1721. | |

Unterschrieben: der Kriegsminister, General-Adjutant Miljutin.

Riga-Schloß, den 8. December 1872.

Livländischer Vice-Gouverneur **Baron Uexküll.**

Allerhöchste Befehle und Ukase Eines Dirigirenden Senats.

Nr. 106. Ukase Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement vom 24. October 1872 Nr. 33858, desmittelst die mit Allerhöchster Genehmigung Seiner kaiserlichen Majestät am 6. (18.) September dieses Jahres von dem Verwaltenden des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem hier anwesenden schwedischen Geschäftsträger unterschriebene und ausgewechselte Ministerdeclaration, betreffend den Transport der Posten zwischen Finnland und Schweden zur Winterzeit — publicirt wird.

Declaration.

Die kaiserlich russische und die königlich schwedische und norwegische Staatsregierung, von dem Wunsche beseelt, die Postverbindungen zwischen dem Großfürstenthum Finnland und dem Königreiche Schweden zu erleichtern und zu entwickeln und insonderheit die regelmäßige Beförderung der Posten zur See zwischen beiden Ländern während der Winterzeit sicherzustellen, haben nach gegenseitiger Uebereinkunft folgende Artikel stipulirt:

Artikel 1.

Der Transport der Posten zwischen Grislehamn und Eckerö, dessen in dem Punkte 1 des Artikels 3 der Postconvention vom 18. (30.) April 1868 Erwähnung geschieht, wird hinfünftig für die Zeit des Jahres, während welcher eine regelmäßige Verbindung zwischen Stockholm und Helsingfors, resp. Åbo, durch Privatdampfschiffe unterhalten wird, vollständig eingestellt.

In der übrigen Zeit des Jahres wird der Transport der Posten zwischen Grislehamn und Eckerö vermittelt eines Dampfers bewerkstelligt, dessen Unterhaltung die schwedische Postverwaltung übernimmt. Dieser Dampfer wird auf der gedachten Linie zwei Mal wöchentlich von jeder Seite fahren, falls nicht Hindernisse, die aus klimatischen Einflüssen entstehen, eintreten.

Die königlich schwedische Postverwaltung wird bezüglich des Transportes der Posten zwischen Grislehamn und Eckerö alle Pflichten eines Rheders erfüllen und übernimmt alle Kosten, welcher Art sie auch sein mögen, die mit der Unterhaltung des Dampfers und dem Transporte der Waaren verbunden sind; desgleichen erhält sie ungetheilt alle Einnahmen, die durch den Transport der Passagiere und Waaren mit dem gedachten Dampfer erzielt werden.

In den Fällen, wo das Eis den Dampfer verhindert bis Eckerö zu gehen, übernimmt die Postverwaltung des Großfürstenthums Finnland die Beförderung der Postcorrespondenz zwischen Eckerö und Signildstär oder irgend einem anderen, in einer Entfernung von nicht mehr als zwei geographischen Meilen von Eckerö

liegenden Punkte für ihre Rechnung hin und zurück; hierbei ist ihr jedoch gestattet, eine besondere Zahlung von den Passagieren und Waaren, die auf diesem Wege befördert werden, zu erheben.

Dagegen darf für den Transport der Postcorrespondenz zur See in keinem Falle eine besondere Zahlung erhoben werden, gleichviel ob er ausschließlich durch die Fürsorge der schwedischen Postverwaltung, oder theilweise durch die der schwedischen und theilweise durch die der finnländischen Postverwaltung bewerkstelligt wird.

Für den Transport der Posten mit dem Dampfer, welchen die schwedische Postverwaltung gemäß den obigen Stipulationen übernimmt, zahlt die finnländische Postverwaltung jährlich der schwedischen Postcasse die Summe von sechstausend dreihundert (6300) schwedischer Reichsthaler, wovon die eine Hälfte, dreitausendeinhundertundfünfzig Reichsthaler, im Laufe des Januar-Monats, die andere Hälfte aber vor Ablauf des Aprils jeden Jahres entrichtet werden muß.

Die Kosten des Transports der Posten vermittelt Privattendampfschiffe zwischen finnländischen und schwedischen Häfen werden zwischen der finnländischen und schwedischen Postverwaltung zur Hälfte repartirt.

Artikel 2.

Der königlich schwedischen Postverwaltung ist es gestattet, unter Beobachtung derjenigen Controlmaßregeln, welche sich zur Verhütung von Mißbräuchen als erforderlich erweisen, in Signildskär und Skeppsvik Niederlagen von Vorräthen an Heizmaterial, welches, erforderlichen Falles zur Benutzung auf dem Dampfschiffe bestimmt ist, ohne Zahlung der Zollgebühren, einzurichten.

Was im Uebrigen die Zahlung der Gebühren an den Anlegeplätzen, die Lootfengelder, die Loschplätze u. s. w. betrifft, so genießt der Postdampfer in den finnländischen Häfen dieselben Vorrechte, die die finnländischen Kronsfahrzeuge daselbst genießen.

Zur Sicherstellung der Fahrten des Postdampfers muß das bei dem Leuchthurme von Elmaren unweit Enskär functionirende Personal dem Dampfer die erforderliche Hilfe leisten und ihm die nöthigen Tagessignale geben.

Artikel 3.

Den Postverwaltungen des Großfürstenthums Finnland und des Königreichs Schweden wird das Recht zugestanden, sowohl bezüglich der Reihenfolge der Abfahrten des Postdampfers, als auch in Bezug auf die übrigen Maafregeln, welche soviel als möglich zur Sicherstellung einer regelmäßigen Postverbindung zur See dienen können, unter einander ein Uebereinkommen zu treffen.

Wenn in der Folge durch die Umstände eine Verbindung anderer, als der im Artikel 1 angegebenen Punkte der Alands-Inseln und Schwedens vermittelt dieses Dampfers erforderlich werden sollte, so ist den Postverwaltungen desgleichen gestattet, unter einander ein Uebereinkommen über die Bedingungen einer solchen Abänderung der Ordnung für den Transport der Posten zur Winterzeit zu treffen.

Die obigen Artikel treten mit dem 19. September (1. October) dieses Jahres in Wirksamkeit und bleiben für die Dauer eines Jahres von dem Tage ab

gerechnet in Kraft, wo eine der contrahirenden Staatsregierungen den Wunsch erklärt, die Wirksamkeit derselben aufzuheben.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten, in gehöriger Vollmacht, die gegenwärtige Declaration unterzeichnet und ihr die Insiegel ihres Wappens beigedrückt.

So geschehen in zwei Exemplaren zu St. Petersburg den 6. (18.) September im Jahre 1872 nach Christi Geburt.

(Unterz.) Westmann.

(L. S.)

(Unterz.) Reuterskiöld.

(L. S.)

Nr. 107. Ukase Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des stellv. Ober-Procureurs des 1. Departements Eines Dirigirenden Senats sub Nr. 2221 folgenden Inhalts: der Justizminister habe, nachdem er auf Grundlage des Art. 79 des am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsraths und der Art. 295, 296 und 726 der Civil-Proceßordnung vom 20. November 1864 die Zeitungen: „Journal de St. Petersbourg“ und „St. Petersburger Zeitung“ für den Abdruck der Publicationen wegen Vorladung vor Gericht und über Contumacial-Urtheile im künftigen Jahre 1873 in denselben ausgewählt —, mit der Bestimmung, daß erstens diese Publicationen ohne allen Aufenthalt, in russischer Sprache, mit buchstäblicher Genauigkeit und unter Verantwortung der Redaction für jegliche Abänderung des Inhalts oder der Form der Originalpublication abgedruckt werden, und zweitens daß die Justizbehörden das Geld für die in der französischen Zeitung abzudruckenden Publicationen an die Redaction des „Journal de St. Petersbourg“, für die in der deutschen Zeitung abzudruckenden aber, gemäß dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 4. Juli 1869, an die Verwaltung der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften zu senden haben — mittelst Ordre vom 18. October sub Nr. 20597 dem stellv. Ober-Procureur des 1. Departements Eines Dirigirenden Senats aufgetragen, Obiges bei Einem Dirigirenden Senate zur erforderlichen Publication zu beantragen. Befohlen: Solche Anordnung des Justizministers zur gehörigen Erfüllung in festgesetzter Ordnung zu publiciren, wobei 1) den Justizbehörden 1. und 2. Instanz zur unabweichlichen Pflicht zu machen ist, daß sie die Publicationen wegen Vorladung und das Geld für dieselben, wenn die Publicationen in der französischen Zeitung abzudrucken sind, gemäß dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 4. Juli 1869 — an die Redaction dieser Zeitung, und wenn sie in der deutschen Zeitung abzudrucken sind, gemäß dem Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 4. Juli 1869 — an die Verwaltung der St. Petersburger Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften zu senden haben, und daß sie in Grundlage des Art. 81 der Regeln vom 11. October 1865 bei Abfassung der Publicationen keinerlei Abweichungen von den gesetzlich verordneten Regeln und Formen zulassen dürfen, und 2) die Justizbehörden zu verwarnen, daß für alle Schreibfehler oder Unrichtigkeiten in der Fassung der Publicationen die Justizbehörden selbst verantwortlich bleiben. Ueber Obiges an die Justizbehörden 2. Instanz Ukase zu

erlassen und mittelst ebenmäßiger Ukase, behufs den Gerichten 1. Instanz zu ertheilender Vorschrift, den Gouvernements- und Provinzial-Regierungen zu wissen zu geben, zur Wissenschaft aber Ukase zu erlassen.

Betreffend den Druck der Publicationen über die
Vorladung vor Gericht und über Contumacial-
Urtheile.

Aus dem 1. Departement vom
22. Novbr. 1872. Nr. 38527.

Nr. 108. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Bericht des Ministers des Innern vom 13. November 1869 Nr. 10650 folgenden Inhalts: Der Tulasche Gouverneur habe sich an das Ministerium des Innern mit der Frage gewandt, wie lange und in welchem Betrage den Familien verwiesener oder blos zu transportirender Arrestanten, wenn diese unterwegs wegen Krankheit zurückbleiben, die Alimentationsgelder abzulassen sind. Zugleich habe der Gouverneur erklärt, daß der Aufenthalt, wie Beispiele gewesen, zuweilen längere Zeit dauern und daß in den bestehenden, diesbezüglichen Regeln und Gesetzesbestimmungen keine deutlichen Angaben darüber enthalten seien, wie in solchen Fällen zu verfahren ist. Nach seiner, des Ministers des Innern, Ansicht seien bei der Entscheidung der angeregten Frage folgende Gesetze und Erwägungen zur Richtschnur zu nehmen: nach der Verordnung über Verwiesene, Bd. XIV des Cod. der Reichsgesetze, Ausgabe v. J. 1857 besteht die Verpflichtung der Gouvernements-Regierung, nachdem sie die gerichtlichen Erkenntnisse über Verbrecher erhalten hat, unter Anderem darin, die verwiesenen Arrestanten und die mit ihnen abgefertigten Familien mit Kleidung und Alimentengeldern zu versehen (Art. 40). Bei dem Transporte von Partien, welche aus anderen Gouvernements kommen, dürfen sie in der Gouvernementsstadt nicht länger als sechs Tage aufgehalten werden (Art. 136). Ein gesetzlicher Grund zum Aufenthalte eines Arrestanten unterwegs kann nur Krankheit desselben sein (Art. 103 und 126). Arrestanten, welche aus verschiedenen Ursachen von einem Orte zum anderen transportirt werden, werden mit den Partien der Verwiesenen abgefertigt und genießen die Alimentengelder nach derselben Verordnung wie letztere (Anmerk. zu Art. 35 in der Fortf. v. J. 1863). Durch das am 4. Mai 1864 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths sei befohlen: den verwiesenen Arrestanten, während des Transportes nach ihrem Bestimmungsorte, Alimentengelder abzulassen, und zwar für die zu den höheren Ständen gehörenden Personen je 15 Kop., für die Personen der übrigen Stände aber je 10 Kop., per Mann und Tag. Durch die Ukase Eines Dirigirenden Senats vom 28. September 1865 und 6. Juli 1866 (Nr. 86 und 60 der Gesetzesvorschriften und Anordnungen der Staatsregierung) sei die Erläuterung gegeben, daß die verwiesenen und die zu transportirenden Arrestanten, auf welche Art und Weise sie auch abgefertigt werden mögen, das Alimentationsgeld in dem durch das am 4. Mai 1864 Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths festgesetzten Betrage nicht nur während der Zeit ihres Transportes, sondern auch während ihres Aufenthaltes unterwegs in den Gefängnissen erhalten sollen. Die Nebeneinanderhaltung der angeführten Gesetze und Anordnungen der Staatsregierung führe zu der Ueberzeugung, daß die

Ablaffung der Alimentengelder an die verwiesenen und die zu transportirenden Arrestanten in dem durch das am 4. Mai 1864 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths festgesetzten Betrage, nicht nur unterwegs, sondern auch während ihres Aufenthalts, sich nur auf denjenigen Aufenthalt beziehe, welcher in dem Gesetze speciell in Betreff der Bewegung der Partien, nicht aber einzelner Personen vorgesehen ist, und sei es daher rechtfertigt, die angeregte Frage in diesem Sinne zu entscheiden. Was nun aber die Alimentation sowohl von verwiesenen, als auch von bloß zu transportirenden Arrestanten, wenn dieselben aus irgend welchen anderen Ursachen, wie z. B. wegen Krankheit u. s. w. unterwegs zurückbleiben, und der sie begleitenden Familien betreffe, so müssen sie gleich den örtlichen Arrestanten desjenigen Ortes, wo sie zurückbleiben, alimentirt werden, d. h. nach der Tabelle, die von dem Ministerium des Innern herausgegeben wird (Art. 118 Bd. XIV, Verordnung über Inhaftirte). Dieses Gutachten stelle er, der Minister des Innern, Einem Dirigirenden Senate zur geneigten Erwägung vor. Befohlen: Nach Beprüfung dieser Vorstellung des Ministers des Innern und nach den in dieser Vorstellung enthaltenen Erwägungen mit seinem, des Ministers des Innern, Gutachten in Betreff des vorliegenden Gegenstandes übereinstimmend, verfügt Ein Dirigirender Senat: in Ergänzung der Ukase eines Dirigirenden Senats vom 28. September 1865 und 6. Juli 1866 die Erläuterung zu geben, daß die Ablaffung von Alimentengeldern an die verwiesenen und die zu transportirenden Arrestanten in dem durch das am 4. Mai 1864 Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichsraths festgesetzten Betrage (Art. 35, Bd. XIV, Verordnung über Verwiesene, Forts. v. J. 1868), nicht nur unterwegs, sondern auch während ihres Aufenthalts, sich nur auf denjenigen Aufenthalt bezieht, welcher in dem Gesetze speciell in Betreff der Bewegung der Partien vorgesehen ist, was aber die Ablaffung von Alimentengeldern an verwiesene Arrestanten und deren Familien, wenn dieselben aus irgend welchen anderen Ursachen, z. B. wegen Krankheit u. s. w. unterwegs aufgehalten werden, so müssen sie gleich den Arrestanten desjenigen Ortes, wo sie zurückbleiben, alimentirt werden, d. h. nach der Tabelle, die von dem Ministerium des Innern herausgegeben wird (Art. 118, Bd. XIV, Verordnung über Inhaftirte) worüber zur gehörigen Richtschnur und Erfüllung Ukase zu erlassen.

Betreffend die Ablaffung der Alimentengelder an die verwiesenen und die zu transportirenden Arrestanten.

Aus dem 1. Departement vom 24. November 1872. Nr. 38866.

Nr. 109. Ukas Eines Dirigirenden Senats. Auf Befehl Sr. Kaiserlichen Majestät ließ Ein Dirigirender Senat sich vortragen den Antrag des Justizministers vom 19. November 1872, Nr. 15013, folgenden Inhalts: Der Oberverwaltende der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät habe am 2. November d. J. das Glück gehabt, dem Herrn und Kaiser ein Exemplar der in der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Majestät zusammengestellten und gegenwärtig gedruckten Fortsetzung zum Codex der Reichsgesetze für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. December 1871 allerunterthänigst zu unterbreiten. Se. Kaiserliche Majestät habe Allerhöchst zu

befehlen geruht, die gedachte Fortsetzung beim Dirigirenden Senate zur Publication derselben in der festgesetzten Ordnung einzubringen. Solchen Allerhöchsten Willen notificire er, der Justizminister, Einem Dirigirenden Senate bei gleichzeitiger Uebergabe eines Exemplars der gedachten Fortsetzung und bei dem Hinzufügen, daß in Betreff der Versendung derselben unmittelbar von der Verwaltung der Typographie der 2. Abtheilung der Eigenen Kanzlei Seiner Kaiserl. Majestät an die Gerichts- und Verwaltungsbehörden und die amtlichen Personen, je nach der Hingehörigkeit, wie aus dem Schreiben des Staatssecretairs, Fürsten Urussow, zu ersehen, die erforderliche Anordnung getroffen worden sei. Befohlen: Ueber die Herausgabe der Fortsetzung zum Codex der Reichsgesetze für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. December 1871, zur allörtlichen Publication, Ukase zu erlassen.

Betreffend die Herausgabe der Fortsetzung zum
Codex der Reichsgesetze für die Zeit vom
1. Januar bis zum 31. December 1871.

Aus dem 1. Departement vom
29. November 1872. Nr. 39997.

Nr. 110. Ukas Eines Dirigirenden Senats, desmittelft das folgende, am 26. October 1872, Allerhöchst bestätigte Gutachten des Reichsraths publicirt wird: Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Gesetze und der Staatsökonomie und in der allgemeinen Versammlung, nach Beprüfung der Vorstellung des Ministers des Innern betreffend die Verpflichtung der städtischen Gemeinde-Verwaltungen, die städtischen Marktpreise (справочныя по городу цѣны) verschiedener Gegenstände zu sammeln und wem gehörig mitzutheilen, — und in Uebereinstimmung im Wesentlichen mit seinem, des Ministers, Sentiment für gut erachtet: bis zur Revision der bestehenden Bestimmungen über die Marktpreise in Ergänzung des Art. 4443 der allgem. Gouv.-Verfass. (Cod. der Reichsgesetze Bd. II, Thl. 1) und der Anmerkung zu demselben in der Forts. v. J. 1871, zu verordnen: „Die Stadtämter (городскія управы) in denjenigen Städten und Flecken, in welchen die Stadt-Verordnung vom 16. Juni 1870 eingeführt ist, und die Stadt-Dumen derjenigen städtischen Ansiedelungen, in welchen diese Verordnung noch nicht eingeführt ist, sammeln die Preise für Gegenstände der Versorgung und für Baumaterialien und theilen, falls dieserhalb Requisitionen an sie ergehen, Auskünfte über die Preise betreffend das Versorgungswesen — den Landämtern (земскимъ управамъ), oder wo solche nicht vorhanden sind, den Commissionen für die Volksversorgung, betreffend das Bauwesen aber — der Bau-Abtheilung der Gouvernements-Regierung mit; desgleichen sammeln die gedachten Stadt-Aemter und Dumen die Preise für alle anderen, von verschiedenen Institutionen anzuschaffenden Gegenstände und versehen diese letzteren, ebenfalls auf ihre desfalligen Requisitionen, mit Auskünften über solche Preise.“

Betreffend die Verpflichtung der städtischen Gemeinde-Verwaltungen die städtischen Marktpreise verschiedener Gegenstände zu sammeln und wem gehörig mitzutheilen.

Aus dem 1. Departement vom
28. November 1872. Nr. 39760.

Befehle Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruussen 2c. 2c. aus der Livl. Gouv.-Verwaltung, desmittelst fol-
gende Ukase des Dirig. Senats ihrem kurzen Inhalte nach zur
Wissenschaft bekannt gemacht werden.

Nr. 111. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement
vom 8. November 1872, Nr. 35423, desmittelst der Allerhöchste Befehl betreffend
den Verkauf von kleinen Obroßstücken an die ehemaligen Reichsbauern, publicirt
wird.

Nr. 112. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement
vom 13. November 1872, Nr. 36027, desmittelst der Allerhöchste Befehl be-
treffend die Ordnung für die Ausreichnung von Besthurfunden an Bauern, wenn
sie Bauerhöfe getrennt von dem Feldanthteile zum Eigenthum erwerben,
publicirt wird.

Nr. 113. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement
vom 27. November 1872, Nr. 39220, desmittelst das am 31. October 1872 Aller-
höchst bestätigte Gutachten des Reichsraths betreffend die Ordnung der Anbringung
von Beschwerden über Verfügungen der Gouvernements-Sessionen in städtischen
Angelegenheiten — publicirt wird.

Nr. 114. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement
vom 22. November 1872, Nr. 38175 desmittelst der Allerhöchste Befehl betreffend
die Streichung des Rekrutenrückstandes, welcher sich in den Cantonen der ehe-
maligen Reichsbauern bei der Aushebung v. J. 1872, wegen Mangels an Leuten
im Einberufungsalter gebildet hat, publicirt wird.

Nr. 115. Ukas Eines Dirigirenden Senats aus dem 1. Departement
vom 22. November 1872, Nr. 37439, desmittelst der Allerhöchste Befehl be-
treffend die den Verwaltenden der Kameralhöfe ertheilte Erlaubniß, an der Ent-
scheidung einiger Sachen durch die Gouvernements-Sessionen für Bauernange-
legenheiten Theil zu nehmen, publicirt wird.

Befehl Seiner Kaiserlichen Majestät des Selbstherrschers aller
Ruussen 2c. 2c. aus der Livländischen Gouvernements-Verwaltung
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung.

Nr. 116. Mit Beziehung auf das mittelst Patents Nr. 99 vom Jahre 1872,
publicirte Allerhöchste Manifest vom 16. November d. J. wird gemäß dem
Beschluß des Livländischen Gouvernements-Rekruten-Comités von der Livländischen
Gouvernements-Verwaltung hierdurch bekannt gemacht:

1) daß, wie seither, so auch für die bevorstehende Rekrutirung die Kreis-Rekruten-Empfangs-Sessionen in Riga, Wenden, Dorpat, Pernau und Arensburg den Empfang der Rekruten besorgen werden;

2) daß die Aushebung vom 15. Januar bis zum 15. Februar 1873 in Ausführung zu bringen ist;

3) daß die Ausgaben für Uniformirung, Proviant und Sold der Rekruten nicht von den betreffenden Gemeinden, sondern aus der Reichspräsidentencasse zu bestreiten sind;

4) daß die Zahlung von Belohnungsgeldern an die Rekruten von dem Ermessen der resp. Gemeinden abhängt;

5) daß bei der bevorstehenden Aushebung der Regel nach nur solche Personen zu Rekruten abgegeben werden dürfen, welche am 1. Januar 1873 das Alter von 21 Jahren erreicht haben;

6) daß die Lehrer von Elementar-Volkschulen nur dann das Recht der Exemption von der Rekrutirung genießen können, wenn sie das erforderliche Examen bestanden oder den Cursus in den betreffenden Lehranstalten mit Erfolg absolvirt haben;

7) daß die Exemption der im § 19 Pkt. 10 und 14 des provinziellen Rekruten-Reglements genannten Postillone und Gemeinbehandwerker nicht mehr stattfinden darf;

8) daß die private Anmietzung von Freiwilligen bei der bevorstehenden Aushebung nicht zu gestatten ist, der Betrag der Geldzahlung aber für diejenigen Personen, welche sich von der Rekrutirung zu befreien wünschen, auf achthundert Rubl. S. festgesetzt ist, und daß bei der bevorstehenden Rekrutirung die Ausgabe von Loskaufsquittungen mit dem 16. April 1873 und die Annahme der Loskaufsgelder mit dem 13. April 1873 aufhört;

9) daß die in den Artikeln 4, 5, 7, 8 und 10 des Allerhöchsten Manifestes vom 16. November d. J. und zum Schluß desselben enthaltenen Bestimmungen, gleichwie die Bestimmungen der Artikel 4, 5, 7, 8, 9, 11, 24, 25, 26, 27, 30, 31, 32, 48 und 50 des Allerhöchsten Manifestes vom 25. October 1868 für Livland keine Anwendung finden, weil sie theils Classen von Personen, die sich hier nicht vorfinden, betreffen, theils die Familienreihenfolge zur Voraussetzung haben, theils auf Artikel des besonderen Theils des Rekruten-Reglements Bezug nehmen, die für Livland keine Gültigkeit haben

Riga-Schloß, den 29. December 1872.

Für den Livl. Vice-Gouverneur:

Älterer Regierungsrath **M. Zwingmann.**

Älterer Secretair von Picardt.

Inhalts-Verzeichniß

der

Patente

der

Finnländischen Gouvernements-Verwaltung

vom Jahre 1872.

| | pag. | | pag. |
|---|------|--|------|
| 1. Betreffend die Ordnung für die Berechnung des Werthes von eigenmächtig gefällttem oder entwendetem Holze | 1 | der letzten beid. Jahre sich gebildet haben- | 11 |
| 2. Betreffend die Aufhebung der privaten Anmiedung von Freiwilligen, die Ausreichung einer unbeschränkten Anzahl von Freikaufsquittungen bei der bevorstehenden Aushebung im Jahre 1872 und die Erhöhung des Betrages der Freikaufssumme auf 800 Rbl. | 1 | den Rückstandes dieses Standes | 11 |
| 3. Betreffend die Dienstrechte der Untermilitairs der städtischen Polizei- und Brand-Commandos | 6 | 8. Betreffend die Streichung des- jenigen Rekrutenrückstandes der Aus- hebung vom Jahre 1871, welcher sich in den Kantonen der ehemaligen Reichs- bauern wegen Mangels an jungen Leuten in dem Einberufungsalter gebildet hat | 11 |
| 4. Betreffend die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt von Unter- militairs in den Civil-Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung | 6 | 9. Betreffend die Ueberlassung der den Städten von der Krone eingewiesenen Weideplätze zum vollen Eigenthume der- selben, nach Maßgabe der Einführung der am 16. Juni 1870 Allerhöchst bestätigten Stadtverordnung | 11 |
| 5. Befreiung von der Rekrutenpflicht bei der Rekrutenhebung des Jahres 1872 der Gemeindeämter innehabenden Per- sonen in den Baltischen Gouvernements | 8 | 10. Die Erläuterung der Ordnung für die Versorgung der Waisen des Bauernstandes, deren Eltern nicht zu den Landgemeinden, sondern zu den Gebieten angeschrieben waren | 12 |
| 6. Betreffend die repartitionsmäßigen Beiträge zur Finnländischen Ritter- schaftsstasse pro 1872 | 9 | 11. Betreffend die Regeln über die Aufhebung des Ursum'schen und des Glasow'schen adeligen Vormundschafts- gerichts | 12 |
| 7. In Betreff dessen, daß die zu den Gebieten zugeschriebenen Personen bis zur Aufstellung eines neuen Rekrutensystems nicht zu der Rekrutenprästation heranzuziehen sind und über die Streichung des bei den Aushebungen | | 12. Betreffend die Forterhebung im Jahre 1872 der Steuer für den Unterhalt der Schulen der Reichsbauern in den- jenigen Gouvernements, in welchen die Landesinstitutionen nicht eingeführt wor- den sind | 12 |
| | | 13. In Betreff dessen, daß den Friedensrichter-Versammlungen gestattet | |

werde, die Gesuche der Frauen von Personen, welche auf Gemeindeurtheile übersiedeln, um Belassung an ihrem Wohnorte wegen grausamer Behandlung Seitens des Mannes oder wegen seines ausschweifenden Lebenswandels zu prüfen

14. Betreffend die Declaration und die Convention bezüglich der Regulirung des Wechselstromes und des Saufusses in den Grenzstaaten zwischen Rußland und Oesterreich

15. Betreffend die Ordnung der Prüfungen zum ersten Klassenrang und zum Grade eines Apothekerdiscipels

16. Betreffend das Verzeichniß der Verkaufspreise für Salz, der Accise, der Budgetelder und der Zollgefälle von demselben pro 1872

17. Betreffend die Ordnung der Versorgung der Untermilitairs mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör

18. Betreffend die Abänderung der Frist für Beurlaubungen der im Civil-Resort Dienenden mit Beibehaltung des Unterhalts

19. Betreffend die Aufhebung des Art. 1255 des Rekruten-Reglements bis zur Emanirung der Verordnung für die allgemeine Wehrpflicht

20. Betreffend den Betrag der den Einwohnern zu leistenden Zahlung für die Verpflegung von Rekruten und von durchmarschirenden Militair-Commandos

21. Betreffend die Befreiung derjenigen freien Zuhörer des St. Petersburger Technologischen Instituts, welche ihrer Herkunft nach zu den abgabepflichtigen Ständen, sowohl des Kaiserreichs, als auch des Königreichs Polen, gehören, von der Rekrutenprästation bei der Aushebung im Jahre 1872

22. Betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1872 für 15 Gouvernements

23. Betreffend die Eröffnung am 24. Mai 1872 des in diesem Jahre abzuhaltenden ordentlichen Landtages

24. Betreffend die Frage über die Beschränkung des Rechts der Militairpersonen zur Bekleidung von Aemtern im Civil-Resort

25. Betreffend den Gebrauch von Stempelpapier oder die Vertreibung der

pag.

12

13

18

21

23

25

26

26

26

27

29

31

Stempelsteuer für dasselbe bei der Verhandlung von Sachen, betreffend die Bewilligung von Pensionen

26. Betreffend die Geldbuße für Qualen, welche Hausthieren unnöthiger Weise zugefügt werden

27. Betreffend die Interpretation der in der Anmerkung zum § 16 der am 11. Juni 1866 Allerhöchst bestätigten Wohlfahrtsregeln enthält. Bezeichnung „arme Rekrutenfrauen“

28. Betreffend die Instruction zur Erläuterung und Ergänzung des am 4. (16.) Juni 1871 Allerhöchst bestätigten Tabacsaccise-Reglements

29. Betreffend die am 26. Juni (8. Juli) 1871 zu Königsberg zwischen Rußland und Preußen abgeschlossene Convention über die Verbindung der Brest-Grajewoer mit der Königsberg-Bydger Eisenbahn

30. Betreffend die Verwendung von zu bestimmten gemeinnützigen Zwecken dargebrachten Vermögensobjecten und Kapitalien

31. Betreffend die Ordnung für die Ablassung von Vorspann- und Diätengeldern an Polizeibeamte, welche in Dienstangelegenheiten vor Gericht geladen werden

32. Betreffend das Recht der Personen der Procureur-Aufsicht zum ungehinderten Eintritt in die Gefängnißlocale ohne Vorweisung besonderer Villette

33. Betreffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen in dem Gouvernement Wilna

34. Betreffend das temporaire Verzeichniß der 9 westlichen Gouvernements, in welchen die Friedensrichter-Institutionen, gesondert von den allgemeinen, bei den Gerichtspalaten eingeführt werden

35. Betreffend die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den Civil-Krankenhäusern der Weichsel-Gouvernements und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistenden Zahlung

36. In Betreff dessen, daß nicht nur die Förster, sondern auch die Forst-Conducteure und Buschwächter Protocolle über Uebertretungen des Forstreglements aufnehmen können

37. Betreffend die Fortdauer der Wirksamkeit der Allerhöchst bestätigten

pag.

32

33

34

35

59

63

64

64

65

65

65

65

Tage über die Entschädigung der vereidigten Sachwalter für die Führung von Sachen

38. Betreffend die Regeln über die Aufhebung der mündlichen Gerichte in den Gouvernements Wilna, Romno, Grodno, Kiew, Wolhynien, Podolien, Minsk, Witebsk und Mohilew

39. Betreffend die Ausdehnung der Artikel 210—225 und 1236—1254 der Kriminal-Proceßordnung vom 20. Novbr. 1864 auf einige Orte, in denen die Gerichtsordnungen noch nicht eingeführt worden sind

40. Betreffend die Tabelle über die für den täglichen Unterhalt und die Verpflegung von Untermilitärs, deren Familien und von Offizieren in den Civil-Krankenhäusern der Gouvernements Kalisch, Lomjscha und Suwalki und für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung

41. In Betreff dessen, was in der im Patente Nr. 59 vom Jahre 1867 enthaltenen Tage über die von den Besuchern der Livländischen Landjahrmärkte zu entrichtenden Miethgelder für die Benützung von Buden unter einer großen und unter einer kleinen Bude zu verstehen ist

42. Betreffend die zwischen Rußland und der Türkei, betreffend die Legung eines submarinen Telegraphen-Kabels zwischen Odessa und Constantinopel, am 21. October 1871 abgeschlossene Convention

43. Betreffend die Frage, ob kommerzielle Institute von dem Gebrauch des Stempelpapiers befreit werden können

44. Betreffend die am 18. (30.) Jan. 1872 bezüglich der Telegraphen-Correspondenz zwischen Rußland und dem deutschen Reiche abgeschlossene Declaration

45. Betreffend den Betrag der Immobiliensteuer in Städten und Flecken für das Jahr 1873

46. Betreffend die Ertheilung der Genehmigung an ausländische Assurance-Gesellschaften, die ihnen eigenthümlichen Operationen in Rußland auszuführen und den Betrag des bei der Reichskant obligatorisch einzuzahlenden Unterpfandes

47. Betreffend die Verlängerung der Frist für den allendlichen Umtausch der

pag.

65

66

66

66

66

67

72

73

75

76

Reichscreditbilletts des früheren Modells gegen Billets der neuen Form

48. Betreffend die Abtheilung des Grundstücks Musts Saak vom Gute Schloß-Jellin und Zuthheilung desselben zum Gute Neu-Woidoma, so wie die gegenwärt. Größengröße dieser beid. Güter

49. Betreffend die Abtheilung des Gutes Rippoka von den Gütern Waimastfer und Tirmaß zu einem selbstständigen Rittergute und die gegenwärtige Größengröße dieser Güter

50. Betreffend die Accise von inländischem und die Zollgefälle von importirtem Zucker, sowie die Allerhöchst bestätigte Abänderung der Artikel des Reglements über die Accise von Sandzucker inländischer Production

51. Betreffend die Regeln über das Löschen von Waldbränden in Kronsförsten

52. Betreffend die Erläuterung dessen, welche von den den Lehranstalten gebührenden Gebäuden der Taxationssteuer zum Besten der Stadt unterliegen

53. Betreffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gouvernement Kiew

54. In Betreff dessen, daß die Erblasser Privattestamente über Erbgüter persönlich bei dem Vormundschaftsrathe und anderen im Art. 1061 Bd. X Thl. I der Civilgesetze, Erw. v. J. 1857 angegebenen Institutionen zur Aufbewahrung vorzustellen haben

55. Betreffend den Termin zur Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gouvernement Witebsk

56. Betreffend die Emendation eines Verzeichnisses in der Tabelle über die für den täglichen Unterhalt und die Verpflegung von Untermilitärs, ihrer Familien und von Offizieren in den Civil-Krankenhäusern der Gouvernem. Kalisch, Lomjscha und Suwalki, so wie für die Beerdigung von Gestorbenen zu leistende Zahlung

57. Betreffend die Aufhebung des Punktes 11 des Art. 52 der Beilage zum Art. 4415 der allgemeinen Gouvernements-Institutionen (Cod. d. Reichsgesetze Bd. II Thl. I v. J. 1857)

58. Betreffend die Ergänzung des Art. 131 der Verordnung für die Gerichts-Institutionen

59. Betreffend die Ausschließung

pag

78

78

78

79

80

80

81

81

81

81

81

81

der Wittve des General-Lieutenants Serchputowsky, des General-Majors von der Suite Sr. Majestät Serchputowsky und des Edelmanns Jaroschinsky von der Wirksamkeit des Allerhöchsten Befehls vom 10. December 1865

60. Betreffend den Termin zur Einführung der Friedensgerichts-Institutionen in den Gouvernements Mohilew, Rowno und Podolien

61. Betreffend den Termin zur Einführung der Friedensgerichts-Institutionen in den Gouvernements Minsk, Wolhynien und Grodno

62. Betreffend die Aufhebung des Kirilowschen adeligen Vormundschaftsgerichts (im Gouvernement Nowgorod)

63. Betreffend die für den täglichen Unterhalt von Untermilitairs in den Civil-Krankenhäusern und für die Beerdigung von Gestorbenen in einigen Gouvernements zu leistende Zahlung

64. In Betreff dessen; daß unter dem im Patent vom 11. December 1870, Nr. 138, vorkommenden Ausdrücke „Schulbauten“ nur „Kirchspiels-Schulbauten“ zu verstehen sind

65. Betreffend die am 4. (26.) Mai 1872 zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossene Additional-Post-Convention zu der am 10. (22.) August 1865 zwischen Rußland und Preußen abgeschlossenen Post-Convention

66. Betreffend die Reorganisation der Quartier-Prästation für die Generale und Offiziere

67. Betreffend die am 25. März (6. April) 1872 mit Schweden vereinbarte Declaration und die Regeln über den Fischfang im Flusse Torneo

68. Betreffend einige Abänderungen in der Lage für die von dem Heroldie-Departement auszureichenden Acten und Documente

69. Betreffend die Herausgabe des Tabacks-Uccise-Reglements

70. Betreffend die Erläuterung des wirklichen und buchstäblichen Sinnes des Art. 1035 Thl. I Bd. X des Civilcodex. Ausgabe vom Jahre 1857

71. Betreffend die Ausschließung des Obristen Transki und des Stabrittmeisters Elisen von der Wirksamkeit des Allerhöchsten Befehls vom 10. Decbr. 1865

72. Betreffend die Frage über den

pag.

81

82

82

82

82

82

83

86

91

95

97

97

97

Verkauf von im Kreise befindlichen bäuerlichen Gebäuden von geringem Werthe

73. Betreffend die Expropriation der Ländereien und übrigen Appertinentien der Jesuitengüter zu Staats- und Gemeindegzwecken

74. Betreffend die Abänderung einiger Artikel des Reglements über die Immobilienabgaben in Städten u. Flecken

75. Betreffend die Beschränkung des Verkaufs von bäuerlichem Eigenthum zur Deckung von Rückständen u. Zahlungen

76. Betreffend die Berechnungen und Repartitionen der Landesprästanden für das Triennium vom Jahre 1872 ab

77. Betreffend die Ergänzung des Artikels 256 der Bestimmungen der Gerichtsordnung v. 20. Novbr. 1864

78. Betreffend die Theilung des Gutes Schloß Neuermühlen in zwei getrennte selbstständige Rittergüter unter dem Namen Mahof und Bellenhof und die Hafengröße der neuconstituirten Rittergüter.

79. Betreffend das Aufhören der Wirksamkeit der Declaration bezüglich der gegenseitigen Aussendung flüchtiger Hebräer aus Rußland und Oesterreich

80. Betreffend die neue Fassung der zweiten Abtheilung des 3. Buches der Criminal-Proceßordnung, der Art. 1030—1061, betreffend das Gerichtsverfahren bei Staatsverbrechen

81. Betreffend die Ergänzung des Artikels 83 der am 16. Juni 1870 Allerhöchst bestätigten Städteordnung

82. Betreffend die Frage über die Zusammensetzung der Gouvernements-Commission in städtischen Angelegenheiten

83. Betreffend die Ordnung der Wahlen der von den Kirchspielsältesten aus ihrer Mitte zu erwählenden Glieder der Kreis-Landschulbehörden

84. Betreffend die genaue Anwendung des Art. 621 des Handels-Reglements, Bd. XI des Codex der Reichsgesetze, Ausgabe v. J. 1857

85. Betreffend den Austausch des Dubinskischen Wiede-Gesinde gegen das Almenlaus-Gesinde des Gutes Neu-Kempenhof

86. Betreffend die im Punkt V der mittelst Patents vom 19 Mai 1871, Nr. 132, publicirten Verordnung über die Waacheaufsichttauna in Finland den

pag.

97

97

98

98

98

98

98

99

99

99

99

100

101

103

| | | | |
|--|----------|--|----------|
| Kirchenvorstehern als Wegerevidenten eingeräumte Amtsgewalt | pag. 103 | 98. Betreffend die Abtheilung von Ländereien vom Gute Alt-Salis und Zuthellung derselben zum Gute Hagnasch, sowie die gegenwärtige Hafengröße dieser Güter | pag. 124 |
| 97. Betreffend das Recht der Livländischen Bauern lutherischer Confession, ihre Kinder in die griechisch-orthodoxen ländlichen Volksschulen zu schicken | 103 | 99. Betreffend die Bewerksstellung einer Rekrutenaushebung in beid. Hälften des Kaiserreichs und in den Gouvernements des Königreichs Polen im Jahre 1873 | 125 |
| 98. Betreffend die zwischen Rußland und Schweden am 5. (17.) Aug. 1872 vereinbarte Declaration, betreffend die Ordnung der Benutzung von Lootsen Seitens der finnischen und schwedischen Fahrzeuge und Böte bei ihrem Besuche der Häfen des Königreichs Schweden und des Großfürstenthums Finnland behufs Ankaufs und Verkaufs von Fischen und Landesproducten | 105 | 100. Betreffend die Abänderung der Fassung der Anmerkung zum Art. 24 des Reglements über die Accise vom Sandzucker. | 130 |
| 99. Betreffend die Verordnung über die beratenden Institutionen für Handel- und Manufactur-Industrie | 105 | 101. Betreffend die Vermessung und Katastrirung des Hofeslandes der Livländischen Privat-, Ritterschafts- und Stiftsgüter, sowie der Pastorate | 131 |
| 90. Betreffend die Ordnung der Aussendung preussischer und russischer Unterthanen ins Vaterland wegen Mangels an Subsistenzmitteln, Vagabondirens oder Passlosigkeit. | 111 | 102. Betreffend die Fundirung aus der zum Gute Carmel oder Carmelhof gehörigen Hoflage Neu-Carmel eines selbstständigen Rittergutes unter der Benennung Neu-Carmel | 132 |
| 91. Betreffend die Frage in Betreff der Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in Detention im Gefängnisse | 113 | 103. Betreffend die am 17. (29.) Juni 1872 zwischen Rußland und den Niederlanden abgeschlossene Post-Convention | 133 |
| 92. Betreffend die Herausgabe des zweiten Supplements zum Postwegweiser | 115 | 104. Betreffend die am 25. Juni (7. Juli) 1872 zwischen Rußland und Dänemark abgeschlossene Post-Convention | 139 |
| 93. Betreffend die Abtheilung einer Waldparcelle nebst der dazu gehörigen Wuschwächterstelle See Kaferma von dem Gute Bentenhof und Zuthellung derselben zum Gute Waimel | 115 | 105. Betreffend die Herausgabe des neuen Militaircodex | 146 |
| 94. Die am 1. (13.) Juni 1872 zwischen Rußland und Belgien abgeschlossene Post-Convention | 117 | 106. Betreffend die am 6. (18.) September 1872 zwischen Rußland und Schweden ausgewechselte Declaration betreffend den Transport der Posten zwischen Finnland und Schweden | 149 |
| 95. Betreffend die Ergänzung des Punkt 7 der am 26. Mai 1867 Allerhöchst bestätigten Regeln über die Ordnung der Bewerksstellung abermaliger Wahlen der Landschafts-Deputirten durch die Hinweisung auf den Art. 96 des Reglements über die Landes-Institution. | 124 | 107. Betreffend den Druck der Publicationen über Vorladung vor Gericht und über Contumacial-Urtheile | 151 |
| 96. Betreffend die Ergänzung des Art. 31 der Regeln über die Rechnungsführung in den Friedensgerichts-Institutionen | 124 | 108. Betreffend die Ablassung der Alimentengelder an die verwiesenen und die zu transportirenden Arrestanten | 152 |
| 97. Betreffend die Zahlung für den Unterhalt eines Kranken in den Krankenhäusern der Collegien allgem. Fürsorge und für die Beerdigung eines Gestorbenen in Transkaukasien und im Gouvernement Stavropol | 124 | 109. Betreffend die Herausgabe der Fortsetzung zum Codex der Reichsgesetze für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. December 1871 | 153 |
| | | 110. Betreffend die Verpflichtung der städtischen Gemeinde-Verwaltungen, die städtischen Marktpreise verschiedener Gegenstände zu sammeln und wem gehörig mitzutheilen | 154 |
| | | 111. Betreffend den Verkauf von kleinen Obroskücken an die ehemaligen Reichsbauern | 155 |

| | | | |
|--|----------|---|----------|
| 112. Betreffend die Ordnung für die Ausreichung von Besitzurkunden an Bauern, wenn sie Bauerhöfe getrennt von dem Feldantheile zum Eigenthum erwerben | pag. 155 | bei der Aushebung v. J. 1872 wegen Mangels an Leuten im Einberufungs- alter gebildet hat | pag. 155 |
| 113. Betreffend die Ordnung der Anbringung von Beschwerden über Verfügungen der Gouvernements-Sessionen in städtischen Angelegenheiten | 155 | 115. Betreffend die den Verwal- tenden der Kameralhöfe ertheilte Er- laubniß, an der Entscheidung einiger Sachen durch die Gouvernements-Ses- sionen für Steuerangelegenheiten Theil zu nehmen. | 155 |
| 114. Betreffend die Streichung des Rekrutenrückstandes, welcher sich in den Cantonen der ehemaligen Reichsbauern | 155 | 116. Betreffend die bei der Refru- tenhebung des Jahres 1873 zu beobach- tenden Regeln. | 155 |

Chronologisches Verzeichniß

der

im Jahre 1872 als Patente

der

Livländischen Gouvernements-Verwaltung

gedruckten Allerhöchsten Befehle und Senats-Ukase.

| Sen.-Ukasz vom | Nr. | (Allh. Bef. v.) | Nr. | pag. |
|-----------------|-------|---------------------------------|-----|------|
| 29. Novbr. 1871 | 46998 | (Allh. Bef. v. 12. Novbr. 1871) | 8 | 11 |
| 30. " " | 47365 | (" " " 12. " ") | 7 | 11 |
| 4. Decbr. " " | 48205 | (" " " " ") | 28 | 35 |
| — " — " — | — | (Allh. Bef. v. 19. Novbr. 1871) | 46 | 76 |
| 8. " " " " | 49052 | (" " " 10. " ") | 9 | 11 |
| 15. " " " " | 50902 | — " — " — | 10 | 12 |
| 24. " " " " | 51172 | (Allh. Bef. v. 23. Novbr. 1871) | 1 | 1 |
| 31. " " " " | 51596 | — " — " — | 11 | 12 |
| 31. " " " " | 52057 | — " — " — | 12 | 12 |
| 4. Jan. 1872 | 175 | (Allh. Bef. v. 2. Novbr. 1871) | 2 | 1 |
| 13. " " " " | 1002 | (" " " 10. Decbr. 1869) | 14 | 13 |
| 17. " " " " | 1487 | (" " " 21. Decbr. 1871) | 3 | 6 |
| — " — " — | — | (" " " 21. " ") | 17 | 23 |
| 24. " " " " | 2153 | — " — " — | 33 | 65 |
| 24. " " " " | 2589 | — " — " — | 34 | 65 |
| — " — " — | — | (Allh. Bef. v. 3. Mai 1871) | 15 | 18 |
| 24. " " " " | 3130 | (" " " 11. " ") | 22 | 27 |
| 24. " " " " | 3480 | (" " " 28. Decbr. ") | 13 | 12 |

| Gen.-Mtas vom | 24. Januar 1872 | Nr. | 4109 | (Allerb. Bef. v. 30. Decbr. 1871) | Nr. pagl |
|---------------|-----------------|------------|-------|-----------------------------------|----------|
| " | " | 24. | 3824 | (" " " 7. Jan. 1872) | 16 21 |
| " | " | 24. | 4395 | — — — — | 19 26 |
| " | " | 24. | 4633 | (Allerb. Bef. v. 21. Decbr. 1871) | 35 65 |
| " | " | 29. | 5208 | (" " " 27. Octbr. ") | 36 65 |
| " | " | 1. Februar | 5699 | (" " " 28. Decbr. ") | 29 59 |
| " | " | 1. | 5967 | (" " " 21. " ") | 20 26 |
| " | " | 1. | 6325 | (" " " 11. Jan. 1872) | 75 98 |
| " | " | 1. | 6556 | — — — — | 37 65 |
| " | " | 10. | 8059 | (Allerb. Bef. v. 14. Jan. 1872) | 4 6 |
| " | " | 11. | 7278 | (" " " 14. " ") | 21 26 |
| " | " | 14. | 9165 | — — — — | 5 8 |
| " | " | 15. | 8588 | (Allerb. Bef. v. 11. Jan. 1872) | 38 66 |
| " | " | 16. | 359 | (" " " 30. Novbr. 1871) | 25 32 |
| " | " | 22. | 9640 | — — — — | 18 25 |
| " | " | 28. | 10246 | (Allerb. Bef. v. 25. Jan. 1872) | 39 66 |
| " | " | 4. März | 10976 | — — — — | 40 66 |
| " | " | 6. | 621 | (Allerb. Bef. v. 18. Octbr. 1871) | 31 64 |
| " | " | 7. | 11489 | — — — — | 53 81 |
| " | " | 10. | 12255 | (Allerb. Bef. v. 1. Febr. 1872) | 54 81 |
| " | " | 14. | — | (" " ") | 55 81 |
| " | " | 14. | 12886 | — — — — | 30 63 |
| " | " | 14. | 13193 | (Allerb. Bef. v. 23. Novbr. 1871) | 59 81 |
| " | " | 14. | 13437 | (" " " 3. Febr. 1872) | 56 18 |
| " | " | 14. | 13769 | (" " " 23. Novbr. 1871) | 57 81 |
| " | " | 14. | 14142 | (" " " 22. Febr. 1872) | 32 64 |
| " | " | 20. | 14630 | — — — — | 26 33 |
| " | " | 28. | 15518 | (Allerb. Bef. v. 1. März 1872) | 58 81 |
| " | " | 31. | 16017 | — — — — | 60 82 |
| " | " | 8. April | 16830 | — — — — | 24 31 |
| " | " | 19. | 17664 | — — — — | 61 82 |
| " | " | 24. | 914 | — — — — | 62 82 |
| " | " | 1. Mai | 1150 | (Allerb. Bef. v. 22. Febr. 1872) | 63 82 |
| " | " | 4. | 18344 | (" " ") | 72 97 |
| " | " | 10. | 19036 | (Allerb. Bef. v. 27. März 1872) | 70 97 |
| " | " | 10. | 19365 | — — — — | 71 97 |
| " | " | 16. | 20175 | (Allerb. Bef. v. 19. Novbr. 1871) | 73 97 |
| " | " | 16. | 20544 | — — — — | 44 73 |
| " | " | 24. | 20880 | (Allerb. Bef. v. 25. April 1872) | 42 67 |
| " | " | 7. Juni | 21626 | (" " " 2. Mai ") | 43 72 |
| " | " | 23. | 22759 | (" " " 21. " ") | 74 98 |
| " | " | 27. | 23105 | — — — — | 76 98 |
| " | " | 27. | 23526 | (Allerb. Bef. v. 21. Mai 1872) | 77 98 |
| " | " | 2. Juli | 24059 | (" " " 10. Juni ") | 47 78 |
| " | " | 2. | 24426 | (" " " 21. Mai ") | 45 75 |
| " | " | 2. | 24664 | (" " ") | 50 79 |
| " | " | 2. | 25022 | (Allerb. Bef. v. 21. Mai 1872) | 81 99 |
| " | " | 2. | 25315 | (" " " 13. April 1871) | 80 99 |
| " | " | 4. | 3178 | — — — — | 51 80 |
| " | " | 11. | 26017 | (Allerb. Bef. v. 7. Juni 1872) | 67 91 |
| " | " | 18. | 26583 | (" " " 31. Mai ") | 68 95 |
| " | " | 20. | 27036 | (" " " 29. Juni ") | 52 80 |
| " | " | 20. | 27431 | (" " " 3. " ") | 89 105 |

| | | | | | | |
|-----------------------------|-----------|-------------------------------------|---|---|---|----------|
| Gen.-Mkz vom 9. August 1872 | Nr. 28677 | — | — | — | — | Nr. pag. |
| " " 22. " " | " 28908 | (Allerh. Bef.) | — | — | — | 82 99 |
| " " 28. " " | " 1821 | (Allerh. Bef. vom 14. März 1872) | — | — | — | 79 99 |
| " " 28. " " | " 29429 | — | — | — | — | 84 101 |
| " " 12. Septbr. " | " 30242 | — | — | — | — | 92 115 |
| " " 19. " " | " 30785 | (Allerh. Bef. vom 13. Juni 1872) | — | — | — | 95 124 |
| " " 23. " " | " 31144 | (" " " 1. Juli ") | — | — | — | 94 117 |
| " " 7. Octbr. " | " 32065 | — | — | — | — | 103 133 |
| " " 16. " " | " 32574 | — | — | — | — | 88 105 |
| " " 20. " " | " 33206 | — | — | — | — | 96 124 |
| " " 23. " " | " 33378 | — | — | — | — | 97 124 |
| " " 24. " " | " 33621 | (Nam. Allh. Bef. v. 30. Sept. 1872) | — | — | — | 91 113 |
| " " 24. " " | " 33858 | (Allerh. Bef. vom 6. Sept. 1872) | — | — | — | 105 146 |
| " " 26. " " | " 34273 | (" " " 8. Juli ") | — | — | — | 106 149 |
| — — — — — | — | (" " " 31. " ") | — | — | — | 104 139 |
| " " 3. Novbr. " | " 34774 | (" " " 10. Octbr. ") | — | — | — | 87 103 |
| " " 8. " " | " 35423 | (Allerh. Bef.) | — | — | — | 100 130 |
| " " 13. " " | " 36027 | (" " ") | — | — | — | 111 155 |
| " " 18. " " | " 36774 | (Allerh. Manif. v. 16. Nov. 1872) | — | — | — | 112 155 |
| " " 22. " " | " 37439 | (Allerh. Bef.) | — | — | — | 99 125 |
| " " 22. " " | " 38175 | (" " ") | — | — | — | 115 155 |
| " " 22. " " | " 38527 | — | — | — | — | 114 155 |
| " " 24. " " | " 38866 | — | — | — | — | 107 151 |
| " " 27. " " | " 39220 | (Allerh. Bef. v. 31. Octbr. 1872) | — | — | — | 108 152 |
| " " 28. " " | " 39760 | (" " " 26. " ") | — | — | — | 113 155 |
| " " 29. " " | " 39997 | (" " " 2. Nov. ") | — | — | — | 110 154 |
| | | | | | | 109 153 |

Alphabetisches Inhalts-Verzeichniß.

| | Nr. pag. | | Nr. pag. |
|----------------------------------|----------|-------------------------------------|----------|
| A. | | Alimentengelder an die zu trans- | |
| Aahof, Gut, Hafengröße desselben | 78 98 | portirenden Arrestanten | 108 152 |
| Accise von Zucker | 50 79 | Amts Gewalt der Wegerevidenten in | |
| Accise von Sandzucker, Abänd. d. | | Livland betreffend. | 86 103 |
| Anmerk. z. Art. 24 des Regl. | 100 130 | Apothekerdiscipel-Prüfungen | 15 18 |
| Acten und Documente, die aus | | Arrestanten=Alimentengelder, Ab- | |
| dem Heroldie-Departement aus- | | lassung derselben | 108 152 |
| gefertigt werden, Tage für die- | | Arrestanten=Compagnien, betreffend | |
| selben | 68 95 | die Umwandlung der Abgabe | |
| Almenlaus-Gefinde des Gutes Neu- | | in dieselben in Gefängnißhaft | 91 113 |
| Kempenhof, Zuthellung desselben | | Art. 16 d. Wohlfahrtsregeln v. 1866 | |
| zum Gute Dubinsky | 85 103 | (Anmerk.), Interpretation derselb. | 27 34 |

| | Nr. | pag. | | Nr. | pag. |
|---|-----|------|--|-----|------|
| Artikel 550 der Bauer-Verord. von 1860, Interpretation des Ausdrucks „Schulbauten“ | 64 | 82 | Gouvernements-Sessionen in städtischen Angelegenheiten . | 113 | 155 |
| Artikel 1035 Thl. I Bd. X des Civilcodex v. J. 1857. Erläuterung desselben | 70 | 97 | Besitzurkunden, Ausreichung derselb. an Bauern . | 112 | 155 |
| Artikel 256 der Gerichtsordnung v. J. 1864. Ergänzung | 77 | 98 | Beurlaubungsfrist für Beamte des Civilressorts mit Beibehaltung des Unterhalts | 18 | 25 |
| Artikel 1030—1061 der Criminal-Proceßordnung . | 80 | 99 | Brand-Commando, Dienstrechte der Untermilitairs desselben . | 3 | 6 |
| Artikel 83 der Städteordnung von 1870. Ergänzung | 81 | 99 | Buschwächter, Recht derselben, Protokolle über Uebertretungen des Forstreglements aufzunehmen | 36 | 65 |
| Artikel 621 des Handelsreglements Bd. XI d. Reichsges. Wechselord. | 84 | 101 | C. | | |
| Artikel V d. Wegeordnung v. J. 1871 | 86 | 103 | Capitalien, zu gemeinnütz. Zwecken dargebrachte, Verwendung ders. | 30 | 63 |
| Artikel 516 Pkt 3. d. Livländischen Bauer-Verordnung v. 1819. Erläuterung | 87 | 103 | Carmel oder Carmelhof und Carmel (Neu) Hafengr. dieser Güter | 102 | 132 |
| Artikel 24. Anmerk. der Regel über die Accise vom Sandzucker | 100 | 130 | Civilämter, Zulassung von Militairpersonen zu denselben | 24 | 31 |
| Assicuranzgesellschaften, ausländ., Recht derselben, ihre Operationen in Rußland auszuführen | 46 | 76 | Classenrang, erster, Prüfung zum Erhalt desselben | 15 | 18 |
| Aufhebung des Pkt. 11 des Art. 52 der Beilage zum Art. 4415 allgemeine Gov.-Institutionen Cod. d. Reichsges. Bd. II Thl. I v. J. 1857 | 57 | 81 | Codex der Reichsgesetze, Fortsetzung d. J. 1871 . | 109 | 153 |
| Aussendung flüchtiger Hebräer aus Rußland und Oesterreich | 79 | 99 | Convention mit Oesterreich bezüglich der Regulirung des Weichselstromes und des Sausses in den Grenzstaaten zwischen Rußland und Oesterreich . | 14 | 13 |
| Aussendung russ. u. preuß. vagabondirender Unterthanen ins Vaterland | 90 | 111 | Convention mit Preußen über die Verbindung der Brest-Grajewoer mit der Königsberg-Lycker Eisenbahn | 28 | 59 |
| B. | | | Convention mit der Türkei betreff. die Legung eines submarinen Telegraphentabels zwisch. Odessa und Constantinopel | 42 | 67 |
| Bauer-Verordnung v. J. 1860, Interpretation des § 550 | 64 | 82 | Criminal-Proceßordnung v. Jahre 1864, Ausdehnung mehrer Art. derselben auf Orte, in denen die Gerichtsordnungen noch nicht eingeführt sind | 39 | 66 |
| Bauer-Verordnung v. J. 1819, Ergänzung z. § 576, Pkt. 3 | 87 | 103 | Criminal-Proceßord., neue Fassung der Artt. 1030—1061 | 80 | 99 |
| Beamte des Civilressorts, Frist für die Beurlaubung derselben mit Beibehaltung des Unterhalts | 18 | 25 | D. | | |
| Beerdigungsgelder für in Civil- Krankenhäusern gestorbene Un- termilitairs | 4 | 6 | Declaration bezüglich der Regulirung d. Weichselstromes u. s. w. | 14 | 13 |
| | 35 | 65 | Declaration bezüglich der Telegraphencorrespondenz mit dem deutschen Reiche | 44 | 73 |
| | 40 | 66 | Declaration betreffend den Fischfang im Flusse Torneo | 67 | 91 |
| | 63 | 82 | Declaration betreffend die Aussendung flüchtiger Hebräer aus Rußland und Oesterreich | 79 | 99 |
| Befreiung von der Rekrutenpflicht der Gemeindeämter bekleidenden Personen | 5 | 8 | | | |
| Bellenhof, Gut, Hafengröße desselb. | 78 | 98 | | | |
| Benthoffsche Buschwächterstelle Sve Kaserne, Zuthellung derselben zum Gute Waimel | 93 | 115 | | | |
| Beschwerden über Verfügungen der | | | | | |

| | Nr. pag. | | Nr. pag. |
|--|----------|---|----------|
| Declaration betreff. die Benützung der Lootsen Seitens finnischer und schwedischer Fahrzeuge | 88 105 | derselben bei der Rekrutenhebung des Jahres 1872 | 2 1 |
| Declaration betreffend den Transport der Posten zwischen Finnland und Schweden | 106 149 | Freiwillige, Aufhebung der priv. Anmuthung derselben | 2 1 |
| Diätengelder an Polizeibeamte, die in Dienstangelegenheiten vor Gericht geladen werden. | 31 64 | Friedensrichter-Institutionen, Einführung derselben in dem Gouvernement Wilna | 33 65 |
| Dienstrechte der Untermilitaire der städtischen Polizei- und Brand-Commandos | 3 6 | Friedensrichter-Institutionen, Einführung derselben in 9 westl. Gouvernements | 34 65 |
| Dienstrechte der Beamten des Civilressorts in Bezug auf Beurteilung | 18 25 | Friedensrichter-Institutionen, Einführung derselben im Gouvernement Kiew | 53 81 |
| Documente und Acten, aus dem Heroldie-Departement ausgefertigte, Taxe für dieselben | 68 95 | Friedensrichter-Institutionen, Einführung derselben im Gouvernement Witebsk | 55 81 |
| Druck von Publicationen über Vorladung vor Gericht | 107 151 | Friedensrichter-Institutionen, Einführung ders. in den Gouvern. Mohilew, Kowno, Podolien | 60 82 |
| G. | | Friedensrichter-Institutionen, Einführung ders. in den Gouvern. Minsk, Wolhynien, Grodno | 61 82 |
| Eigenthum, bäuerliches, Verkauf dess. zur Deckung v. Rückständen | 75 98 | Friedensrichter-Institutionen, Rechnungsführung in denselben. | 96 124 |
| Eisenbahnconvention mit Preußen über die Verbindung der Brest-Grajewoer mit der Königsberg-Lycker Eisenbahn | 29 59 | Friedensrichter-Versammlung, Überprüfung Seitens derselben der Gesuche der Frauen von Personen, welche auf Gemeindeurtheile übersiedeln | 13 12 |
| Entschädigungstage für vereidigte Sachwalter | 37 65 | Fristverlängerung zum Umtausch der Reichscreditbill. früher. Musters | 47 78 |
| Entscheidungen der Gouv.-Sessionen in Bauerangelegenheiten, Recht der Kameralhofspräsidenten, an denselben Theil zu nehmen | 115 155 | G. | |
| Exemption von der Rekrutenpflicht d. Gemeindeämter bekleidenden Personen | 5 8 | Gebäude der Lehranstalten, welche der Taxationssteuer zum Vesten der Stadt unterliegen | 52 80 |
| Exemption von der Rekrutenpflicht der freien Zuhörer des Technologischen Instituts | 21 26 | Gebäude, bäuerliche, von geringem Werth, Verkauf derselben | 72 97 |
| F. | | Gefängnißhaft an Stelle der Abgabe in die Arrestantencompagnien betreffend | 91 113 |
| Fellin, Schloß, Hafengröße dieses Gutes | 48 78 | Gefängnißlocale, ungehinderter Eintritt in dieselben der zur Procureursaufsicht gehör. Personen | 32 64 |
| Fischfang im Flusse Torneo | 67 91 | Geldbußen für Thierquälerei | 26 33 |
| Forstconducteurs, Recht derselben Protocolle über Uebertretungen d. Forstreglements aufzunehmen | 36 65 | Gemeindeämter bekleidende Personen, Befreiung derselben von der Rekrutenpflicht | 5 8 |
| Forstdefraudationen, wem das Recht zusteht, in solchen Sachen Protocolle aufzunehmen | 36 65 | Gemeindeschulen, lutherische, welche Bauerfinder von dem Besuche derselben befreit sind | 87 103 |
| Fortsetzung zum Codex der Reichsgesetze pro 1871 | 109 153 | Gemeinde-Verwaltungen, städtische, Verpflichtung derselben städtische Marktpreise verschiedener Gegenstände zu sammeln | 110 154 |
| Freikaufssumme, Betrag derselben | 2 1 | | |
| Freikaufsquittungen, Ausreichung | | | |

| | Nr. | pag. | | Nr. | pag. |
|---|-----|------|---|-----|------|
| Gerichte, mündliche, Aufhebung derselben in mehreren Gouvern. | 38 | 66 | S. | | |
| Gerichtsinstitutionen, Ergänzung d. Art. 131 der Verordnung | 58 | 81 | Jahrmaktsstandgeldertage v. J. | 41 | 66 |
| Gerichtsordnung v. J. 1864, Er- gänzung des Art. 256 | 77 | 98 | 1867. Ergänzung | | |
| Gerichtsverfahren bei Staatsver- brechen, neue Fassung der Artt. 1030—1061 der Criminal-Pro- cedurordnung | 80 | 99 | Jaroschinsky, Edelman, Recht des- selben in den westlichen Gou- vernements Güter zu erwerben | 59 | 81 |
| Gefuche der Frauen von Personen, welche auf Gemeindeurtheile übersiedeln, Beprüfung solcher Seitens der Friedensrichter- Versammlungen | 13 | 12 | Jesuitengüter, Expropriation der Ländereien derselben zu Staats- und Gemeinbezwecken | 73 | 97 |
| Glasowskysches Vormundschaftsge- richt, Aufhebung desselben | 11 | 12 | Immobiliensteuer in Städten und Flecken, Abänderung mehrer Artikel | 74 | 98 |
| Glieder d. Kreis-Landschulbehörden, Wahl derselben | 83 | 100 | Immobiliensteuer in Städten und Flecken pro 1872 | 22 | 27 |
| Gouvernements-Commission in städtischen Angelegenheiten, Zu- sammensetzung derselben | 82 | 99 | Immobiliensteuer in Städten und Flecken pro 1873 | 45 | 75 |
| Gouvernements-Institution, allgem. (Codex der Reichsgesetze Bd. II Theil I von 1857) Aufhebung des Pft. 11 d. Art. 52. Beilage zu Art. 4415 | 57 | 81 | Institute, commercielle, sind vom Gebrauch des Stempelpapiers nicht befreit | 43 | 72 |
| H. | | | Institutionen, beratende, für Han- del- und Manufactur-Industrie | 88 | 105 |
| Hafengröße des Gutes Ahof | 78 | 98 | Instruction zur Erläuterung und Ergänzung des Tabackaccise- Reglements v. J. 1871 | 28 | 35 |
| " " " Bellenhof | 78 | 98 | R. | | |
| " " " Carmel | 102 | 132 | Kabel, submariner, zwischen Odessa Constantinopel | 42 | 67 |
| " " " Neu Carmel | 48 | 78 | Kameralhofspräsidenten, Recht der Theilnahme ders. an Entschei- dungen der Gouvernements-Ges- sionen in Bauangelegenheiten | 115 | 155 |
| " " " Schloß Jellin | 98 | 124 | Katastrirung der livl. Privat-Mitter- schafts-Stiftsgüter u. Pastorate | 101 | 131 |
| " " " Haynasch | 49 | 79 | Kirchspielschulbauten betreffend | 64 | 82 |
| " " " Rippota | 98 | 124 | Kirilowsches adeliges Vormund- schaftsgericht, Aufhebung desselb. | 62 | 82 |
| " " " Alt Salis | 49 | 78 | Kreis-Landschulbehörden, Wahl der Glieder | 83 | 100 |
| " " " Waimastfer- Tirmaft | 48 | 78 | L. | | |
| " " " Neu Woidoma | 88 | 105 | Landesprästanden, Berechnung der- selben für das Triennium vom Jahre 1872 | 76 | 98 |
| Handels- und Manufactur-Rath und Comites | 84 | 101 | Landschaftsdeputirtenwahl | 95 | 124 |
| Handelsreglement Bd. XI, An- wendung des Art. 621 (Wechsel- ordnung) | 98 | 124 | Landschulbehörde (Kreis-), Wahl der Glieder derselben | 83 | 100 |
| Haynasch, Gut, Hafengröße desselb. | 19 | 26 | Landschulen, orthodox.-griech. Be- such derselben Seitens der Bauerkinder luth. Eltern | 87 | 103 |
| Hebräer, zum Christenthum über- getretene, Militairpflichtigkeit derselben | 79 | 99 | Landtag, ordentl. am 24. Mai 1872 | 23 | 29 |
| Hebräer, Aussendung flüchtiger aus Rußland und Oesterreich | 1 | 1 | Lehranstalten, deren Gebäude der Tagationssteuer zum Besten der Stadt unterliegen | 52 | 80 |
| Holz, eigenmächtig gefälltes oder entwendetes, Werthberechnung derselben | | | | | |

| | Nr. pap. | | Nr. pag. |
|--|----------|--|----------|
| Loofsen in den Häfen Schwedens und Finnlands, Benützung derselben Seitens schwedischer und finnischer Fahrzeuge | 88 105 | Protocolle über Uebertretungen des Forstreglements, wer dieselben aufnehmen darf | 36 65 |
| M. | | Prüfungen zum ersten Classenrang und zum Grade eines Apothersdiscipels. | 15 18 |
| Manufactur und Handels-Rath | 88 105 | Publicationen über die Vorladung vor Gericht | 107 151 |
| Marktpreise verschiedener Gegenstände, Sammlung derselben Seitens der städt. Gemeinde-Verwaltungen | 110 154 | N. | |
| Militaircodex, neuer | 105 146 | Quartierprästation für d. Generale und Offiziere | 66 86 |
| Militair-Commandos, durchmarschirende, Zahlung der Verpflegungsgelder für dieselben | 20 26 | N. | |
| Militairpersonen, Beschränkung d. Rechts derselben Civilämter zu bekleiden | 24 31 | Rechnungsführung in den Friedensgerichts-Institutionen | 96 124 |
| Militairpflichtigkeit der Hebräer die den christlichen Glauben angenommen | 19 26 | Regeln bei der Rekrutenhebung pro 1873 zu beobachtende | 116 155 |
| N. | | Regulirung des Weichselstromes und des Saufusses | 14 13 |
| Neu Carmel, Gut, Hafengröße dess. | 102 132 | Reichscreditbillet früher. Musters, Fristverlängerung zum Umtausch derselben | 47 78 |
| Neu Woidoma | 48 78 | Rekrutenfrauen, unterstützungsbedürftige, nähere Bezeichnung, welche als solche anzusehen sind | 27 34 |
| O. | | Rekrutenpflichtigkeit, Befreiung von derselben der Gemeindeämter bekleidenden Personen | 5 8 |
| Obrstküde, kleine, Verkauf derselben an ehemal. Reichsbauern | 111 155 | Rekrutenpflichtigkeit, Befreiung von derselben der zu Gebieten zugescribenen Personen | 7 11 |
| Oransky, Obrist, Recht desselben in den westlichen Gouvernements Güter zu besitzen | 71 97 | Rekrutenpflichtigkeit, Befreiung von derselben pro 1872 der freien Zuhörer des Technologischen Instituts | 21 26 |
| P. | | Rekrutenreglement Art. 1255, Aufhebung desselben | 19 26 |
| Pensionsverhandlungen, Gebrauch des Stempelpapiers zu denselb. | 25 32 | Rekrutenrückstände, Streichung derselben von zu Gebieten zugescribenen Personen | 7 11 |
| Polizeibeamte, die in Dienstangelegenheiten vor Gericht geladen werden, Anspruch derselben auf Vorspann und Diätengelder | 31 64 | Rekrutenrückstände, Streichung derselben von ehem. Reichsbauern | 8 11 |
| Polizei-Commando, Dienstrechte der Untermilitairs desselben | 3 6 | Rekrutenverpflegung, Zahlung für dieselbe | 114 155 |
| Postconvention (Additional) mit Preußen | 65 83 | Rekrutirung pro 1873, die bei derselben zu beobachtenden Regeln | 20 26 |
| Postconvention mit Belgien | 94 117 | Rekrutirungsmansif. v. 16. Nov. 1872 | 116 155 |
| " mit d. Niederlanden | 103 133 | Rippota, Gut, Hafengröße desselb. | 99 124 |
| " mit Dänemark | 104 139 | Ritterschaftsbeiträge pro 1872 | 49 78 |
| Postenbeförderung zwischen Finnland und Schweden | 106 149 | S. | 6 9 |
| Postwegweiser, zweites Supplement desselben | 92 115 | Sachwalter, vereidigte, Entschädigungslage für dieselben | |
| Privattestamente über Erbgüter, Aufbewahrung derselben | 54 81 | Salis, Alt, Gut, Hafengröße dess. | 37 65 |
| Procureur-Aufsicht, ungehinderter Zutritt der Personen derselben in die Gefängnißlocale | 32 64 | | 98 124 |

| | Nr. | pag. | | Nr. | pag. |
|--|-----|------|--|-----|------|
| Salzverkaufspreise pro 1872 | 16 | 21 | Taxe über die Entschädigung vereidigter Sachwalter | 37 | 65 |
| Sanfluß, Regulirung desselben | 14 | 13 | Taxe zur Erhebung der Standgelder a. d. livl. Jahrmärkten (Ergänz.) | 41 | 66 |
| Schlafstätten der Untermilitairs, Beschaffung d. Zubehörs für dieselben | 17 | 23 | Taxe für Documente, die aus dem Heroldie-Departement ausgefertigt werden | 68 | 95 |
| Schulbauten, Interpretation dieses Ausdrucks im § 550 d. Bauer-Verordnung v. J. 1860 | 64 | 82 | Technologisches Institut, Befreiung der freien Zuhörer desselben pro 1872 von der Rekrutenpräststation | 21 | 26 |
| Schulen der Reichsbauern, Steuer für den Unterhalt derselben | 12 | 12 | Telegraphen-Correspondenz mit dem deutschen Reiche | 44 | 73 |
| Serschnputowsky, Generalleutenantswitwe und Generalmajor, Recht derselben in den westl. Gouvern. Güter zu erwerben | 59 | 81 | Telegraphische Depeschenbeförderung mittelst d. submarinen Kabels zwisch Odesa u. Constantinopel | 42 | 67 |
| Slisen, Stabsrittmeister, Recht desselben in den westl. Gouvernements Güter zu besitzen | 71 | 97 | Testamente, s. Privattestamente. | | |
| Sre = Kaserna, Buschwächterstelle des Gutes Bentenhof, Zuzähl. derselben zum Gute Waimel | 93 | 115 | Thierquälerei, Geldbußen dafür | 26 | 33 |
| Städteordnung von 1870, Ergänzung des Art. 83 | 81 | 99 | II. | | |
| Standgeldertage für die livl. Jahrmärkte, Ergänzung | 41 | 66 | Unterhalt der Untermilitairs in Civil-Krankenhäusern, Zahlung dafür | 4 | 6 |
| Stempelpapiergebrauch bei Verhandlungen betreffend Pensionsbewilligungen | 25 | 32 | Untermilitairs, Zahlung für den täglichen Unterhalt derselben in Civil-Krankenhäusern | 35 | 65 |
| Stempelpapiergebrauch Seitens der commerciellen Institute | 43 | 72 | Untermilitairs der städt. Polizei u. Brand-Commandos, Dienstrechte derselben | 40 | 66 |
| Steuer für den Unterhalt der Schulen der Reichsbauern | 12 | 12 | Untermilitairs, Versorgung derselben mit dem für ihre Schlafstätten erforderlichen Zubehör. | 56 | 81 |
| Steuer von Immobilien in Städten und Flecken pro 1872 | 22 | 27 | Unterthanen, vagabondirende russ. und preuß., Aussendung ders. | 63 | 82 |
| Steuer von Immobilien in Städten und Flecken pro 1873 | 45 | 75 | ins Vaterland | 97 | 124 |
| Steuer von Immobilien in Städten und Flecken, Abänderung mehr. Artikel | 74 | 98 | Urthümliches Vormundschaftsgericht, Aufhebung desselben | 3 | 6 |
| Strafe, betreffend die Umwandlung der Abgabe in die Arrestanten-Compagnien in Gefängnißhaft | 91 | 113 | B. | | |
| T. | | | Vagabunden, preuß. und russ., Aussweisung derselb. ins Vaterland | 90 | 111 |
| Tabacks-Accise-Reglement | 69 | 97 | Verkauf bäuerlicher Gebäude geringen Werthes | 72 | 97 |
| Tabacks-Accise-Reglement, Instruction zur Erläuterung und Ergänzung desselben | 28 | 35 | Verkauf bäuerlichen Eigenthums zur Deckung von Rückständen | 75 | 98 |
| Tabelle, (Zahlungs-) für den Unterhalt von Untermilitairs in den Civil-Krankenhäusern | 4 | 6 | Verkauf kleiner Obroßstücke an ehemalige Reichsbauern | 111 | 155 |
| Tagationssteuer zum Besten der Stadt von Lehranstalten gehörenden Gebäuden | 52 | 80 | Verkaufspreise für Salz pro 1872 | 16 | 21 |
| Taxe zur Werthberechnung d. eigenmächtig gefällten oder entwendeten Holzes | 1 | 1 | Vermessung und Katastrirung des Hofeslandes der livl. Privat- u. Ritterschaftsgüter u. Pastorate | 101 | 131 |
| | | | Vermögensobjekte, zu gemeinnütz. Zwecken dargebrachte, Verwendung derselben. | 30 | 63 |
| | | | Verpflegung der Rekruten und durch | | |

| | | |
|---------------------------------------|-----|------|
| marſchirenden Militair = Com- | Nr. | pag. |
| mandos | 20 | 26 |
| Volkſſchulen, orthodog. griechiſche, | | |
| Befuch derſelben Seitens der | | |
| Kinder luth. Eltern . . | 87 | 103 |
| Vormundſchaftsgerichte, Urſhumiſch. | | |
| und Glasowſſches, Aufhebung | | |
| derſelben . | 11 | 12 |
| Vormundſchaftsgericht, adelig., Kiri- | | |
| lowſches, Aufhebung deſſelben | 62 | 82 |
| Vorſpanngelder an Polizeibeamte, | | |
| die in Dienſtangelegenheiten | | |
| vor Gericht geladen werden | 31 | 64 |

W.

| | | |
|-------------------------------------|----|-----|
| Wahl der Glieder der Kreis- | | |
| Landſchulbehörden | 83 | 100 |
| Wahl der Landſchaftsdeputirten | 95 | 124 |
| Waimaſter = Lirmaſt, Hafengröße | | |
| dieſes Gutes | 49 | 78 |
| Waimel, Gut, Zutheilung zu dem- | | |
| ſelben der Bentenhoffſchen Buſch- | | |
| wächterſtelle Soe Kaſerma | 93 | 115 |
| Weiſen des zu den Gebieten ange- | | |
| ſchriebenen Bauerſtandes | 10 | 12 |
| Waldbrände in Kronſforſten, Löſchen | | |
| derſelben . | 51 | 80 |
| Wechſelforderungen, Ordnung der | | |
| Befriedigung derſelben | 84 | 101 |
| Wegebeauffichtigung in Livland, | | |
| Ergänzung der Verordnung v. | | |
| Jahre 1871 | 86 | 103 |

| | | |
|------------------------------------|-----|------|
| Wegerevidenten, betreff. die Amts- | Nr. | pag. |
| gewalt derſelben . . . | 86 | 103 |
| Weichſelſtrom, Regulirung deſſelb. | 14 | 13 |
| Weidepläze, die von der Krone | | |
| den Städten eingewieſenen | 9 | 11 |
| Wiede = Gefinde des Gutes Du- | | |
| binſth, Zutheilung deſſelben | | |
| zum Gute Neu-Kempenhof | 85 | 103 |
| Wohlfahrtsregeln von 1866, Inter- | | |
| pretation der Anmerk. zum § 16 | 27 | 34 |
| Woidoma, Neu, Hafengröße dieſes | | |
| Gutes . | 48 | 78 |

3.

| | | |
|-------------------------------------|---------|--------|
| | | 4—6 |
| | | 35—65 |
| Zahlung f. d. Unterhalt von Unter- | | 40—66 |
| militeairs in Civil-Krankenhäuſ. | | 56—81 |
| | | 63—82 |
| | | 97—124 |
| Zahlung für die Verpflegung von | | |
| Rekruten u. durchmarſchirenden | | |
| Militair-Commandos | 20—26 | |
| Zubehör für die Schlafſtätten der | | |
| Untermilitairs | 17—23 | |
| Zucker-Accife-Reglement . | 50—79 | |
| Zucker-Accife-Reglement für Sand- | | |
| zucker, Abänderung d. Anmerk. | | |
| zum Art. 24 des Reglements | 100—130 | |
| Zuhörer, freie, des Technologischen | | |
| Inſtituts, Befreiung derſelb. v. | | |
| der Rekrutenpräſtation pro 1872 | 21—26 | |